

KONFERENZ

*CENTENARIA*

Ende des langen 19. Jahrhunderts

The End of the Long 19<sup>th</sup> Century

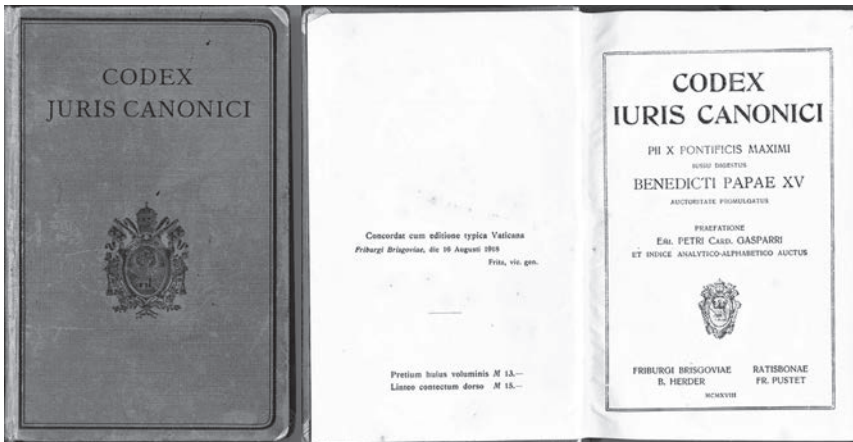
5–7. Dezember  
2018



Pólay Elemér  
Alapítvány

Centenaria  
Ende des langen 19. Jahrhunderts  
The End of the Long 19<sup>th</sup> Century  
Konferenz  
Szeged, 5–7. Dezember 2018

Lectiones Iuridicae  
27



# *Centenaria*

Ende des langen 19. Jahrhunderts

The End of the Long 19<sup>th</sup> Century

Konferenz  
Szeged, 5–7. Dezember 2018

Herausgegeben von:  
*Elemér BALOGH*

Iurisperitus Verlag  
Szeged, 2020

# Lectiones Iuridicae

Sorozatszerkesztő:

*BALOGH Elemér*  
*egyetemi tanár*

- |                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| © <i>ANTAL Tamás, 2020</i>          | © <i>Bernd KANNOVSKI, 2020</i>         |
| © <i>BALOGH Elemér, 2020</i>        | © <i>KÉPES György, 2020</i>            |
| © <i>BATÓ Szilvia, 2020</i>         | © <i>KÉPESSY Imre, 2020</i>            |
| © <i>BLAZOVICH László, 2020</i>     | © <i>KISS Gábor, 2020</i>              |
| © <i>BELIZNAI BÓDI Kinga, 2020</i>  | © <i>Claudia LYDORÉ, 2020</i>          |
| © <i>[DIÓSZEGI] SZABÓ Pál, 2020</i> | © <i>Miroslav LYSÝ, 2020</i>           |
| © <i>ERDŐ Péter, 2020</i>           | © <i>MARIANUCZ László, 2020</i>        |
| © <i>FREY Dóra, 2020</i>            | © <i>SZUROMI Szabolcs Anzelm, 2020</i> |
| © <i>Fethi GEDIKLI, 2020</i>        | © <i>VÖLGYESI Levente, 2020</i>        |
| © <i>Heinz HOLZHAUER, 2020</i>      |  |

Lektoren:

*Samantha Joy CHEESMAN*  
*Ulrike MÜSSIG*

A kutatást az EFOP-3.6.2-16-2017-00007 azonosító számú, Az intelligens, fenntartható és inkluzív társadalom fejlesztésének aspektusai: társadalmi, technológiai, innovációs hálózatok a foglalkoztatásban és a digitális gazdaságban című projekt támogatta. A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap és Magyarország költségvetése társfinanszírozásában valósul meg.

Műszaki szerkesztő:

Kovács Ildikó

Felelős kiadó:

Görög Márta dékán, a Pólay Elemér Alapítvány kuratóriumának elnöke

Készült az Innovariant Kft.-ben

Felelős vezető: Drágán György

ISSN 2062-5588

ISBN 978-615-5411-88-5

## INHALT

*BALOGH Elemér*

Die rechtshistorische Dimension des langen 19. Jahrhunderts. Ein Vorwort. . . . . 7

*ANTAL Tamás*

Challenges for the Administration of Justice in Hungary During World War I  
(Based on Selected Documents). . . . . 10

*BATÓ Szilvia*

Rechtseinheit in der neoabsolutistischen Habsburgermonarchie? . . . . . 18

*BLAZOVICH László*

Zusammenhänge zwischen den Quellen der Summa legum Raymundi und  
der Decretum Gratiani . . . . . 31

*BELIZNAI BÓDI Kinga*

Änderungen der ungarischen Gerichtsorganisation und der gerichtlichen  
Geschäftsordnung im Jahr 1918. . . . . 38

*[DIÓSZEGI] SZABÓ Pál*

The Right of Asylum for Perpetrators Guilty of Premeditated Murders in the  
Edict of Manuel I. Komnenos (1166). . . . . 45

*ERDŐ Péter*

Die Vorbereitungen von Kard. János Csernoch auf die Einführung der  
Kirchenpolitik von Clemenceau in Ungarn (1918–1919) . . . . . 50

*FREY Dóra*

Kontinuität oder Neubeginn? Rechte der Nationalitäten in Ungarn nach 1918  
am Beispiel der Tätigkeit Jakob Bleyers . . . . . 71

*Fethi GEDIKLI*

Legal Reform in the Ottoman Empire in the Nineteenth Century . . . . . 85

*Heinz HOLZHAUER*

Die Vermögensauseinandersetzung der Republik Preußen mit ihrem vormalig  
regierenden Königshaus. Ablauf und Ergebnis . . . . . 90

*Bernd KANNOWSKI*

Menschen- und Bürgerrechte in der Weimarer Reichsverfassung (1919) . . . . . 103

*KÉPES György*

”Den Anden Juni-Grundlov” – Constitutional Events in Denmark 100 Years Ago. 110

*KÉPESSY Imre*

Development of Criminal Law in the First Czechoslovak Republic . . . . . 133

*KISS Gábor*

Die Entwicklung des Amtes des Laienrichters in den letzten 100 Jahren . . . . . 139

<i>Claudia LYDORF</i>	
„Confessor semper astitit.“ Beichte und Beichtgeheimnis vor dem Hintergrund des langen 19. Jahrhunderts . . . . .	155
<i>Miroslav LYSÝ</i>	
Czechoslovak History after 1918. A Few Remarks on the new Defined Concept. .	175
<i>MARJANUCZ László</i>	
Confinia. Ein Versuch zur Berichtigung der Trianoner-Grenze in der Szegediner Grenzzone. . . . .	180
<i>SZUROMI Szabolcs Anzelm</i>	
Relation between the Liber Extra and the Codex Iuris Canonici (1917) in the Light of Canonical Source and Science History . . . . .	190
<i>VÖLGYESI Levente</i>	
Circumstances of the Creation of Codex Iuris Canonici (1917) . . . . .	197

# DIE RECHTSHISTORISCHE DIMENSION DES LANGEN 19. JAHRHUNDERTS EIN VORWORT

**BALOGH Elemér**  
*Universitätsprofessor*

*Universität Szeged*

Unsere Tagung im Jahr 2018 sollte an die geschichtswirksamen Entwicklungen und Ereignisse vor 100 Jahren erinnern. Damals endete nicht nur der ‘große Krieg’, wie der Erste Weltkrieg zunächst genannt wurde, sondern zugleich die kulturgeschichtliche Epoche des ‘langen 19. Jahrhunderts’.

Andere Wissenschaftler mögen dabei in erster Linie an die Romantik denken, die dieses Jahrhundert beschert hat, wir konstatieren die Umbrüche in der Rechtsgeschichte. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts war mit der großen französischen Revolution das *Ancien régime* zu Ende gegangen. Die Kriege der napoleonischen Zeit hatten zwar Millionen Menschen das Leben gekostet, der Stil der Kriegsführung war aber noch der des *Ancien régime*, insofern nach Spielregeln auf Schlachtfeldern außerhalb von Städten und Dörfern gekämpft wurde und die Zivilbevölkerung nicht Ziel von Angriffen war, so wenig wie kulturelle Objekte; wenn Napoleon Kunstschatze raubte, dann nicht, um sie zu zerstören, sondern sich ihrer zu bemächtigen. Mein Großvater von väterlicher Seite hatte alle vier Kriegsjahre an den verschiedenen italienischen Frontabschnitten gekämpft und erzählte, wie bei Kriegsende die Soldaten in die Heimat zurückgeströmt sind, um ihr Leben an der Stelle fortzuführen, an der es unterbrochen worden war. Unfassbar war ihnen und ihrer ganzen Generation, dass damals zwei Drittel vom ungarischen Heimatland abgeschnitten und viele Familien mitten durchgeschnitten worden sind.

Die fehlende Rücksicht des Versailler Vertrag auf Völker und Staatsgrenzen gleicht darin der Haltung des *Ancien régime*, und dies am Ende des Jahrhunderts, an dessen Anfang Nationalismen so bestimmend für den Geschichtsverlauf geworden waren und die Romantik den Sinn für den Eigenwert von Personen wie von Nationen geweckt hatte. Den davor in Europa regierenden Fürsten konnte Nationalismus nicht vorgeworfen werden, dem stand schon ihr über die Ländergrenzen hinausgehender Heiratskreis entgegen. Was in der politischen Praxis etwa eines Ludwig XIV. allerdings auf das gleiche hinauslief, war von persönlichem Machtstreben und Ruhmsucht verursacht. Der Nationalismus war zuerst im revolutionären Frankreich aufgetreten und hatte dann infolge von Napoleons Gewaltherrschaft auf die sich von ihm befreienden Völker übergegriffen.

Die Fortbildung der das Recht tragenden Ideen machte auch im 19. Jahrhundert vor europäischen Staatsgrenzen nicht halt: die Ideen von, Rationalität, Rechtsgleichheit, Liberalismus, Kodifikation, und Systemorientierung waren überall, wenn auch nicht gleichzeitig die Richtpunkte der Entwicklung.

Rationalität stand seit Descartes auf der Fahne der Wissenschaft. Ihr war der bereits die Aufklärung gefolgt, und das gerade im Recht. Der Kampf gegen Folter, Hexenprozesse und



irrationale Beweisformen wie das Gottesurteil fällt das 18. Jahrhundert und kann im 19. als siegreich beendet gelten. Im Prozess zunehmender Rationalität der Rechtspflege entstand über die Verschriftlichung hinaus das Ideal der Kodifikation als umfassende Verschriftlichung zunächst von Teilgebieten, wofür die Peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. ein Beispiel schon aus dem 16. Jahrhundert ist. Im 18. Jahrhundert hat das preußische Allgemeine Landrecht von 1794 das gesamte allgemeine Preußische Recht vereinigt, auch das öffentliche Recht mit Ausnahme der Staatsspitze: für seine Monarchie nahm der das Gesetz erlassende König unausgesprochen eine natürliche Legitimität in Anspruch. Das gilt ebenso für die revolutionäre französische Verfassung von 1791, die zwar die innerfamiliäre Thronfolge nach der überkommenen Regel kodifiziert hat, die Bourbonen aber als gleichsam ewige Familie behandelte. Das blieb so in allen konstitutionellen Monarchien bis zu deren Untergang.

Der Gleichheitsgedanke ist ein Element des Rechtsbegriffs. Die Rechtsgeschichte ließe sich als ein Fortschreiten in der Verwirklichung von Gleichheit schildern. Den Gleichheitsgedanke der französischen Revolution hat Napoleon aus eigenem Interesse übernommen, weil keine Gesellschaft beherrschbarer ist als eine Gesellschaft von Gleichen, beherrschbar für den einzigen Ungleichen. Doch blieb die Gleichheit vor dem Gesetz ein Vermächtnis für das 19. Jahrhundert.

Eine wesentliche Facette der Gleichheit als Motiv der Rechtsentwicklung stellt der Liberalismus dar. '*liber*' heißt römisch 'frei'. Der Liberalismus vertrat gegen den überkommenen staatlichen Merkantilismus und das ständische Zunftwesen das Prinzip wirtschaftlicher Handels- und Handlungsfreiheit, die im 19. Jh. zunächst für die Gewerbe und Handel treibenden 'Besitzbürgern' gefordert und verwirklicht wurden, von da aus gemäß der Ausdehnungstendenz des Gleichheitsgedankens aber nach oben und besonders nach unten auf die anderen Schichten und damit auf alle 'Staatsbürger' erfasste und im weiteren Verlauf die Beschränkung auf die Wirtschaft hinter sich gelassen hat. Der Liberalismus hat aber nie die Gesellschaft als Masse von Gleichen angestrebt, sondern den einzelnen aus Schranken befreit, damit er seine individuellen Anlagen entwickeln könne.

Nur die von der französischen Revolution sowohl angestoßenen als auch schon ausgearbeiteten Grund- und Menschenrechte hat keine der Verfassungen des 19. Jahrhunderts übernommen. Doch hat die wirtschaftliche Handlungsfreiheit des Liberalismus einen grundrechtlichen Aspekt. Dagegen ist die demokratische Idee von der französischen Revolution ebenso angestoßen wie durch unmäßige Betätigung mit Folge für das ganze 19. Jahrhundert desavouiert worden. Nur das Wahlrecht zu den Ersten Kammern der Parlamente hat den partizipatorischen Aspekt bewahrt, der infolge des Zensus allerdings lange auf das Besitzbürgertum beschränkt blieb, infolge von dessen allmählicher Absenkung aber gestärkt wurde, ohne im 19. Jahrhundert schon die volkssouveräne Ebene des allgemeinen Wahlrechts zu erreichen.

Die Rechtsentwicklung des 19. Jahrhunderts ist aber nicht nur rechtspolitisch, sondern auch wissenschaftlich bewegt worden. Dafür ist bedeutsam, dass das Recht seit dem Mittelalter im Rang an zweiter Stelle nach der Theologie, vor Medizin und Philosophie an Universitäten gelehrt und gelernt wurde. Während die Rechtswissenschaft des 18. Jahrhundert im Zusammenhang der Aufklärung praktisch orientiert war, trat mit dem 19. Jahrhundert die Geschichte von Recht in den Vordergrund, aber nicht in einem antiquarischen Sinn, sondern, in Deutschland in Nähe zur Romantik, sinngebend. Haupt der historischen Rechtsschule war Karl Friedrich von Savigny; er erforschte das seit dem Mittelalter in der

Verarbeitung des römischen Rechts entstandene ‘Juristenrecht’ und stellte dieses als dem ‘Volksg Geist’ entsprechend allem gemachten Gesetzen, in seiner Zeit dem französischen *Code civil*, entgegen. Die verschiedenen Lebenssachverhalte wie Eigentum und Ehe, sah man durch juristische Institutionen geordnet; diese standen im Vordergrund, nicht die Imperative von Befehl und Gehorsam, ‘wenn’ und ‘dann’. In der zweiten Jahrhunderthälfte wurde daraus die sogenannte Begriffsjurisprudenz, die unter dem Eindruck einerseits der Philosophie, andererseits der Naturwissenschaften aus juristischen Begriffen stringente Rechtsfolgen ableiten wollte. Dieser Richtung förderte nicht nur die genaue Definition der Rechtsbegriffe, sondern auch ihre klare Systematik, beides unverzichtbar für eine rechtsstaatliche Ordnung.

Heutige Gedanken zur Rechtsentwicklung können aber nicht wie im 19. Jahrhundert zwar Einflüsse von außen zulassen, aber nur den eigenen Staat zum Bezugspunkt nehmen. Denn Europa ist ein eigener Rechtsraum für mehrere Staaten. Eine Lehre aus der Vergangenheit seit dem 19. Jahrhundert besagt, dass die eingangs genannten Richtpunkte der Entwicklung nicht vereinzelt und isoliert verfolgt werden dürfen, sonst endet die Gleichheit in einer gestaltlosen Masse, die Freiheit in Anarchie, die Nationalismen in Weltkrieg, Demokratie in Chaos. Die hier maßgebenden modernen Rechtsbegriffe von Verhältnismäßigkeit und Abwägung waren dem 19. Jahrhundert noch unbekannt.

# CHALLENGES FOR THE ADMINISTRATION OF JUSTICE IN HUNGARY DURING WORLD WAR I (BASED ON SELECTED DOCUMENTS)

*ANTAL Tamás*  
associate professor

*University of Szeged*

At the beginning of World War I, Jenő Balogh, Minister of Justice,<sup>1</sup> issued several confidential instructions on the measures to be taken in the event of *an enemy invasion*. Among these, confidential Decree no. 115/38 of 25 August, 1914, which was referred to many times thereafter, was about handling and securing valuables and official documents in case of public danger. The minister himself or the chief official of the municipality (the mayor or the sub-prefect) could order this briefly with the following words: “State assets must be secured”. The material scope of the decree covered judicial presidential deposits, valuable *corpus delicti* and objects, securities, cash, documents handled as attachments to accounting logbooks (without the books), as well as the list of fortresses and secret telegraphic number keys. In case of danger, the head of the authority took the sum needed for transportation from the cash office, this sum was recorded in the book of receipts and expenditures as a separate entry, and then the assets mentioned had to be transported to the state treasury of District IX in Budapest by post, ship or rail, or by other means. In emergency, these possessions and documents had to be hidden. A similar rule applied to land registry maps, records and deposits, as well as to unproclaimed wills, in order to “protect them from destruction”, and special attention had to be paid to looking after properties which had to be abandoned. If there was no time for this and the officials were forced to hand over documents during a direct attack, an attempt had to be made to obtain an acknowledgment of receipt or other evidence (e.g. witnesses). Once the public danger had ceased, the Ministry had to be notified immediately.<sup>2</sup>

Confidential Decree (Circular) no. 115/56, regulated the conduct of criminal authorities in the event of *imminent danger*, also proved to be important in practice. In case they were compelled to leave their office, they had to try to prevent the detained “criminals dangerous for the public” from deserting to the enemy, and for this reason they had to be transported to a secure detention facility. If this was not possible, at least persons in pre-trial detention, those convicted in an accelerated criminal procedure,<sup>3</sup> work-shirkers dangerous

---

<sup>1</sup> BÓDINÉ BELIZNAI Kinga: *Balogh Jenő életútja* [The Life of Eugen Balogh]. In: *Jogtörténeti Szemle*, 2016:1, 1–9.; STIPTA István: *Balogh Jenő és a büntető perjog* [Eugen Balogh and the Criminal Procedural Law]. In: *Jogtörténeti Szemle*, 2016:1, 31–40.; STIPTA István: *Balogh Jenő, az igazságügy református minisztere* [Eugen Balogh, a Calvinistic Minister of Justice]. In: *Jogtörténeti Szemle*, 2017:4, 40–45.

<sup>2</sup> Hungarian National Archives (Magyar Nemzeti Levéltár = MNL OL) K578, 115/38.

<sup>3</sup> Regulations of the accelerated criminal procedure: Decrees of the Hungarian Minister of Justice no. 12.002/1914. I.M.E. (Igazságügyi Közlöny, 1914:7, 321–338.), 9.550/1915. I.M.E. (Magyarországi rendeletek tára 1915,

who presented a danger to the public (Act XXI of 1913), those interned by the authorities as “unreliable or suspicious persons”, as well as those convicted for more than six months, if more than one month was left from their imprisonment, had to be transported; the others, however, had to be released and a statement was to be prepared. In order for this to happen, up-to-date records of these two groups of prisoners were to be kept in advance. In the prison where they were taken, all the suitable rooms could be used, not just cells. It was the prison governor’s duty to ensure that the persons who had served their sentence in the meantime were released; as regards pre-trial detainees, it was the territorially competent Royal Prosecutor who decided whether to extend pre-trial custody, of which the competent Chief Royal Public Prosecutor was to be informed in a report.<sup>4</sup>

Otherwise, Government Decree no. 7.364/1914 governed the case if a judicial authority *was forced to cease* its normal operation due to the war. In this case, its seat was to be left “in a calm, orderly manner and not in a fleeing-like way”. If possible, the retreating organ remained in the vicinity of the occupied area to reclaim its seat as soon as possible. “When leaving and returning to the seat, the two important aspects to be reconciled are: on the one hand, to prevent the enemy from exploiting the authorities for their own benefit and, on the other hand, to make sure that the population in the authorities’ territory is deprived of the operation of the Hungarian authorities for the shortest time possible” – the decree stated. The organ forced to leave was obliged to continue supporting the population in the occupied territory, reassuring them in the knowledge that “they are not completely abandoned by the Hungarian authorities”.<sup>5</sup> However, there were some special circumstances: the Ministry of Justice found several supplementations desirable for the areas of the tribunals of Brassó (Brasov), Csíkszereda (Miercurea Ciuc) and Kézdivásárhely (Târgu Secuiesc). First, prosecutor’s offices were supposed to handle the documents of crimes of political nature separately for ease of transportation; second, the confidential circulars by the Minister of Justice and the Chief Public Prosecutors regarding the war, the secret telegraphic number markings and the documents of the Hungarian-Romanian Joint Committees were also to be collected for security purposes.<sup>6</sup>

Simultaneously with sending the first declaration of war, on July 28, 1914, the Minister of Justice instructed the chairmen of the tribunals how to proceed in the matters of mobilization and the resulting *staff shortages*,<sup>7</sup> yet soon after the outbreak of war, from October 1914, the administration of justice wavered in the counties afflicted by the invasion of the enemy forces. Reports kept coming from the north-eastern and southern regions of the country about district court judges being forced to leave their places of service [e.g. Ungvár (Uzhhorod), Óradna (Rodna), Kevevára (Kovin), Beszterce (Bistrița), Naszód (Năsăud),

---

956–971.), 41.900/1917. I.M. (Magyarországi rendeletek tára 1917, 2004–2010.); Decrees of the Hungarian Royal Government no. 5.488/1914. M.E. (Magyarországi rendeletek tára 1914, 1434–1437.), 6.082/1914. M.E. (Igazságügyi Közlöny, 1914:8, 473–474.), 2.060/1915. M.E. (Igazságügyi Közlöny, 1915:6, 309–312.). For information on bourgeois criminal procedure law see: Tamás ANTAL: *Das Strafverfahrensrecht (1867–1944)*. In: Gábor Máthé (Hrsg.): *Die Entwicklung der Verfassung und des Rechts in Ungarn*. Budapest, 2017, 565–595.

<sup>4</sup> MNL OL K578, 115/56., 115/124., 490/17.

<sup>5</sup> Decree of the Hungarian Royal Government no. 7.364/1914. M.E. on the behaviour of state, municipal and communal authorities (offices) in the case of occupation by the enemy (Igazságügyi Közlöny, 1914:12, 629–631. p.).

<sup>6</sup> MNL OL K578, 490/17.

<sup>7</sup> MNL OL K578, 137.

Pancsova (Pančevo), Antalfalva (Kovačica), etc.]. The chairmen of the royal tribunals (*kir. törvényszékek*) and appeal courts (*ítélőtáblák*) concerned gave dramatic reports on the commotion caused by the war, for instance, in the district of the appeal court in Kassa (Košice) or in the area of the Máramarosziget (Sighetu Marmăției) tribunal. The work in prosecutor's offices also faltered: from Transylvanian reports, the Ministry was informed of temporary "closing procedures", particularly for the purpose of saving files and the managed funds.<sup>8</sup> Real heroes were involved in this activity, not only prosecutors and judges, but also administrative office staff, junior clerks and prison guards, who stood their ground and made it possible for the administration of justice to continue working. Many of them were nominated for the highest class of the Civil Military Cross of merit.<sup>9</sup>

As World War I and the occupation of certain territories of Romania progressed, the obstacles to the work of civil courts there multiplied if one of the parties was a Hungarian native. The Minister of Justice was continuously informed about this, and eventually he notified the Prime Minister that action had to be taken against the functioning of the Romanian courts in order to ensure impartial judgment. The analogy of the Austro-Hungarian consular jurisdiction was raised as a possibility,<sup>10</sup> but it was rather the organizational solutions applied in the Romanian, Serbian and Polish territories occupied by the Germans which were considered as a guiding example. Accordingly, in June 1917, with the mediation of the joint Ministry of Foreign Affairs of the dual monarchy, it was agreed that Hungarian and Austrian natives would be subordinated to the German civil courts to be established besides ordinary tribunals, which would apply Romanian substantive law but German procedural law, while Romanian citizens could continue proceeding before their own courts. If, nevertheless, the Hungarian party litigated before a local court, the so-called General Governor (*őrkormányzóság*) appointed a commissioner officially to protect his or her interests.<sup>11</sup>

Similarly in 1917, the Minister of Justice called upon the chairmen of some appeal courts to propose *judges speaking Romanian* to be sent to the occupied Romanian territories. The transcript reveals that similar measures had already been taken in Serbia. Upon the proposal made by the chairmen of the appeal courts in Szeged and Temesvár (Timișoara),<sup>12</sup> Béla Suszter, chief district court judge in Karánsebes (Caransebeș) and dr. Rezső Wanie, tribunal judge in Szeged were assigned to the Romanian economic staff of the military administration in Bucharest, where they were appointed economic high commissioners in August, whereby they were classified in a lower official payment category than in their courts. As they found

---

<sup>8</sup> MNL OL K578, 150., 439.

<sup>9</sup> MNL OL K577, L.b. 1917., 233–249. f.

<sup>10</sup> Tamás ANTAL: *History of the Institutions of Austrian-Hungarian Consular Jurisdiction*. In: East European and Russian Yearbook of International and Comparative Law 2008–2009, Vols. 2–3, California (USA), 2010, 129–142.; Tamás ANTAL: *A Historical Institution: Consular Jurisdiction with Special Regard to the Austro-Hungarian Monarchy*. In: Radu I. Motica, Lucian Bercea, Viorel Pasca (eds.): Conferința Internațională Bienală / Biennial International Conference Timisoara, Universul Juridic. Bucharest, 2011, 15–29.

<sup>11</sup> MNL OL K578, 431.

<sup>12</sup> Tamás ANTAL: *Organisation of the Appeal Court in Timișoara (1890–1891)*. In: Studii și Cercetări Juridice Europene. Conferința Internațională a Doctoranzilor în Drept. Timișoara – aprilie 2010. Eds.: Ioana Mogoș, Monica Stoian. Timișoara, 2010, Vol. II. (Drept public), 44–55.; Tamás ANTAL: *A Hundred Years of Public Law in Hungary (1890–1990): Studies on the Modern Hungarian Constitution and Legal History*. Novi Sad, 2012, 37–53.

it injurious, the chairman of the appeal court in Temesvár asked the Minister to reclassify their position as civil commissioner, thereby receiving the same remuneration as their colleagues sent to Serbia or, if this was not possible, to enable them to return to their original place of employment. The imperial and royal military headquarters, contacted in the meantime, declared that they had no objection to the reclassification. However, a few weeks later, at the end of September, Andor Sólyom, chairman of the appeal court of Temesvár, informed the Ministry that Béla Suszter wished to return home, an initiative that he himself also found to be worth supporting in the interest of the administration of justice, so Suszter was relieved of external service in early December.<sup>13</sup> A similar event happened later: in October 1918, the Romanian Compensation Office (*Kártalanítási Hivatal*) needed trustworthy judges or scriveners with a good command of the German, Romanian and French languages as civil commissioners sent from the districts of Szeged, Nagyvárad (Oradea) and the Transylvanian appeal courts on a voluntary basis. It is not known whether this eventually happened, but each appeal court chairman suggested a suitable candidate.<sup>14</sup>

Meanwhile, in order to coordinate border measures made necessary by the worsening war and by the Romanian attack against Transylvania, in April 1917 the Minister of the Interior requested that a royal prosecutor who could speak Romanian be summoned to him, and dr. Kristóf Fehér, the chief prosecutor of Lugos (Lugoj), was appointed to this role in a short time. However, there was dispute over the legal way of achieving this, because his summoning to the Ministry of Justice and then his transfer to the Ministry of the Interior would have ceased his actual service as prosecutor and thus his leadership supplement as well, so eventually he was assigned to the royal prosecutor's office in Budapest – formally in so-called support service – whereby he could retain his previous remuneration.<sup>15</sup>

The battlefield events in the autumn of 1918 prompted Gustav Töry, Minister of Justice, to contact the judicial authorities again on 3 October, regarding the procedures to be followed in the event of *the arrival of the enemy forces*. The district courts had to prepare themselves again for safeguarding the land registry documents by using their experience acquired so far, and to this end they had to send reports to the chairman of the appeal court in Marosvásárhely (Târgu Mureş) and to the Ministry on the exact content of the boxes as well as other information. Their actual transportation could be ordered by the Minister himself or by the Government Commissioner for Transylvania, who also named the destination (Arad, Nagyvárad or Debrecen). The above-mentioned confidential instructions of 1914–15 governed the securing of other valuables.<sup>16</sup> The files from the courts of the already occupied southern part of the country had to be taken to Szeged, but on 9 November only 38 boxes from the Oraviczabánya (Oravița) district court and 17 boxes from the Fehértemplom (Bela Crkva) courts arrived there. Their handing over is known to have happened in such a way that the office manager of the tribunal received the official boxes together with the list of their content from the escort employee and arranged for their placement, the transportation and delivery costs were advanced by the chairman of the appeal court himself from the general office expenses, the reimbursement of which he specifically requested later.<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> MNL OL K578, 461/8–15.

<sup>14</sup> MNL OL K578, 461/24–27.

<sup>15</sup> MNL OL K578, 467. (document no. 4329.)

<sup>16</sup> MNL OL K578, 490/1.

<sup>17</sup> MNL OL K578, 490/43.



In November 1918, in the midst of inevitable defeat, the government had to take measures on what should generally happen concerning the *work of the Hungarian courts* in parts of the country already occupied or to be occupied by the enemy. According to the decision made in the Council of Ministers and communicated through the chairmen of the appeal courts, all the judges and the officials had to remain in their place of service and, as far as possible, “to endeavour” to cooperate with the Romanian and Czechoslovakian national councils, but they could take an oath or pledge to them only if there was no way out, under pressure. According to the ceasefire agreements of 3 and 13 November 1918, the Hungarian organs (would have) performed the official tasks until concluding the peace treaty, thus the occupation itself did not qualify as a specific reason for stopping their work, what is more: public administration and the administration of justice had to be maintained to prevent the occupying powers from taking them over on the ground that the Hungarian organs were not functioning. If the circumstances did not allow this – particularly if the officials’ lives were endangered when remaining in their office – the provisions described above applied to securing valuables and various files as well as to the transportation of prisoners. The reports made by the chairmen of the appeal courts in Szeged and Nagyvárad revealed that some of their employees had already left for an unknown place, and furthermore, the occupying troops regularly prevented the continued operation of the Hungarian organs despite the ceasefire agreement. The situation was further aggravated because the various ministries gave different instructions to the subordinated offices, and also because no order that could be enforced in all parts of the state could be issued.<sup>18</sup>

Therefore, the Minister of Justice took the view that, despite the capitulation, the operation of the Hungarian government organs *had to be coordinated* as much as possible. However, there were different views in the Ministry as to how this should be done. There were some who regarded the so-called ceasefire committee of the Entente to be most suitable for dealing with these tasks, while others did not find it appropriate because of its composition. According to the knowledge of Vilmos Pál Tomcsányi, undersecretary of state in the Ministry, the head of the French committee arriving in Budapest to determine the details of the ceasefire held out the prospect of remedying the grievances caused by the obstruction of the work of the Hungarian judicial authorities, and thus he assumed that there would be no need to take specific action about the existing disturbances. However, Dávid Rosnyai, rapporteur, held the view that an interdepartmental meeting was needed to decide in the Ministry the following: 1. how the provisions in force for the event of occupation should be amended; 2. exactly what public goods should be secured under the given circumstances; 3. what official standpoint the authorities should take in the event of actual occupation by enemy forces or internal disturbances; 4. whether the relocation of the seats of authorities temporarily unable to work is desirable; 5–6. under what circumstances the employees should leave their posts of service and where they should go; 7–8. how these office employees should receive their salaries; 9–10. what daily allowances for the officials forced to flee should be paid; 11. where and how the persons returning from the front should report for judicial service; 12. what the office employees’ legal status should be until they can take their posts (e.g. leave, non-active status).<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> MNL OL K578, 490/40., 490/54.

<sup>19</sup> MNL OL K578, 490/54.

According to a report by the Ministry's audit office (*számvevőség*), the salaries for December 1918 were remitted to the heads of tax offices which were located inside the demarcation line and not threatened as larger advances for receipt and subsequent settlement, who then collected these sums personally or through their representatives and distributed them themselves to judicial officials, servants, pensioners and persons entitled to military aid against a receipt [e.g. the sums due to Pancsova and Újvidék (Novi Sad) were sent to Szeged, the salaries for the employees in Nagyszentmiklós (Sânnicolau Mare) were remitted to Makó], while the salaries for those who had been forced to leave their places of service were sent to the – still – Hungarian state tax office where they had requested. Pursuant to a Council of Ministers resolution which was passed in 1915 but promulgated only much later, those who were trapped outside the demarcation line – provided that they had left their office for good reason – were to receive their salaries and travel expenses (daily fleeing allowance) similarly by means of so-called travel accounts endorsed by their office superiors. In the current phase of research it is not known whether or not this was actually effected; however, the Government of the proclaimed Hungarian People's Republic<sup>20</sup> issued official call no. 6.720. in December 1918, in which civil servants were called upon to retain their post of service if possible, and in the case of their departure, to wait for the order of their superior authorities in their new places of residence, making their salaries dependent on this.<sup>21</sup>

Meanwhile, Ágoston Ráth, Commissioner of Justice of *Narodna Uprava* (Serbian People's Administration)<sup>22</sup> in Bánát (Banat), Bácska (Bačka) and Baranya (Baranja), stated in early December that he was willing to continue employing Hungarian judges and prosecutors from Délvidék (Southern Territories) in their office with "certain" reservations (and also to allow Hungarians to use their mother tongue in court) if those concerned asked for their relocation through their office heads and if they took an oath and *pledged loyalty to Narodna Uprava*. Mihály Károlyi's government protested against this, with reference to the contents of the ceasefire agreement, and instructed judicial officials not to make a statement before the eight-day deadline but to bide their time until the two states came to an agreement. In his circular dated 12 December, Dénes Berinkei, the Minister of Justice in office, ordered that in case they took an oath to the Serbian empire under direct pressure, the People's Republic would not hold it against them later.

In January 1919, István Polgár, chairman of the tribunal in Szabadka (Subotica), informed the Hungarian Government that biding time had led to no result; those who did not take the oath of allegiance could not receive their salaries in the tax office which had come under Serbian jurisdiction, and neither could they get to the unoccupied territories because

---

<sup>20</sup> The People's Republic of 1918–19 was proclaimed on 16 November 1918 – after the revolution in Budapest on 31 October –, and it was terminated on 21 March 1919. It used to be a democratic state and not a communist one led by count Mihály Károlyi and his government just after the end of World War I. This unfortunate period was the time of the armed intervention of several Central European states (Czechoslovakia, Romania, Serbian-Croatian-Slovenian Monarchy) onto the territory of Hungary, although the capitulation treaty by the former Hungarian Realm had been concluded and the peace treaty did not exist yet (Trianon, 1920).

<sup>21</sup> MNL OL K578, 490/54. (6.720/1918. M.E. and other documents)

<sup>22</sup> HORNYÁK Árpád: *A Délvidék a délszláv állam közigazgatásában, 1918–1941*. [The Southland in the Public Administration of the Southern Slavic State, 1918–1941] In: *Pro Publico Bono*, 2018:1, 76–93. (especially: 78–83.); HEKA László: *Szerbia állam- és jogtörténete*. [Constitution and Legal History of the Serbian State] Szeged, 2005, 147–153.



travel certificates were rarely issued by the Serbian-Croatian authorities, moreover only overprinted banknotes were accepted in the occupied territories. Secret transfers were considered to be too risky both by the banks and by the private individuals who were possibly willing to help. In the meantime, *Narodna Uprava*'s Commissioner of Justice himself realized that the Hungarian state had only been playing for time, therefore he did not agree to any further postponement of pledging loyalty, instead, he declared that "he was going to resort to force". So, through a secret envoy, the chairman of the tribunal asked for instructions on what to do.<sup>23</sup>

The staff and operation of the Hungarian judicial authorities which were already in *the territory of Czechoslovakia* faced similar obstacles. In January 1919 Dénes Berinkei, Minister of Justice, commissioned Ödön Polner, professor of constitutional law, Rector of the University of Pozsony (Bratislava), to negotiate on behalf of the Hungarian Government, and to intervene and confer with Ambassador Milán Hodzsa so that the provisional Ministry operating in Zsolna (Žilina) would refrain from soliciting oath-related claims from the judicial staff for the time being. By that time, however, Polner and other university professors had already been taken into police custody by the Czechoslovak authorities, its termination was requested by the Hungarian Ministry of Justice on 31 January,<sup>24</sup> but the archives do not reveal whether it was successful. According to Polner's memoirs, he was taken into custody only on 4 February, several days after he had returned home from Budapest, and it lasted for only one day in a Franciscan monastery; but it is a historical fact that the prefect (*zsupán*) there suspended the operation of the University of Pozsony temporarily and ordered police surveillance for the teachers. Polner did not mention whether he had eventually completed a special diplomatic mission for the Hungarian state at that time.<sup>25</sup>

Needless to say, the *Ministry itself suffered losses* during the World War, as also known from a report written by Cyrill Karap, head of the audit office, in October 1917. Due to the high number of enlistment, the frequent assignments to the National Military Aid Office (*Országos Hadsegélyező Hivatal*)<sup>26</sup> and the implementation of several new government decrees issued in parallel, the audit office found itself in a critical situation, which was illustrated well by the fact that the closing account for 1915/16 was completed one year after the statutory deadline. The remittance of the various aids also led to regular tasks being pushed into the background and increased the arrears, therefore it was foreseeable that after the end of the war tackling the accumulated backlog would be a priority task, necessitating all the staff's work. The severity of the shortage of appropriate professionals available is also shown by the lengthy correspondence between the Ministry of Justice and the aforementioned Military Aid Office in the autumn of 1917 regarding the further assignment or summoning back of one particular auditor, Rezső Pippig, who had served

---

<sup>23</sup> MNL OL K578, 490/54. (a letter dated 24 January, 1919, Subotica)

<sup>24</sup> MNL OL K578, 490/81.

<sup>25</sup> POLNER Ödön: *Emlékeim*. [Memories] Editor: Havass Miklós. Budapest, 2008, 374–378.; István STIPTA: *Die ungarische Rechtsgeschichtswissenschaft zur Zeit des Dualismus*. In: Gábor Máthé (Hrsg.): *Die Entwicklung der Verfassung und des Rechts in Ungarn*. Budapest, 2017, 597–618. (614.)

<sup>26</sup> BABUCSNÉ TÓTH Orsolya: *A M. Kir. Honvédelmi Minisztérium Hadsegélyező Hivatala*. [The National Military Aid Office of the Hung. Royal Ministry of Defense] In: *Történeti Muzeológiai Szemle* 10. (A Magyar Múzeumi Történész Társulat Évkönyve. Editors: Ihász István, Pintér János) Budapest, 2010, 147–168.

in the Office since March 1916, and at the time mentioned both organs considered him indispensable, and demanded his service.<sup>27</sup>

The ministerial/ministry decrees, orders and other fragmented documents during and immediately after World War I, applying to the judicial organization and had not been officially published in collections and gazettes, can be found in the remaining archives of the former Hungarian Royal Ministry of Justice in the *Hungarian National Archives (Budapest)*.

---

<sup>27</sup> MNL OL K577, E.3. 1917. 108–109. f., 113. f., 117. f.

## RECHTSEINHEIT IN DER NEOABSOLUTISTISCHEN HABSBURGERMONARCHIE?

*BATÓ Szilvia*

Die Rechtseinheit bedeutet u. a., dass im ganzen Staatsgebiet das gleiche Recht gilt. Die Einheit der Rechtsordnung war im 18–19. Jahrhundert noch nicht natürlich. Die Habsburgermonarchie bestand aus zahlreichen Territorien mit verschiedenen Rechtsordnungen und Rechtstraditionen: die deutsch-österreichischen Erbländer, die Länder der böhmischen Krone und die Länder der ungarischen Krone. Deswegen war das zentrale Problem der österreichischen – und ungarischen – Rechtsgeschichte die Rechtsvereinheitlichung.<sup>1</sup> Die habsburgische Regierung versuchte die staatliche und rechtliche Einheit in zwei Perioden zu verwirklichen (1780–1790 und 1849–1860).<sup>2</sup> Am Anfang des 19. Jahrhunderts gilt die Rechtseinheit sowohl im Privatrecht, als auch im Strafrecht nur für die deutsch-böhmischen Länder, Ungarn und seine Nebenländer blieben außerhalb dieser einheitlichen Rechtsordnung.<sup>3</sup> Der Neoabsolutismus wandte den direkten Rechtsexport an, ab 1850 erstreckte der Herrscher die österreichischen Gesetze und Verordnungen stufenweise auf die Länder der ungarischen Krone. Diese Rechtspolitik bedeutete auch in Ungarn eine bedingte Modernisierung.<sup>4</sup> Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch trat am 1. Mai 1853 in Kraft, die Grundbuchordnung veröffentlichte ein Patent am 15. Dezember 1855.<sup>5</sup> Beim

<sup>1</sup> Werner OGRIS: *Rechtseinheit und Staatsidee in der Donaumonarchie*. In: Thomas Olechowski (Hg.): *Elemente europäischer Rechtskultur. Rechtshistorische Aufsätze aus den Jahren 1961–2003*. Wien – Köln – Weimar, 2003, 47–58 (OGRIS 2003), 48.

<sup>2</sup> Szilvia BATÓ: *Ein Überblick über die ungarische Strafrechtsentwicklung bis zum Jahre 1948*. In: Arndt Sinn – Walter Gropp – Ferenc Nagy (Hg.): *Grenzen der Vorverlagerung in einem Tatstrafrecht. Eine rechtsvergleichende Analyse am Beispiel des deutschen und ungarischen Strafrechts* (Schriften des Zentrums für europäische und internationale Strafrechtsstudien 1). Osnabrück, 2011, 41–52 (BATÓ 2011), 43.

<sup>3</sup> István KAJTÁR: *Österreichisches Recht in Ungarn. Die Problemen der Rezeption und Identität während der Modernisation des ungarischen Rechtssystems um die Mitte des 19. Jahrhunderts*. In: Péter Orsolya – Szabó Béla (Hg.): *A bonis bona discere. Festgabe für János Zlinszky zum 70. Geburtstag*. Miskolc, 1998, 451–472 (KAJTÁR 1998), 456; László PÉTER: *Die Verfassungsentwicklung in Ungarn*. In: Helmut Rumppler – Peter Urbanitsch (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. VII. *Verfassung und Parlamentarismus 1*. Wien, 2000, 239–540 (PÉTER 2000), 295; Ogris 2003, 54.

<sup>4</sup> István KAJTÁR: *Charakteristiken der modernen ungarischen Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert*. In: Gábor Máthé (Hg.): *Die Entwicklung der Verfassung und des Rechts in Ungarn*. Budapest, 2017, 387–402 (KAJTÁR 2017), 392.

<sup>5</sup> Béla SÁRLÓS: *Das Rechtswesen in Ungarn*. In: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd II. *Verwaltung und Rechtswesen*. Wien, 1975, 499–536 [SÁRLÓS 1975], 514; KAJTÁR 1998, 456; PÉTER 2000, 296, 369; Christian NESCHWARA: *Österreichisches Recht in Ungarn. Geltung und Wirkung vor und nach Ausgleich*. In: Barna Mezey (Hg.): *Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867*. Budapest, 2008, 79–104–112 (NESCHWARA 2008), 106–108; Mária HOMOKI-NAGY: *Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch in der ungarischen Rechtspraxis der Richter*. In: Barna Mezey (Hg.): *Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867*. Budapest, 2008, 35–57, 38; Wilhelm BRAUNEDER: *Das ABGB als Kodifikation für West- und Osteuropa*. In: Gábor Béli – Diana Duchonova – Anna Fundarkova – István Kajtár – Zsuzsanna Peres (Hg.): *Institutions of legal history with special regard to the legal culture and history*. Pécs, 2011, 127–135, 128;

Inkrafttreten des österreichischen Strafgesetzbuchs (1852) war die Rechtssicherheit das wichtigste Argument der Regierung und der österreichischen Rechtswissenschaft.<sup>6</sup> Diese Rechtseinheit funktionierte bis zum Oktoberdiplom (1860), dann kehrte Ungarn ohne seine Nebenländer zum vormärzlichen Rechtswesen zurück.<sup>7</sup> In Siebenbürgen und Kroatien blieb das österreichische Rechtsmaterial in Kraft, dadurch hörte die Rechtseinheit auch innerhalb des ungarischen Staatsgebiets auf.<sup>8</sup> Neben der gesamtstaatlichen Kodifikation hatte der Oberste Gerichts- und Kassationshof eine Schlüsselrolle im Ausbau der Gesamtmonarchie, und die Regierung machte auch von der integrierenden Kraft und Funktion der Rechtswissenschaft Gebrauch.

Die Bestrebungen des habsburgischen Hofes brachten der ungarischen Rechtswissenschaft dennoch positive Ergebnisse. Die Periode des direkten österreichischen Rechtsexportes übte eine wichtige Wirkung aus. In diesem Zeitalter entstand die moderne ungarische Rechtsliteratur. Es erschienen die ersten juristischen Zeitschriften und die ersten ungarischen Kommentare der österreichischen Kodexe.<sup>9</sup> Diese neuen Typen der ungarischen Rechtsliteratur ermöglichen die Erforschung der Rezeption des neu eingeführten österreichischen Rechtsmaterials. Die Ausdehnung der österreichischen Gesetze auf Ungarn verursachte notwendigerweise viele Probleme in der Rechtspraxis. Die neuen Kodexe bedeuteten eine Paradigmenveränderung, kodifiziertes Recht löste das frühere traditionelle Gewohnheitsrecht ab. Die Schwierigkeiten der Rechtsauslegung und Rechtsanwendung kann man in den juristischen Zeitschriften beobachten.

## **1. Umfeld und Bedingungen der deutschsprachigen juristischen Zeitschriften in der neoabsolutistischen Ära**

Die Entstehung der deutschsprachigen juristischen Zeitschriften in der neoabsolutistischen Ära hatte wenigstens drei Bedingungen: den direkten österreichische Rechtsexport, die entwickelte Rechtswissenschaft und den Leserkreis. Die Erstreckung des kodifizierten österreichischen Rechts auf Ungarn brachte gleichzeitig die moderne Rechtswissenschaft

---

Mária HOMOKI-NAGY: *Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch in der ungarischen Rechtspraxis der Richter*. In: Gábor Béli – Diana Duchonova – Anna Fundarkova – István Kajtár – Zsuzsanna Peres (Hg.): *Institutions of legal history with special regard to the legal culture and history*. Pécs, 2011, 140–141; KAJTÁR 2017, 392; Mária HOMOKI-NAGY: *Geschichte der zivilrechtlichen Kodifikation*. In: Gábor Máthé (Hg.): *Die Entwicklung der Verfassung und des Rechts in Ungarn*. Budapest, 2017, 451–500, 463, 466.

<sup>6</sup> SARLÓS 1975, 514; KAJTÁR 1998, 456; PÉTER 2000, 296; NESCHWARA 2008, 106–107; BATÓ 2011, 47; KAJTÁR 2017, 392; Barna MEZEY: *Das ungarische bürgerliche Strafrecht*. In: Gábor Máthé (Hg.): *Die Entwicklung der Verfassung und des Rechts in Ungarn*. Budapest, 2017, 501–540, 506.

<sup>7</sup> SARLÓS 1975, 514; KAJTÁR 1998, 457; PÉTER 2000, 300; OGRIS 2003, 57; NESCHWARA 2008, 109; Stefan MALFÉR: *Das Oktoberdiplom. Ein Schritt zum Rechtsstaat*. In: Gábor Máthé – Werner Ogris (Hg.): *Die Habsburgermonarchie auf dem Wege zum Rechtsstaat?* Budapest – Wien, 2010, 95–120, 101; Thomas OLECHOWSKI: *Das Oktoberdiplom 1860. Ende des Neoabsolutismus und Wiederauferstehung des Föderalismus in Österreich*. In: Béli Gábor – Herger Csabáné – Peres Zsuzsanna (Hg.): *Jogtörténeti tanulmányok X.* [Rechtshistorische Beiträge 10.] Pécs, 2010, 149–159, 156.

<sup>8</sup> KAJTÁR 1998, 470; NESCHWARA 2008, 111; BATÓ 2011, 47–48.

<sup>9</sup> BATÓ 2011, 48.

hervor. Der Leserkreis war jedoch ein kompliziertes Problem, neben der Germanisierung wurde eine direkte – teilweise finanzielle – oder indirekte Förderung erforderlich.

### 1.1. Pressenrecht in Ungarn

In der Habsburgermonarchie herrschte zwischen 1849–1860 eine sehr eingeschränkte Meinungsfreiheit, die Regierung überwachte und kontrollierte alle Arten der Öffentlichkeit: sowohl die Presse, als auch die Vereine, die Literatur und die Theater. Diese totalitäre Staatsauffassung erschien im Sylvesterpatent 1851, eine herausragende Aufgabe der Verwaltung war die Überwachung, noch dazu die Lenkung der Anschauung der Untertanen.<sup>10</sup> Das Zeitalter des Neoabsolutismus war eine „journalistische Friedhofsruhe“.<sup>11</sup>

#### 1.1.1. Regelung

Die österreichische Pressordnung trat nicht bloß in den cisleithanischen Ländern, sondern – am 1. September 1852 – in allen Ländern der Monarchie (u.a. in Ungarn) in Kraft.<sup>12</sup> Diese Regelung ermöglichte eine willkürliche Rechtsanwendung. Zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift war eine besondere Bewilligung (Concession) des Statthalters erforderlich. Im Antrag musste der beabsichtigte Inhalt dargelegt werden, der unabänderlich war (§ 10). Für die Redakteure bestimmte der Gesetzgeber strenge Kriterien (§ 12), und eine Kautionspflicht erschwerte die Veröffentlichung der periodischen Presse (§ 13–18). Die wichtigste Beschränkung war die vor der Zustellung zu erfolgende Vorführungspflicht

---

<sup>10</sup> BUZINKAY Géza: *A magyar irodalom és sajtó irányítása a Bach-korszakban (1849–1860)*. [The control of the Hungarian literary and press life during the Bach period (1849–1860)]. In: Magyar Könyvszemle 90 (1974) 1–4, 269–293 (BUZINKAY 1974), 275; DEÁK Ágnes: *Suttogások és hallgatások. Sajtó és sajtópolitika Magyarországon 1861–1867*. Budapest, 2018 (DEÁK 2018), 11–12.

<sup>11</sup> Thomas OLECHOWSKI: *Das Preßrecht in der Habsburgermonarchie*. In: Helmut Rumpler (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. VIII, Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft 2. Wien, 2006, 1493–1533 (OLECHOWSKI 2006), 1533.

<sup>12</sup> Allgemeines Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Österreich 1852/122, XXXVI; BUZINKAY 1974, 270–272; RÉVÉSZ T. Mihály: *A sajtópolitika egyes kérdései a kiegyezés után* (Jogtörténeti Értekezések 9). Budapest, 1977, 20; BUZINKAY Géza: *Az intézményesített polgári sajtó megszületése idegen abszolutizmus alatt*. In: Kosáry Domokos – Németh G. Béla (szerk.): *A magyar sajtó története II/1. 1848–1867*. Budapest, 1985, 291–317 (BUZINKAY 1985), 292–293, 296; BUZINKAY Géza: *Az abszolutizmust túlélő és újjászülötő magyar sajtó, 1849–1867*. In: Kókay György – Buzinkay Géza – Murányi Gábor: *A magyar sajtó története*. Budapest, 2001, 113–133 (BUZINKAY 2001), 116; Thomas OLECHOWSKI: *Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918. Ein Beitrag zur österreichischen Medienrechtsgeschichte*. Wien, 2004 (OLECHOWSKI 2004), 350–357; Géza BUZINKAY: *Die ungarische politische Presse*. In: Helmut Rumpler (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft 2. Wien, 2006, 1895–1976 (BUZINKAY 2006), 1910; OLECHOWSKI 2006, 1504–1507, 1519–1520; KOLTAY András: *A szólásszabadság alapvonalai. Magyar, angol, amerikai és európai összehasonlításában*. Budapest, 2009 (KOLTAY 2009), 75; BUZINKAY Géza: *A magyar sajtó és újságírás története a kezdetektől a rendszerváltásig*. Budapest, 2016 (BUZINKAY 2016), 146; DEÁK 2018, 13.

jeder Ausgabe vor der Behörde, und das sog. Verwarnungssystem (§ 22).<sup>13</sup> Seit 1. Jänner 1858 führte die Regierung den Zeitungsstempel wieder ein.<sup>14</sup>

### *1.1.2. Praxis*

Die tägliche Praxis war wirklich chaotisch, die Druckschriften bewegten sich immer an der Grenze zwischen dem Verbot und der Toleranz. Die Beurteilung der wissenschaftlichen Periodiken war milder, da ihr höherer Preis einen engen – und dadurch gut überwachbaren – Leserkreis bedeutete. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde die ursprüngliche Strenge gelockert.<sup>15</sup> Die Polizei führte ein grundsätzliches Verzeichnis über die Redakteure, wegen dessen Kriterien war es problematisch einen entsprechenden Redakteur zu finden.<sup>16</sup> In diesem Zeitalter konnte der potentielle Leser keine Zeitung und Zeitschrift auf der Straße oder in einer Buchhandlung kaufen, die periodischen Druckschriften musste man abonnieren.<sup>17</sup> Über die Auflagezahlen der Zeitungen und Zeitschriften in der Bach-Ära haben wir nur Schätzung, im Schmerling-Provisorium wurde eine offizielle Statistik zusammengestellt.<sup>18</sup> Die nachträgliche Zensur verursachte eine vorsichtige Themenauswahl und Redaktion, sogar ein Selbstzensur der Schriftsteller und Redakteure.<sup>19</sup> Da die Menge der Werbung wegen der unentwickelten Wirtschaft sehr gering war, konnte die Regierung durch offizielle Anzeigen die Themen und Interpretation der Nachrichten indirekt beeinflussen. Den „oppositionellen“ Zeitungen wurde es durch Regierung verbotene Verordnungen zu publizieren.<sup>20</sup> Die Regierung hatte im Schmerling-Provisorium noch drei Möglichkeiten zur Förderung der regierungstreuen Presse, diese Praktiken stammten aus der Bach-Ära. Regelmäßig bekamen die Leiter der ländlichen Verwaltung einen geheimen Brief vom Statthalter über die Subskriptionseinladung. Die direkte Subvention bekamen die loyalen Redakteure aus dem ungarischen und sogar dem österreichischen Budget.<sup>21</sup>

## 1.2. Deutschsprachige Presse in Ungarn

Die Erforschung der deutschsprachigen Presse wurde in den letzten drei Jahrzehnen intensiviert. Die Germanisten konzentrieren sich höchstens auf die Literatur, im Fokus stehen

---

<sup>13</sup> KOLTAY 2009, 73–75; DEÁK 2018, 13–15.

<sup>14</sup> BUZINKAY 1974, 273; BUZINKAY 1985, 293; BUZINKAY 2001, 116; OLECHOWSKI 2004, 359–363; OLECHOWSKI 2006, 1508; BUZINKAY 2006, 1910; KOLTAY 2009, 75; BUZINKAY 2016, 148.

<sup>15</sup> BUZINKAY 1974, 279–280, 282–283; DEÁK 2018, 191.

<sup>16</sup> BUZINKAY 1974, 280.

<sup>17</sup> DEZSÉNYI Béla: *Az időszaki sajtó története a Dunáj országában*. Budapest, 1947, 32; BUZINKAY 1985, 297; RÉVÉSZ T. Mihály: *A sajtószabadság érvényesülése Magyarországon 1867–1875*. Budapest, 1986, 22; BUZINKAY 2001, 117; BUZINKAY 2006, 1911; BUZINKAY 2016, 155.

<sup>18</sup> BISZTRAY Gyula: *Folyóirataink példányszáma és olvasóközönsége az 1840-es és 50-es években*. In: Magyar Könyvszemle 83 (1967) 4, 177–183, 177; DEÁK 2018, 89.

<sup>19</sup> BUZINKAY 1974, 276, 278–280, 283; BUZINKAY 1985, 314; BUZINKAY 2006, 1909–1910; RÓZSA Mária: *Pesti német nyelvű lapok a kultúráközvetítés szolgálatában a reformkorban és az 1850-es években*. Budapest, 2013 (RÓZSA 2013), 206; BUZINKAY 2016, 147.

<sup>20</sup> BUZINKAY 2001, 118; DEÁK 2018, 204.

<sup>21</sup> DEÁK 2018, 150–151, 159.

die Kulturvermittlung und die Rezeption,<sup>22</sup> deshalb bleiben die anderen Aspekte (z.B. Rechtswissenschaft) außer Betracht. Die Funktion der deutschsprachigen Periodiken war auch die Information der ausländischen Leser.<sup>23</sup> Der heimische Leserkreis erstreckte sich auch auf die ungarische Intelligenz und die städtischen Bürger aus.<sup>24</sup> Wegen der Politik der Germanisierung lasen die Beamten auch diese Periodiken.<sup>25</sup> Unter den deutschen Pressenzentren hatte Preßburg eine riesige Bedeutung, hier existierte die am längsten fortbestehende deutsche Zeitung, die Preßburger Zeitung (1764–1929).<sup>26</sup> Die heutige Presseforschung bestimmt keine inneren Perioden in der Geschichte der deutschsprachigen Presse im Neoabsolutismus.<sup>27</sup> Die deutschen Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Zeitschriften sind sehr wichtig für die ungarische Wissenschaftsgeschichte. In den Naturwissenschaften war die deutsche Sprache in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine *lingua franca*, deshalb erschien die Zeitschrift für Natur- und Heilkunde in Ungarn im Jahre 1850.<sup>28</sup> Die ähnlichen Zeitschriften halfen der isolierten ungarischen Wissenschaft sich in den internationalen Wissenstransfer einzuschalten.<sup>29</sup>

<sup>22</sup> FRIED István: *A magyarországi német nyelvű sajtó kutatásának kérdései (XVIII. század, XIX. század eleje)*. In: Magyar Könyvszemle 99, (1983) 1, 89–101 (FRIED 1983), 90; RÓZSA Mária: *A magyarországi német nyelvű sajtó a kezdetektől 1944-ig. Vázlat*. In: Magyar Könyvszemle 109 (1993) 2, 224–230 (RÓZSA 1993), 224; UJVÁRI Hedvig: *Több mint interdiszciplina? A magyarországi német nyelvű sajtó kutatásáról*. [Mehr als interdisziplinär? Die Erforschung der deutschsprachigen Presse Ungarns im Überblick]. In: Magyar Könyvszemle 131 (2015) 1, 15–23 (UJVÁRI 2015), 20.

<sup>23</sup> RÓZSA 1993, 225; Mária RÓZSA: *Studien zur deutschsprachigen Presse in Mittel- und Ostmitteleuropa. Beiträge zum deutsch-österreichisch-ungarischen Kulturtransfer, zur 1848er Revolutionspresse in Ungarn und Österreich, zum Ungarnbild in der deutschen Presse sowie zum Pressewesen in Wien, Buda, Pest, Preßburg, Temeswar, Hermannstadt und Kronstadt*. Bremen, 2010 (RÓZSA 2010), 33.

<sup>24</sup> SZEMZŐ Piroska: *Német írók és pesti kiadók a 19. században 1812–1878*. Budapest, 1931, 11, 115; FRIED 1983, 91; BELLÉR Béla: *Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn. I. Teil. Bis 1991*. Demokratischen Verband der Ungarndeutschen. Budapest, 1986, 117; RÓZSA 1993, 225; PUKÁNSZKY Béla: *Német polgárság magyar földön*. Budapest, 1940. (Reprint), Budapest, 2000, 70; BUZINKAY 2001, 130–131; Mária RÓZSA: *Die Bibliographie der deutschsprachigen Presse Ungarns 1850–1920 in Vorbereitung*. In: Maria Erb – Elisabeth Knipf – László Tarnóci – Magdolna Orosz (Hg.): „und Thut ein Gnügen Seinem Amte”. Festschrift für Karl Manherz zum 60. Geburtstag. Budapest, 2002, 389–397 (RÓZSA 2002), 389; RÓZSA Mária: *Pozsony a német nyelvű helyi sajtóban*. In: Czoch Gábor – Kocsis Aranka – Tóth Árpád (Hg.): *Fejezetek Pozsony történetéből magyar és szlovák szemmel*. Pozsony, 2005, 420–436 (RÓZSA 2005), 436; Lothar HÖBELT: *Die deutsche Presselandschaft*. In: Helmut Rumpel (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft 2. Wien, 2006, 1819–1894 (HÖBELT 2006), 1881, 1886; Rozália BÓDY-MÁRKUS: *Literaturrezeption und Literaturvermittlung in den Beiblättern von Pest-Ofener und Pressburger deutschsprachigen Zeitungen von 1810 bis 1847*. München, 2010, 14–15; RÓZSA 2010, 16, 33; RÓZSA 2013, 15, 26.

<sup>25</sup> BUZINKAY 1985, 299; BUZINKAY 2001, 130–131.

<sup>26</sup> RÓZSA 1993, 225, 228; RÓZSA 2002, 389, 391; HÖBELT 2006, 1881; RÓZSA 2010, 7–8, 176; UJVÁRI 2015, 21.

<sup>27</sup> RÓZSA 1993, 225; UJVÁRI 2015, 17.

<sup>28</sup> BATÁRI Gyula: *A tudományos szakajó kialakulása Magyarországon (1721–1867)*. Budapest, 1994 (BATÁRI 1994), 117.

<sup>29</sup> RÓZSA 1993, 230; BATÁRI 1994, 120; RÓZSA 2002, 393, 395; RÓZSA 2010, 18, 20, 38, 179.



### 1.3. Rechtswissenschaft

Die 50er Jahre stellten eine Paradigmenveränderung in der ungarischen Pressengeschichte dar, sie endeten die Epoche der enzyklopädischen wissenschaftlichen Zeitschriften und es erschienen die spezialisierten Periodiken.<sup>30</sup>

Zu dieser Gruppe gehören die juristischen Zeitschriften, in europäischem Kontext begann deren intensive Forschung in den 90er Jahren. Michael Stolleis markierte die wichtigste Aufgaben und Richtungen für die Forschung der juristischen Zeitschriften, weil diese Zeitschriften als „medialer Kreuzungspunkt“ zwischen der Wissenschaft und der Praxis funktionierten.<sup>31</sup> Wegen der Charakteristik des Rechts kann man eine Differenzierung der juristischen Zeitschriften beobachten, z.B. existierten theoretische und praktische Zeitschriften. Daneben lassen sie sich nach Zielgruppe (Hochschullehrer, Richter, Anwälte, Verwaltungsbeamte, Rechtspolitiker), nach (rechts)ideologischem und politischem Hintergrund und unter finanziellen Aspekten klassifizieren.<sup>32</sup> Der ungarischen Rechtswissenschaft und dadurch den juristischen Zeitschriften dienten die österreichischen juristischen Zeitschriften im Neoabsolutismus als Muster. In der untersuchten Epoche existierten fünf österreichische juristische Fachzeitschriften: mit theoretischem Charakter das Magazin für Rechts- und Staatswissenschaft (1850–1866) und die Österreichischen Zeitschrift für Innere Verwaltung (1856–1860), mit praktischem Charakter die Allgemeine Österreichische Gerichtszeitung (1850–1931), die Gerichtshalle (1857–1937) und die Österreichische Notariatszeitung (1859–1938).<sup>33</sup>

### 1.4. Zeitschriften mit ‘rechtlichem Inhalt’

Die Zeitschriften mit rechtlichem Inhalt kann man in Ungarn in drei Kategorien aufteilen: die offiziellen Gesetzblätter (Landesgesetz- und Regierungsblatt für das Kronland Ungarn 1850–1852, Landes-Regierungsblatt für das Königreich Ungarn 1853–1859),<sup>34</sup> die sog.

---

<sup>30</sup> BATÁRI 1994, 128, 130; MIKLÓSSY János: *Az ötvenes évek folyóirat-történetének szakaszai (1849–1860)*. In: Kosáry Domokos – Németh G. Béla (Hg.): *A magyar sajtó története II/1. 1848–1867*. Budapest, 1985, 405–416 (MIKLÓSSY 1985a), 405–406, 409–410, 412, 415; MIKLÓSSY János: *Magyar revü-kisérletek az ötvenes évekből*. In: Kosáry Domokos – Németh G. Béla (Hg.): *A magyar sajtó története II/1. 1848–1867*. Budapest, 1985, 480; LIPTÁK Dorottya: *A modernkori könyv- és sajtótörténeti kutatások állapotáról (paradigmaváltás, problémafeltárás, alapelvek, programok, feladatok)*. In: *Magyar Tudomány* 172 (2011) 9, 1121–1131 (LIPTÁK 2011), 1126.

<sup>31</sup> Michael STOLLEIS: *Juristische Zeitschriften, die neuen Medien des 18–20. Jahrhunderts*. In: *Juristische Zeitschriften. Die neuen Medien des 18–20. Jahrhunderts* (Ius Commune 128). Frankfurt, 1999, VII–XIV, XII–XIII.

<sup>32</sup> Michael STOLLEIS – Thomas SIMON: *Juristische Zeitschriften in Europa*. In: Michael Stolleis – Thomas Simon (Hg.): *Juristische Zeitschriften in Europa*. Frankfurt am Main, 2006, 1–10 (STOLLEIS–SIMON 2006), 8–12; Wilhelm BRAUNEDER: *Juristische Fachzeitschriften in Österreich/Cisleithanien als rechtlicher Zäsuren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: Michael Stolleis – Thomas Simon (Hg.): *Juristische Zeitschriften in Europa*. Frankfurt am Main, 2006, 287–308 (BRAUNEDER 2006), 288; Barbara DÖLEMAYER: *Entstehung und Funktion von juristischen Zeitschriften und Entscheidungssammlungen (Deutschland und Österreich)*. In: *Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte*, 28 (2006) 1–2, 195–208 (DÖLEMAYER 2006), 195.

<sup>33</sup> DÖLEMAYER 2006, 199–220; BRAUNEDER 2006, 289–292, 305.

<sup>34</sup> Landesgesetz- und Regierungsblatt für das Kronland Ungarn 1850/I, IV; Kiss Elemér (Hg.): *A magyar hivatalos közlöny 150 éve*. Budapest, 1998, 17.



(halb)offiziellen Zeitschriften (Buda-Pesti Hírlap, Pest-Ofner Zeitung seit 1853)<sup>35</sup> und die juristischen Zeitschriften.

Die erste tatsächliche ungarische juristische Zeitschrift erschien im Januar 1855 beim Verlag von Gustav Heckenast als eine „fünfwöchentliche“ Zeitschrift. Jogtudományi 's Törvényhozási Társ (bis zum Juni 1856, Hg.: Lőrinc Tóth). Sie beschäftigte sich mit der Erläuterung des neuen Rechtssystems und sie enthielt auch Rechtsfälle und Rezensionen.<sup>36</sup> Törvénykezési Lapok (1857–1859, Hg.: Ferenc Császár, Virgil Szilágyi) erschien zunächst zweimal pro Woche, später wöchentlich. Die Redaktion konzentrierte sich immer auf die Probleme der Rechtsanwendung.<sup>37</sup> Das Gleichgewicht zwischen der Wissenschaft und der Praxis bedeutete Törvényszéki Csarnok (1859–1883, Hg.: István Szokolay), die von der Regierung auch eine Förderung erhielt.<sup>38</sup> Im Zeitalter des Neoabsolutismus existierten deutschsprachige auch in Ungarn juristische Zeitschriften (z.B. Zeitschrift für Gesetzkunde und Rechtspflege zunächst in Ungarn, Kroatien und Slavonien, Siebenbürgen, Serbien und dem Temescher Banat, Preßburg 1855–1860), blieben aber für die ungarische Rechtsgeschichtswissenschaft außer Betracht.<sup>39</sup>

## 2. Zeitschrift für Gesetzkunde und Rechtspflege zunächst in Ungarn... (ZGRU)

Der Hintergrund der deutschsprachigen juristischen Zeitschriften war die teilweise Germanisierung der Juristenausbildung.<sup>40</sup> An der Preßburger Rechtsakademie war die Unterrichts-

<sup>35</sup> BUZINKAY 1974, 273, 285; BUZINKAY 1985, 299; BUZINKAY 2006, 1918; DEÁK 2018, 99, 101.

<sup>36</sup> SZALÁDY Antal: *A magyar hírlap-irodalom statistikája 1780–1880-ig*. Budapest, 1884 (SZALÁDY 1884), 98; NAGY Lajos: *A magyar jogi folyóiratok irodalom fejlődésének vázlata*. In: Szűk László (Hg.): *A Jogtudományi Közlöny (1865–1934) büntetőjogi tárgyú adatai*. Budapest, 1988, 5–67 (NAGY 1988), 27; MIKLÓSSY János: *Szakmai és tudományos lapok*. In: Kosáry Domokos – Németh G. Béla (Hg.): *A magyar sajtó története II/1. 1848–1867*. Budapest, 1985, 503–508 (MIKLÓSSY 1985b), 505–506; BUSA Margit (Hg.): *Magyar sajtóbibliográfia 1705–1849. A Magyarországon magyar és idegen nyelven megjelent, valamint a külföldi hungarika hírlapok és folyóiratok bibliográfiája, I.* Budapest, 1996 (BUSA 1996), 53, 207, 209; Katalin GÖNCZI: *Die ungarische Rechtskultur im Spiegel der juristischen Zeitschriften im 19. Jahrhundert*. In: Michael Stolleis – Thomas Simon (Hg.): *Juristische Zeitschriften in Europa*. Frankfurt am Main, 2006, 237–268 (GÖNCZI 2006), 260–261.

<sup>37</sup> SZALÁDY 1884, 231; KERESZTY István (Hg.): *A magyar és magyarországi időszaki sajtó időrendi áttekintése 1705–1867*. Budapest, 1916 (KERESZTY 1916), 55–56, 58, 88; BUZINKAY 1985, 298–299; MIKLÓSSY 1985a, 415; MIKLÓSSY 1985b, 506–507; NAGY 1988, 28; BATÁRI 1994, 128; BUSA 1996, 128, 212, 215, 217; BUZINKAY 2001, 129; GÖNCZI 2006, 261–262; LIPTÁK 2011, 1126.

<sup>38</sup> SZALÁDY 1884, 231; KERESZTY 1916, 58–59, 88; MIKLÓSSY 1985a, 415; MIKLÓSSY 1985b, 507; NAGY 1988, 28; BUSA 1996, 128, 217, 220; GÖNCZI 2006, 262; DEÁK 2018, 98, 150–151, 159, 320–321.

<sup>39</sup> NAGY 1988, 28–29, 52.

<sup>40</sup> *A magyar jogakadémiák és joglyceumok története. Hivatalos adatok alapján*. Pest, 1873 (Jogakadémiák 1873), 17–22; ORTVAY Tivadar: *Száz év egy hazai főiskola életéből. A pozsonyi kir. akadémiának 1784-től 1884-ig való fennállása alkalmából*. Budapest, 1884 (ORTVAY 1884), 32–33, 38–40; SASHEGYI Oszkár: *Iratok a magyar felsőoktatás történetéből 1849–1867*. Budapest, 1974 (SASHEGYI 1974), 25–26, 46–47; VARGA Sándor: *A pozsonyi jogakadémia az abszolutizmus és a dualizmus korában (1850–1914)*. In: Csizmadia Andor (Hg.): *Jogtörténeti Tanulmányok III.* Budapest, 1974, 237–251 (VARGA 1974), 240, 243; HENCZ Aurél: *Felsőfokú közigazgatási szakemberképzés Magyarországon 1848–1949*. Szeged, 1981, 16, 20; M. NOVÁK Veronika: *A pozsonyi jogakadémia hallgatósága 1777–1849*. Budapest, 2007 (M. NOVÁK 2007), 8.

sprache seit 1855 Deutsch, deshalb arbeiteten dort mehr Professoren aus anderen Ländern des Reiches. Die neuen deutschsprachigen Professoren waren auch früher literarisch sehr aktiv, ihre Publikationstätigkeit war allbekannt.<sup>41</sup> Dieses Umfeld ermöglichte es, eine juristische Zeitschrift zu verlegen.

## 2.1. Forschungsgeschichte

Die ZGRU ist sowohl der ungarischen,<sup>42</sup> slowakischen<sup>43</sup> und deutschen<sup>44</sup> Pressengeschichte bzw. Unterrichtsgeschichte<sup>45</sup> als auch den Rechtshistorikern<sup>46</sup> bekannt, doch erschienen verschiedene und teilweise falsche Informationen. Nach Ansicht der Autoren, die die Erscheinungsdaten auf die Kataloge der Ungarischen Nationalbibliothek (Országos Széchényi Könyvtár) gründeten, erschienen nur fünf Jahrgänge der ZGRU.<sup>47</sup> Die Inhalt und Struktur der Zeitschrift ist unbekannt, lediglich Tivadar Ortway las die Exemplare der ZGRU nachweislich, da er die wichtigsten Autoren und Themen nach Inhalt der Abhandlungen erwähnte.<sup>48</sup>

## 2.2. Programm und Leserkreis

Nach Ansicht der Redakteure der ZGRU war es nötig eine eigene juristische Zeitschrift für Ungarn und ihre ehemaligen Nebenländer zu gründen, da sich ein neues Rechtssystem entwickelte. Obwohl in der Habsburgermonarchie parallel sogar zwei juristische Zeitschriften existierten, war es doch wichtig, dass es ein spezielles Organ für Ungarn gab.<sup>49</sup>

Die Einladung zur Pränumeration des zweiten Halbjahres legte das Programm der ZGRU dar: „Die Zeitschrift wird – ihrem Programme treu – fortfahren, kurze bündige Erläuterungen der neuen Gesetze, vergleichende Darstellungen des neuen mit dem älteren Rechte,

---

<sup>41</sup> Jogakadémiai 1873, 17–22, 28; ORTVAY 1884, 96, 101–103, 121, 124, 228, 273, 275–276; VARGA 1974, 244, 249–250; KOVÁCS Kálmán: *A pozsonyi Erzsébet Tudományegyetem Jog- és Államtudományi Kara (1914–1921)*. In: Csizmadia Andor (Hg.): *Jogtörténeti tanulmányok I*. Budapest, 1983, 143–167, 162; M. NOVÁK 2007, 12.

<sup>42</sup> KERESZTY 1916, 54–55, 57, 94; Heinrich RÉZ: *Deutsche Zeitungen und Zeitschriften in Ungarn von Beginn bis 1918*. München, 1935 (RÉZ 1935), 101; BUSA 1996, 18, 138, 208, 210, 212–213, 215, 217; Mária RÓZSA: *Deutschsprachige Presse in Ungarn 1850–1920. Bibliographie 1. Zeitschriften und Fachblätter*. München, 2001 (RÓZSA 2001), 157; RÓZSA 2005, 427; RÓZSA 2010, 179; Albert WEBER (Hg.): *Bibliographie deutschsprachiger Periodika aus dem östlichen Europa. Teil 1. Zeitungen und Zeitschriften*. 2013 (WEBER 2013), 132.

<sup>43</sup> Michal POTEMRA (Hg.): *Bibliografia inorecovych novín a časopisov na Slovensku do roku 1918*. Matica Slov. v Martine, 1963 (POTEMRA 1963), 59, 693.

<sup>44</sup> Joachim KIRCHNER (Bearb.): *Die Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes von 1831 bis 1870*. Stuttgart, 1977 (KIRCHNER 1977), 137.

<sup>45</sup> ORTVAY 1884, 259–261; SASHEGYI 1974, 47.

<sup>46</sup> VARGA 1974, 242; NAGY 1988, 52–53; Helmut SLAPNICKA: *Beamte aus den böhmischen Ländern in der Slowakei 1853–1860*. In: *Bohemia* 44 (2003) 2, 488–502 (SLAPNICKA 2003), 496–497; GÖNCZI 2006, 259–260; STOLLEIS–SIMON 2006, 9; BRAUNEDER 2006, 287; Wilhelm BRAUNEDER: *Transferbedingung Übertragung oder Übersetzung*. Donau-Institut Working Paper No. 19, 2013 (BRAUNEDER 2013), 14.

<sup>47</sup> KERESZTY 1916, 54–55, 57, 94; RÉZ 1935, 101; BUSA 1996, 18, 138, 208, 210, 212–213, 215, 217; RÓZSA 2001, 157; RÓZSA 2005, 427; RÓZSA 2010, 179, WEBER 2013, 132.

<sup>48</sup> ORTVAY 1884, 134–140, 259–260.

<sup>49</sup> Vorwort. ZGRU 1 (1855) 1, 2.

Besprechungen der sich in der Praxis bildenden Ansichten in Civil- und Strafsachen, interessante Civil- und Strafrechtsfälle, Rechtssätze und Entscheidungen des h. k. k. obersten Gerichtshofes, Verordnungen der höheren und höchsten Behörden, Notizen von Interesse für Justizbeamte und Advocaten, und Anzeigen über juristische Werke zu bringen.“<sup>50</sup>

Die erste Ausgabe der ZGRU erschien am 5. Juli 1855 in Preßburg. An jedem Donnerstag erschien die Zeitschrift in einem Bogen bei Verlag von Wigand. Der halbjährige Pränumerationspreis beträgt für Preßburg 2 Forint, für Auswärtige 2 Forint 30 kr.. Die Auflagezahlen sind bloß für das erste Halbjahr bekannt, 600 Exemplare erschienen nach den Angaben Innenministerium.<sup>51</sup> Diese Zahl war relative hoch, da die ungarnsprachige Törvéyszéki Csarnok seit 1861 bis 1867 etwa 500–1100 Abonnenten hatte.<sup>52</sup> Das Nebenblatt der ZGRU war die Chronik der Justiz-Gesetze und Verordnungen.<sup>53</sup> Der Leserkreis der ZGRU war wahrscheinlich dem der anderen juristischen Zeitschriften ähnlich, doch die ausländischen Interessenten konnten auch über die ungarischen Rechtswissenschaft und Gerichtspraxis lesen.

Am 29. November 1860 teilte der Redakteur Josef Slavicek eine kurze Nachricht mit: „Eingetretene überwiegende Gründe nöthigen mich, die Herausgabe und verantwortliche Redaktion dieser Zeitschrift mit dem Schluß des laufendes Jahres gänzlich aufzugeben.“<sup>54</sup> Der Hintergrund der Auflösung war das Oktoberdiplom.<sup>55</sup> So existierte die ZGRU fünfeinhalb Jahre und es erschienen 52 oder 53 Blätter pro Jahrgang.

### 2.3. Die Redaktion

Ohne archivarische Forschungen kann man das innere Leben der Redaktion nicht rekonstruieren, doch auch die ZGRU und die Sekundärliteratur enthalten wichtige Informationen.

#### 2.3.1. Die Redakteure

Der Herausgeber und Redakteur war Dr. Franz Petruska (1814–1887), er arbeitete von 1850 bis 1854 als Professor des österreichischen Privatrechts und Wechsel- und Handelsrechts an der Rechtsakademie von Preßburg. Ab 1854 war Petruska Landesgerichtsrat am Landesgericht Preßburg, parallel blieb er bis zum 5. Januar 1860 als Redakteur tätig.<sup>56</sup> In

---

<sup>50</sup> ZGRU 1 (1855) 26, 113; Constantin WURZBACH: *Bibliographisch-statistische Übersicht der Literatur des österreichischen Kaiserstaates. Dritter Bericht, Vom 1. Jänner bis 31. December 1855*. Wien, 1857 (WURZBACH 1857), 476.

<sup>51</sup> WURZBACH 1857, 476.

<sup>52</sup> DEÁK 2018, 320–321.

<sup>53</sup> BUSA 1996, 18, 138, 213, 215.

<sup>54</sup> ZGRU 6 (1860) 22, 81.

<sup>55</sup> SLAPNICKA 2003, 498.

<sup>56</sup> WURZBACH 1857, 476; ORTVAY 1884, 89, 134–135, 259; RÉZ 1935, 101; POTEIRA 1963, 693; VARGA 1974, 238, 241–242, 244; KIRCHNER 1977, 137; BUSA 1996, 18, 138; RÓZSA 2001, 157; SLAPNICKA 2003, 491, 496–497; GÖNCZI 2006, 259–260; BRAUNEDER 2013, 14; WEBER 2013, 132.

einer kurzen Nachricht informierte Petruska den Leserkreis über die Veränderung.<sup>57</sup> Der zweite (und letzte) Herausgeber und Redakteur war Dr. Josef Slavicek (1818-1867), er unterrichtete von 1858 bis 1861 als ordentlicher Professor des Strafrechtes an der Rechtsakademie von Preßburg.<sup>58</sup> Slavicek stellte das unveränderte Programm der ZGRU dar und bat die Gerichte, Staatsanwaltschaften, Behörden, Abonnenten und Mitarbeiter um Zusammenarbeit.<sup>59</sup>

### 2.3.2. Die Mitarbeiter

Ein Teil der Aufsätze stammte aus österreichischen juristischen Zeitschriften,<sup>60</sup> doch die Mehrheit der Publikationen war die Arbeit der Mitarbeiter.

Die Verfasser lassen sich in vier Gruppen einordnen. Von den Beamten und Richtern am Vertriebsgebiet<sup>61</sup> publizierte Dr. Josef Ritter v. Helm (Rathssekretär beim kk. O.-L.-Gerichte in Eperjes),<sup>62</sup> Johann Mathiasch (kk. Staatsanwalts-Substituten in Balassa-Gyarmath),<sup>63</sup> Max Freiherr Gemmel (Raths-Secretär beim kk. Landesgerichte in Oedenburg)<sup>64</sup> und Albert Jantsch (kk. Staatsanwalt zu Trenschin).<sup>65</sup>

Sehr interessant ist das Namenverzeichnis der Beamten und Richter außer dem Vertriebsgebiet, es weist auf das persönliche Verbindungsnetzwerk des Redakteurs hin: Dr. Josef Kitka (Hofrathe),<sup>66</sup> Ignaz Raschbacher (Hilfämter-Direktor am kk. Kriegsgerichte Krems in Nieder-Oesterreich),<sup>67</sup> Ignaz Maucher (kk. Landesgerichtsrath in Wien).<sup>68</sup>

Eine wichtige Gruppe bildeten die Professoren der Preßburger Rechtsakademie,<sup>69</sup> wahrscheinlich verfassten sie die Aufsätze ohne Namenszeichen. Bezüglich strafrechtlicher Themen war Dr. Friedrich Rulf (o. ö. Professor an der kk. Rechtsakademie in Preßburg) sehr aktiv.<sup>70</sup>

---

<sup>57</sup> Zur Nachricht. ZGRU 5 (1860) 27, 108.

<sup>58</sup> ORTVAY 1884, 140–141, 259; VARGA 1974, 238, 242, 244–245; SLAPNICKA 2003, 498; GÖNCZI 2006, 259–260.

<sup>59</sup> Nachricht und Bitte! ZGRU 5 (1860) 29, 112.

<sup>60</sup> Z. B. Uebersichtliche Zusammenstellung der in der ersten Hälfte des J. 1857 bekannt gewordenen, das Strafrecht und den Strafproceß betreffenden Entscheidungen des obersten Gerichtshofes. ZGRU 3 (1857) 12, 52–53.

<sup>61</sup> SLAPNICKA 2003, 498.

<sup>62</sup> Recht der Berufungsbehörden, das Erkenntnis des Unterrichters abzuändern. ZGRU 1 (1855) 6, 21–22; ORTVAY 1884, 260.

<sup>63</sup> Beitrag zur Lösung der in Nr. 22 zur Besprechung aufgestellten Frage: ob der Diebstahl an Getreide in sogenannten Truchtgruben als ein Diebstahl an versperrten Sachen zu behandeln sei. ZGRU 1 (1855) 29, 133–134; ORTVAY 1884, 260.

<sup>64</sup> Ueber die §§. 152, 155 b, und 156 b und c der St.-G.-B. ZGRU 2 (1857) 29, 117–118; ORTVAY 1884, 260–261.

<sup>65</sup> Strafrechtsfälle über die Zuständigkeit des Strafgerichtes nach § 38 StPO. zur Führung der Untersuchung rücksichtlich des Verbrechens der Verläumdung nach § 209 StGB. ZGRU 6 (1860) 4, 14; ORTVAY 1884, 261.

<sup>66</sup> Rechtsfall, zur Erläuterung des, im §. 197 des Strafgesetzes festgestellten Begriffes über das Verbrechen des Betruges. ZGRU 3 (1858) 43, 174–175; ORTVAY 1884, 261.

<sup>67</sup> Verbrechen der versuchten Nothzucht und des Raubes, §§ 8, 125 und 126 StG. dann §§ 34 und 194 StG. ZGRU 6 (1860) 7, 26; ORTVAY 1884, 261.

<sup>68</sup> Ist das Hofdekret vom 20. Juni 1800, als den §. 174 II. d.) des St.-G. erklärend, noch gültig? und war die Entlassung desselben eine Bedürfniß. ZGRU 5 (1859) 24, 93–94; ORTVAY 1884, 261.

<sup>69</sup> ORTVAY 1884, 135–137, 139–140, 143, 259–261; VARGA 1974, 241–242; SLAPNICKA 2003, 498; GÖNCZI 2006, 260.

<sup>70</sup> Beitrag zur Lehre von der Straflosigkeit des Diebstahles wegen thätiger Reue. ZGRU 3 (1858) 44, 178–179.

Die Professoren der anderen Universitäten und Rechtsakademien publizierten regelmäßig in der ZGRU:<sup>71</sup> Dr. Wolfgang Wessely (kk. Professor an der Universität in Prag),<sup>72</sup> Dr. Friedrich Rulf (kk. Professor in Lemberg),<sup>73</sup> Dr. Gusztav Degen (kk. Rechtsakademie-Adjunkten zu Kasschau),<sup>74</sup> Dr. Ferdinand Schuster (kk. Professor an die Universität Pest)<sup>75</sup> und Dr. Alois Gentz (kk. Professor an der Rechtsakademie zu Hermanstadt).<sup>76</sup>

## 2.4. Die Rubriken

Unter inhaltlichem Aspekt hatte die ZGRU 26 Rubriken, die mit oder ohne selbstständigem Titel erschienen. Gewöhnlich erschien ein wissenschaftlicher Aufsatz pro Exemplar, häufig in mehreren Folgen.<sup>77</sup> Insgesamt erschienen 366 Abhandlungen mit verschiedenen Themen und 73 Rezensionen.<sup>78</sup> Daneben sind Rechtswissenschaftliche Journalistik (30)<sup>79</sup> und Literarische Notizen Inland oder Ausland (68)<sup>80</sup> über die neueste deutschsprachige juristische Literatur publiziert. Die Abonnenten konnten auch Gerichtsstatistiken des Vertriebsgebietes (43) lesen.<sup>81</sup> Für Praktiker waren die Rubriken Rechtsfälle (243)<sup>82</sup> und Entscheidungen des k.k. obersten Gerichtshofes (333) sehr wichtig. Ein Teil der Rubriken informierten die Leser über praktische Nachrichten: neue Rechtsquelle (6), die Auszüge aus neuen Gesetzen und Verordnungen (382), Erledigte Dienst-Stellen<sup>83</sup> und Personal-Nachrichten (504), Vergleichsverfahren (25), Concurse (89), Juridische Miscellen (30), Notizen (62),<sup>84</sup>

<sup>71</sup> SLAPNICKA 2003, 498.

<sup>72</sup> *Zur Frage über die Berechnung des Werthes einer gestohlenen Sache nach dem österr. Rechte.* ZGRU 2 (1857) 39, 157–159; ORTVAY 1884, 261.

<sup>73</sup> *Steht dem Staatsanwalte auch gegen die Erkenntnisse und Verfügungen des Strafgerichtes in Beziehung auf privatrechtliche Ansprüche die Berufung zu?* ZGRU 5 (1859) 11, 41.

<sup>74</sup> *Beitrag zur Erläuterung des § 201 lit. c. des österreichischen Strafgesetzes vom Jahre 1852, betreffend das Verbrechen des Betruges an einer gefundenen Sache.* ZGRU 6 (1860) 9, 33–34; ORTVAY 1884, 143, 261.

<sup>75</sup> *Von den Prinzipien der Spezialität und Legalität im Hypothekwesen.* ZGRU 5 (1860) 52, 213–214; WURZBACH 1857, 476.

<sup>76</sup> *Ueber das Verbrechen des Betruges durch falsches Zeugniß vor Gericht.* ZGRU 4 (1859) 39, 154–155.

<sup>77</sup> Z. B. FRANZ RICHTER: *Ein Beitrag zur Lehre über die Urtheilsfällung bei Uebertretungen.* ZGRU 6 (1860) 23, 89.

<sup>78</sup> Z. B. S.: *Abhandlungen aus dem österr. Strafrecht. Von Dr. Julius Glaser, a. ö. Professor der Rechte an der kk. Universität zu Wien. Erster Band.* Wien, 1858. (gr. 8. S. 1–503.). ZGRU 3 (1858) 28, 115–116.

<sup>79</sup> Z. B. *Archiv des Criminalrechts. Neue Folge. Zweiter Abschnitt. Herausgegeben von Abegg, v. Arnold, Birnbaum, Heffter, Hermann, Mittermaier und Zachariä, Jahrgang 1857, erstes Stück Braunschweig 1857, 1–161.* ZGRU 3 (1857) 8, 56–57.

<sup>80</sup> Z. B. *Sammlung von Entscheidungen zum allgemeinen österreichischen bürgerliche Gesetzbuche von 1812 bis 1859, Wien, 1860.* ZGRU 6 (1860) 11, 44.

<sup>81</sup> Z. B. *Summarischer Strafgeschäfts-Ausweis der Gerichtshöfe I. Instanz im Eperieser Oberlandgerichtssprengel für das Jahr 1857.* ZGRU 3 (1858) 173.

<sup>82</sup> Z. B. G.: *Strafrechtsfall vor einem Fünfrichter-Collegium des kk. Comitatsgerichtes Steinamanger, gegen Elisabeth S. wegen Verbrechens des vollbrachten Meuchelmordes.* ZGRU 3 (1857) 15, 62–63.

<sup>83</sup> Z. B. „Eine Rathsekretärsstelle bei dem kk. Komitatsgerichte Szegedin“ ZGRU 5 (1859) 12, 48.

<sup>84</sup> Z. B. „Am 26. Dec. I. J. starb in Preßburg Paul v. Szlemenics, Dr. der Philosophie und Rechte, kaiserl. Rath, jubililiter Professor an der Rechtsakademie in Preßburg, wirkliche Mitglied der ungar. gelehrten Gesellschaft, bekannt als eine Autorität im ungar. Rechte.“ ZGRU 2 (1857) 27, 112.

gemischte Nachrichten (12)<sup>85</sup> und Nachrichten der Redaktion (98). Der Inseratenteil kam in den ersten 3 Jahrgänge öfter vor, ab 1858 fehlt diese Rubrik.

## 2.5. Die Themen

Unter den wissenschaftlichen Themen der ZGRU erschienen solche Rechtsinstitutionen, die in dem früheren unentwickelten und nicht kodifizierten ungarischen Rechtssystem unvorstellbar waren (z. B. strafrechtliche Verjährung).<sup>86</sup> Alle Problemkreise eines modernen Rechtssystems wurde von den Verfassern behandelt: Strafrecht AT (11) und BT (143), Strafprozessrecht (87), Strafvollzug (4), Privatrecht (218), Zivilprozessrecht (189), Handels- und Wechselrecht (63), Verfassungsrecht (7), Verwaltungsrecht (16), Rechtsgeschichte (21) und andere Themen (94). Den wissenschaftlichen Diskurs in der ZGRU dominierte das Privatrecht und Handelsrecht, dieses Phänomen hatte zwei Hintergründe. Erstens herrschten in einem modernen Rechtssystem immer die Belange der Wirtschaft, zweitens traten die Probleme der Einführung des österreichischen Rechtes wegen der Charakteristik des Privatrechtes auf diesem Rechtsgebiet in Erscheinung. Die Veränderung induzierte das Erscheinen einer neuen Art der privatrechtlichen Fachliteratur, die Autoren beschäftigten sich mit der Vergleichung der früheren und geltenden Rechtsinstitutionen. Diese Gattung der juristischen Fachliteratur erschien nicht nur in der Rubrik der Abhandlungen,<sup>87</sup> sondern auch unter den Rezensionen.<sup>88</sup> Ein anderes Phänomen war die 'Untersuchung' nach anwendbarem Recht. Mit dem Inkrafttreten des öStGBs blieb die materiell-rechtliche Regelung des Wuchers unverändert, doch das Verfahren wurde ganz neu. Diese Regelungsmethode stellte sowohl im Kerngebiet von Ungarn, als auch in Siebenbürgen ein Problem dar.<sup>89</sup>

## 3. Fazit: die Illusion der Rechtseinheit

Dieser kurze Überblick der Themen der ZGRU ermöglicht zwei Tatsachen festzustellen. Erstens lässt es sich feststellen, dass nicht nur in der Habsburgermonarchie, sondern auch in den Ländern der ungarischen Krone keine lückenlose Rechtseinheit (z. B. Wucher)

---

<sup>85</sup> Z. B. *Der Deutsche Juristentag*. ZGRU 5 (1860) 50, 207–208.

<sup>86</sup> BIACH, W.: *Die strafrechtliche Verjährung*. ZGRU 3 (1858) 32, 129–130.

<sup>87</sup> Z. B. JOSEF RITTER V. HELM: *Das alte und das neue Pfand in Ungarn*. ZGRU 1 (1856) 33, 149–150; JOSEF RITTER V. HELM: *Das Pfand- und Hypothekarwesen in Ungarn*. ZGRU 2 (1856) 3, 11–12; FRANZ RICHTER: *Ueber das Recht zum Bezuge und zur Benützung von Wasser nach der für Ungarn geltenden Gesetzgebung*. ZGRU 6 (1860) 7, 25–26.

<sup>88</sup> Z. B. K.: *Das alte und neue Privatrecht in Ungarn, Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen, Serbien und dem Temeser Banat, bezüglich seiner Fortdauer und Rückwirkung. Dargestellt von Max Füger von Rechtborn, Vizepräsident des kk. siebenbürg. Oberlandesgerichtes x. x. Hermannstadt 1858*. ZGRU 5 (1859) 5, 19–20.

<sup>89</sup> *Fragen, deren Beantwortung gewünscht wird: ... 2. Nach welchen Gesetzen wird der Wucher in Siebenbürgen beurtheilt?* ZGRU 4 (1858) 14, 56; Alois GENTZ: *Ist der Wucher in Siebenbürgen gegenwärtig strafbar oder nicht?* 1–2. ZGRU 4 (1858) 24, 93–95, ZGRU 4 (1858) 25, 98–100; Szilvia BATÓ – Mária HOMOKI-NAGY: *Zwischen Privatrecht und Strafrecht: Regelungsgeschichte des Wuchers in der Habsburgermonarchie*. In: Mihály Filó (Hg.): *Die Strafbarkeit des Wuchers. Internationale und interdisziplinäre Perspektiven*. Budapest, 2016, 83–118, 91–92.

herrschte. Zweitens war dieses Phänomen sowohl den zeitgenössischen Rechtswissenschaftlern, als auch den Praktikern offensichtlich. Diese Anmerkungen eröffnen einen neuen Weg für die rechtshistorische Forschung des Neoabsolutismus: Wie behandelten die Rechtswissenschaft, die Rechtspraxis und die Regierung diese Probleme?



## ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN DEN QUELLEN DER SUMMA LEGUM RAYMUNDI UND DER DECRETUM GRATIANI

**BLAZOVICH László**  
professor emeritus

Universität Szeged

Zwar sind fünfzehn bisher bekannte Handschriften von ihm erhalten geblieben und es haben sich viele mit seinen Werken befasst, all dies hat Werner Ogris und zuletzt Bónis Péter zusammengefasst, trotzdem ist die Person Raymundus‘ bis heute ein Rätsel geblieben.<sup>1</sup> Von diesen wurde sein Protokoll von dem Wiener Professor der Rechtsgeschichte, Alexander Gál in seinem Werk *Die Summa legum brevis et levis atque utilis des sogenannten Doctor Raymundus von Wiener-Neustadt* veröffentlicht.<sup>2</sup> Er hat sein Werk aufgrund der Krakauer Ausgabe aus dem Jahre 1506 und der von ihm als Haupttexte gehaltenen Handschriften auf Latein veröffentlicht, parallel dazu verläuft der Text der deutschen Übersetzung, der in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Pressburg aufgrund einer Handschrift aus Pressburg, die im Verhältnis zum Haupttext zahlreiche aber nicht tatsächlich wesentliche Abweichungen und Auslassungen enthält, verfasst wurde. Die Quellen seines Werks wurden nicht vollständig offengelegt. In dieser Hinsicht ist neben Tomaschek und György Bónis und Martyn Rady bei der Analyse der Quellen des Prologs des Tripartitums von Werbőczy am weitesten gekommen. In seiner Studie verlaufen die Texte der Quellen in drei Säulen, in der ersten die des Tripartitums, in der zweiten die der *Summa* und in der dritten die der Quellen der *Summa*.<sup>3</sup> Darunter kommen vor allen die mit der *Summa* verwandten Zitate aus Institutionis von Justinianus sowie aus den Werken von Azo, Gratianus und Accursius vor.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Werner OGRIS: *Raymund von Wiener Neustadt*. In: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 4. Hg. Adalbert Erler u. Ekkehard Kaufmann unter philologischer Miterbeit von Ruth Schmidt Wiegand. Erich Schmidt Verlag, Berlin, Bd. 4. 1990, Sp. 200–203; BÓNIS Péter: *A Summa legum Raymundi Parthenopei magyarországi jelenléte és jelentősége*. In: Jogtörténeti Közlemények 2002. május S. 229–231, besonders S. 229. Die Fachliteratur siehe ebd. [BÓNIS 2002]

<sup>2</sup> *Die Summa legum brevis levis et utilis des sogenannten Doctor Raymundus von Wiener-Neustadt. Im Auflage und mit Unterstützung der Savigny Stiftung sowie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft*. Hg. Dr. jur. Alexander GÁL a. o. Professor an der Universität Wien. Weimar. Hermann Böhlau Nachf. 1926. [GÁL 1926]

<sup>3</sup> György BÓNIS: *Der Zusammenhang der Summa legum mit dem Tripartitum*. In: Balogh Elemér (Hg.): Beiträge zur ungarischen Rechtsgeschichte 1000–1848. Gondolat, Budapest, 2018, S. 374–400; Martin RADY: *The Prologue to Werbőczy's Tripartitum and its Sources*. In: The English Historical Review, 2006, CXXI (490) 104–145.

<sup>4</sup> BEHREND – KNÜTEL – KUPISCH – SEILER: *Corpus Iuris Civilis. Die Institutionen. Text und Übersetzung*. 2., verbesserte und erweiterte Auflage, C. F. Müller Verlag. Heidelberg, 1995. Friedberg, AEMILIUS: *Corpus iuris canonici. Pars prior. Decretum Magistri Gratiani*. Leipzig, 1879. Neudruck: Graz, 1959. GRATIANUS: *Decretum Gratiani Post Justi Henningi Boehmeri curas denno recognovit et edidit J.–P. Migne*. Tom. un. Paris 1861. ACCURSIUS: *Glossa Ordinaria ad Digestum Vetus*. Venicie (Jenson), 1478.



Fälschlicherweise hält Alexander Gál das Werk und seinen Autor für aus Wiener-Neustadt stammend, die italienischen Forscher, Werner Ogris und Bónis Péter für italienisch. Laut letzterer Meinung könnte Raymundus de Sancto Petro der Autor der Handschrift sein, dessen Name in der Ära von Karl I. aus dem Haus Anjou in einem neapolitanischen Registrum-Buch vorkommt, denn zu dieser Zeit hat er römisches Recht an der Universität Neapel gelehrt. Da in der *Summa* weder der Name von Cinus, noch der von Bartalus vorkommt, obwohl der des Letzteren wegen seines Ansehens und seiner Popularität aufgrund eines zu einem späteren Zeitpunkt entstandenen Werks nicht hätte wegbleiben dürfen, können wir die *Summa* als ein Werk aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ansehen. Ein anderer Eintrag nennt ihn Raymundus de Bononia de Sancto Petro, aufgrund dessen G. M. Monti, der die Aufzeichnungen gefunden hat, darauf schloss, dass der aus Sankt Peter stammende Raymundus, Inhaber des Doktors beider Rechte in Bologna studiert hat und später in Neapel unterrichtet hat.<sup>5</sup>

Aufgrund des Obigen halten wir die Annahme von Werner Ogris für akzeptabel, dass König Karl I. oder irgendjemand aus seinem Umfeld das Werk Raymundus' aus Italien in das mittelalterliche Königreich Ungarn mitgebracht hat und seine Handschrift auf diese Weise auch nach Polen und in das südöstliche Deutsche Reich gelangt ist. Die *Summa* wurde in den Städten aller drei Länder als subsidiäres Rechtsbuch neben dem regionalen Recht angewendet, was nicht nur durch die deutsche Übersetzung aus Pressburg sowie die erwähnte Krakauer Ausgabe belegt wird, sondern auch dadurch, dass sie in den Archiven mit Ausnahme von Sopron in allen ungarischen Städten der Gruppe von Tárnok mit dem Rechtsbuch von Tárnok zusammengebunden aufgefunden wurde. Trotzdem haben die Rechtshistoriker und Historiker sie mit Ausnahme einiger Forscher (z. B. Szende Katalin) nicht in ihren Arbeiten verwendet.<sup>6</sup>

Die kurze, leichte und nützliche Fassung der Gesetze zeichnet sich durch die verständliche und klare Beschreibung des geltenden städtischen Rechts aus. Das Werk ist der Institutiones folgend in drei Teile, in Sachen, Personen und Schuldverhältnisse gegliedert. In erster Linie, aber nicht zwingend folgt es der Institutiones. dabei hat es auch Teile aus zahlreichen anderen Quellen einbezogen.

Das erste Buch handelt von den Personen, in dessen Einleitung er sich kurz zum Zweck des Werkes äußert, woraus sich ergibt, dass er ein Lehrbuch für seine Söhne geschaffen hat, damit diese das Recht kennenlernen. Danach behandelt er allgemein Begriffe, unter denen die Definition der Wahrheit, des Rechts und der Rechtsphilosophie behandelt wird, danach folgen das Gesetz und die Verordnung über die Kapitel zwei bis dreizehn. Danach das Gewohnheitsrecht und das Privilegium von Kapitel dreizehn bis sechzehn. Dieser Teil wird von der Schriftform, den Urkunden und der Art und Weise ihrer Beglaubigung abgeschlossen. Die Einheit ab Kapitel 20 bis 25 widmet er den Personen. Danach folgen die Kapitel über das Familienrecht, darunter der ausführliche Teil über die Vormundschaft. All dies wird durch Kapitel 54 abgeschlossen.<sup>7</sup>

Im Familienleben erachtet er die Lenkung der Ehefrau, der Kinder und der Dienerschaft seitens des Familienoberhaupts für erforderlich. Als Zwischenbemerkung merken

---

<sup>5</sup> BÓNIS 2002, S. 279.

<sup>6</sup> SZENDE Katalin: *Otthon a városban. Társadalmi és anyagi kultúra a középkori Sopronban, Pozsonyban és Eperjesen*. Budapest, 2004, S. 67–68.

<sup>7</sup> GÁL 1926, S. 123–219.

wir an, dass unser Autor den römischen Juristen folgend die Verhältnisse der Mittel- und Oberschichten, also jener, die über Vermögen verfügen, diskutiert. Im Wege der Gedankenassoziation gelangte er von der Beschreibung der Ordnung in der Familie zur Führung der Stadt, die von den letzten zehn Kapiteln des ersten Buches behandelt wird, darin enthalten die Definition des Fürsten und des Tyrannen.<sup>8</sup> Damit schließen wir den ersten Teil unseres Aufsatzes ab und stellen im nächsten dar, welche Zusammenhänge zwischen der *Summa* und einer ihrer Quellen, des *Decretum* bestehen.

In dem dritten Kapitel der *Summa* schreibt der Autor über die Aufteilung des Rechts, in dem er das Privatrecht im Zuge der *Institutiones* in drei Teile, das Naturrecht, das Recht der Völker und das bürgerliche Recht aufteilt.<sup>9</sup> Bei der Behandlung des Naturrechts schreibt er unter Berufung auf unter anderem Gratianus, dass die Rückführung des hinterlegten oder verliehenen Geldes, die Verhinderung der Gewaltanwendung der nächsten Angehörigen des einzelnen Menschen oder der eigenen Gewaltanwendung und ähnliche Dinge dort ihren Ursprung haben.<sup>10</sup>

Bei der Diskussion des gemeinsamen Rechts der Völker entnimmt der ebenfalls Gratianus den Gedanken, dass aufgrund dieses Rechts Kriege ausgebrochen sind, als Zwangslagen dies erforderten, dem das in Gefangenschaft geraten und die Sklaverei folgten, was dem Naturrecht widerspricht, denn seiner Meinung nach wurden in den Anfängen alle Menschen frei geboren, da sie alles gemeinsam besaßen, sie mit einer Freiheit lebten und keinen Streit miteinander hatten.<sup>11</sup> Über das bürgerliche Recht sagt er ebenfalls mit Gratianus übereinstimmend: Das bürgerliche Recht ist, das jede einzelne Gemeinschaft aus göttlichen und menschlichen Gründen als eigenes erschaffen hat.

<sup>8</sup> Ebd., S. 219–231.

<sup>9</sup>

Est etiam duplex jus: quoddam enim est jus publicum, quoddam privatum.

Publicum est, quod principaliter ad imperium spectat.

Hujus studii duae sunt positiones, publicum et privatum. Publicum jus est, quod ad statum rei Romanae spectat. Privatum, quod ad singulorum utilitatem. Dicendum est igitur de jure privato, quod tripartitum est: collectum est enim ex naturalibus praeceptis, aut gentium, aut civilibus. (*Institutiones* I. 4.)

Privatum est jus speciale, quod ad singulorum hominum utilitatem pertinet. Et illud privatum est triplex, videlicet jus naturale, jus gentium, jus civile. (*Summa* I. III.)

<sup>10</sup>

Hinc etiam descendit pecunie commendate vel depositae vel commodate restitutio, violentie proximi et sui per vim repulsio et hiis similia. (*Summa* I. III.)

...item depositae rei vel commendatae pecuniae restitutio, violentiae per vim repulsio. Nam hoc, aut si quid huic simile est, numquam iniustum, sed naturale aequumque habetur. (*Gratianus* D. I. c. 7.)

<sup>11</sup>

Ex hoc autem jure necessitate hominum exigente bella orta sunt etiam captivitates sunt secute et servitutes, que sunt juri naturali contrarie. Jure enim naturali ab initio omnes homines liberi nascebantur, erant enim ipsi omnia communia et unam habebant libertatem neque lites inter se habebant. (*Summa* I. III.)

Jus gentium est sedium occupatio, edificatio, munitio, bella captivitates servitutes, post liminia, federa pacis, induciae, legatorum non violandorum religio, coniubia inter alienigenas probita. (*Gratianus* D. I. c. 9.)

Im fünften Kapitel behandelt Raymundus die zweite Aufteilung des Rechts, in der er die Aufteilung der Gesetze in Übereinstimmung mit Gratianus wie folgt gliedert: Alle Gesetze sind göttlich oder menschlich. Die göttlichen beruhen auf Gott und der Natur und die menschlichen auf der Moral und den Gewohnheiten.<sup>12</sup>

Die kurzen Kapitel sechs und sieben beruhen ebenfalls beinahe gänzlich auf dem *Decretum Gratianus*.<sup>4</sup> Im ersten Teil des sechsten Kapitels beschreibt er den Zweck der Gesetzgebung, das heißt, die unredliche Verwegenheit der Menschen zu bremsen und die Neigung zur Verdammnis gegenüber dem Bösen zu bremsen.<sup>13</sup> Sich auf seine Quelle stützend aber im metrischen Versmaß beschreibt er: was das Gesetz tun soll:

„Permittet, punit lex, precipit, atque vetat.“<sup>14</sup>

„Das Gesetz erlaubt, bestraft, verfügt und verbietet.“

Ebenfalls von Gratianus hat unser Autor das kurze siebte Kapitel übernommen, in dem er über den Inhalt des Gesetzes schreibt, wonach das Gesetz seiner Meinung nach respektierbar, gerecht, einfach, möglich, erforderlich, nützlich und offensichtlich, natürlich, den Gewohnheiten des Landes angepasst, Ort und Zeit entsprechend und zum gemeinsamen Nutzen der Bürger geschrieben sein sollte.<sup>15</sup> Ob man den Anforderungen an

12

Omnes autem leges aut sunt divine aut humane; divine ex deo natura constant; humane vero moribus et consuetudinibus consistunt. (Summa I. V.)

Omnes leges aut divinae sunt, aut humanae. Divinae natura, humanae moribus constant,... (Gratianus D. I. c. 1.)

13

Facte vero sunt leges, ut earum metu humana improba coherceatur audacia et tuta sit inter inprobos bonorum innocentia; vel aliter facte sunt leges, ut in ipsis improbis formidato supplicio nocendi refrenetur facultas; vel aliter facte sunt leges, ut appetitus noxius sub juris regula limitetur, per quam genus humanum ut honeste vivat, alterum non ledat, jus suum unicuique tribuat, informetur. (Summa I. VI.)

Factae sunt autem leges, ut earum metu humana coherceatur audacia, tutaque sit inter improbos innocentia et in ipsis improbis formidato supplicio refrenetur nocendi facultas. (Gratianus D. 4. c. 1.)

14

Lex autem quatuor facit, unde versus.  
„Permittit, punit lex, precipit atque vetat.“  
(Summa I. VI.)

Omnis autem lex aut permittit aliquid, ut: vir fortis petat premium; aut vetat, ut: sacrarum virginum nuptia nulli petere liceat: aut punit, ut: qui cedem fecerit capite plectatur; eius enim premio aut pena vita moderatur humana, aut praecepit ut: Diligens Dominum Deum tuum. (Gratianus D. 3. c. 4.)

15

Erit autem lex honesta, iusta, simplex, possibilis, necessaria, utilis et manifesta secundum naturam, secundum consuetudinem patrie, loco temporisque conveniens, pro communi utilitate civium conscripta. (Summa I. VII.)

Erit autem lex honesta, iusta, possibilis, secundum naturam consuetudinem patriae, consuetudinem secundum loco temporisque conveniens necessaria utilis manifesta quoque, ne aliquid per obscuritatem in captionem contineat, nullo privato commodo, sed pro communi civium utilitate conscripta. (Gratianus D. 4. c. 2.)

ein gutes Gesetz heute, 900 Jahre später noch etwas Wesentliches hinzufügen kann? In dem aus einem Satz bestehenden neunten Kapitel greift er ebenfalls auf seine Quelle aus dem kanonischen Recht zurück.<sup>16</sup>

In dem zehnten Kapitel zählt er die ersten Gesetzgeber der Antike unter dem Titel „Wer hat zuerst Gesetze erlassen“ auf. Von Moses bis Pompilius geht er seiner Quelle entlang, er selbst fügt Karl, das heißt Karl den Großen und Julius, das heißt Caesar hinzu, über den das Decretum an anderer Stelle schreibt.<sup>17</sup>

Bei der Behandlung der allgemeinen Begriffe und Regeln wendet er sich im dreizehnten Kapitel an Gratianus. Nachdem er jene Bereiche des nicht geschriebenen Rechts geklärt hat, wonach die Moral eine seit langem andauernde Gewohnheit ist, den die Moral der Menschen geschaffen haben. Die Gewohnheit ist ein auf der Moral beruhendes Recht, das als Gesetz akzeptiert wird, wenn es an einem Gesetz fehlt. Ähnlich seiner Quelle behandelt er die guten und schlechten Gewohnheiten.<sup>18</sup> Damit schließt Raymundus den Teil über die

allgemeinen Begriffe und Regeln ab und geht zur Diskussion der offiziellen Schriftform über. Noch einmal kehrt er zum Werk des Kamaldulenser Mönchs zurück und zwar bei der Beschreibung der Regeln über die Ehe.

Den Themenbereich der christlichen Ehe behandelt eine Bibliotheken füllende Fachliteratur, der wir keine Anmerkungen hinzufügen möchten. In letzter Zeit haben Kardinal Erdő Péter und Herr Rektor Szuromi Szabolcs Anzelm Aufsätze in diesem Thema in Ungarn geschrieben. Wir suchen nur nach Zusammenhängen zwischen der *Summa Raymundus* und dem Decretum von Gratianus. Zunächst ist festzustellen, dass beide Autoren ausführlich über das der Ehe vorausgehende Verlöbnis, über die Ehe selbst sowie die Hindernisse der Ehe schreiben. Unmittelbare Übernahmen kann man jedoch nur wenige nachweisen, da in

16

Quando leges institute sunt, tunc non licet eas  
iudicare, sed oportebit secundum eas iudicare.

Ideo autem in ipsa constitutione ista consideranda  
sunt, quia cum leges institutae fuerint, non erit  
liberum iudicare de ipsis, sed oportebit iudicare  
secundum ipsas. (Gratianus D. 4. III.)

17

Moyseus primus fuit, qui Hebreis divinas leges  
explicavit. Ferroneus rex Grecorum Grecis primo  
leges judiciumque constituit, Mercurius Egyptiis,  
Ligurgus Lacedemonibus, Numa Pompilius Romanis  
leges edidit. Karolus Swevis, Julius vero omnibus  
imperio subjectis.  
(Summa I. X.)

Moyseus genti Hebraeae primus omnium divinas  
leges sacris literis explicavit. Phoroneus rex Graecis  
primus leges judiciumque constituit. Mercurius  
Trismegistus primus leges Aegyptiis tradidit.  
Solon primus leges Atheniensibus dedit. Lycurgus  
primus Lacedaemoniis jura ex Apollinis auctoritate  
confinxit. Numa Pompilius, qui Romulo successit in  
regno, primus leges Romanas edidit. Deinde quum  
populus seditiosos magistratus ferre non posset,  
decemviros legibus scribendis creavit, qui leges ex  
libris Solonis in Latinum se monem translatis XII.  
tabulis exposuerunt. (Gratianus D. 7. c. 1.)

18

Est autem illud jus non scriptum videlicet mos et  
consuetudo.

Mos est longa consuetudo patrie, a moribus hominum  
tantum tracta.

Mos est longa consuetudo, de moribus tantummodo  
tracta. (Gratianus D. I. c. 4.)

den rund hundert Jahren zwischen der Entstehung der beiden Werke zahlreiche Schriften entstanden sind, denken wir nur an die Liber-Extra,<sup>19</sup> die Raymundus vermutlich gekannt haben dürfte, ferner hat Raymundus ein Lehrbuch verfasst und sich der veranschaulichenden Materie anders angenähert als seine Quellen. Beide Seiten sehen die Eingehung eines Verlöbnisses als eine der Ehe vorausgehende Handlung an. Darüber schreibt der neapolitanische Autor wir folgt: „Die Verlobten hingegen, wenn sie alt genug sind und eine Gelöbnis geleistet haben, sind zur Eingehung der Ehe verpflichtet [...]“<sup>20</sup>, anschließend zählt er die Arten der Eingehung und der Auflösung eines Verlöbnisses taxativ auf.<sup>21</sup>

In Bezug auf die Ehe finden wir neben der taxativen Aufzählungen aber identische Teile, so schreibt Raymundus zum Beispiel: „Die Ehe wir aufgrund der Einwilligung der heiratenden Erwachsenen und nicht der Eltern und Herrschaften geschlossen.“ Gratianus schreibt: „Denn es bestand Einvernehmen zwischen ihnen, was Voraussetzung des Zustandekommens der Ehe ist, nach dem Satz von Isidor: das Einverständnis lässt die Ehe entstehen.“<sup>22</sup>

Von den Ehehindernissen zählt Raymundus zwölf auf, und zwar in Gedichtform:

- Irrtum, Bedingung, Klage, Gelöbnis, Verwandtschaft, Sünde,
- Unterschiedliche Konfession, Gewalt, Sakrament der Weihe, Ehebund, Keuschheitsgelübde,
- wenn du ein Verwandter bist oder nicht in der Lage bist Liebe zu machen.

Anschließend trägt er den Sinn dieser vor. Wir treffen diese auch bei Gratianus an, obgleich nicht alle, aber ausführlicher dargelegt.<sup>23</sup>

Als Zusammenfassung unserer Ausführungen ist feststellbar, dass im 13. Jahrhundert im Fall des Zusammentreffens von kanonischem Recht und Zivilrecht kein Widerspruch zwischen den Regeln beider besteht, was angesichts des Zeitgeists natürlich und verständ-

Conswetudo est jus moribus institutum, quod pro lege suscipitur, cum lex deficit. Dicitur autem conswetudo quasi communis swetudo, id est communis usus omnium hominum.

Est tamen duplex conswetudo, bona videlicet et mala. Bona est, que moribus omnium utencium approbatur et que utilis est et illa vocatur laudabilis conswetudo. Sed mala conswetudo est, que moribus utencium nocet et que inutilis est. Prima pro lege tenetur, secunda non; quia ista secunda, quantocumque tempore duraverit, semper debet aboleri, abrogari et pro nichilo haberi. (Summa I. XIII.)

Consuetudo autem est jus quoddam moribus institutum, quod pro lege suscipitur, cum deficit lex.

§ 1. Nec differt, an scriptura, an ratione consistat, quando et legem ratio commendat. § 2. Porro si ratione lex constat, lex erit omne jam, quod ratione constiterit, duntaxat quod saluti proficiat. § 3. Vocatur autem consuetudo, quia in communi est usu. (Gratianus D. I. c. 5.)

<sup>19</sup> Aemilius FRIEDBERG: *Corpus iuris canonici, pars secund. Decretalium collectiones*. Leipzig 1881. Neudruck: Graz 1959. S. 1–928.

<sup>20</sup> Compellentur autem sponsi ad matrimonium contrahendum, si sunt maiores et iuraverint... (Summa I. XXVI.)

<sup>21</sup> Summa I. XXVI–XXVII.

<sup>22</sup>

Contrahitur matrimonium per consensum puberum coniugendorum, non per consensum parentum, nec per consensum dominorum. (Summa I. XXVIII.)

Fuit enim inter eos consensus, qui est efficiens causa matrimonii (Gratianus p. II. B. c. XXVII. qu. I.) Consensus facit matrimonium (Isidor, ebd.)

<sup>23</sup> Gratianus p. II. c. XXVII–XXVIII. passim.

lich ist. Und die Verbreitung der Summa in den ungarischen, polnischen und süddeutschen Städten bestärkt die Feststellung, dass die Verwendung einiger Teile davon vor der Rezeption des römischen Rechts bereits in den Städten verbreitet war und dies auch in unserer Heimat eingetreten ist, wir also mit den westlich von uns liegenden Gebieten einhergingen. Eine weitere Entfaltung wurde jedoch von den historischen Ereignissen verhindert.

# ÄNDERUNGEN DER UNGARISCHEN GERICHTSORGANISATION UND DER GERICHTLICHEN GESCHÄFTSORDNUNG IM JAHR 1918

**BELIZNAI BÓDI Kinga**  
*Universitätsdozentin*

*Eötvös Loránd Universität, Budapest*

## 1. Die rechtsprechende Gewalt in 1918

Gemäß Art. 1 des vom Nationalrat am 16. November 1918 erlassenen auch als ‘provisorische Verfassung’ bezeichneten<sup>1</sup> Volksbeschlusses ist „Ungarn eine von allen anderen Ländern unabhängige und selbstständige Volksrepublik“. Die Gerichtsverfassung wurde nicht grundsätzlich geändert, gewisse Maßnahmen förderten jedoch die Demokratisierung der Rechtsprechung.

Die vom Ministerpräsidenten Mihály Károlyi am 10. November 1918 erlassene Verordnung Nr. 5.354/1918. M. E. lautete: „Die rechtsprechende Gewalt wird durch die zurzeit tätigen Gerichte im Namen der ungarischen Volksrepublik ausgeübt. Urteile und sonstige entscheidenden Beschlüsse der Gerichte ergehen im Namen der ungarischen Volksrepublik. [...] Wortlaut, sowie Art und Weise der Leistung des neueren Amtseides, der aus diesem Grunde im Justizdienste notwendig geworden ist, wie auch weitere Maßnahmen, werden vom Justizminister getroffen.“

Für das Börsengericht brachte die Verordnung keine Änderungen, da dort die Urteile bis dahin ohnehin nicht im Namen des Königs ergingen. Das Schiedsgericht benutzte weiterhin die gewohnte Urteilsformel „Das durch Art. 1870:II<sup>2</sup> wiederaufgestellte Schiedsgericht hat [...] für Recht erkannt“.<sup>3</sup>

Im Sinne der Verordnung Nr. 54.725/1918. I. M. über Maßnahmen bezüglich der Justizverfassung und Geschäftsführung, die in Folge der Umgestaltung des Staates notwendig wurden, wurde in den Bezeichnungen der Justizbehörden und der Beamtenstellen das Wort ‘königlich’ gestrichen und dementsprechend auch der Text von Wappen, Siegeln und Formularen der Justizbehörden geändert.

Die Gerichte setzten ihre Tätigkeit unter ihrer am 18. November 1918 geänderten Bezeichnung fort, und das Justizpersonal wurde im ganzen Land auf die Volksrepublik ver-

---

<sup>1</sup> BENÁRD Emil: *A Magyar Népköztársaság alkotmánya* [Verfassung der Volksrepublik Ungarn]. In: Jogállam [Rechtsstaat], 1919, Jg. 18, Nr. 1–2, 73–74.

<sup>2</sup> Gesetz Nr. II von 1870 über Wiederaufstellung der Sondergerichte der Pester Waren- und Wertpapierbörse sowie der Produkte- und Getreidehallen auf dem Lande.

<sup>3</sup> *A bírósági szünet* [Gerichtsferien]. In: Pesti Hírlap [Pester Nachrichtenblatt], 19. November 1918, Jg. 40, Nr. 271, 13.

eidigt. Es gab Orte, an denen bei Gerichten zu Ehren des ‘großen Tages’ der Verkündung der Volksrepublik sogar ein Ruhetag angeordnet wurde.<sup>4</sup>

Die Richter und Beamten der Kurie (des Obersten Gerichtshofs), der Budapester Tafelgericht und des Budapester Strafgerichtshofs leisteten ihren neuen Amtseid am 19. November 1918 im Rahmen einer feierlichen Vollversammlung. „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, der Ungarischen Volksrepublik und ihrer Verfassung treu zu sein, ihre Gesetze, gesetzliche Gewohnheiten sowie Verordnungen einzuhalten, das Amtsgeheimnis zu wahren, meine Amtspflichten genau zu erfüllen und jederzeit gerecht zu verfahren, so wahr mir Gott helfe! ” Statt der Beteuerungsformel „so wahr mir Gott helfe” konnten Personen, die erklärten, der Text sei gegen ihre religiöse Überzeugung, den Eid mit den Worten schließen: „Das gelobe ich bei meiner Ehre und meinem Gewissen”.

Antal Günther, Präsident der Kurie betonte in seiner Rede anlässlich der Vereidigung, dass die ungarische Nation, wenn „ihr Wille frei geäußert werden konnte, immer bestrebt war, die Rechtsidee durchzusetzen, und auch die ungarischen Richter das Vertrauen verdienten, das die ungarische Gesellschaft den richterlichen Tugenden entgegenbrachte. Der Volkswille stellte nun durch seine unwiderstehliche Macht die vollständige Unabhängigkeit des Landes wieder her und rief die Staatsform der Volksrepublik aus. Vor allem uns Richtern obliegt die Pflicht, soweit es in unserer Zuständigkeit liegt, an der Festigung der Sicherheit der Rechtsordnung im Rahmen der neuen Staatsform hingebungsvoll mitzuwirken, wenn wir wollen, dass die Geburt der Volksrepublik wirklich zum heilbringenden Triumph der Freiheitsidee werde”. Dann setzte er fort: „Unsere Pflicht als Richter wird immer mehr darin bestehen, die in der nationalen und gesellschaftlichen Ordnung vorhandenen Kräfte durch Schaffung und Pflege eines gemeinsamen Rechtsgefühls zu vereinen und sie auf diese Weise zum einheitlichen Dienst der ungarischen Staatsziele zu befähigen. Die wirkliche Bedeutung des von uns heute zu leistenden Eides besteht also darin, dass die ungarische Gerichtsbarkeit und vor allem die Curie die geistige Lebensweise der ganzen Nation durch die Rechtsprechung regeln soll, damit dieses oberste Gericht des Landes in der Zukunft mehr als zuvor [...] zum Lenker und Pfleger, sowie zum mit Vertrauen umgebenen Verwahrer des öffentlichen Gewissens werde.”<sup>5</sup>

Im Sinne der Mitteilung Nr. 58.037/1918. des Justizministers wurden Abbildungen und Statuen des Königs aus den Verhandlungssälen und sonstigen Amtsräumen der Gerichte entfernt. Die Bilder und Statuen seien bis zum Zeitpunkt, „wenn Maßnahmen bezüglich ihrer Unterbringung getroffen werden, an geeigneten Orten als inventarisierte Gegenstände aufzubewahren. Besonders zu achten ist darauf, dass die künstlerisch ausgestalteten Königsbilder und -statuen nichtbeschädigt werden.” Laut Mitteilung durften die Bilderrahmen von Königsbildern „zur Einfassung anderer Bilder” verwendet werden.

<sup>4</sup> NÁNÁSI László: *Magyarország államügyészége az 1918–19-es forradalmak idején* [Die Staatsanwaltschaft Ungarns zur Zeit der Revolutionen 1918–19]. In: Szabó Attila – Tanczos-Szabó Ágota (Hg.): *Bács-Kiskun-megye múltjából 21* [Aus der Geschichte des Komitats Bács-Kiskun 21]. Kecskemét, 2006. Bács-Kiskun Megyei Önkormányzat Levéltára [Archiv des Komitats Bács-Kiskun], 224.

<sup>5</sup> *A magyar népköztársaság nevében* [Im Namen der Volksrepublik Ungarn]. In: *Jogtudományi Közlöny* [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], 24. November 1918, Jg. 53, Nr. 47, 357–358.



## 2. Die allerersten Urteile im Namen der Volksrepublik

Im Juli 1917 entflohen zwei russische Gefangenen aus dem Gefangenenlager in Hajmás-kér (Komitat Veszprém) und hielten sich einige Wochen in der Gemeinde Sárkeszi auf. Die Dorfbewohner versorgten die beiden Männer mit Nahrung, die dafür verschiedene Hausarbeiten leisteten. Die Gendarmerie nahm sie schließlich fest, und leitete gegen die Dorfbewohner ein Verfahren wegen Gefangenenerfreitung ein. Der Gerichtshof zu Stuhlweißenburg [Székesfehérvár] als erste Instanz sprach János Molnár und zwei Mittäter, die die Gefangenen aufnahmen, frei. Die Königliche Tafelgericht zu Budapest als zweite Instanz entschied jedoch anders und verurteilte die Angeklagten jeweils zu drei Tagen Gefängnis.

Die Kurie sprach die Angeklagten am 19. November 1918 frei und hielt im Urteil fest, dass die Gefangenen aus dem Gefangenenlager nicht entflohen, sondern es „willkürlich verließen“.<sup>6</sup>

Im August 1918 erstattete der Zeitungsschreiber Zoltán Egyed Anzeige gegen die Vertreterin Ignácné Ligeti wegen Verleumdung, weil die Frau über ihn verbreitete, er habe von ihr 5000 Kronen für „gewisse zu verschweigende Sachen“ verlangt. Das Strafbezirksgericht verurteilte die Frau zu vier Monaten Gefängnis und 2000 Kronen Geldstrafe.

Der Budapester Gerichtshof als Berufungsgericht verhandelte die Sache am 18. November 1918. Der Anwalt Zoltán Egyed hob in seinem Plädoyer hervor, dass „sein Herz vom Gefühl der Versöhnung erfüllt sei“, weil die Verhandlung am ersten Tag der Urteile im Namen der Volksrepublik stattfinde, und bat deshalb um Strafmilderung. Nach kurzer Beratung maß das Gericht der Frau Ligeti nur noch 3500 Kronen Geldstrafe zu und sah von der Freiheitsstrafe ab.

Ein anderer Senat des Gerichtshofs verhandelte die Preisverteuerungssache des Händlers Hermann Frank. Laut Anklage handelte Frank im Frühling 1916 unberechtigt mit Alkohol, außerdem vermittelte er im Verkauf von einem Waggon Bier und einer größeren Menge Kohlensäure. Der Verteidiger Sándor Pető wies nach, dass sein Klient wegen des Krieges sein Geschäft verlor und zu seinem Vater zog, der Alkoholhandel betrieb, und die ihm in der Anklage zur Last gelegten Geschäfte im Auftrag des Vaters abschloss. Nach den Ausführungen des Anwalts ließ der Generalstaatsanwalt Béla Nagy die Anklage wegen des Vergehens der Preisverteuerung fallen, und das Gericht verkündete das Urteil nunmehr im Namen der Ungarischen Volksrepublik und stellte das Strafverfahren gegen den Händler ein.<sup>7</sup>

## 3. Umgestaltung der Schwurgerichtsbarkeit

Von den Maßnahmen der Volksregierung unter Mihály Károlyi zur Justizreform ist die Umgestaltung der Schwurgerichtsbarkeit besonders hervorzuheben. Im Protokoll der ersten Ministerratssitzung der Regierung vom 31. Oktober 1918 wurde die Reform des Schwurgerichts als Teil des Regierungsprogramms bezeichnet.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> *Első ítélet a magyar népköztársaság nevében a Kurián* [Das erste Urteil der Kurie im Namen der Volksrepublik Ungarn]. In: 8 Órai Ujság [8-Uhr-Gazette], 20. November 1918, Jg. 4, Nr. 272, 6.

<sup>7</sup> *A bíróságok felesküdték a köztársaságnak* [Die Gerichte leisteten ihren Eid auf die Republik]. In: 8 Órai Ujság [8-Uhr-Gazette], 19. November 1918, Jg. 4, Nr. 271, 7.

<sup>8</sup> Protokoll der Ministerratssitzung vom 31. Oktober 1918 in Budapest, HU–MNL–OL–W 12 Archiv des Ministerpräsidenten, Protokolle des Ministerrats 1867–1944, 4.

Das Volksgesetz Nr. 3 vom Jahr 1918 wollte die als ‘demokratisch’ vorgesehene Erneuerung dadurch umsetzen, dass die strafrechtliche Zuständigkeit des Schwurgerichts auf ‘wichtigere Sachen’ ausgedehnt wurde, sowie dadurch, dass es den Personenkreis erheblich erweiterte, aus dem potenzielle Geschworene hervorgehen konnten. Zu den ‘wichtigeren Sachen’ wurden Straftaten durch die Presse, bzw. politische Straftaten gezählt.

Im Vergleich zur im Gesetz Nr. 33 vom Jahr 1897 über die Schwurgerichte geregelten Schwurgerichtsbarkeit gab es im Volksgesetz eine weitere Änderung, denn das Volksgesetz stattete das Schwurgericht für den Fall eines Hochverrats auch mit der Befugnis einer Anklagejury aus. Das heißt, dass die Geschworenen – ähnlich wie dies auch in der Verordnung des Justizministers vom 29. April 1848 geregelt war – auch über die Frage der Einleitung des Strafverfahrens entschieden.<sup>9</sup>

Die früheren Einschränkungen wurden aufgehoben, und laut Volksgesetz konnte Jedermann das Amt eines Geschworenen bekleiden, dem „das Wahlrecht bei der Gemeindewahl zusteht“.<sup>10</sup>

Zur Ausarbeitung der Durchführungsverordnungen kam es jedoch nicht. Die Schwurgerichte, deren Tätigkeit während des ersten Weltkriegs eingestellt war, wurden zwar neu aufgestellt, aber die Voraussetzungen zur Festigung der Schwurgerichtsbarkeit bildeten sich nicht heraus, obwohl in den Regierungsplänen der ersten Monate 1919 die Einführung des Standgerichts als Mittel gegen die immer stärkere kommunistische Bewegung enthalten war. Die Umsetzung dieser Vorstellung in die Praxis wollte man den Schwurgerichten auftragen.

Auf Grund eines von der Regierung von Dénes Berinkey Anfang 1919 erlassenen sog. Ordnungsgesetzes wollte man auch die am 21. Februar 1919 festgenommenen Führungspersonen der Kommunistischen Partei vors Schwurgericht stellen. Béla Kun schrieb in seinem Brief aus dem Gefängnis über dieses Gericht: „Es ist ein Schwurgericht, bestehend aus Krämern der Theresienstadt, Gewürzhändlern der Leopoldstadt und Metzgern der Josefstadt.“<sup>11</sup>

#### **4. Aufstellung der Arbeitsgerichte**

Die Aufstellung von Arbeitsgerichten erwies sich ebenfalls als eine ziemlich fortschrittliche Reform. Das Volksgesetz Nr. 9 vom Jahr 1918 wollte einen Instanzenzug schaffen,

---

<sup>9</sup> CSIZMADIA Andor: *A „Magyar Népköztársaság” belső mechanizmusa 1918/1919-ben* [Interner Mechanismus der „Volksrepublik Ungarn“]. In: *Jogtudományi Közlöny* [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], November–Dezember 1968, Nr. 11–12, 572.

<sup>10</sup> Voraussetzungen des kommunalen Wahlrechts waren im Volksgesetz Nr. 1 von 1918 verankert. Das kommunale Wahlrecht stand jedem Mann zu, der das 21. Lebensjahr vollendete, die ungarische Staatsangehörigkeit mindestens sechs Jahre besaß und mindestens seit einem halben Jahr in der gleichen Gemeinde wohnte oder dort eine Wohnung hatte, und das kommunale Wahlrecht stand allen Frauen zu, die ihr 24. Lebensjahr vollendeten, die ungarische Staatsangehörigkeit mindestens seit sechs Jahren besaßen, in einer beliebigen lebendigen Sprache des Landes lese- und schreibkundig waren, und mindestens seit einem halben Jahr in der gleichen Gemeinde wohnten oder dort eine Wohnung hatten.

<sup>11</sup> NÉVAI László: *Az igazságszolgáltatási rendszer átalakítása a Magyar Tanácsköztársaságban* [Umgestaltung der Rechtsprechung in der Ungarischen Räterepublik]. In: *Jogtudományi Közlöny* [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], Juni 1969, Nr. 6, 287–288.

der grundsätzlich für die Entscheidung aller arbeitsrechtlichen Streitigkeiten aus einem privaten Dienstverhältnis zuständig war.

Um dies zu erreichen, definierte das Volksgesetz genau, wer Subjekt einer arbeitsrechtlichen Prozesses sein kann. Es hielt fest, dass alle Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Arbeitnehmer (Arbeiter, Handelsgeselle, Privatbeamter, Knecht in der Landwirtschaft, Hausknecht usw.) gemäß einem privatrechtlichen Dienstvertrag mit einem Arbeitgeber im Dienstverhältnis steht, sowie alle Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern im Dienstverhältnis im gleichen Betrieb aus einem Dienstvertrag, in die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen. Dieser 'verfahrensrechtlicher Statusausgleich' stellte eigentlich den ersten Versuch dar, die Dienstverhältnisse einzelner Arbeitnehmergruppen einheitlich zu beurteilen.<sup>12</sup>

Im Sinne des Volksgesetzes waren Bezirksgerichte auch als Arbeitsgerichte tätig. Bei Bezirksgerichten, an deren Sitz auch Arbeiterversicherungsgerichte tätig waren, verhandelten und urteilten Arbeitsgerichte, besetzt mit einem Fachrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen, einem von der Arbeitgeberseite und einem von der Arbeitnehmerseite. An sonstigen Orten ging das Bezirksgericht als Arbeitsgericht durch einen Einzelrichter vor.

Im Sinne der Verordnung des Justizministers Nr. 61.769/1918. I. M. über Bestellung und Anmeldung der Schöffen an Arbeitsgerichten wurden die Schöffen von Fachvereinen bzw. Körperschaften der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestimmt, die im vom Ministerium für Arbeit und Volkswohlfahrt geführten und veröffentlichten Register<sup>13</sup> eingetragen waren. Bei Bestimmung der Schöffen sollte man „möglicherweise alle Berufe berücksichtigen“.

Zum Schöffen konnten alle mündige Männer und Frauen (!) bestellt werden, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und ungarische Staatsbürger waren, nicht unter Zwangsvollstreckung wegen Konkurses oder Vollzug einer Freiheitsstrafe standen, bzw. gegen die kein rechtskräftiges Urteil auf Amtsverlust oder auf Aussetzung politischer Rechte bestand, sowie nicht wegen falscher Zeugenaussage, Meineids oder einer Straftat aus Gewinnsucht vorbestraft waren.

Die Details der pauschalen Entschädigung und Reisekostenerstattung für Schöffen der Arbeitsgerichtsbarkeit wurden in der ministeriellen Verordnung Nr. 61.768/1918. I. M.

---

<sup>12</sup> Kiss György: *A munkajog mint a társadalmi konfliktusok lecsapódásának színtere: különös tekintettel az eljárásra* [Das Arbeitsrecht, wo sich gesellschaftliche Konflikte niederschlagen: mit besonderem Hinblick auf das Verfahren]. In: *Jogtudományi Közlöny* [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], November 1982, Nr. 11, 884.

<sup>13</sup> Verordnung Nr. 38/1919. M. N. M. über die Liste der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfachvereine (Körperschaften), die zur Bestimmung von Schöffen berechtigt sind. Zur Bestimmung von Schöffen sind Arbeitgeberfachvereine (Körperschaften) berechtigt, z. B. Industrie- und Handelskammern, Anwaltskammern, der Budapester Ärzteverein, der Landesverein der Förster, der Landesverband der Ungarischen Industriellen, der Verein der Kohlenhändler auf dem Lande, der Verein von Unternehmen im Steinkohlebergbau und Straßenbau, der Verein Ungarischer Holzhändler, der Landesverein Damenhutgroßhändler, der Verband Budapester Kaffeehändler, der Landesverein Ungarischer Schausteller und ihrer Mitinteressenten; zur Bestimmung von Schöffen sind Arbeitnehmerfachvereine (Körperschaften) berechtigt, z. B. der Ungarische Artistenverein, der Landesverband der Maschinisten, der Handschuhmacherverein, der Verband Ungarischer Bediensteter im öffentlichen Dienst, der Verein der Ziegelfabrikarbeiter, der Verband Ungarischer Eisenbahner und der Landesverein der Beamten von Geldinstituten. Die Liste wurde erweitert durch die Verordnung Nr. 58/1919. M. N. M., sowie im Laufe des Jahres durch weitere Verordnungen des Handelsministers. Die Schöffen der gemäß Verordnung des Revolutionären Regierungsrates Nr. 28 vom Jahr 1919 aufgestellten Arbeitsgerichte kamen ausschließlich aus den Reihen der Arbeitnehmer.

geregelt. In Budapest standen den Schöffen 20 Kronen zu, in Ortschaften mit 30.000 oder mehr Einwohnern 16, in übrigen Ortschaften 12 Kronen.

Die Verfahrensregeln und die Geschäftsordnung der Arbeitsgerichte waren in der Verordnung Nr. 61.770/1918. I. M. enthalten. Auf Arbeitssachen waren in der Regel die Vorschriften der Geschäftsordnung des Gerichts mit in der Verordnung genannten Abweichungen anzuwenden. So war bei anberaumen der Verhandlungstermine vor Augen zu halten, dass Prozesse mit Bezug zum gleichen Beruf möglicherweise „an einem Tag verhandelt werden, damit die geladenen Schöffen an einem Tag an der Verhandlung mehrerer Sachen mit Bezug zu ihrem Beruf mitwirken können.“

#### 4.1. Die erste Verhandlung des Arbeitsgerichts

Das Arbeitsgericht nahm seine Tätigkeit am 6. Februar 1919 an seinem Sitz, im Gebäude des zentralen Bezirksgerichts in Budapest auf. Am ersten Verhandlungstag wurden vom Gericht unter Vorsitz des Tafelgerichtsrichters, des Vorsitzenden der Budapester Arbeitsgerichts, Károly Nászay, mit den Schöffen Mór Schlanger, Vorsitzender des Landesverbandes der Angestellten, und Tibor Girardi, Händler, zwei Sachen verhandelt. An der Verhandlung nahmen auch der Justizstaatssekretär Antal Sély, der Kurialrichter János Rabács, sowie der Direktor der Arbeiterversicherung Géza Papp teil.

In der ersten Sache ging es um die Klage des kriegserfahrenen Buchhalters Sándor Bihari, der vor seinem Einrücken beim Schuhhändler A. Adolf Weisz in der Kossuth-Lajos-Straße (Innenstadt, Budapest) im Dienst stand. Gyula Merő brachte als Rechtsvertreter des Bihari vor, dass sein Mandant im Jahr 1914 ein Monatsgehalt von 150 Kronen hatte. Nach seiner Abrüstung verweigerte der Schuhhändler, ihn in den Dienst zurückzunehmen. Deshalb verlangte er – in Anbetracht der damaligen Verhältnisse – die Zuspprechung von 2000 Kronen für die Kündigungszeit. Der Rechtsanwalt József Kraemer beantragte in Vertretung des Schuhhändlers A. Adolf Weisz die Vertagung der Verhandlung. Das Gericht schob die Verhandlung auf acht Tage auf, verpflichtete aber den Beklagten, dem Kläger 2000 Kronen unverzüglich zu zahlen.

In der nächsten Verhandlung ging es um die Klage des Schaufensterdekorateurs J. Soma Schwartz gegen den Modewarenhändler Mór Kovács. Der Kläger hatte vor seinem Einrücken ein Monatsgehalt von 80 Kronen.

Der Händler verweigerte unter Berufung auf Warenmangel, ihn weiter zu beschäftigen. Schwartz verlangte, statt seines Monatsgehalts in den Friedenszeiten, 80 Kronen für jeden Monat der Kündigungszeit zu zahlen, außerdem eine Abfindung, so dass seine Forderung insgesamt 2.175 Kronen betrug. Nach kurzer Beratung verurteilte das Arbeitsgericht den Beklagten, an den Kläger 2.175 Kronen samt 5% Zinsen seit dem 30. November 1918 zu zahlen, sowie die Prozess- und Zwangsvollstreckungskosten zu tragen.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> *A munkaügyi bíróság első tárgyalása* [Die erste Verhandlung des Arbeitsgerichts]. In: Budapesti Hírlap [Budapester Nachrichtenblatt], 7. Februar 1919, Jg. 39, Nr. 33, 8.

## 5. Weitere Änderungen in der Gerichtsorganisation

Im Jahr 1918 kam es noch zu einigen geringfügigen Änderungen im Gerichtssystem. Das seit 1909 bestehende und in Sachen des Hauses Habsburg-Lothringen vorgehende Oberhofmarschallgericht wurde aufgehoben, und an seiner Stelle wurden zwei Gerichte aufgestellt (Verordnung Nr. 6.165/1918. M. E.).

Das eine war das *Staatliche Sperrgericht*,<sup>15</sup> dessen Zuständigkeit auf Sachen im Zusammenhang mit den Krongütern, den Hof- und Schatzkammergütern, mit Sperrung, Inventalisierung und Zwangsverwaltung des Vermögens ehemaliger privater und Familienstiftungen erstreckte.

Das andere war das *Gericht Exterritorialer*, das als Schiedsgericht für Personen mit diplomatischer Immunität fungierte.<sup>16</sup>

Bei Betrieben wurden *Betriebsschiedsgerichte* zur Beilegung kleinerer Streitigkeiten eingerichtet.<sup>17</sup>

Im Zusammenhang mit dem Enteignungspreis, der Entschädigung und sonstigen Bedingungen der Bodenreform entschied gemäß § 34 des Volksgesetzes Nr. 18 vom Jahr 1919 über die Verteilung von Agrarflächen an die Agrarbevölkerung das *Gemischte Enteignungsgericht*, wenn die Beteiligten einen Beschluss des Landesrates für Landbesitzregelung nicht akzeptierten.<sup>18</sup>

## 6. Lockerungen bei der für die Ernennung zum Richter vorgeschriebenen Praxis

Die Verordnung Nr. 5.996/1918. M. E. lockerte die bestehende Regelung, indem sie vorschrieb, dass zur Ernennung zum Richter „nach der praktischen Befähigungsprüfung keine weitere Praxis nachzuweisen ist“. Zur Zulassung zur einheitlichen Richterprüfung bedurfte es einer Rechtspraxis von vier Jahren. Davon waren mindestens drei Jahre bei einem ordentlichen Gericht, bei der Staatsanwaltschaft, bei einem Rechtsanwalt oder beim Amt für Rechtsvertretung des Fiskus bzw. öffentlicher Stiftungen abzuleisten. Die restliche Zeit konnte man an einem durch Rechtsvorschriften für ein Rechtspraktikum bestimmten Ort im beliebigen Dienst oder Anstellung absolvieren.

---

<sup>15</sup> Zum Vizepräsidenten des Gerichts wurde Dezső Makay, Richter am Budapester Gerichtshof, und zum Schöffen Imre Meszlényi, ebenfalls Richter am Budapester Gerichtshof bestellt.

<sup>16</sup> STIPTA István: *A magyar bírósági rendszer története* [Geschichte der ungarischen Gerichtsorganisation]. Debrecen, 1997, 161.

<sup>17</sup> NÉVAI László: *Polgári eljárásjogi gondolkodásunk fejlődése* [Entwicklung unseres Denkens über das Zivilverfahren]. In: Jogtudományi Közlöny [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], Juli 1978, Nr. 7, 379.

<sup>18</sup> NÉVAI László: *A burzsoá magyar bírósági és ügyészségi szervezet fejlődésének fő vonásai* [Die wichtigsten Merkmale der Entwicklung der bürgerlichen ungarischen Gerichts- und Staatsanwaltschaftsorganisation]. In: Jogtudományi Közlöny [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], November–Dezember 1958, Nr. 11–12, 461.

**THE RIGHT OF ASYLUM FOR PERPETRATORS GUILTY  
OF PREMEDITATED MURDERS  
IN THE EDICT OF MANUEL I. KOMNENOS (1166)**

**[DIÓSZEGI] SZABÓ Pál**  
*research fellow*

*University of Szeged*

*To the memory of Dr. Ruth Macrides (1949–2019)*



The statement of Paul Magdalino, in his book (*The Empire of Manuel I. Komnenos*) after the Macedonian dynasty, establishes that Manuel I. Komnenos (1143–1180) was a prolific legislator.<sup>1</sup> (Additionally, we should not forget his activity in foreign policy to restore the former territory of the Byzantine Empire.) After the countless Novels of Justinian I in the 6<sup>th</sup> century, after 113 novels of Leo VI (or Wise) and the written corpus of the 'Ta Basilika' (with its 60 Books!) in the 9<sup>th</sup> century, by the time of the Comnenian regime in the 12<sup>th</sup> century there was a deep juridical void or distance between written Byzantine law and everyday practice. In this social and legislative standing the imperial legislation (βασιλική νομοθεσία) acquired the predominant role again. Alexios Komnenos (1085–1095) and Manuel I issued over thirty novels in various fields (contracts, marriage, jurisdiction, murder).<sup>2</sup> It can be seen that for the Comnenian emperors the legislative tradition was very important.

We also know that in 1166 Manuel carried out a principal juridical reform, which included some decree or novel issued by the emperor.<sup>3</sup> For example, the so called 'Conciliar' Edict that changed the imperial attitude to the Church. Another novel concerned matrimonial contracts.<sup>4</sup> However, the most important one for our paper was a novel concerning homicide and the connection between homicide and the privileged ecclesiastical right of asylum.

It is important to take into consideration the antecedents. In the *legak* history of the Roman Empire the right of asylum as a subject matter of legislation first appeared, in

---

<sup>1</sup> P. MAGDALINO: *The empire of Manuel I. Komnenos*. Cambridge 1993, 263.

<sup>2</sup> MAGDALINO 1993, 264.

<sup>3</sup> L. BRÉHIER: *A bizánci birodalom intézményei*. Budapest 2003, 232–233.

<sup>4</sup> C. E. Z. LINGENTHAL (ed.): *Jus Graeco-Romanum. Pars III. Novellae constitutiones, (IGR III.)*. Lipsiae 1857, 460–468., 485–492., 476–482., 483–485.

the 4<sup>th</sup> century. After many fragmented regulations of emperors (Arcadius, Valentinianus, Honorius, Theodosius II, Valentinianus III) Justinian I was the first imperial legislator who entirely re-regulated this area in his Novel of 17<sup>th</sup> in 535 A. D. Justinian I had not provided the privilege of asylum for murderers, adulterers, rapers of virgins, burglars or robbers.<sup>5</sup>

This means that such offenders were not defended by this privilege. If they sought to apply this protection of the chosen church by the right of asylum, they could be dragged out of the temple and be sentenced to death. As I stressed in my earlier study, Justinian I sentenced all kinds of murderers in the same way and he did not classify homicides by intention. In the 10<sup>th</sup> century of the Byzantine law history, especially in the age of 'Ta Basilika' this distinction had become more specified and elaborated by Byzantine scholars.

At this point we find ourselves face to face with an important juridical dogmatical question. The 'Basilika' (in Book 60. 3) separates two basic groups of homicide (φονεύς). It is also based on Byzantine canonical law, especially on canonical letters of Basil of Caesarea too. However, the following table shows the basic *jurisprudential* distinctions and I added the terminology used in Manuel's Novel.

Neglectful murder (ἀκούσιος φονεύς)		Premeditated murder (ἐκούσιος φονεύς)	
Basilika, Novel of Constantine VII			
παντελῶς ἀκούσιος	ἐγγὺς ἐκούσιος φονεύς	ἐκούσιος ἐκ προπετείας	ἐκούσιος ἐκ προβουλίου φονεύς
Neglectful murder (ἀκούσιος φονεύς)		Premeditated murder (ἐκούσιος φονεύς)	
		Novel by Manuel I (1166)	
		pre-intentional murder	premeditated murder
		ἐκ μελέτης καὶ μετὰ διασκέψεως, μεμελετημένος φόνος	ἐκούσιος, βεβουλευμένως φόνος

Another important step in the regulation of asylum and homicide is the 10<sup>th</sup> Novel of Constantine VII Porphyrogennetos. Taking into consideration, Constantine VII enumerated the intentional, previsual (ἐκούσιος καὶ ἀπὸ προνοίας) perpetrations, and perpetration by rage (ἀπὸ θυμοῦ), unwitting (κατὰ τύχην), by error (ἐξ ἀγνοίας), by drunkenness (ἀπὸ μέθης). If a person accused of premeditated murder, like a Christian monk, regrets his deed and later laments over the weightiness of his crime and if he makes the deed of homicide public, he/she will gain the right of asylum. His Novel 11<sup>th</sup> explains that hereafter the place of the penalty of eternal exile (ἀειφυγία) or περιορισμός (enclosure) will be a monastery. The perpetrator's hair must be trimmed and he has to be ranked among the monks.

As it is to be expected, countless abuses took place and asylum was sought for murderers during the age of the Comnenian dynasty. By the 12<sup>th</sup> century Hagia Sophia had become famous as a location of asylum for murderers. Nicetas Choniates mentioned that there was

<sup>5</sup> SZABÓ P.: *Exile into the Church? Two Edicts by Constantine VII Porphyrogennetos Concerning the Right of Asylum for Perpetrators Guilty of Premeditated Murders*. In: Juhász, E. (ed.): *Byzanz und das Abendland VI*. Budapest 2019, 201–209.; R. J. MACRIDES: *Killing, Asylum and the Law in Byzantium*. *Speculum* 63 (1988) 509–538.



a place inside the Church called 'Prospyrgion'. Anna Komnene also mentioned "the ... precinct of Bishop Nicolas (which has retained its name of 'The Sanctuary' to this day), this stands near the large Church and was founded long ago for the protection of those being taken for crimes, as being a part of the large precinct... if anyone who had been convicted of a crime, managed to take refuge there, he was released from penalty of the law." (Alexiad 2. 5.).

The imperial intent was to show his superiority against the Church. There was a constant question: Where does the protection of the Church start? The imperial novels almost blame the Church for misusing justice and that it is a cause of the abuse of asylum accorded to murderers in the Church of Hagia Sophia. This was the starting point of his re-regulation of Emperor Manuel I.

In April of 1166 Emperor Manuel issued a new Novel concerning the premeditated homicide (Νεαρά τοῦ πανευσεβεστάτου καὶ φιλογρίστου κραταιοῦ καὶ ἁγίου... βασιλέως τοῦ πορφυρογεννήτου κυροῦ Μανουῆλ τοῦ Κομνηνοῦ περὶ τῶν ἐκουσίως φονεόντων). After the edition of Zachariae von Lingenthal, the text of this novel was published by Ruth Macrides in 1984 (Fontes Minores VI). I dedicate the research of this article in memory of her as she died in April 2019. Her work formed a valuable contribution to this area of legal research.

In the *preface* of this Novel, after a brief overview of the earlier regulation, Manuel evoked Constantine's Christian 'forgiveness' and demonstrated the abuses. Constantine, though imposed on perpetrators of the premeditated murders eternal exile (ἀειφυγία) in order that they could not roam around the territory where the homicide had been committed. Simultaneously, the pre-intentional and premeditated perpetrator (ἐκ μελέτης καὶ βεβουλευμένως καὶ μετὰ σκέψεως) was allowed to cut their hair (ἀποχεῖρεσθαι), to be ranked among the monks (τοῖς μοναχοῖς ἐγκαταλεγέντας) and to stay in a specified monastery for the rest of his life (παρ' ὅλην αὐτῶν τὴν ζωὴν τῷ μοναστηρίῳ προσμένειν).

Manuel emphasized the deficiency of this earlier regulation and said that Constantine VII ordered nothing about the murderers who were seeking after asylum in the holiest Great Church in Constantinople (Hagia Sophia or Divine Wisdom). In his opinion, the reason for this was probably that the previous emperor wanted to maintain the secular law and to shelter the perpetrators from the revenge of the victim's relatives.

The new imperial regulations on premeditated homicide in connection with the right of asylum accounts for a significant proportion of the main part of Manuel's Novel.

The *first part* of the disposition of the Novel, the Emperor orders that all judges or arbiters (τοῖς ἐν θέμασι διαιτηταῖς) and all the commanders (στρατηγοῖς) of the local military troops (στρατιωτικαῖς δυνάμεσι) in Byzantine provinces (ἐν θέμασι) have to arrest murderers if they hear any fact about the committed perpetration of a homicide and they have to tie up the murderers and to escort them in chains and present them to the Emperor (in Constantinople). If the Emperor is absent, they should be presented to the *Eparchos* (πρὸς τὸν ἐπαρχὸν τῆς θεοφυλάκτου μεγαλοπόλεως). The *eparchos* was the prefect (*praefectus Urbi*) and governor and chief-judge of municipality of Constantinople.

Such perpetrators were imprisoned in state jailhouses (ἐῖς δημοσίαν φυλακὴν) and condemned to corporal, pecuniary or other punishments (τὰς σωματικὰς καὶ οὐσιακὰς... αἱ ἐτέρας κολάσεις). Another new regulation is that if anyone could have prevented the perpetration of homicide, but did not prevent it, then the person could be sentenced by the Emperor's intent.

This Novel concerned the *asylum* of perpetrators accused of premeditated murder. If somebody hides himself/herself and seeks asylum in the Holiest Great Church, he/she will be under observation according to the canon law, but from here he/she will be sent to a province that is determined by the sentence. He/she has to remain there until the end of their life and from there he/she could not escape. If the Emperor is absent, the eparchos sends and banishes him to the farthest province of the Empire to stay there for the rest of his/her life to die.

The *second part* of disposition abolished the (monastic) trim of pre-intentional (ἐκούσιος ἐκ μελέτης) perpetrators within the group of perpetrators accused of premeditated murder. Emperor Manuel did not force them to wear the tonsure (ἀπόκαρσις), because the strict canonical regulations did not concern the perpetrators. Only after determination and intention of his own accord and free will can a murderer enter among the monks. The reasoning of the emperor was clear. It is against (human) reason (ἄλογον) and spiritual, mental or intellectual acts (τοῖς πνευματικοῖς νόμοις). Because a murderer does not choose an angel-like life (τὸν ἀγγελικὸν βίον), will apply force and perform deluded acts based on his/her awful behavior. Such a valueless man (κουφότεροι) is expendable, who makes his hands unclean with human blood. Therefore, instead of tonsure, this perpetrator of an *erroneous* murder (τὸν πεμπλημμεληκότα φόνον) will have to be sentenced to life (παρ' ὅλον τὸν τῆς ζωῆς αὐτοῦ χρόνον) imprisonment (ἐν φυλακῇ... διάγειν) and there is no hope for mercifulness or oblivion (λήθη) by any further imperial constitution.

In the *third part* of the dispositions we can find the problem of seeking asylum by murderers. The Emperor's statement referred to the fact that most of the murderers who committed premeditated or pre-intentionally (e)k mele/thj kaiŭ diaske/yewj) homicide and after it, they entered the Holiest and Great Church (Hagia Sophia) as if they had not perpetrated any homicide. Misusing the right of asylum, they made it for profit-making (proŭj toŭ oi)keion sumfe/ron poiou=ntai) and they concealed the confession of truth. The Emperor in this case gives a *charge* (grafh/... tou= a(giwtā/tou patri/arxou) against the Holiest Patriarch with punishments by measure and against the subordinated clergy, too. If the chief-arbiter of a province obtained knowledge of a committed homicide from the *counter-claim* (a)po... a)ntigrafh=j), he had to act against of 'such' *acquittal* (poiei=n... thŭn e)pece/leusin) lest the person accused of premeditated murder should evade retaliation or ecclesiastical punishments because of his falsehood.

More elaborated categories of dogmatical terminology appear in this part of the Novel. This usage of terms sketches another subdivision of homicide in the dogmatical group of premeditated murder. Probably the Byzantine scholars developed the category of *pre-intentional perpetration* which was distinguished from the *premeditated* crime as we can see in the text of this Novel.

Premeditated murder (ἐκούσιος φονεύς)	
Novel by Manuel I (1166)	
<i>pre-intentional murder</i>	<i>premeditated murder</i>
ἐκούσιος, βεβουλευμένος φόνος	ἐκ μελέτης καὶ μετὰ διασκέψεως, μεμελετημένος φόνος

*The fourth part* of the dispositions explicate the lack of enforcement of imposed punishments of misused asylum. If any of the murderers entered the church and were sentenced to eternal exile, was tied or was condemned to life imprisonment and yet he was moving about the place of perpetration with impunity, such a murder is escorted in front of the Emperor by local executors or tax collectors (παρὰ τοῦ κατὰ χώραν πράκτορος). As many as evil deeds were discovered as much reward was divided equally among the executor and the other informers.<sup>6</sup>

Similarly, the chief-judges of the Holiest Great Church will curb the accusations of homicide (τὰ φονικά... ἐγκλήματα) with strict, canonical observations in order not to shorten the period of trials as it often happened. In this case, one did not have to care as much about humanity as they usually did (οὐ χρὴ πλεον τοῦ εἰκότος φιλανθρωπεύεσθαι). It seems to me this is a principal sentence of this Novel and it perfectly reflects the philanthropic character of Constantine VII and his earlier decree. We can read the Comnenian edict that people accused (ὑπογραφέντα) by the prefect of courts will be exiled to the territory of the relevant church.<sup>7</sup>

In the *final part* we can find some dispositions about people who committed pre-intentional murder (τὸν πεμελετημένον φόνον) and after they choose tonsure in a monastery. This perpetrator should not be ranked (οὐκ... ἐγκαταλεγέσεται) among the monks without a required observation and particular diligence during the necessary time period. Against his will, he has to remain in that monastery until the end of his life without any hope for escape. However, the place of this monastery will not be situated on the same eparchial region where the aforementioned murder was committed. Or "not on that ground where the viciously spilled blood of dying person was absorbed".<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> IGR. III. 481.

<sup>7</sup> IGR. III. 482.

<sup>8</sup> IGR. III. 482. οὐκ ἐν ἐκείνῃ τῇ γῇ ἢ τὸ τοῦ θανόντος αἷμα χανοῦσα κακῶς ὑπεδέξατο.

# DIE VORBEREITUNGEN VON KARD. JÁNOS CSERNOCH AUF DIE EINFÜHRUNG DER KIRCHENPOLITIK VON CLEMENCEAU IN UNGARN (1918–1919)<sup>1</sup>

*ERDŐ Péter*  
*professor emeritus*

*Pázmány Péter Katholische Universität*

## 1. Die geschichtlichen Umstände

Die Ereignisse am Ende des Ersten Weltkriegs hatten in Ungarn zur Folge, dass Erzherzog Josef als *homo regius* Mihály Károlyi am 31. Oktober 1918 zum Ministerpräsidenten ernannte. Die Regierung bildete sich noch am selben Tag und wurde auf den König vereidigt. Am Tag darauf, am 1. November, beantragte jedoch die Károlyi-Regierung Dispens von diesem Eid. Der selige König Karl IV. gewährte diese. So wurde die Regierung schon am selben Abend auf Ungarn und auf das ungarische Volk beeidet. Unabhängig von der Staatsform wurde der Nationalrat als Träger der höchsten Staatsgewalt betrachtet. Darum leistete die neue Regierung den Eid vor dem liberalen katholischen Priester János Hock, der zum Präsidenten des Nationalrats gewählt worden war. Von den Mitgliedern der neuen Regierung hatten, über den Premierminister hinaus, auch der Minister für Landwirtschaft Barna Buza und der Minister für Religion und Unterricht Márton Lovászy eine wichtige Rolle in kirchlichen Angelegenheiten gespielt. Lovászy führte sein Ministerium nur bis zum 22. Dezember 1918. Auch Dénes Berinkey hatte ab 4. November 1918 eine für die Kirche wichtige Funktion.<sup>2</sup> Am 16. November 1918 wurde nämlich durch Dekret des Ungarischen Nationalrats die Volksrepublik ausgerufen und zugleich die Regierung aufgefordert, eiligst Volksgesetze über die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit vorzubereiten, sowie die Verteilung der Landesgüter durchzuführen.

Inzwischen wächst der Druck auf die Regierung in der Frage des Ackerlandes. Am 20. Dezember 1918 nimmt der Arbeiterrat den Entwurf der Sozialdemokratischen Partei an, nach dem – abweichend von dem Privatbesitz, der bis 500 Joch anerkannt wurde – der kirchliche Grundbesitz in diskriminierender Weise auf 200 Joch maximiert werden sollte. Die konfiszierten Felder sollten in staatlichem Besitz bleiben. In der Leitung des Landes zeigt sich eine große Instabilität. Am 11. Januar 1919 ernennt der Nationalrat Mihály Károlyi zum Staatspräsidenten und somit zum ‘provisorischen’ Staatsoberhaupt. Auch die einzelnen Minister wechseln häufig. Am 22. Januar 1919 wird z. B. János Vass Minister für Religiöse Angelegenheiten. Die Religion wird also vom Unterrichtswesen im Rahmen der Separation zwischen Staat und Kirche<sup>3</sup> getrennt.

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle sage ich Herrn Dr. András Hegedűs, Direktor des Primatialarchivs in Esztergom für die Hilfe bei der Auffindung der zitierten Dokumente herzlichen Dank.

<sup>2</sup> Seit 22. Januar 1919 Ministerpräsident.

<sup>3</sup> Das Ministerium für Religionswesen bekommt die Aufgabe, „die Trennung von Staat und Kirche“ durchzuführen. Das Ministerium (1746. eln. 1919. sz. VKM sz. RT. 1919. 180. sz. 582. 1) hat „die Befreiung der Schüler

In der Zwischenzeit erobern rumänische, serbische und tschechische Truppen mit der Zustimmung der Entente-Mächte die von ihnen beanspruchten Gebiete. Am 20. März 1919 überreicht Oberstleutnant Vix die von den Siegermächten approbierte Mitteilung über die ungarisch-rumänische Demarkationslinie. Károlyi weist diese Mitteilung zurück. Am Tag darauf wird diese Entscheidung der ungarischen Regierung auch schriftlich herausgegeben. Am gleichen Tag wird in Ungarn die Räterepublik ausgerufen. Von diesem Moment an steht die ungarische Politik nicht mehr unter dem Einfluss von Károlyi. Einige Ereignisse können jedoch als Folgen der früher begonnenen Prozesse betrachtet werden.

## **2. Die Rolle von Kardinal Csernoch**

János Csernoch hat als Fürstprimas die Reaktion der ungarischen katholischen Kirche auf die Ereignisse auch tatsächlich bestimmt. Auch wenn er wegen seiner Krankheit an der im Primatialpalast von Esztergom abgehaltene Sitzung der Bischofskonferenz am 20. November 1918 nicht teilnehmen konnte, hat der präsidierende Erzbischof von Eger Lajos Szmrecsányi ausdrücklich gesagt, dass Csernoch „seine Ansichten vom Krankenbett aus auch diesmal der Bischofskonferenz mitgeteilt hat.“<sup>4</sup> In den Grundfragen zeigte sich unter den versammelten Bischöfen keine Meinungsverschiedenheit. Mehrere Bischöfe blieben jedoch der Versammlung fern. Von den weiter liegenden und später vom Land abgetrennten Gebieten konnten oder wollten sogar einige an der Versammlung nicht mehr teilnehmen, wie zum Beispiel der griechisch-katholische Bischof von Szamosújvár, Iuliu Hossu,<sup>5</sup> der spätere *in petto* Kardinal,<sup>6</sup> der auf die Einladung von Regierungskommissar Ádám Persián nach Budapest am 28. November nicht in die ungarische Hauptstadt gefahren ist und keinen Vertreter geschickt hat.<sup>7</sup> Einige Tage später, am 1. Dezember 1918 hat er in Alba Iulia die berühmte Deklaration über die Vereinigung von Siebenbürgen mit dem Königreich Rumänien vorgelesen. Einige ungarische Bischöfe führen später – im Auftrag der Bischofskonferenz – Verhandlungen mit Vertretern der Regierung, ihr Standpunkt ist aber mit der Auffassung des Fürstprimas identisch. Ein Beispiel dafür ist die Verhandlung von Nándor Rott, Bischof von Veszprém, und Gyula Glattfelder, Bischof von Csanád, mit Landwirtschaftsminister Barna Buza am 25. November 1918 über die Agrarreform. Über die Verhandlung sendet Nándor Rott eine Relation an den Primas. Aufgrund dieses Berichts schreibt Csernoch einen Brief an den Minister.<sup>8</sup>

Die wichtigsten Themen, in denen eine Entscheidung des neuen Regimes zu erwarten war, beziehungsweise die Maßnahmen, in denen sich der Charakter der neuen Kirchen-

---

von der Religionsübung“ verordnet; CSIZMADIA Andor: *A magyar állam és az egyházak jogi kapcsolatainak kialakulása és gyakorlata a Horthy-korszakban*. Budapest, 1966 [CSIZMADIA 1966], 98.

<sup>4</sup> BEKE Margit: *A magyar katolikus püspökkari tanácskozások története és jegyzőkönyvei 1892–1918 között*. Budapest, 2018 [BEKE 2018], 609.

<sup>5</sup> Er wurde vom Papst Franziskus in Blaj am 2. Juni 2019 als Märtyrer seliggesprochen.

<sup>6</sup> Am 28. April 1969.

<sup>7</sup> TENGELY Adrienn: *Az egyházak és a nemzetiségi kérdés 1918-ban*. In: *Egyháztörténeti Szemle* 8 (2007) Nr. 1. [www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/tengely-nemzetisegi.htm](http://www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/tengely-nemzetisegi.htm)

<sup>8</sup> Esztergom, Primási Levéltár (Primatialarchiv: PL), Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/c; 1241/1919.

politik schon zeigte, und die die Ausbildung und die Vertretung des eigenen Standpunkts benötigten, waren: das Verhältnis zur neuen Staatsform, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl, die Agrarreform und besonders die Frage der sogenannten katholischen Autonomie.

### 3. Loyalität zur neuen Regime und die Frage der Staatsform

Da die Republik vier Tage vor der Sitzung der Bischofskonferenz vom 20. November 1918 ausgerufen worden war, beschlossen die Bischöfe, einen gemeinsamen Brief an die Regierung zu schreiben. Mit der Abfassung dieses Briefs wurden drei Bischöfe beauftragt: Erzbischof Árpád Lipót Várady von Kalocsa, der Bischof lateinischen Ritus von Großwardein, Miklós Széchenyi, und Ottokár Prohászka, Bischof von Székesfehérvár.<sup>9</sup> Der Text wurde dann von den anwesenden Bischöfen angenommen. In ihm musste, im Sinne der Anweisungen der Bischofskonferenz, gesagt werden, dass „die Bischofskonferenz die gegebene Lage annimmt, die Regierung durch seine moralische Kraft unterstützt und die in ihrem Besitz stehenden Landesgüter gegen rechtem Entgelt und – vorausgesetzt die nachträgliche Zustimmung des Heiligen Stuhls – für die Zwecke der Agrarpolitik der Regierung anbietet. Sie hofft aber, dass die Regierung die Freiheit der Kirche in Ehren hält und die durch die Änderung der Verhältnisse streitig gewordenen Fragen mit dem Apostolischen Stuhl bereinigt, desto mehr, weil der Heilige Stuhl – wie sein Brief an den Fürstprimas bezeugt – bestrebt ist, freundschaftliche Verhältnisse mit dem ungarischen Staat zu pflegen.“<sup>10</sup> Dieser Hinweis ist ein Zeichen dafür, dass die Bischöfe bei der Gestaltung ihres loyalen Standpunktes gegenüber der neuen staatlichen Führung die Richtlinien des Heiligen Stuhls, die ihnen Kardinal Csernoch bekanntgegeben hat, berücksichtigt haben. Der Text des Briefs, der dann tatsächlich von der Bischofskonferenz an den Ministerpräsidenten Mihály Károlyi geschickt wurde, entspricht den gemeinsam angenommenen Prinzipien, er ist aber ein bisschen feierlicher. Er erklärt nämlich, dass „die großen historischen Wandlungen die ungarische Nation vor eine neue Situation gestellt und ihren Jahrhunderte alten Traum, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit, verwirklicht haben. Diese Wandlung wird von der Bischofskonferenz mit warmen patriotischen Gefühlen angenommen, vorbehaltlos anerkannt. Die Bischofskonferenz garantiert, dass sie die Regierung der Volksrepublik Ungarn im Aufbau des unabhängigen, selbständigen Ungarn unter den schwierigen Verhältnissen mit ihrer ganzen Kraft unterstützen wird.“<sup>11</sup>

Die Bischofskonferenz ist zuversichtlich bezüglich der Tatsache, dass die Regierung die rechtlichen Verhältnisse zwischen Kirche und Staat „mit Gewährleistung der Freiheit der Kirche mit den zuständigen Behörden (d.h. gegebenenfalls mit dem Heiligen Stuhl) ordnen wird.“<sup>12</sup> Auf diesen Brief hat Mihály Károlyi dem Fürstprimas geantwortet, aber erst am 19. Dezember. Er bedankt sich und erwidert im Namen der Regierung herzlich den Gruß, zugleich deutet er an, dass er „in Kenntnis des traditionellen Patriotismus des ungarischen hohen Klerus, diese Stellungnahme der römisch-katholischen Bischofskonferenz“

---

<sup>9</sup> BEKE 2018, 610.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/a; 6306/1918.

<sup>12</sup> Ebd.

erwartet und „mit ihrer Unterstützung mit Sicherheit“ gerechnet hat.<sup>13</sup> Gleichzeitig bittet er den Primas, diesen Gruß jedem einzelnen Mitglied der Bischofskonferenz auszurichten. Das Sekretariat des Primas hat die Kopie dieses Briefs – wenn auch erst am 13. Januar 1919 – jedem Diözesanamt geschickt.<sup>14</sup>

Zu dieser Loyalität gehörte, dass an derselben Sitzung der Bischofskonferenz vom 20. November 1918 beschlossen beziehungsweise festgestellt wurde, dass die liturgischen Fürbitten für den König „von nun an natürlich wegfallen.“<sup>15</sup>

Bezüglich der Änderung der Staatsform und der Regierung stellte sich auch die Frage des *obersten Patronatsrechtes*. Schon in der Plenarsitzung der Bischofskonferenz vom 20. November merkt Erzbischof Szmrecsányi an: „Die Übertragung des durch den ungarischen apostolischen König ausgeübten obersten Patronatsrechts auf die Republik wird von den von der Regierung angehörten Kirchenrechtlern polemisch vertreten. Es ist also wahrscheinlich, dass die Regierung von diesen Rechten Gebrauch machen will.“ Die Bischöfe enthalten sich von einer endgültigen Stellungnahme, weil sie „die Regelung der Frage mit dem Heiligen Stuhl für unbedingt notwendig halten. Bis dahin will man sich in den laufenden Angelegenheiten den Wünschen der Regierung anpassen, um die friedliche Zusammenarbeit und die erfolgreiche Erledigung der Sachen zu sichern.“<sup>16</sup> Das königliche Recht der Ernennung (*nominatio*) der Bischöfe, das heißt das oberste Patronatsrecht war kanonistisch ziemlich umstritten, sowohl bezüglich seiner Grundlage, als auch hinsichtlich seines Charakters. Die beim ungarischen Juristen Werbőczy erwähnte ‘Konstanzer Bulle’, deren Text und Natur zu der Zeit noch nicht genau bekannt waren,<sup>17</sup> wurde nicht einmal von dem großen Historiker Vilmos Fraknói als normative kirchliche Rechtsquelle anerkannt.<sup>18</sup> Später hat auch Reichsverweser Miklós Horthy versucht, dieses Recht auszuüben, aber der Heilige Stuhl hat diese Bestrebung nicht angenommen. Auch die ungarische Kirche hat dies für ein mit der Person des Königs verbundenes Recht gehalten, das für den späteren Rechtsnachfolger nicht anwendbar ist.

Die Besprechung, die im Protokoll der Sitzung vom 20. November 1918 der Bischofskonferenz genannt wird, hatte im November stattgefunden. Sie war vom neuen Kommissar für die kirchlichen Angelegenheiten zusammenberufen worden. Die anwesenden Kirchenrechtler – Laien und Kleriker – hatten sich einstimmig in dem Sinne geäußert, dass der neue Staat das oberste Patronatsrecht ausüben könne. Diese Meinung konnte der Auffassung

---

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Beke 2018, 610.

<sup>16</sup> Ebd. 611.

<sup>17</sup> Textausgabe mit rechtlicher Analyse: MÁLYUSZ Elemér: *A konstanzi zsinat és a magyar főkegyúri jog* (A Magyar Tudományos Akadémia Történettudományi Intézete. Értekezések a történeti tudományok köréből. Új sorozat 9). Budapest, 1958 (Nachdruck Máriabesnyő–Gödöllő 2005), 11–13 (der Text der ‘Bulle’); vgl. ÉRSZEGI Géza: „... az ország szabadságát a konstanzi egyetemes zsinaton esküvel megerősítették, ahogyan a róla kiadott bullában világosan olvasható”. In: Bárány Attila – Pószán László (Hg.): „Causa unionis, causafidei, causa reformationis in capite et in membris”. Tanulmányok a konstanzi zsinat 600. évfordulója alkalmából. Debrecen, 2014, 176–188; TUSOR Péter: *A konstanzi bulla „alkalmazása”. A magyar királyi főkegyúri jog a 15–16. században*. Ebd. 219–240.

<sup>18</sup> Vgl. ERDŐ Péter: *Das oberste Patronatsrecht der ungarischen Könige in der Forschung von Vilmos Fraknói*. In: Österreichisches Archiv für Kirchenrecht 44 (1995–1997) 432–441.



des Heiligen Stuhls nicht entsprechen, weil der Wiener Nuntius, Teodoro Valfrè di Bonzo<sup>19</sup> vom Fürstprimas Informationen über die von der Regierung konsultierten Kirchenrechtler erbat. Auf diese Frage macht Primas Csernoch einen Hinweis in seiner Antwort vom 31. Dezember 1918.<sup>20</sup> Er erwähnt, dass die Laien Universitätsprofessoren und Staatsbeamte waren. Der bekannteste von ihnen war Gyula (Keveházi) Kováts, ein betagter Kirchenrechtsprofessor der Budapester Juristischen Fakultät. Nach Csernoch stammte von ihm die Unterscheidung, nach der das oberste Patronatsrecht nicht ein Recht des Königs, sondern ein Recht des Landes ist (*ius regni non regis*). Kováts sei Protestant, der sich aber, „immer als Freund der Kirche gezeigt hat.“<sup>21</sup> Anschließend stellt Csernoch die drei katholischen Priester vor, die als Sachverständige an der Besprechung teilnahmen. Der erste, Mons. János Csiszárík, war Berater der Österreich-Ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl in Rom. Über ihn wird angemerkt, dass er „jedem entsprechen und sich in allem anpassen will.“ Diese seine Eigenschaft erkläre, warum er der Regierung eiligst seine Dienste angeboten habe. Er bewerbe sich nämlich um eine hohe kirchliche Position.<sup>22</sup> Der andere ‘kirchliche’ Sachverständiger war Ferenc Hanuy, Professor für Kirchenrecht der Theologischen Fakultät der Budapester Universität. Er war nach der Meinung von Csernoch „der Schuldigste von allen.“ Als Professor der Theologischen Fakultät hätte er vor allem die Rechte der Kirche schützen sollen. Stattdessen habe er aus menschlichen Motiven „seine wissenschaftliche Überzeugung aufgeopfert.“ Im Allgemeinen sei er gut gebildet, oft aber konfus. So komme es vor, dass er sich von den modernen Nachfolgern von Febronius nicht befreien könne. Der dritte kirchliche Sachverständige, István Breyer sei ein frommer Mann, aber nicht besonders begabt. Er sei auch derzeit Abteilungsleiter des Kultusministeriums und somit staatlicher Beamter. Ursache seines Verhaltens könnte seine Befürchtung sein, sein Amt im Ministerium zu verlieren.<sup>23</sup> Aus dem Brief des Primas fühlt man, dass die Glaubwürdigkeit der Sachverständigergruppe für ihn dadurch vermindert wird, dass keiner von ihren Mitgliedern unabhängig ist, sondern alle sind staatliche Angestellte.

Csernoch selbst hält die Ausdehnung des obersten Patronatsrechts auf die Regierung der Republik für die Freiheit der Kirche so gefährlich,<sup>24</sup> dass er am selben Tag einen Brief direkt an den Papst schreibt. In diesem verweist er auf die negativen Wirkungen der Stellungnahmen dieser kirchenrechtlichen Beratung, weil sie „zahlreiche Übergriffe der Regierung gegenüber der Kirche“ begründeten und auch in der Zukunft begründen würden. Schuld daran seien größtenteils „die drei kirchlichen Personen, die an der Konferenz teilnahmen und die Rechte der Kirche überhaupt nicht verteidigt, sondern die oben zitierte Stellungnahme angenommen haben.“ Besonders betont Csernoch, dass Csiszárík, während er eine Stütze der Politik der Regierung werden will, sich für eine hohe kirchliche Stellung bewirbt. „In dieser historischen Stunde – schreibt Csernoch Papst Benedikt XV. – braucht die Kirche starke Männer, die ihre Rechte, wenn notwendig, bis zum Tode verteidigen. Es wäre eine Katastrophe, wenn kirchliche Personen, die die Rechte der Kirche nicht verteidigt

---

<sup>19</sup> Ab 18. Dezember 1919 Kardinal.

<sup>20</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. A; 7143/1918.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Vgl. CSIZMADIA 1966, 98.

haben, hohe kirchliche Funktionen bekommen könnten.“<sup>25</sup> Es ist anzumerken, dass einer der an der Besprechung beteiligten Personen, István Breyer (†1940) 1929 trotzdem zum Weihbischof von Esztergom und 1933 zum Diözesanbischof von Győr ernannt wurde.

Aufgrund der Gesagten kann man feststellen, dass Primas Csernoch und die Bischofskonferenz die Volksrepublik anerkannt und versucht haben, loyal zur Regierung zu sein. Sie haben aber die Gefahren gesehen, die die Freiheit der Kirche bedroht haben und haben versucht, sie mit der Hilfe des Heiligen Stuhls abzuwehren.

#### **4. Diplomatische Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl**

Da sich Ungarn für einen souveränen Staat erklärt hatte, lag der Anspruch auf der Hand, dass sie die Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl nicht über die Nuntiatur von Wien halte, sondern selbständige diplomatische Beziehungen mit ihm aufnimmt. Die Nuntiatur von Wien wendete sich schon in November 1918 schriftlich an die ungarische Regierung mit Vermittlung des Primas in der Sache der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Csernoch hat dieses Schreiben an die Regierung weitergeleitet, wie er am 28. November der Nuntiatur schriftlich gemeldet hat. Die briefliche Antwort des Ministerpräsidenten mit der Unterschrift von Staatssekretär Ernő Balogh wurde ebenfalls dem Fürstprimas am 23. Dezember 1918 gesandt. Darüber hat der Primas dem Nuntius schriftlich berichtet, mit der Anmerkung, dass die Antwort in unerwartet herzlichem Stil verfasst ist. Er hat aber hinzugefügt: „Man sagt, dass die europäischen Mächte die heutige ungarische Regierung nicht anerkennen wollen. Ich kenne ihre Gründe nicht und bin nicht zuständig, darüber ein Urteil zu fassen.“<sup>26</sup> Da über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und dem Heiligen Stuhl neuerdings wertvolle Publikationen erschienen sind, sei es genug, auf sie zu verweisen.<sup>27</sup>

#### **5. Agrarreform**

Wie schon gesagt, hat eine engere Delegation im Auftrag der Plenarsitzung der Bischofskonferenz vom 20. November 1918 Verhandlungen über die Agrarreform mit dem Landwirtschaftsminister Barna Buza geführt. Über den Inhalt dieser Besprechung hat der Bischof von Veszprém, Nándor Rott, dem noch immer kranken Fürstprimas am 25. November berichtet. Die Bischöfe haben gebeten, dass mindestens die Wälder in kirchlichem Eigentum bleiben,

---

<sup>25</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. A; 7143/1918 („In quest’ora storica la Chiesa ha bisogno di uomini forti che difenderanno i diritti di essa, se fa d’uopo, fino alla morte. Sarebbe un disastro se ecclesiastici che hanno lasciato indifesi i diritti della Chiesa, potessero ottenere alti posti ecclesiastici”).

<sup>26</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. A; 7069/1918. Konzept des italienischen Briefs auf dem Umschlag des Aktenstücks („Si dice che le potenze di Europa non vogliono riconoscere il governo ungherese di oggi. Non conosco le loro ragioni e non sono competente a giudicarne”).

<sup>27</sup> Vgl. z. B. TÓTH Tamás: *A Szentszék és az I. világháborút követő politikai változások Magyarországon*. In: Fejérdy András (Hg.): *Magyarország és a Szentszék diplomáciai kapcsolatai 1920–2015* (METEM Könyvek 84), Budapest–Róma, 2015 [TÓTH 2015], 61–74; DERS: *La Santa Sede e i cambiamenti politici in Ungheria dopo la Grande Guerra (1918–1920)*. In: Fejérdy András (Hg.): *Rapporti diplomatici tra la Santa Sede e l’Ungheria negli ultimi 25 anni*. Città del Vaticano, 2016, 70–89.

damit die Bistümer irgendetwas für die Bedürfnisse des Haushalts haben können. Der Minister sprach aber nur über 2–300 Joch. Man müsste nach dem Vorschlag der Bischöfe die Lasten, die bisher der Patron getragen hat, so z.B. die Baulasten mit Zuweisung von 30–40 Joch Ackerland für jede Kirche sichern. Bezüglich der Summe der Entschädigung sprach man über die Methode der Kalkulation der Preise. Man hat die Frage gestellt, ob man kirchliche Güter noch vor dem zu erwartenden neuen Gesetz verkaufen oder auf das Priesterseminar überschreiben kann, „weil das Eigentum der Erziehungsinstitute gewöhnlich eher geschont wird.“<sup>28</sup>

Man hat auch das Thema der Pensionen aufgeworfen, die die kirchlichen Güter belasten. Sie werden nämlich im Rahmen des aktuellen Systems leichter bezahlt, als durch die Aufteilung einer bestimmten Rente. Über die relativ beruhigenden Versprechen des Ministers merkt Nándor Rott an: „diese Versprechen des Ministers sind soviel wert, wie stark und stabil die Position des Ministers im Ministerrat ist und wieviel Macht die heutige Regierung vertritt. Ich glaube nicht, dass diese Aktion in kürze durchführbar ist [...] Dies könnte man nur radikal, mit Raub durchführen, ohne Berücksichtigung des Rechts und des Gesetzes, wenn man das rechtmäßige Eigentum dem Staat als Beute hinwerfen würde. Von dessen Hand werden es dann geschickte, gewissenslose Schacher erlangen, und am Ende bleibt nichts, weder der Kirche, noch dem Staat, noch dem Volk.“ Dieser Angst hat Bischof Rott nach dem persönlichen Treffen, dem Minister Barna Buza am 25. November auch brieflich mitgeteilt, und zwar mit ausdrücklicher Berufung auf die französischen Erfahrungen. „Es wäre gefährlich – schreibt er – die Institution der verrufenen Liquidatoren der letzten französischen Aufteilung der Landesgüter zu erwecken. Die Liquidatoren haben dort alles veruntreut, und das Volk hat nichts bekommen.“<sup>29</sup> Bischof Rott bittet den Minister, die Güter der Pfarreien überall unberührt zu lassen, weil die in 20 Joch maximierten Felder nicht einmal die Betriebskosten decken können. Auf das Exemplar dieses Briefs hat Csernoch eigenhändig geschrieben: „ich stimme jeder einzelnen Zeile zu und betrachte den Text als meinen eigenen.“<sup>30</sup> Am 8. Dezember 1918 hat jedoch Zsigmond Kunfi im Ministerrat vorgeschlagen, dass man für die kirchlichen Landesgüter keine Entschädigung bezahlt. Der Ministerrat hat die Größe der verbleibenden kirchlichen Landesgüter auf 200 Joch abgesetzt, während die übrigen Eigentümer ihre Felder bis 500 Joch bewahren konnten (statt der früher vorgesehenen 1000 Joch).<sup>31</sup> Dies wurde dann in dem am 16. Februar 1919 (unter der am 18. Januar 1919 gebildeten Berinkey-Regierung) verkündeten Gesetz tatsächlich bestimmt. Die Durchführung dieses Gesetzes fand aber nicht statt.<sup>32</sup>

Die Bischöfe versuchten die kirchenfeindlichen Tendenzen abzuwehren, die im Hintergrund der Agrarreform erschienen sind und die erst die kirchlichen Landesgüter ver-

<sup>28</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/c; 1241/1919. Brief von Bischof Nándor Rott an den Fürstprimas, S. 4.

<sup>29</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/c; 1241/1919. Brief von Bischof Nándor Rott an den Minister Barna Buza, 25. November 1918, S. 2.

<sup>30</sup> Ebd. S. 4.

<sup>31</sup> Vgl. RÁNKI György – HAJDU Tibor – TILKOVSKY Loránt (Hg.): *Magyarország története. 1918–1919. 1919–1945* (Magyarország története tíz kötetben). Budapest, 1976 [Magyarország története. 1918–1919], 137–138.

<sup>32</sup> Volksgesetz Nr. XVIII vom 1919; vgl. BALOGH Margit: *Egyházak és felekezetek. Forradalmi esztendőök (1918–1919)*. In: Kollega Tarsoly István (Hg.): *Magyarország a XX. században. II. kötet. Természeti környezet, népesség és társadalom, egyházak és felekezetek, gazdaság, Szekszárd*, 1997 [BALOGH 1997], 331.

staatlichen wollten, unabhängig davon, ob es sonst jemanden gab, der fähig und bereit war, die Felder zu kultivieren.<sup>33</sup> Ein Weg, diese Felder zu retten, könnte die Übergabe des kirchlichen Eigentums an andere juristische Personen sein. Diese Frage leitet aber schon das Thema der katholischen Autonomie und der Kirchengemeinden ein.

## **6. Die Autonomie und die Kirchengemeinden**

### **6.1. Landesweite und pfarrliche Organisation**

In Frankreich wurden die juristischen Personen, die nach dem eigenen Recht der Kirche existierten, überhaupt nicht anerkannt. So konnten sie nach dem staatlichen Recht auch kein Eigentum erwerben oder bewahren. Stattdessen konnten die Gläubigen Kultvereine gründen, deren Tätigkeit jedoch vom staatlichen Recht geregelt war. Der erste entscheidende Schritt in der Einführung dieses Systems war das französische Gesetz vom 9. Dezember 1905,<sup>34</sup> das von Pius X. in seiner am 11. Februar 1906 herausgegebenen Enzyklika *Veementer nos*<sup>35</sup> scharf kritisiert wurde, auch wegen der einseitigen staatlichen Kündigung des Konkordats von 1801. Gleichzeitig fordert der Papst die französischen Bischöfe auf, die Rechte und die Freiheit der Kirche wachsam zu schützen, aber niemanden zu verletzen und den Unfug mit Gerechtigkeit, die Verletzungen mit Milde und die schlechte Behandlung mit guten Taten zu erwidern.

Der Papst hat auch verurteilt, dass das Gesetz die Behandlung und die Verteidigung des öffentlichen Gottesdienstes nicht an die vom Heiland gegründete hierarchische Körperschaft, sondern an einen von Laien bestehenden Verein anvertraute. Nach dieser päpstlichen Erklärung hielten die Bischöfe vom 30. Mai bis zum 1. Juni 1906 in Paris eine Besprechung. Dort nahmen sie für die Enzyklika klar Stellung, zeigten sich aber bereit, die notwendigen Schritte für die Gründung der vom Gesetz vorgesehenen Kultvereine zu unternehmen.<sup>36</sup> Am 10. August 1906 hat aber Pius X. in seiner Enzyklika *Gravissimo officii*<sup>37</sup> alle Versuche, sich an das Gesetz von 1905 anzupassen, klar verurteilt. Die Bischöfe versicherten in ihrer Versammlung von 4–9. September 1906 den Papst über ihre Treue zur letzten Enzyklika<sup>38</sup> und fingen an zu überlegen, wie man die religiöse Tätigkeit ohne staatlich-rechtliche Grundlagen organisieren könne.<sup>39</sup> Da die Kultvereine nicht gegründet wurden, beschlagnahmte der Staat die Kirchen und die anderen kirchlichen Gebäude und

---

<sup>33</sup> Vgl. z. B. PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/c; 1241/1919. Brief von Bischof Nándor Rot tan den Minister Barna Buza, 25. November 1918, S. 2.

<sup>34</sup> George Clemenceau war 1906–1909 und 1917–1920 Ministerpräsident von Frankreich, ab März 1906 schon Innenminister. Diese Funktion hat er auch später beibehalten. Seine Einstellung war streng antiklerikal, er vertrat die feindselige Separation von Kirche und Staat.

<sup>35</sup> *Acta Sanctae Sedis* 39 (1906) 3–16.

<sup>36</sup> Vgl. z. B. Jean-Paul DURAND: *Droit civil français ecclésiastique et droit public ecclésiastique*. In: Patrick Valdrini – Jacques Vernay – Jean-Paul Durand – Olivier Échappé: *Droit canonique* (Précis Dalloz). Paris, 1989, 515–731, besonders 582–583. [DURAND 1989]

<sup>37</sup> *Acta Sanctae Sedis* 39 (1906) 385–390.

<sup>38</sup> Der Brief ist abgedruckt in: *Acta Sanctae Sedis* 39 (1906) 385.

<sup>39</sup> Vgl. DURAND 1989, 583.

übergab sie später den territorial zuständigen bürgerlichen Gemeinden. In August 1914 setzte jedoch die Regierung die Durchführung bestimmter kirchenfeindlicher Maßnahmen mit Rücksicht auf den beginnenden Krieg aus. Obwohl Frankreich und der Heilige Stuhl ihre Botschafter schon 1904 zurückberufen hatten, blieb ein beauftragter französischer Geschäftsführer beim Heiligen Stuhl in Rom. Er hat dann mit dem Kardinal-Staatssekretär Pietro Gasparri am 28. Mai 1920 Kontakt aufgenommen.<sup>40</sup>

Auf eine solche Situation bereitete sich auch die ungarische katholische Gemeinschaft an der Wende von 1918–1919 vor. Schon an seiner Sitzung von 20. November 1918 hat die Bischofskonferenz festgestellt, dass „die Autonomie für den Schutz der Freiheit und des Eigentums der Kirche dringend notwendig ist.“<sup>41</sup> Darum hat sie beschlossen, an den schon für den 24. November 1918 nach Budapest zusammenberufenen Kongress, der die Autonomie organisieren sollte und an dem die Leiter der landesweiten katholischen gesellschaftlichen Organisationen und gewählte Vertreter teilnehmen und einen Katholischen Landesrat wählen sollten, einen eigenen Vertreter in der Person von Bischof Ottokár Prohászka zu schicken. Er sollte dort mitteilen, dass die Bischofskonferenz diese spontane Organisation als Landesorgan der katholischen Autonomie anerkennt. Der Kongress wurde gehalten, und in seinem Rahmen wurde auch der Katholische Rat gewählt. Die Bischofskonferenz hat auch die Gründung der provisorischen Diözesanräte der Autonomie für eilig gehalten.

Nach diesem Kongress hat der Katholische Rat den Vorschlag der Statuten der „Organisation der landesweiten Autonomie der Römisch-Katholischen Kirche des lateinischen und griechischen Ritus in Ungarn“ ausgearbeitet.<sup>42</sup> Der Text umfasst 20 Druckseiten und erklärt im § 7: „Rechtssubjekt [des Eigentums] von allen katholisch kirchlichen Vermögen [...] ist die Landesweite Katholische Autonomie.“<sup>43</sup> Am Blattrand des Exemplars, das im Primatialarchiv aufbewahrt wird, findet man bei dieser Stelle, aber auch anderswo handgeschriebene Anmerkungen. Zum gedruckten Text des Vorschlags wird am Ende noch ein 8 Seiten langer handgeschriebener Anhang unter dem Titel ‘Bemerkungen’ angeschlossen, der Bemerkungen zu einzelnen Paragraphen enthält und das Datum von 28. Januar 1919 trägt.<sup>44</sup> In Esztergom hat man also den Vorschlag ziemlich kritisch empfangen. Diese Statuten sind nie in Kraft getreten. Auf die inhaltlichen Fragen des Textes werden wir noch zurückkehren.

Übrigens hatten die katholischen Autonomiebestrebungen derzeit schon eine jahrzehntenlange, mit zahlreichen Enttäuschungen und Fallstricken geladene Vorgeschichte.<sup>45</sup> „Der

<sup>40</sup> DURAND 1989, 595.

<sup>41</sup> BEKE 2018, 611.

<sup>42</sup> Den Text siehe PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/b; 1858/1919.

<sup>43</sup> Ebd. S. 1.

<sup>44</sup> Ebd. S. 28.

<sup>45</sup> Geschichtliche Zusammenfassung ohne Erwähnung der grundsätzlichen Probleme HANUY Ferenc: *Katolikus autonómia*. In: Bangha Béla (Hg.): *Katolikus Lexikon*, II, Budapest, 1931, 521–524. Für die grundsätzlichen Fragen siehe LEPOLD Antal: *A katolikus autonómia. Az Egyház álláspontjának megvilágítása* (A „Katolikus Élet” könyvtára, I. sorozat, 1. szám). Budapest, 1920. Für die neuere Litteratur siehe SARNYAI Csaba Máté: *Polgári állam és katolikus egyház (1848. március – december). A katolikus autonómia-törekvések megjelenése* (METEM Könyvek 38). Budapest, 2002; DERS: *Deák Ferenc és a katolikus önkormányzat megvalósításának nehézségei*. In: *Egyháztörténeti Szemle* 9 (2008) Nr. 3. [www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/sarnyai-deak.htm](http://www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/sarnyai-deak.htm); NÁNDORI Barbara: *A katolikus autonómia történetéhez. A II. autonómia-kongresszus 9-es albizottságának működése és az erre tett püspöki észrevételek (1898)*. In: *Magyar Sion. Újfolyam* 4/46 (2010) 201–232.

Kongress, der die katholische Autonomie 1870/71 organisierte, hat sich eingebildet, ein konstituierender Konvent zu sein. [...] Er hat solche Statuten für die landesweite, die diözesane, die Dekanats- und die pfarrliche Vertretung vorbereitet, die mit dem kanonischen Recht und mit dem aufgrund des kanonischen Rechts entwickelten ungarischen Kirchenrecht in Widerspruch standen.<sup>46</sup> Die machten nicht nur die Ausübung der Jurisdiktion der Bischöfe fraglich, sondern waren auch mit den Befugnissen des obersten Patronatsrechts des Königs unvereinbar. Die Annahme dieser Statuten war wegen des abschlägigen Standpunkts der ungarischen Regierung und des Königs unmöglich. So wurde dieser Vorschlag dem Apostolischen Stuhl nicht einmal unterbreitet. Der Minister für Religion und Unterrichtswesen, Tivadar Pauler hat schon 1871 in seinem Memorandum an König Franz Josef seine grundlegenden Einwände betont. Er hat dargestellt, dass „man zunächst nur die Organisation der Kirchengemeinden ins Leben rufen sollte. Dies kann nämlich auch ohne gesetzgeberische Maßnahmen geschehen. Da der Bischof kein Mitglied der pfarrlichen Organisation, sondern eine ihr übergeordnete Obrigkeit ist, kann man die Verletzung des kanonischen Rechts vermeiden [...] Die Kirchengemeinden gefährden auch die Befugnisse des obersten Patronats Seiner Majestät nicht.“<sup>47</sup>

Am 11. Dezember 1890 hat der Minister für Religion und Unterrichtswesen Graf Albin Csáky die wichtigsten Mitglieder der Bischofskonferenz und der Gruppe der katholischen Magnaten und Abgeordneten zu einer Besprechung wegen neuerer Autonomiebestrebungen zusammenberufen. Im Gespräch hat er die Aussichtslosigkeit der landesweiten und der diözesanen Autonomie betont und nur die Organisierung der autonomen Kirchengemeinden (auf Pfarrebene) vorgeschlagen. Anschließend ist der Kongress für die Autonomie trotzdem zusammengetreten. Man hat auch einen Vorschlag für die Statuten verfasst, der aber – ähnlich wie sein Vorgänger von 1870/71 – von den zuständigen Behörden nicht angenommen wurde. Auch dieser Kongress hat für die Kirchengemeinden keine landesweit annehmbaren Musterstatuten verfertigt, weil sein Vorschlag mit der Einführung der landesweiten Autonomie organisch verbunden war.<sup>48</sup>

Anschließend haben zwar einige Bischöfe in bestimmten Ortschaften Kirchengemeinden organisiert, ihr Charakter und ihre Statuten waren aber ziemlich verschieden. 1902 hat Primas Kolos Vaszary ein Autonomieprojekt eingereicht, das aber von dem König zurückgewiesen wurde.<sup>49</sup> 1917/18 hat Graf Albert Apponyi als Kultusminister<sup>50</sup> versucht, die Organisation der katholischen Autonomie zu entwerfen. Der ausgearbeitete Vorschlag wurde jedoch bis zum Zusammenbruch der Österreich-Ungarischen Monarchie nicht approbiert.<sup>51</sup> Der Text wurde dem Heiligen Stuhl unterbreitet. Die Vorbereitungskommission der Autonomie hat versprochen, die römischen Anmerkungen zu berücksichtigen, vorausgesetzt, dass das Gesetz über die Autonomie verabschiedet wird. Die Bischofskonferenz

---

<sup>46</sup> LEPOLD Antal: *A katolikus egyházközségi szervezetek jogi természete*. In: Hauser Ignác (Hg.): *A budapesti rk. egyházközségek első tízéve*, Budapest, 1930 [LEPOLD 1930], 32–33.

<sup>47</sup> Ebd. 33. Für den Begriff der Kirchengemeinde im Vorschlag von 1871 siehe z. B. ASCHENBRIER Antal: *A katolikus Egyház autonómiájáról Magyarországon*. Budapest, 1893, 156–162.

<sup>48</sup> LEPOLD 1930, 33.

<sup>49</sup> Vgl. z.B. VICZIÁN János: *Katolikus autonómia*. In: Diós István – Viczián János (Hg.): *Magyar Katolikus Lexikon*. VI. Budapest, 2001, 338. [VICZIÁN 2001]

<sup>50</sup> Diese Funktion hat er vom 15. Juni 1917 bis 8. Mai 1918 erfüllt.

<sup>51</sup> VICZIÁN 2001, 338.



beschäftigte sich in ihrer Sitzung von 7–8. November 1917 ausführlich mit dem Stand der Frage der Autonomie.<sup>52</sup>

Es ist weiter anzumerken, dass der Ausdruck ‘Kirchengemeinde’ (egyházközség) in der ungarischen Sprache der Zeit auch im allgemeinen Sinn gebräuchlich war. Man verstand darunter die örtlichen Gemeinden der verschiedenen Konfessionen und Religionsgemeinschaften, zu denen alle dort wohnende Mitglieder der gegebenen Konfession gehören mussten. In diesem Sinne kommt das Wort Kirchengemeinde auch in der früheren staatlichen Gesetzgebung vor.<sup>53</sup> Darum betonen einige für die katholische Kirche wichtige Autoren, dass die Kirchengemeinde alle auf dem Gebiet der Pfarrei wohnenden Katholiken bedeutet, die unter „der geistlichen Jurisdiktion des Pfarrers stehen“. Diese Gemeinde ist im staatlichen Recht juristische Person.<sup>54</sup> Im Hinblick darauf, dass die Vertretung dieser Gemeinde – an einer vom Staat anerkannten Weise – mancherorts noch nicht existierte, hat eine Verordnung des Ministers für Religion und Unterrichtswesen 1902 vorgeschrieben, dass dort, wo ‘die örtliche Autonomie’ unter den Katholiken noch nicht organisiert ist, die Verwaltung der Schule als Vertreter der Kirchengemeinde betrachtet werden muss.<sup>55</sup> In diesem Geist, mit automatischer Mitgliedschaft und nicht als freiwillige Vereine hat die Diözese Győr 1906 die Kirchengemeinden organisiert.<sup>56</sup> Über die dort erlassenen Statuten betont Antal Geisz, dass sie den Prinzipien folgen, die früher von der Vorbereitungskommission der landesweiten Autonomie ausgearbeitet waren. Die können sich also, wenn die landesweite katholische Autonomie einmal errichtet wird, in das nationale System einfügen.<sup>57</sup>

Nach der Verkündung des *Codex Iuris Canonici*<sup>58</sup> von 1917 schienen diese ‘autonome’ Organisationsformen, die aufgrund der Erfahrungen des katholischen *Status* von Siebenbürgen,<sup>59</sup> die manchmal mit den eigenen Glaubensprinzipien der katholischen Kirche in Widerspruch stehen mussten und deswegen auch früher als problematisch erschienen, schon eindeutig unannehmbar. Vor allem erwies sich die Unterscheidung der ‘geistlichen’ und der materiellen Leitungsgewalt in der Kirche als offenkundig unhaltbar. Der *Codex* von 1917 unterscheidet nur die mit dem Weihesakrament verbundene ‘Weihegewalt’ (*potestas ordinis*) und die ‘Jurisdiktionsgewalt’ (*potestas iurisdictionis*).<sup>60</sup> Der Kanon 118 erklärt

<sup>52</sup> Das Protokoll der Sitzung siehe bei BEKE 2018, 553–555.

<sup>53</sup> Z.B. Gesetz Nr. LIII von 1868, § 20. Darum sind solche Ortslexiken erschienen, in denen genau angegeben wurde, zu welcher Kirchengemeinde (Grundeinheit) die dort wohnenden Gläubigen der verschiedenen Konfessionen automatisch gehören, vgl. z. B. DVORZÁK János: *Magyarország helységnevtára tekintettel a közigazgatási, népességi és hitfelekezeti viszonyokra, I–II.* Budapest (1885; vermehrte und verbesserte Ausgabe: 1893).

<sup>54</sup> Z. B. GEISZ Antal: *Egyházi Közigazgatás.* Temesvár, 1910, 285 („Die Gesamtheit der katholischen Gläubigen, die an einem bestimmten Gebiet wohnen, wird Kirchengemeinde genannt. [...] Die Kirchengemeinde ist eine von der politischen Gemeinde verschiedene und davon ganz unabhängige Körperschaft und wird als selbständige, geschäftsfähige juristische Person betrachtet.“). [GEISZ 1910]

<sup>55</sup> Vm. 1902. 33.469. Vgl. GEISZ 1910, 300.

<sup>56</sup> Die Musterstatuten wurden von der Diözesanbehörde von Győr unter Nr. 401/1906 herausgegeben. Der Text ist abgedruckt in: GEISZ 1910, 286–300.

<sup>57</sup> GEISZ 1910, 286.

<sup>58</sup> Im weiteren verfolge CIC 17.

<sup>59</sup> Vgl. z. B. HOLLÓ László: *Az erdélyi katolikus autonómia, ill. az Erdélyi Római Katolikus Státus tegnap és ma.* In: Holló László (Hg.): *Katolikus autonómia. Fejezetek az Erdélyi Római Katolikus Státus történetéből.* Csíkszereda, 2007, 15–34, besonders 24–28.

<sup>60</sup> CIC 17, can. 948 und 196.



aber deutlich,<sup>61</sup> dass auch diese zweite Art von Gewalt nur Kleriker erlangen können.<sup>62</sup> Die Laien können in der Ausübung dieser Gewalt aufgrund des von der Hierarchie (in erster Linie vom Diözesanbischof) erhaltenen Auftrags mitwirken. Dies kann durch einzelne Verfügung oder sogar durch die Gutheißung von diesbezüglichen Statuten gegeben werden.<sup>63</sup> Antal Lepold, der bis 1917 Sekretär von Kard. Csernoch war, nachher aber als Diözesankanzler und Kanoniker weiter in der unmittelbaren Umgebung des Primas gearbeitet hat, folgt in der Interpretation der in 1918 geltenden kirchenrechtlichen Rahmen offenkundig dem Standpunkt des Fürstprimas.<sup>64</sup> Aufgrund seiner Beschreibung ist es klar, dass der Primas und unter seiner Leitung die Bischofskonferenz an der Vorbereitung der katholischen Autonomie als vorsichtige Beobachter teilgenommen haben. Sie haben aus der Vergangenheit gelernt und die ernsthaften Probleme der Bestrebungen des Katholischen Rates, der die Statuten der Autonomie redigieren sollte, klar gesehen. Darum haben die Bischöfe in der Tat nur die Organisation der lokalen Kirchengemeinden vorangetrieben. Diesbezüglich aber gibt der Primas schon am 3. November 1918 eine Verordnung (Nr. 4131/1918) aus, in der er die Gründung der Budapester Kirchengemeinden erlaubt.<sup>65</sup> Dies geschieht sofort, nachdem er am 2. November am Abend in Esztergom mit dem neu ernannten Regierungskommissar für kirchliche Angelegenheiten der Károlyi-Regierung, Ádám Persián, Gespräche geführt hat. An diesem Treffen hat nämlich Persián – ganz im Sinne des von der Regierung erhaltenen Auftrags – auch die Frage „der eiligen Organisation der katholischen Autonomie“ angeschnitten.<sup>66</sup> Am 30. November ernennt dann der Primas Prälat János Mészáros zum erzbischöflichen Kommissar für das Gebiet der Hauptstadt. Als seine Aufgabe bestimmt er, die Gläubigen der Pfarreien in „glaubensgemeinschaftliche Organisationen“ zusammenzufassen. Darum verordnet der Primas die Zusammenschreibung der Gläubigen, wobei diejenigen, die es „ganz entschlossen zurückweisen“, sich an die Glaubensgemeinschaft anzuschließen, auf einer besonderen Liste aufgezeichnet werden müssen. Von dieser Maßnahme ist zu spüren, dass der Primas diese Arbeit für eilig hält,

<sup>61</sup> CIC17, can. 118: „*Soli clerici possunt potestatem sive ordinis sive iurisdictionis ecclesiasticae et beneficia ac pensiones ecclesiasticas obtinere.*“

<sup>62</sup> Der Kanon ist keine Neuheit in der Disziplin der Kirche, sondern schöpft aus manchen Quellen des christlichen Altertums, des Mittelalters und der frühen Neuzeit; vgl. Codex Iuris Canonici Pii X Pontificis Maximi iussu digestus, Benedicti Papae XV auctoritate promulgatus, praefatione, fontium annotatione et indice analytico-alphabetico ab E.mo Petro Card. Gasparri auctus, Romae, 1917, 27–28, Anm. 4. Schon die Römer Synode von 502 stellt fest, dass die weltlichen Gläubigen, auch wenn sie religiös und mächtig sind, über Kirchengüter nicht verfügen können, darüber hat Gott die Verfügung den Priestern anvertraut; siehe D.96 c.1: „[...] *ne in exemplo remanere presumendi quibus libet laicis, quamvis religiosis, uel potentibus, in quacumque quolibet modo aliquid decernere de ecclesiasticis facultatibus, quarum solis sacerdotibus disponendi indiscusse a Deo cura commissa docetur.*“ Aemilius FRIEDBERG (ed.): *Corpus Iuris Canonici*, I. Lipsiae, 1879, 338. Siehe schon z. B. Apg 4,35–37; 5,2; IUSTINUS, 1 Apologia 67; usw. Angelo di BERARDINO: *Istituzioni della Chiesa antica (Facoltà di San Pio X, Manuali 12)*. Venezia, 2019, 612–613, 632–636. Vgl. Péter ERDŐ: *Chiesa e beni temporal: principi fondamentali del magistero del Concilio Vaticano II (cann 1254-1256)*. In: *I beni temporal della Chiesa* (Studi Giuridici 50). Città del Vaticano, 1999, 22–23.

<sup>63</sup> Vgl. CIC17, cann. 1183, § 1; 1520; 1521, § 2; LEPOLD 1930, 31.

<sup>64</sup> LEPOLD 1930, 31.

<sup>65</sup> BERÉNYI Szilárd: *A katolikus autonómia és az egyházközségek (történeti áttekintés)* (Egyházjogi Szeminárium, Különlenyomat a Szemináriumi dolgozatok 1941–1942. számából). Budapest, 1942, 72.

<sup>66</sup> TENGELY Adrienn (Hg., Einleitung und Noten): *Kereszt és forradalom. Persián Ádám katolikus egyházügyi kormánybiztos emlékirata (1918. november 1. – 1919. március 21.)*. Budapest, 2019 [TENGELY 2019], 36.

aber noch nicht klar sieht, ob der Staat Vereine mit freiwilliger Mitgliedschaft fordern wird oder – wie die frühere Gesetzgebung – die automatische Zugehörigkeit annimmt.<sup>67</sup>

Im ersten Teil der Verordnung schreibt er als Begründung: „Da die grundlegenden Änderungen im Leben des ungarischen Staates auch die äußere Rechtsordnung der Kirche stark beeinflussen werden, muss man die rechtlichen Grundlagen mit der notwendigen Weitsicht entwerfen, auf die die Kirche bauen kann, wenn die alten Grundlagen entfallen [...] Dies erfordert schon, dass wir die katholischen Gläubigen nach den einzelnen Pfarreien organisieren und sie auf dieser Weise über die Gefahren und die Maßnahme besser belehren und das katholische Bewusstsein und den Zusammenhalt in ihnen stärken.“<sup>68</sup> Im selben Brief von 30. November macht der Primas einen einzigen Hinweis auf die Bildung irgendeines katholischen Zentralrates aus den Kirchengemeinden. Es ist nicht klar, ob er hier an eine diözesane oder nur an eine Budapester Organisation denkt. Er schildert diese Idee nicht konkret.<sup>69</sup> Man sieht also, dass für ihn die Organisationen auf Pfarrebene die wichtigen sind. Die bedeuten die dringende, praktische Aufgabe. Der Ausdruck ‘Autonomie’ kommt in diesem Brief überhaupt nicht vor.

Kehren wir aber zum Projekt der katholischen Autonomie zurück! Der Text beschreibt unter anderem die Organisation der Kirchengemeinden (§ 18–44), übergeht dann auf die Bestimmung der Organisation der Diözesen (§ 45–62). Im Rahmen dieser Definition werden die Organe bestimmt, die „die Jurisdiktion der Selbstverwaltung der Diözese“ ausüben (§ 46). Dies steht in starkem Widerspruch zum kanonischen Recht. Die zum Projekt beige-schalteten handgeschriebenen Anmerkungen von 28. Januar 1919 zitieren schon im Betreff des § 7 die widersprechende Bestimmung des *Codex Iuris Canonici* von 1917 (can. 1499, § 2) nach der „Das Eigentumsrecht der Güter steht, unter der höchsten Autorität des Heiligen Stuhls, jener juristischen Person zu, die sie gesetzmäßig erworben hat.“<sup>70</sup> § 106 des

<sup>67</sup> Der Text der Verordnung ist abgedruckt in: MÉSZÁROS János: *Visszatekintés az első tíz esztendőre*. In: Hauser Ignác (Hg.): *A budapesti rk. egyházközségek első tíz éve*. Budapest, 1930, 20–21. [MÉSZÁROS 1930]

<sup>68</sup> Ebd. 20. Die für das ganze Land gültigen Musterstatuten der Kirchengemeinden wurden von der Bischofskonferenz erst 1920 angenommen (A katolikus egyházközségek igazgatásának szabályzata, Hg. v. der Diözesanbehörde von Esztergom im Auftrag der Bischofskonferenz, Esztergom 1920). Die nach diesen Statuten gegründeten Kirchengemeinden wurden aufgrund der Verordnung Nr.72.103/1920 vom 29. Juli 1920 des Ministers für Religion und Unterrichtswesen automatisch staatlich anerkannt. In Budapest hat man die Organisation fortgesetzt. Die Wahlordnung der Budapester Kirchengemeinden ist mit der Approbation der Diözesanbehörde von Esztergom erschienen (A budapesti katolikus egyházközségek választási eljárásának szabályzata, Esztergom, 1920). Dazu wurde eine Formel für die Beitrittserklärung beige-schaltet. Dies zeigt, dass die Zugehörigkeit noch freiwillig war. 1925 war jedoch die Verpflichtung zur Steuerzahlung schon automatisch und vor dem Staat klagbar (vgl. A budapesti római katolikus egyházközségek egyházi adójának szabályzata, Esztergom, 1925). Über die weitere Entwicklung der Kirchengemeinden siehe MÓRA Mihály: *Az egyházi adó és az egyházközség alapkérdései az egyházi évilági jog szerint* (Értekezések a budapesti Kir. M. Pázmány Péter Tudományegyetem Egyházi jogi Szemináriumából). Budapest, 1941, 218; Péter ERDŐ: *Grenzen und Möglichkeiten der Beteiligung der Verbände an den hierarchischen Aufgaben. Beispiel: Die ungarischen Kirchengemeinden*. In: Winfried Aymans – Karl Theodor Geringer – Heribert Schmitz (Hg.): *Das konsoziative Element in der Kirche. Akten des VI. Internationalen Kongresses für kanonisches Recht*. St. Ottilien, 1989, 337–343. Über die Aufhebung der Kirchengemeinden durch die aufgrund des neuen *Codex Iuris Canonici* im Dezember 1992 angenommene Verordnung der Bischofskonferenz, bzw. über die Erklärung ihrer Identität mit den Pfarreien siehe ERDŐ Péter: *Plébánia, egyházközség, közösség. Kánonjogi és lelkipásztori alapfogalmak*. In: Ders: *Az élő Egyház joga. Tanulmányok a hatályos kánonjog köréből*. Budapest, 2006, 232–249.

<sup>69</sup> MÉSZÁROS 1930, 21.

<sup>70</sup> PL Csernoch János. *Egyházkörmányzati iratok*. Cat. D/b; 1858/1919, handschriftliche Anmerkungen S. 2.

Projekts sieht die Beteiligung der Autonomie an den Bischofsernennungen vor. Darüber liest man die folgende kritische Anmerkung: „Bei Bischofsernennungen hat der Heilige Stuhl den Eingriff der Autonomie kategorisch ausgeschlossen. Dieser Paragraph kann also nicht bleiben.“<sup>71</sup> Aus der Anmerkung geht hervor, dass der Primas die Stellungnahme des Heiligen Stuhls im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der Autonomie mehrmals ersucht hat. In der Einleitung seiner Anmerkungen findet man auch einen ausdrücklichen Hinweis darauf: „Nach den wiederholten, zum letzten Mal am 30. August 1917<sup>72</sup> geschriebenen Bemerkungen des Apostolischen Stuhls kann die katholische Autonomie die Gewalt des Papstes und der Bischöfe in keinem Bereich enteignen, sondern sie kann in der Ausübung dieser Gewalt in der Abwicklung der mit dem Vermögen und mit den Schulen verbundenen Sachen mitwirken.“<sup>73</sup>

Mit der Károlyi-Regierung haben die Vertreter der Kirche auch Besprechungen geführt, die aber ohne offizielle Vereinbarung beendet wurden. Nach einer solchen Besprechung ist das *pro memoria* geschrieben worden, in dem der Standpunkt der Regierung in sechs Punkten zusammengefasst wird:<sup>74</sup> 1. Die Regierung anerkennt vorübergehend die eben in Ausarbeitung stehende (und von ihr als schon existierend betrachtete) Organisation der Autonomie, solange, bis der neue Autonomiekongress gewählt wird; für die endgültige Regelung ist jedoch ein Gesetz notwendig. 2. Für die kirchlichen Landesgüter gibt man Ertragscheine (Rentenscheine), die von der katholischen Autonomie verwaltet werden. 3. Auch die Mobilien werden von der Autonomie verwaltet. 4. Die Autonomie muss gänzlich selbständig (von den kirchlichen Behörden unabhängig?) sein, wie bei den protestantischen Konfessionen. 5. Das oberste Patronatsrecht wird von der Regierung ausgeübt, die aber bereit ist, dies der endgültig gegründeten Autonomie zu übergeben, mit dem Vorbehalt des Aufsichtsrechtes des Staates, „wie bei den anderen Konfessionen“. 6. Aus dem kirchlichen Vermögen müssen auch die Griechisch-Katholiken ihr Anteil bekommen. Aus diesen Bedingungen kann man den Absicht der Regierung klar sehen, die katholische Kirche in Ungarn nach protestantischen Prinzipien und Praxis funktionieren zu lassen. Einem Teil der Bedingungen hätte man sehr verdrossen, und im Vergleich zu den allgemeinen Prinzipien des kanonischen Rechts auf einer außerordentlichen Weise (als Anomalie) – mit dem besonderen Erlaubnis des Heiligen Stuhls – vielleicht Folge leisten können, wenn es gelungen wäre, entsprechende Formulierungen über einzelne Detailfragen zu erkämpfen. Die politische Instabilität und der steigende Radikalismus bestimmter Machtfaktoren haben dies aber immer weniger ermöglicht.

## 6.2. Der Priesterrat

Wenn die Autonomie als Erneuerung von alten Bestrebungen auf die Tagesordnung gesetzt wurde, kommt der Priesterrat als eine mehr radikale und in manchen Hinsichten neue Erscheinung vor. Ádám Persián hat am 2. November 1918, in seiner abendlichen Besprechung mit Primas Csernoch, als Vertreter der Regierung auch die Frage der „Organisation des

---

<sup>71</sup> Ebd. S. 3.

<sup>72</sup> Noch im Betreff des Autonomieprojekts von Apponyi.

<sup>73</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. D/b; 1858/1919, handschriftliche Anmerkungen S. 1.

<sup>74</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok Cat. D/b; 349/1919.

niedereren Klerus“ aufgeworfen.<sup>75</sup> In jener Zeit war das Thema nicht mehr unberührt. 1917 ist schon der Plan der Organisierung einer Interessenvertretung der Priester aufgetaucht unter dem Namen „Pax. Landesweiter katholischer Priesterverein“. Man wollte dabei dem deutschen und dem österreichischen Beispiel folgen. Der Leiter der Organisation war Sándor Giesswein. Das Projekt wurde aber am 11. Januar 1918 von der Bischofskonferenz verworfen, und Giesswein wurde die Fortsetzung der Organisation verboten. Der Primas hat ihm diese Entscheidung in seinem Brief von 30. Januar 1918 mit ausführlicher Begründung mitgeteilt.<sup>76</sup> Am 7. November 1918 hat eine Gruppe von katholischen Priestern „vom Recht der freien Organisierung“ Gebrauch gemacht und den Priesterrat trotzdem gegründet. Csernoch wollte darauf in einem Brief in strengem Ton am 10. November 1918 reagieren. Er machte die Leser auf die Tatsache aufmerksam, dass in Zusammenhang mit dieser Gründung „die falsche Nachricht der Auflehnung des niederen Klerus“ sich in ganzem Land verbreitet habe. Den davon stammenden moralischen Schaden müsse man nachträglich mit korrekten Erklärungen und „unanfechtbarer priesterlicher Stellungnahme“ wieder gut machen.<sup>77</sup> Am Ende dieses Briefentwurfs steht aber mit der Handschrift von Kard. Csernoch: „Wurde im Hinblick auf die damals sehr gehetzte Stimmung nicht abgeschickt“.

Aus dem Entwurf kommt jedenfalls hervor, dass der Primas die Existenz dieser Organisation in dem Moment nicht angreift, sondern versucht, ihre Wirkung in kirchlich annehmbaren Rahmen zu halten. Der Priesterrat hat am 22. November 1918 ein Memorandum an den Nationalrat und an die Regierung gerichtet,<sup>78</sup> in dem ein Programm und verschiedene Forderungen enthalten sind. Man drängt vor allem auf die „radikale und sofortige Regelung der materiellen (finanziellen) Lage des niederen Klerus.“ Für die Lösung dieser Frage schlägt das Memorandum vor, dass man die kirchlichen Güter und Stiftungen „in die Verwaltung der sofort zu errichtenden katholischen Autonomie übergibt.“ Die Felder würden dann von der Autonomiekommission oder vom Priesterrat selbst auf Parzellen aufgeteilt oder zum gerechten Preis an die Regierung verkauft. Die davon einfließenden Summen oder Wertpapiere würden die Kosten der kirchlichen Funktionen und den Gehalt der Priester decken. Diesen Vorschlag haben die Verfasser des Memorandums „Demokratisierung der Verwaltung des katholischen Vermögens“ genannt. Dies wäre nach ihrer Meinung für die Vorbeugung der Konfiszierung des kirchlichen Vermögens geeignet gewesen.

In der Lage um den 20. November 1918 neigte auch die Bischofskonferenz dazu, auf einem guten Teil der Landesgüter gegen Entschädigung zu Gunsten des Staates zu verzichten, um die vollständige Konfiszierung zu vorbeugen. So ist es verständlich, dass auch Primas Csernoch diese Bewegung am Anfang vorsichtig geduldet und versucht hat, sie unter diözesaner Kontrolle zu halten. Am 22. November 1918, in seiner Verordnung Nr. 6328 schreibt er: „Die Gründung des Priesterrates beanstande ich nicht. Ich wünsche, dass die Priester der Erzdiözese dem Aufruf der zentralen Organisationskommission Folge leisten und ihre Vertrauensmänner mit ernsthafter Überlegung und priesterlichem Gewissen wählen [...] Jeder Vertrauensmann soll einen abgestempelten Stimmzettel der

---

<sup>75</sup> TENGELY 2019, 36.

<sup>76</sup> Der Text des Briefs ist abgedruckt in: TENGELY 2019, 38–39.

<sup>77</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 46; 1487/1919

<sup>78</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 46; 1487/1919: A Papi Tanács memoranduma a Nemzeti Tanácshoz és a Magyar Népköztársaság Kormányához (Memorandum des Priesterrats an den Nationalrat und an die Regierung der Volksrepublik Ungarn).

erzbischöflichen Behörde schicken [...] Ich bezweifle nicht, dass die Priester [...] bei der Organisation in Gehorsam gegenüber der kirchlichen Jurisdiktion [...] vorgehen werden. Meine endgültige Zustimmung kann ich nur nach der Bereitstellung der Statuten erklären.“<sup>79</sup>

Auf die zarte oberhirtliche Maßnahme hat Mátyás Szalay, Präsident des Priesterrates, am 27. November in einem höflichen Brief geantwortet, in dem er – als Beilage – auch das an die Regierung gesandte Memorandum zuschickt. Er merkt an, dass das Memorandum seiner Überzeugung nach dem Standpunkt der Bischofskonferenz entspricht.<sup>80</sup> Zwei Tage später schreibt Szalay dem Primas einen neuen Brief. Er bittet um die Hilfe der Bischofskonferenz, damit man die Zustimmung Roms zu den Punkten des Programms erhält, die eine solche benötigen.<sup>81</sup> Am 30. November schreibt Szalay wiederum einen Brief an den Primas, in dem er die Beteiligung des Priesterrates in der Organisation „der Budapester autonomen Glaubensgemeinde“ anbietet.<sup>82</sup> Csernoch antwortet darauf am 3. Dezember mit einer höflichen Ablehnung. Er berichtet, dass der erzbischöfliche Kommissar für die Organisation der Kirchengemeinden János Mészáros ist, die Mitglieder des Priesterrates aber „einen sehr wertvollen Dienst leisten können, [...] wenn sie sich mit der Verbindung der katholisch gesinnten Mitglieder des Budapester Lehrpersonals beschäftigen.“<sup>83</sup>

Der Primas hat in diesen verwirrten Wochen enge Kontakte mit dem Heiligen Stuhl gehalten. Auch im Hinblick auf das französische Beispiel war es für ihn wichtig, ganz genau wahrzunehmen, in welchen Bereichen der Heilige Stuhl Höflichkeit und Nachgiebigkeit erwartet, und wo er entschlossene Beharrlichkeit fordert.

Die Bestrebungen des Priesterrates haben jedenfalls den kräftigen Widerspruch von Papst Benedikt XV. ausgelöst. In seinem am 12. März 1919 dem Kardinal-Erzbischof János Csernoch geschriebenen Brief<sup>84</sup> hat er die Bestrebung, die Gesamtheit der ungarischen Katholiken für Eigentümer sämtlicher kirchlicher Güter zu deklarieren auf einer Weise, dass sie darüber frei verfügen können, nicht nur mit der ganzen kanonischen Disziplin unvereinbar, sondern sogar dem Dekalog entgegengesetzt erklärt. In seinem Brief vom 2. Januar 1919 beauftragt noch der Primas Prälat János Mészáros mit seiner Vertretung an der geplanten Landesversammlung des Priesterrates, fordert ihn aber auf, die Leitung des Rates auf ihre schwere Verantwortung aufmerksam zu machen. Die Versammlung könnte zwar ein Segen für die Kirche sein, sie könnte aber auch die größte Gefahr laufen

<sup>79</sup> Főegyházmegeyei Körlevelek, Esztergom 1918, 112–113.

<sup>80</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 46; 1487/1919.

<sup>81</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 46; 1487/1919, S. 9.

<sup>82</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 27; 6706/1918, S. 7.

<sup>83</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 27; 6706/1918, S. 9–10.

<sup>84</sup> Gedruckt in: *Acta Apostolicae Sedis* 11 (1919) 122–123, besonders S. 123 : „*Retundant praeterea ex auctoritate necesse est inconsideratissimam eorum temeritatem qui non verentur haec contendere: «Bona sive mobilia sive immobilia singulorum beneficiorum seu institutorum ecclesiasticorum, imo etiam piarum quarumvis foundationum, quoquo modo ad ecclesias et instituta illa pertinentium, esse inalienabilem proprietatem omnium in Hungaria existentium catholicorum; eorumque administrationem, iusque de illis pro lubitu disponendi, non tantum in fines praestitutos, sed etiam in alios prorsus fines, transferenda esse ad comitia sic dicta catholicorum».* Quibus quidem principiis, a spiritu sacerdotali maxime alienis, non solum hierarchicus ordo omnisque Ecclesiae disciplina subvertitur, sed etiam divina ipsa Decalogi praecepta violantur.“ Der Text mit kritischen Anmerkungen: TÓTH 2015, 68–70. Dieser päpstliche Brief befindet sich auch unter den Quellen des can. 1254, § 1 des *Codex Iuris Canonici* von 1983, vgl. *Codex Iuris Canonici auctoritate Ioannis Pauli PP. II promulgatus, fontium annotatione et indice analytico-alphabetico auctus*, Città del Vaticano, 1989, 341.

„und die Disziplin des Klerus auflösen, was unabsehbare Konsequenzen haben könnte.“ Wenn es darum ginge, die revolutionäre Stimmung auszutoben, so würde der Primas verpflichtet sein, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.<sup>85</sup> Der (einzige) am 15–16. Januar 1919 abgehaltene ‘Landeskongress’ des Priesterrates war aber ziemlich stürmisch, voll von hässlichen Szenen, auch wenn die Presse darüber nur sparsam berichtet hat. Am 20. Januar hat Bischof Nándor Rott, der von seinen Priestern ausführliche Informationen über den Ablauf der Versammlung bekommen hat,<sup>86</sup> den Primas brieflich gedrängt, seine zurückhaltende Position aufzugeben, damit die Bischofskonferenz „dem Priesterrat gegenüber zumindest von der Waffe der Abweisung Gebrauch macht und die einzelnen Bischöfe ihre Priester ermahnen, mit dem Priesterrat keine Gemeinschaft zu pflegen.“<sup>87</sup> Bischof Rott hat auch über die Sorge des Professors Ákos Mihályfi berichtet, nach dem all dies zur Kirchenspaltung führen kann. Seiner eigenen Meinung nach wird die Folge eher eine ‘massenhafte Apostasie’ sein.<sup>88</sup> Der Präsident des Priesterrates, Mátyás Szalay selbst, meldet nur am 28. Februar 1919 dem Primas, dass er am Landeskongress – ohne geheime Abstimmung – ‘einstimmig’ als Präsident wiedergewählt wurde.<sup>89</sup> Am 10. März 1919 hat der Priesterrat seine Statuten dem Fürstprimas zwar eingereicht, Kard. Csernoch hat aber diesen Text nicht mehr approbiert.<sup>90</sup> Zur Zeit der Räterepublik hat der Priesterrat aufgehört zu existieren. Eine der Ursachen konnte der Mangel an politischer Unterstützung sein. Die Räteregierung hat nämlich am 20. April 1919 (am Ostersonntag) eine Verordnung herausgegeben, in der alle Priester aufgefordert werden, den priesterlichen Dienst zu verlassen.<sup>91</sup> Die große Mehrheit ist jedoch seiner Berufung treu geblieben und hat die Wichtigkeit der Gemeinschaft mit dem eigenen Bischof von diesem Moment an stärker gefühlt.

## 7. Das Ende

Kardinal Csernoch hat – wie gesagt – schon gegen Ende Dezember 1918 dem Wiener Nuntius darüber berichtet, dass die westlichen Mächte die Károlyi-Regierung nicht anerkennen wollen.<sup>92</sup> Dies fordere aber Vorsicht bei der Anpassung, auch wenn einige Lösungen dogmatisch oder kirchenrechtlich vielleicht nicht ganz unmöglich wären. Gleichzeitig zeigen sich Zeichen der Anarchie im ganzen Land. Auch darüber schickt der Primas oft Berichte an die Wiener Nuntiatur. Die konnten wichtige Quellen der von dem Nuntius nach Rom geschickten Informationen sein.

---

<sup>85</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 46; 1487/1919.

<sup>86</sup> Einige Teilnehmer hatten öffentlich gegen den Zölibat und die bischöflichen Autorität agitiert; vgl. Balogh 1997, 328. Dies war nicht unerwartet, weil die Flugschrift des Pfarrers Dezső Földes vom 20. November 1918 – mit aufgestempelter Gutheissung des Nationalen Priesterrats von Szeged – schon früher verbreitet wurde (unter dem Titel: A cölibátus kérdése). Diese Schrift organisiert die Priester im Rahmen des Priesterrats zum gemeinsamen Auftritt gegen den Zölibat.

<sup>87</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. 46; 1487/1919, S. 16.

<sup>88</sup> Ebd. S. 17.

<sup>89</sup> Ebd. S. 20.

<sup>90</sup> BALOGH 1997, 328.

<sup>91</sup> Magyarország története. 1918–1919, 273.

<sup>92</sup> Siehe oben Anm. 26.



In dieser Hinsicht ist der Brief von Csernoch vom 23. Januar 1919<sup>93</sup> typisch. Der Brief wurde dem Ministerpräsidenten Dénes Berinkey zum Protest gegen die Trennung der Religion vom Unterrichtswesen geschickt.<sup>94</sup> In dieser Schrift betont der Primas, dass die religionsfeindliche Gesetzgebung die Loyalität der Bevölkerung dem ungarischen Staat gegenüber unterhöhlt und „verhängnisvolle Effekte in den besetzten Gebieten auslöst, wo die Unterrichtspolitik der Serben, der Rumänen und der Slowaken auf streng religiösen und moralischen Prinzipien gebaut ist. Die Wende der ungarischen Politik in die Gegenrichtung erschüttert die Treue zum Vaterland auch in den zu Ungarn bisher loyalen Kreisen.“<sup>95</sup> Dies erregt Besorgnis auch „in Millionen von Katholiken“, für deren Beruhigung ist es notwendig, dass die Autonomie der ungarischen Katholiken die vom Ministerium für Religion und Unterrichtswesen verwalteten katholischen Fonds, Stiftungen und Schulen „in Zusammenhang mit der Trennung von der Religion vom Unterrichtswesen sofort bekommt.“<sup>96</sup> Dies ist, auch wenn nicht eine ausdrückliche Bedingung, aber stilistisch doch eine Kompensation davon, dass der Primas sagen kann: „Wir wollen aufrichtig die Regierung in der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung unterstützen.“<sup>97</sup> Diese Hinweise zeigen schon Verhältnisse, wo sowohl der Frieden, als auch die öffentliche Ordnung unsicher geworden sind.

Zugleich sieht Csernoch die Struktur und den Charakter der Absichten<sup>98</sup> der radikaleren Kirchenpolitik der Berinkey-Regierung klar und fasst in positiver Form zusammen, was er in dieser Hinsicht für notwendig hält. Hinter der positiven Fassung erscheinen die Sorge und die Kritik sehr deutlich.<sup>99</sup> Sonst hat der Kardinal dieselben Argumente, das heißt die verwirrte Situation des Landes und die Schwenkung der staatsbürgerlichen Loyalität schon am 18. Januar 1919, vor der Trennung des Ministeriums, in seinem Brief an den Präsidenten Károlyi aufgeführt.<sup>100</sup> Mit ähnlicher Argumentation hat der Regierungskommissar für protestantische Angelegenheiten in einem Brief vom 17. Januar 1919 versucht, Károlyi von dieser Maßnahme abzubringen.<sup>101</sup>

Am 25. Februar 1919 schickt der Primas dem Nuntius von Wien über den Zustand der ungarischen Kirche schon einen erschütternden Bericht.<sup>102</sup> Er beklagt sich darüber, dass die Regierung durch die Verfolgung der katholischen Kirche vor der öffentlichen Meinung

<sup>93</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. B; 533/1919. Er protestiert auch gegen die Person des neuen Unterrichtsministers, Zsigmond Kunfi. Kunfi war ein Anhänger der Idee der Kulturrevolution und großer Kenner des französischen Modells, wie seine frühere Publikationen deutlich zeigen. Siehe vor allem KUNFI Zsigmond: *A francia kulturharc* (A Huszadik Század könyvei 14). Budapest, 1906. Er war vom 19. Januar 1919 bis 21. März 1919 Unterrichtsminister, ist aber auch nach der Machtübernahme der Kommunisten bis 24. Juni 1919 als Volkskommissar in seinem Amt geblieben.

<sup>94</sup> Die Aufteilung des Ministeriums wurde durch das Volksgesetz Nr. V. von 1919 am 23. Januar 1919 verordnet.

<sup>95</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. B; 533/1919, S. 8.

<sup>96</sup> Ebd. S. 10.

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Die Berinkey-Regierung stellte eine starke Verschiebung nach links dar. Die gemäßigten Politiker sind ausgeblieben. Der Einfluß der Sozialdemokraten wurde sehr verstärkt; vgl. Magyarország története. 1918–1919. 1919–1945, 165.

<sup>99</sup> PL Csernoch János. Egyházkormányzati iratok. Cat. B; 533/1919, S. 9.

<sup>100</sup> Ebd. S. 3–6.

<sup>101</sup> Ebd. S. 1–2. (im Ministerium: Nr. 427/1919)

<sup>102</sup> Die Übersetzung des handgeschriebenen lateinischen Textes siehe im Anhang.



ihren Radikalismus beweisen will, dass Minister und Staatssekretäre die Bischöfe grundlos der Organisation gegen die Volksrepublik ansuldigen und die Soldaten gegen dem Klerus aufhetzen. Von den katholischen Priestern wird erfordert, dass sie vor staatlichen Funktioniären den Eid auf die Republik leisten, was eine Demütigung bedeutet, aber unternommen wird, um schlimmeres zu vermeiden. Jeder, der nicht zu den radikalen politischen Gruppen gehört, wird als Konterrevolutionär gebrandmarkt,<sup>103</sup> Pressefreiheit und Vereinigungsfreiheit werden unterdrückt. Man hat eine Verordnung ausgegeben, wonach die mutmaßlichen Konterrevolutionäre unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden können. Die Tätigkeit der Bischöfe wird unter Aufsicht der öffentlichen Sicherheit gestellt. Man erwartet, dass alle ihre Reden und Schriften zensuriert werden. Diese Ereignisse und die systematische Haßregung gegen der Kirche waren nicht mehr Erscheinungen der konsolidierten bürgerlichen Ordnung, sondern schon Vorzeichen der kommunistischen Machtübernahme im März 1919, die nicht nur die feindselige Trennung von Staat und Kirche, sondern die Vernichtung der Kirche zum Ziel hatte. Kardinal Csernoch und die Bischöfe versuchten einerseits – nach den Wünschen des Heiligen Stuhls – Widerstand zu leisten, andererseits aber, sich an die bevorstehenden rechtlichen Entwicklungen und Vorgänge anzupassen. Die politischen Ereignisse haben aber eine Konzeption der Regierung verhindert, mit der man sich – auch wenn mit schweren Kompromissen – hätte vereinbaren können.

Hinsichtlich der äußeren Umstände ist das Verhalten der französischen Regierung bemerkenswert. Nach dem die Berinkey-Regierung in Ungarn in Amt getreten war, stellte Márton Lovászy, der damals schon zur gemäßigten Opposition gehörte, über Oberstleutnant Vix an die Clemenceau-Regierung eine Frage. Er wollte sich erkundigen, ob Frankreich es für vorteilhaft betrachten würde, wenn Ungarn unter bürgerlicher Regierung stünde und nicht der sozialistisch-revolutionären Linie folgen würde. Darauf bekam er jedoch eine ausweichende Antwort.<sup>104</sup> Es entsteht der Eindruck, dass Frankreich in diesem Moment in Ungarn eher an der Destabilisierung als in dem Export des eigenen politischen Systems interessiert war.

## Anhang

Brief von János Csernoch an den Nuntius von Wien, 25. Februar 1919 (PL Cat. D/c; 2160/1919; lateinische Handschrift mit Unterschrift des Primas, unsere Übersetzung)

Exc. Teodoro Valfrè di Bonzo, Erzbischof, Apostolischer Nuntius,  
Wien

---

<sup>103</sup> Gegen der radikalisierten Regierung bildeten sich rechtsgerichtete Oppositionsparteien und Massenorganisationen. Am 30. Januar 1919 fanden in Makó schon bewaffnete Zusammenstöße statt; vgl. Magyarország története. 1918–1919. 1919–1945 168–169. Die Anklagen gegen die Bischöfe wegen konterrevolutionärer Tätigkeit waren aber stark übertrieben, sogar falsch, siehe ebd. 200 („Die Kirchen haben [die kommunistische Machtübernahme vom 21. März 1919] zwar nicht begrüßt, sie haben aber an keinen aktiven Widerstand gedacht“).

<sup>104</sup> Magyarország története. 1918–1919. 1919–1945, 165.

Eure Exzellenz hat über den Herrn Uditore Clemente Micara<sup>105</sup> Berichte über die traurigen öffentlichen Zustände in Ungarn bekommen.

Die Regierung, die die öffentliche Ruhe gegen die gewaltsamen Angriffe der Kommunisten zu schützen hat, um nicht deswegen als Anhänger der alten Staatsordnung zu erscheinen, sucht jeden Vorwand, um die katholische Kirche verfolgen zu können und so ihren eigenen Radikalismus vor der öffentlichen Meinung zu zeigen.

Minister und Staatssekretäre klagen öffentlich, ohne jeden Grund, Bischöfe an und behaupten, dass sie eine Revolution gegen die Republik vorbereiten. Sie hetzen die Soldaten in feurigen Reden gegen den Klerus auf. Wir müssen dem gütigen Gott innigsten Dank sagen, weil er uns bisher mit seinem wunderbaren Schutz zu bewahren gewürdigt hat.

Wir protestieren vergebens und erklären umsonst, dass wir mit keinem Revolutionsgeist etwas zu tun haben und treue Bürger der neuen Republik sind.

In den letzten Tagen hat der Minister für Religionswesen eine Verordnung darüber herausgegeben, dass der katholische Klerus seine Treue gegenüber der Republik durch einen Eid vor Regierungskommissaren erklären soll. Es gibt zwar keine Ursache, warum der Klerus vor der öffentlichen Meinung so gedemütigt werden soll, wir müssen jedoch den Eid leisten, um die weitere Verschlechterung des Schicksals der Kirche zu vermeiden.

Die politische Organisation der Katholiken wurde fast verunmöglicht.

Die radikalen Fraktionen – Sozialisten, Bürgerlich-Radikale und die Mitglieder der Károlyi-Fraktion – haben einen Pakt geschlossen. Alldiejenigen, die außer diesen Fraktionen stehen, werden als Konterrevolutionäre gebrandmarkt. Dieser Vorgang unterdrückt praktisch vollkommen die Pressefreiheit und die Vereinigungsfreiheit, die im Gesetz verbal gesichert werden.

Die Regierung geht – unter dem Vorwand des obersten Patronatsrechts, von dem sie behauptet, dass es ihr als Erbe der Republik zukommt – grausam und ungerecht gegen die Bischöfe vor, wie Eure Exzellenz in der Affäre von Szombathely<sup>106</sup> und Eger erfahren haben. Vor kurzem haben wir auch weitere Gewalttaten gesehen.<sup>107</sup>

Die mit Gesetzgebungsgewalt versehene Regierung hat neuerdings ein Gesetz verkündet, wonach die mutmaßlichen Konterrevolutionäre unter polizeilichen Gewahrsam gestellt werden können. Ich fürchte mich, dass die Bischöfe bald unter Aufsicht von Wachen der öffentlichen Sicherheit gestellt und alle ihre Reden und Schriften zensuriert werden.

Unter dem Volk wird der Hass gegenüber der Religion in jeder Weise verbreitet. Leider kann dieses zu seiner Kirche bisher treue Volk, das durch die unaussprechlichen Anfechtungen des Krieges gebrochen wurde, und das wegen des Schicksals des Landes schon fast verzweifelt ist, im Glauben leicht Schiffbruch erleiden. Alle Klassen der Gesellschaft, von den niedrigsten bis zu den höchsten, organisieren sich und schließen sich an die So-

---

<sup>105</sup> Seit 18. Februar 1946 Kardinal, seit 1951 Kardinalvikar von Rom.

<sup>106</sup> In der Diözese Szombathely hat die Berinkey-Regierung den Religionslehrer József Pehm (Mindszenty) und am 27. Februar 1919 den Diözesanbischof Graf János Mikes internieren lassen; vgl. Magyarország története. 1918–1919. 1919–1945 200. Der Bischof wurde wegen 'konterrevolutionärer Tätigkeit' interniert; vgl. BALOGH 1997, 331.

<sup>107</sup> Die Ängste waren begründet. Am 15. April 1919 berichtet schon der Nuntius in Wien über die Konfiszierung der kichlichen Güter, die Verstaatlichung der Schulen und über Gewalttaten gegen Kleriker; siehe TÓTH 2015, 70–73.

zialistische Partei an.<sup>108</sup>Die Zögernden werden ihres Amtes enthoben oder ihrer Existenz beraubt. Die Dozenten der Schulen und die Lehrer werden in öffentlichen Kursen in den neuen Ideen unterrichtet. Die Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule und die Trennung von Staat und Kirche, oder wie sie gerne sagen, die Trennung der rechtlichen und der moralischen Ordnung, wird öfters gefordert.

Der unversöhnliche Terror verhindert uns, gegen die feindseligen Angriffe gegen die Kirche mit der gewünschten Wirksamkeit zu kämpfen, wir werden aber die Rechte und die Freiheit der Kirche im Vertrauen auf die Gnade Gottes unerschrocken verteidigen.<sup>109</sup> Unter diesen sehr traurigen Umständen frage ich mich wiederholt, ob irgendwelche Aktion bezüglich der kirchlichen Güter und der kirchlichen Jurisdiktion, auch wenn sie vorübergehend und erzwungen ist, überhaupt möglich sein kann, ohne noch größere Angriffe der jetzigen Regierung auszulösen und unsere Existenz gänzlich zu verunmöglichen.

In unserer großen Bedrängnis bitten wir demütig um die Hilfe des Apostolischen Stuhls und den stärkenden Segen Seiner Heiligkeit.

Esztergom, 25. Februar 1919.

Csernoch

---

<sup>108</sup> Die Partei von Béla Kun hatte fast gleich nach der Machtübernahme etwa 1.500 000 Mitglieder; vgl. TÓTH, Tamás: *I martiri del regime comunista di Béla Kun (Ábel Kohn)*. In: Testimoni della fede. Esperienze personali e collettive dei cattolici in Europa centro-orientale sotto il regime comunista. Jan Mikrut (Hg.). Collana Storia della Chiesa in Europa centro-orientale. San Pietro in Cariano (Verona), 2017 [TÓTH 2017], 1060.

<sup>109</sup> Die Betonung dieser Bereitschaft konnte aktuell sein, weil der Nuntius wahrscheinlich bezweifelte, ob die ungarischen Bischöfe den nötigen Widerstand gegen die kirchenfeindlichen Maßnahmen geleistet haben; vgl. TÓTH 2017, 1059. Csernoch war aber ein sehr erfahrener Bischof und Politiker, der die Lage an Ort und Stelle erlebt und teilweise gestaltet hat. Er war auch sehr mutig. Als er von den Behörden aus seiner Residenz vertrieben wurde, bot ihm der Befehlshaber der italienischen militärischen Mission, Oberst Romanelli an, ihm zur Flucht aus dem Land zu helfen. Er wies das Angebot zurück, obwohl sein Kanzler das Land schon verlassen hatte; vgl. MESZLÉNYI Antal: *A magyar hercegprímások arcképsorozata*. Budapest, 1970, 378.

# KONTINUITÄT ODER NEUBEGINN? RECHTE DER NATIONALITÄTEN IN UNGARN NACH 1918 AM BEISPIEL DER TÄTIGKEIT JAKOB BLEYERS

*FREY Dóra*

*Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest*

## 1. Einführung

Ziel diesen Beitrag ist, die ungarische Nationalitätenpolitik in den stürmischen Zeiten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu untersuchen, und dabei zu zeigen, von welchen Konzepten und Gedanken diese geleitet wurde, und wie diese in der Gesetzgebung ihre Abdrücke fanden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der deutschen Minderheit, die wegen ihrer Siedlungsstruktur von den Vorgängen besonders betroffen wurde. Ein prominenter Vertreter der ungarndeutschen Minderheit, Jakob Bleyer spielte 1919-1920 zudem eine Schlüsselrolle in der ungarischen Nationalitätenpolitik. Sein Engagement in der Nationalitätengesetzgebung und in der Durchsetzung der Nationalitätenrechte in der Zwischenkriegszeit wurde aus rechtshistorischem Gesichtspunkt bislang kaum untersucht, die von mir nun ebenfalls versucht wird.

### 1.1. Historische Rahmen – Die Zeit des Umbruchs

Die Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ist in Ungarn, genau wie in ganz Mitteleuropa von einem historischen Umbruch gekennzeichnet, die mit tiefgehenden Veränderungen und politischer Instabilität einherging. Nach dem militärischen Zusammenbruch im Oktober 1918 begann der Zerfall der Donaumonarchie und des historischen Königreichs Ungarn. Die instabile politische Lage zog eine unsichere juristische Lage mit sich, es entstanden viele provisorische Regelungen, oder nicht als provisorisch gedachte Regelungen währten nur kurz und wurden praktisch nie durchgesetzt. Oft fehlte dafür die Zeit, weil die Rechtsnormen zu kurz in Kraft waren, in anderen Fällen konnten sie aber wegen des Zerfalls der staatlichen Macht nicht durchgesetzt werden, weil der Exekutive die Macht dazu fehlte, oder das jeweilige Gebiet gerade unter fremden Besatzung stand.

### 1.2. Drei Regime, drei Richtungen in der Nationalitätenpolitik

In der von mir untersuchten Epoche waren in Ungarn drei staatsrechtlich grundverschiedene Regime an der Macht. Am 30. Oktober 1918 begann die so genannte Asernrevolution, eine bürgerlich-demokratische Bewegung, die sich am nächsten Tag durchsetzte und am 16. November 1918 zur Ausrufung der ersten ungarischen Republik führte, die sich selbst

als Volksrepublik bezeichnet hat.<sup>1</sup> Diese Periode währte sich nicht lange, am 21. März 1919 kam es zu einem Putsch der Kommunisten, die eine Räterepublik nach sowjetischem Muster ausgerufen haben, die 133 Tage lang bestand.<sup>2</sup> Danach kam es zu einer Phase der Konterrevolution oder Gegenrevolution als der spätere Reichsverweser Miklós Horthy sukzessive die Macht übernahm und nach Verabschiedung des Gesetzes Nr. 1. von 1920 Ungarn formell wieder Monarchie wurde (Königreich ohne König).<sup>3</sup>

Die Nationalitätenpolitik und die damit zusammengehörende Gesetzgebung kann ebenfalls in drei Epochen unterteilt werden, die jedoch sich nicht mit den politisch-staatsrechtlichen Epochen decken. Die erste Phase begann direkt nach Ende des Krieges als die separatistischen Tendenzen der in Ungarn (und allgemein in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie) sich verstärkten. Ziel der Nationalitätenpolitik dieser Phase war, diesen separatistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Es wurden verschiedene Autonomiekonzepte erarbeitet und den nationalen Minderheiten Autonomieangebote unterbreitet,<sup>4</sup> um den oben genannten Ziel zu erreichen. Diese Phase dauerte ab Oktober 1918 bis August 1919, etwa bis zum Ende der Räterepublik.

Für die zweite Phase war charakteristisch, dass man mit einer beispielhaften Nationalitätenpolitik, die sowohl individuelle Rechte als auch Autonomiekonzepte beinhaltete, versuchte die Friedensverhandlungen in eine für Ungarn günstige Richtung zu lenken. Die Ehrlichkeit der Absichten hinter den wohl sehr fortschrittlichen Maßnahmen kann angezweifelt werden, aber die ungarische Nationalitätenpolitik war von diesen Gedanken geleitet, ab August 1919 bis zum Friedensschluss am 4. Juni 1920.

Die dritte Epoche der Nationalitätenpolitik begann nach dem Frieden von Trianon, als die Nationalitäten und auch die zu liberale Nationalitätenpolitik für den Zerfall des historischen Staatsgebiets verantwortlich gemacht wurden.<sup>5</sup> Da die oben dargestellte liberale Nationalitätenpolitik ihre Ziele – eine möglichst günstige Grenzziehung im Friedensvertrag – nicht erreichen konnte, war die ungarische politische Elite der Meinung, dass die bis dahin gemachte Zugeständnisse an den Nationalitäten nicht mehr nötig seien. Zum einen, weil die auch bis dahin eher als Schein gedacht waren, zum anderen, weil Ungarn nach dem Frieden von Trianon zu einem fast reinen Nationalstaat wurde, 89,6% der Bevölkerung hatte Ungarisch als Muttersprache.<sup>6</sup> Ab dieser Zeitpunkt wurde die ungarische Nationalitätenpolitik und -gesetzgebung jedoch auch von dem Umstand geprägt, dass als Ergebnis des Friedensvertrages mehrere Millionen ungarische Muttersprachler in den Nachbarstaaten lebten, und dort eine nationale-sprachliche, teilweise auch religiöse Minderheit bildeten. Dies machte die ungarische Nationalitätenpolitik langfristig – teils bis heute – zu einer Art

---

<sup>1</sup> MEZEY Barna: *Magyar alkotmánytörténet*. Budapest, 2003, S. 168. [MEZEY 2003] Die neueste historische Forschungsergebnisse zur Geschichte der ersten Republik: HATOS Pál: *Az eléltakozott köztársaság. Az 1918-as összeomlás és forradalom története*. Budapest, 2018.

<sup>2</sup> Die bislang einzige Monografie über die Räterepublik, die allerdings mit den Begriffen und Ansichten der Sozialismus behaftet ist: HAJDU Tibor: *A magyarországi Tanácsköztársaság*. Budapest, 1969.

<sup>3</sup> Zur Verfassungsgeschichte der Rechtskontinuität siehe: MEZEY 2003, 157–158.

<sup>4</sup> Holger FISCHER: *Oszkár Jászi und Mihály Károlyi. Ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Opposition in Ungarn von 1900 bis 1918 und ihre Verwirklichung in der bürgerlich-demokratischen Regierung von 1918 bis 1919*. München, 1978, 144–150.

<sup>5</sup> Gerhard SEEWANN: *Die Geschichte der Deutschen in Ungarn. Band 2*. Marburg, 2012, 187. [SEEWANN 2012]

<sup>6</sup> Gernot SEIDE: *Die Deutschen in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen*. In: Ungarn Jahrbuch 6 (1974–1975). 148–161, 148. [SEIDE 1974]

„Schaufensterpolitik“, deren primäres Ziel war, die Lage der ungarischen Minderheiten zu verbessern, in dem Ungarn als Mutterland die gleiche Rechte für denen einzufordern versucht, die es selbst seine Minderheiten gewährt.<sup>7</sup>

## **2. Jakob Bleyer – Professor, Politiker und Fürsprecher der Ungarndeutschen**

Jakob Bleyer war in vielerlei Hinsichten ein typisches Beispiel einer donauschwäbischen Intellektuellenkarriere des ausgehenden 19. Jahrhunderts, von den gewöhnlichen Elementen dieser fehlte nur die Änderung, d.h. Madjarisierung der Familienname. Ansonsten entsprach er wirklich diesen Archetypus: ohne Leugnung der deutschen Abstammung und mit Beibehaltung der deutschen Muttersprache bekannte er sich eindeutig zur ungarischen Nation – im Sinne des Konzepts der einheitlichen politischen Nation.<sup>8</sup> In dem Sinne war seine Karriere jedoch nicht typisch, dass die Deutschen donauschwäbischer Abstammung in Ungarn unter den Akademikern weit unterrepräsentiert waren.<sup>9</sup>

Er wurde am 25.1.1874 in Tscheb/Dunacséb (heute Čelarevo, Serbien) als Sohn einer reichen donauschwäbischen Bauernfamilie geboren. Nach der Volksschule in seinem Heimatdorf besuchte er das Gymnasium in Neusatz/Újvidék/Novi Sad, wo er aber in dem stark ungarisch geprägten Umfeld sich nur schlecht zurecht fand. Er wechselte nach Kalocsa, und besuchte 1886-1893 das dortige Jesuitengymnasium, die zwar auch Ungarisch als Unterrichtsprache hatte, aber von vielen Schüler deutscher Abstammung vor allem aus der Batschka besucht wurde. Nach einem kurzen Theologiestudium ebenfalls in Kalocsa gemäß seines ursprünglichen Berufswunsches Priester, studierte er ab 1895 in Budapest Germanistik und wurde Mitglied des Eötvös-Collegiums, die vor allem an der Ausbildung der zukünftigen Lehrer als Aufgabe hatte. 1897 bestand er den Lehrerexamen promovierte mit einer Arbeit über die deutsch-ungarischen literarischen Beziehungen, die auch zukünftig sein vorrangiges Forschungsthema blieben. Nach seinem Studienabschluss wurde er Lehrer an der Franz-Josephs-Internat, dann am Gymnasium in Ödenburg/Sopron und schließlich in Budapest. Parallel dazu betrieb er seine wissenschaftliche Tätigkeit, 1904-1905 unternahm er eine Studienreise nach Deutschland (Leipzig und München), um an seiner Habilitation zu arbeiten. Dies erfolgte 1906 an der Universität Budapest, er erhielt das Lehrbefugnis für Germanistik und deutsche Literaturgeschichte. 1905-1908 war er als Privatdozent an der Budapester Universität, 1908 erfolgte ein Ruf an die Universität Klausenburg/Kolozsvár/Cluj-Napoca. Die Episode in Siebenbürgen währte jedoch nur kurz, den Bleyer kehrte bereits 1911 als Professor für deutsche Literaturgeschichte an die Universität Budapest zurück. Sein Forschungsschwerpunkt waren die Wechselwirkungen zwischen der deutschen und ungarischen Literatur, seine Habilitationsschrift verfasste er über die germanischen Bestandteile der ungarischen Hunnensage.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> SEEWANN 2012, 209.

<sup>8</sup> Peter WASSERTHEURER: *Jakob Bleyer im Kontext der europäischen Minderheitenpolitik*. In: Jakob Bleyer als Volkstumspolitik. Budapest, 2004, 73–85, 77.

<sup>9</sup> SEEWANN 2012, 167.

<sup>10</sup> Biographische Angaben nach: Ingomar SENZ: *Jakob Bleyer aus ungarndeutscher, donauschwäbischer und heutiger Sicht*. In: Jakob Bleyer als Volkstumspolitik. Budapest, 2004, 5–24, 6–8. [SENZ 2004]

Als Teil der ungarischen Akademikerkreisen war er dem ungarischen Staatskonzept verschrieben, und hatte von seinem Elternhaus her eine katholisch-konservativen Einstellung, trat aber bis 1917 politisch nicht in Erscheinung und hatte zu den sehr spärlichen ungarndeutschen politischen Bewegungen kaum Kontakte. 1917 äußerte er sich zuerst ausführlich zu einem minderheitenpolitischen Thema als er in der Zeitschrift *Budapesti Szemle* ein Artikel mit dem Titel „A hazai németség“ (Der heimische Deutschum) veröffentlichte,<sup>11</sup> die etwas verkürzt im Deutschen Rundschau mit dem Titel „Der ungarländische Deutschum“ erschien.<sup>12</sup> Er äußerte sein Konzept, das eine sehr gemäßigte Nationalitätenpolitik gleichkam, und das ungarische Nationalitätenpolitik mit der Ausnahme der Schulpolitik im Großen und Ganzen befürwortete. Er forderte jedoch deutsche Schulbildung für die deutschsprachige Agrarbevölkerung, um dort die Muttersprache erhalten zu können.<sup>13</sup> Die Assimilierung der Akademiker und des Bürgertums betrachtete er jedoch als natürlicher Prozess, die sowieso nicht vermeidbar wäre und im Endeffekt auch nicht zu vermeiden gilt.<sup>14</sup> Er lehnte eine politische Organisation der Deutschen in Ungarn als Volksgruppe strikt ab.<sup>15</sup>

Bleyer nahm der Zerfall der Monarchie und die Separationsbewegungen der Nationalitäten als Anhänger der ungarischen Staatsidee mit großer Besorgnis wahr, als christlich-konservativ eingestellter Persönlichkeit war er auch kein großer Anhänger der Asterrevolution und noch weniger der Räterepublik, die ihn auch seines Amtes als Professor entthob. Jedoch trat er aktiv politisch bzw. nationalitätenpolitisch ab Herbst 1918 in Erscheinung als er im Deutsch-Ungarischen Volksrat eine führende Position übernahm.<sup>16</sup> Er war ein wichtiger Akteur der so genannten Konterrevolution, da er an dem Sturz der Peidl-Regierung, die von Gewerkschaftlern geprägt war, aktiv teilnahm.<sup>17</sup>

### 3. Nationalitätenpolitik der ersten ungarischen Republik

#### 3.1. Versuche zur Erhaltung der territorialen Integrität des Landes – eine idealistische Nationalitätenpolitik?

Nach Verzicht des Königs Karl VI. auf die Ausübung der Amtsgeschäfte wurde in Ungarn am 16. November 1918 die Republik (Eigenbezeichnung: Volksrepublik) ausgerufen, nach dem die so genannte Asterrevolution bereits am 31. Oktober zu einer Machtübernahme des Ungarischen Nationalrates führte. Diese erste ungarische Republik vollzog ein radikaler Bruch mit der vorherigen Nationalitätenpolitik, geprägt von den Gedanken – und 14 Punkten – des US-amerikanischen Präsidenten Wilson ging man von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker aus. Den nationalitätenpolitischen Konzepte fehlte jedoch oft

---

<sup>11</sup> BLEYER Jakab: *A hazai németség*. In: *Budapesti Szemle*, 1917/169, 428–441. [BLEYER 1917]

<sup>12</sup> Jakob BLEYER: *Das ungarländische Deutschum*. In: *Deutsche Rundschau*, 1917/3, 350–357.

<sup>13</sup> BLEYER 1917, 436–437.

<sup>14</sup> BLEYER 1917, 435.

<sup>15</sup> BLEYER 1917, 440.

<sup>16</sup> SEEWANN 2012, 178–179.

<sup>17</sup> Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT: *Das Deutschum Ungarns zwischen dem Putsch gegen Peidl und der Ödenburger Volksabstimmung (1919–1921)*. In: *Südostdeutsches Archiv* 1987–1988/30–31, 78–111, 78–84.



ein Realitätsbezug, die Gedanken, dass mit Autonomieangebote an die Nationalitäten der Zerfall des historischen ungarischen Staatsgebiets aufzuhalten wäre, erwies sich als naiv.

Es wurde ein Nationalitätenminister – ein Minister ohne Geschäftsbereich verantwortlich für die Nationalitätenfragen – ernannt, der liberale Politiker Oszkár Jászi bekleidete dieses Amt.<sup>18</sup> Es wurde auch ein Minister für das so genannte Ruska-Krajna, also für die Karpatenukraine ernannt, und bereits im Dezember 1918 das Volksgesetz Nr. 10 von 1918 über die Autonomie des ruthenischen Volkes erlassen.<sup>19</sup>

Die Auflösungserscheinungen waren jedoch damit nicht aufzuhalten, zuerst hatten am 30. Oktober die Slowaken an der Versammlung in Sankt-Martin/Túrócszentmárton/Martin ihre Unabhängigkeit erklärt, am 1. Dezember erklärte die Rumänische Nationalversammlung in Weißenburg/Gyulafehérvár/Alba Iulia der Anschluss Siebenbürgens an das Königreich Rumänien,<sup>20</sup> am 8. Januar 1920 bestätigten dies auch die Siebenbürger Sachsen in Mediasch/Medgyes/Medias.

### 3.2. Lage der Deutschen in Ungarn in der Ersten ungarischen Republik

Die Deutschen in Ungarn verfügten über keinerlei landesweite politische Organisation, es wurden dazu zwar einzelne Versuche unternommen, die blieben aber regional beschränkt oder wurden von vornerein als solche geplant. 1918, kurz nach der Asterrevolution entstanden gleich zwei Organisationen mit dem Ziel der Vertretung der Deutschen in Ungarn: zuerst wurde am 1. November, der von Jakob Bleyer geleitete, konservativ eingestellte Volksrat der Deutsch-Ungarn (Magyarországi Német Nemzeti Tanács) gegründet. Dieses Organ war jedoch für die Interessevertretung der Deutschen diesseits des Königssteiges gedacht, also ohne den Siebenbürger Sachsen, und kündigte an, dem Ungarischen Nationalrat beizutreten.<sup>21</sup> Am 11. November wurde eine „Gegenorganisation“ ins Leben gerufen, der Deutsche Volksrat für Ungarn (Hazai Németek Néptanácsa) mit der Leitung von Rudolf Brandsch, einem siebenbürgisch-sächsischen Politiker, der auch sozialdemokratisch ausgerichtete Mitglieder aufnahm, und sich betont für alle im historischen Staatsgebiet Ungarns lebenden Deutschen offenstand, was mit der Gründung von regionalen Volksräte bekräftigt wurde.<sup>22</sup>

Die neu ausgerichtete Nationalitätenpolitik der ersten ungarischen Republik machte sich auch in Bezug auf den Deutschen bemerkbar, es wurde eine – im Vergleich zur bisherigen Situation – großzügige Autonomie in Aussicht gestellt. Am 28. Januar 1919 wurde das Volksgesetz Nr. 6 von 1919 verabschiedet über die Ausübung des Selbstbestimmungsrecht des ungarndeutschen Volkes,<sup>23</sup> das die Deutschen in Ungarn als Nation anerkannte, ihnen

<sup>18</sup> BELLÉR Béla: *A Magyar Népköztársaság és a Tanácsköztársaság nemzetiségi kultúrpolitikája*. In: *Történelmi Szemle* 1969/1–2. 1–22, 2. [BELLÉR 1969]

<sup>19</sup> Text des Volksgesetzes siehe: BALOGH Sándor (Hg.): *A magyar állam és a nemzetiségek. A magyarországi nemzetiségi kérdés történetének jogforrásai 1848–1993*. Budapest, 2002, 216–217. [BALOGH 2002]

<sup>20</sup> Text der Erklärung siehe: ROMSICS Ignác (Hg.): *Magyar történelmi szöveggyűjtemény 1914–1999. Bd. 1*. Budapest, 2000, 70–71.

<sup>21</sup> SEEWANN 2012, 178.

<sup>22</sup> SEEWANN 2012, 179.

<sup>23</sup> Text siehe: BALOGH 2002, 218–220.

eine breite Kulturelle, und in den geschlossenen Siedlungsgebieten auch eine territoriale Autonomie zusprach. Es sollten eigene Organe für die Artikulierung der Interessen gebildet werden, so eine eigen Deutsche Nationalversammlung und ein von dieser gewähltes Landesregierungsausschuss, sowie eine angemessene Vertretung der deutschen Minderheit in den Organen des ungarischen Staates, so in der ungarischen Nationalversammlung, und in die ungarische Regierung sollte ein für die Belangen der Deutschen zuständiger Minister ernannt werden.<sup>24</sup> Die Regelungen des Gesetzes waren geradezu revolutionär im Vergleich zum Nationalitätengesetz von 1868, vollzogen wurde es aber genauso wenig, wie sein Vorgänger. Nur vereinzelte institutionelle Vorschriften des Gesetzes wurden umgesetzt, so wurde unter der Leitung von Guido Gündisch, einem siebenbürgisch-sächsischen Rechtsanwalt ein provisorisches Landesregierungsausschuss gegründet und Johann Junker gehörte ab dem 3. Februar als deutscher Minister der Berinkey-Regierung an.<sup>25</sup> Das Autonomiekonzept der Regierung konnte nicht umgesetzt werden, zum einen, weil die erste ungarische Republik nur bis zum 21. März bestand, zum anderen, weil der Zerfall der Königreich Ungarn bereits weit fortgeschritten war – wie es die Erklärung der Siebenbürger Sachsen vom 8. Januar zeigt.<sup>26</sup> Es muss auch bemerkt werden, dass der von Bleyer geführte Volksrat der Deutsch-Ungarn das in diesem Gesetz verankerte Konzept der Autonomie entscheidend ablehnte, weil er auf Basis der ungarischen Nationalitätenpolitik der Dualismuszeit – unter anderem des Konzepts der einzigen politischen Nation – stand, und in dem Selbstbestimmungsrecht und Autonomie ein Gefahr für die territoriale Integrität des Landes sah.<sup>27</sup>

Noch weniger tragfähig erwies sich das am 11. März verabschiedete Volksgesetz Nr. 30 von 1919 über die Selbstverwaltung von dem Slowakenland/Tótország/Slovenska Krajina, die ähnlich aufgebaut war wie das Volksgesetz Nr. 6 von 1919 über die Ausübung des Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, aber auf ein später näher zu bestimmendes Gebiet bezog, die aber zu dem Zeitpunkt der Verkündung nicht mehr unter ungarischer Hoheit stand.<sup>28</sup>

Insgesamt war die etwas idealistische Nationalitätenpolitik und die darauf basierende Gesetzgebung der ersten Republik kein Erfolg, der erklärte Ziel, das Aufhalten der separatistischen Bewegungen mittels Autonomieangebote, konnte nicht verwirklicht werden, und auch für die Durchsetzung der verabschiedeten Normen fehlte die exekutive Macht und auch die Zeit – wie das Volksgesetz über die Selbstbestimmung der Deutschen zeigt.

#### **4. Die Räterepublik – ein Versuch der Föderalismus?**

Die am 21. März 1919 ausgerufene ungarische Räterepublik bedeutete ein noch tiefgreifender Bruch mit den vorherigen Verfassungstraditionen und versuchte ein ganz neues gesellschaftliches, wirtschaftliches und politisches Konzept durchzusetzen. Vom Gesichtspunkt der Minderheitenrechte gesehen war es von ihrem Selbstverständnis her ein föderaler Staat,

---

<sup>24</sup> BELLÉR 1969, 5–6.

<sup>25</sup> SEEWANN 2012, 184.

<sup>26</sup> Konrad GÜNDISCH: *Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen*. 2. Aufl., München, Langen-Müller, 2005, 175.

<sup>27</sup> SEEWANN 2012, 183–184.

<sup>28</sup> Text des Volksgesetzes siehe: BALOGH 2002, 221–223.

wie es auch aus der Verfassung, verabschiedet am 23. Juni 1919 hervorgeht.<sup>29</sup> Die Ideologie der Kommunismus versprach zwar das Verschwinden der Nationalitätenkonflikte, tatsächlich war aber auch die neue Staatsführung mit der Nationalitätenfrage konfrontiert. Durch die oben beschriebenen Auflösungserscheinungen war Ungarn aber kein multiethnischer Staat mehr, in den Gebieten, die unter der Kontrolle der Räteregierung waren, lebten nur Deutsche und Ruthenen in größerer Zahl. Dem wurde auch Rechnung getragen, in dem ein Deutsches Volksamt organisiert wurde, und der aus einer deutschen Familie in Preßburg/Pozsony/Bratislava stammende sozialdemokratische Politiker, Henrik Kalmár wurde Volkskommissar.<sup>30</sup> Bereits am 7. April wurde mit einer Verordnung freier Sprachgebrauch für alle zugesichert. Zudem sollten 450 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, sowie ein Deutsches Theater errichtet werden, der Deutscher Kulturbund für Ungarn wurde gegründet, und es war geplant drei autonome Bezirke der Deutschen aufzustellen, West mit Sopron, Mitte mit Budapest und Süd mit Bonyhád als Sitz.<sup>31</sup> Viele dieser Pläne wurden nicht einmal als Rechtsnorm erlassen, und die erlassenen Rechtsnormen wurden auch nicht durchgesetzt.

Die Räterepublik bekämpfte jedoch die bis dahin bestehende Strukturen, es wurden mehrere Presseorgane verboten, so auch die „Neue Post“, der Auflagenstärkste deutsche Zeitung. Der Deutsch-Ungarische Volksrat unter Bleyers Führung wurde aufgelöst, der für die kommunistische Regierung als nicht zuverlässig erscheinende Bleyer selbst wurde seines Amtes als Universitätsprofessor enthoben – er stand entscheidend gegenüber dem ganzen Staatskonzept der Räterepublik und ihrer Nationalitätenpolitik.<sup>32</sup>

## **5. Die opportunistische Nationalitätenpolitik**

### **5.1. Neue Epoche mit neuen Zielen**

Nach Sturz der Räterepublik begann sowohl politisch als auch von den Zielen der Nationalitätenpolitik her eine neue Epoche. Es kam zu der Machtübernahme der von Konteradmiral Miklós Horthy befehligten Truppen unter der Bezeichnung Nationale Armee, und es wurde angestrebt eine von der Friedenskonferenz anerkannte Regierung zu bilden. Vorrangiges Ziel war eine für Ungarn möglichst vorteilhafte Grenzziehung zu erreichen, bzw. Ungarn als verlässlicher Verhandlungspartner darzustellen.<sup>33</sup> Daher lässt sich diese Epoche als die Epoche der opportunistischen Nationalitätenpolitik bezeichnen.

Die von nun an verfolgte Nationalitätenpolitik wurde diesen Zeilen auch untergeordnet, zuerst sollte der Friedenskonferenz, später die Volksabstimmung in Sopron mit einer beispielhaften, liberalen Nationalitätenpolitik beeinflusst werden. Faktisch waren die Mehrheitlich von den nationalen Minderheiten bewohnten Gebiete des historischen Staatsgebiets zu dieser Zeit bereits abgetrennt, und in der Öffentlichkeit herrschte eine

---

<sup>29</sup> BELLÉR 1969, 8.

<sup>30</sup> SEEWANN 2012, 185.

<sup>31</sup> BELLÉR 1969, 12.

<sup>32</sup> SEEWANN 2012, 185–186.

<sup>33</sup> ROMSICS Ignác: *A trianoni békeszerződés*. Budapest, 2007, 115. [ROMSICS 2007]

nationalitäten- und minderheitenfeindliche Stimmung, da die für den Zerfall von Ungarn verantwortlich gemacht wurden.<sup>34</sup>

In dieser Lage wurde Jakob Bleyer am 15. August 1919 zum Nationalitätenminister ernannt – formal-juristisch war er Minister ohne Geschäftsbereich, verantwortlich für die Nationalitäten. Er war der Ideologie des neuen Regimes so weit konform, dass er sich geweigert hat, den angebotenen Ministerposten anzunehmen, solange die Regierung auch jüdische Mitglieder hatte.<sup>35</sup>

Dem Minister ohne Geschäftsbereich stand ein eigenes Amt zur Verfügung und das Gesetz Nr. 1 von 1920 § 6 erweiterte den Kreis der Minister ohne Geschäftsbereich auch formal mit dem Posten des Ministers ohne Geschäftsbereich für die nationalen Minderheiten.<sup>36</sup> Im Ministerium wurden Abteilungen für sämtliche Minderheiten in Ungarn aufgestellt, es wurde eine neue Verordnung über die Rechte der Nationalen Minderheiten ausgearbeitet, sowie eine Autonomiestatut für die Slowaken, die jedoch nicht angenommen wurde.<sup>37</sup> Auch für Deutsch-Westungarn (praktisch dem heutigen Burgenland in Österreich) wurde ein Autonomiekonzept erarbeitet, und Bleyer, der aus Prinzip entscheidender Gegner jeglicher territorialen Autonomie war, warb vor Ort für diese Regelung, um dieses Gebiet für Ungarn erhalten zu können.<sup>38</sup>

Wichtigste Rechtsnorm dieser Epoche war die Verordnung 4044/1919. M.E., die am 21. August 1919 als eine der ersten Amtshandlungen von Bleyer als Regierungsverordnung verkündet wurde, und als Gleichberechtigungsverordnung bekannt wurde.<sup>39</sup> Es sprach im Gegensatz der Nationalitätengesetzgebung der Dualismuszeit nicht mehr von einer einheitlichen politischen Nation, und erlaubte das gleichberechtigte Gebrauch der Minderheitensprachen auf aller Ebenen des Staatslebens, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Verwaltung und Justiz, die Gebietskörperschaften und Gemeinden entschieden sich selbst über ihre Amts- und Protokollsprache, und durften es auch im Schriftverkehr mit den übergeordneten Organen nutzen.<sup>40</sup> In dem Sinne stand es jedoch auf Basis der Gedanken von 1868, dass es den nationalen Minderheiten nur individuelle Rechte, jedoch keine Kollektivrechte zusprach, eine kulturelle oder gar territoriale Autonomie war auch nicht vorgesehen. Konkretisiert wurde die allgemein gehaltene Regelung der Verordnung in Ministerialverordnungen, von denen das wichtigste das 209.494/1919 V.K.M. war, eine Verordnung des Ministers für Unterrichtswesen und Kultus mit Zustimmung des Ministers der Nationalen Minderheiten über das Schulwesen der Nationalitäten, die das Unterricht in der jeweiligen Nationalitätensprache grundsätzlich gewährte, jedoch auch zweisprachige Schulen zuließ.<sup>41</sup>

---

<sup>34</sup> SEEWANN 2012, 187.

<sup>35</sup> Bellér Béla: *Az ellenforradalmi rendszer első éveinek nemzetiségi politikája (1919–1922)*. In: Századok 1963/6. 1279–1318, 1280.

<sup>36</sup> Mikó Imre: *Nemzetiségi jog és nemzetiségi politika*. Kolozsvár, 1944, 278. [Mikó 1944]

<sup>37</sup> Text siehe: BALOGH 2002, 249–257.

<sup>38</sup> TILKOVSKY Loránt: *A Bleyer-portré problematikus vonásai*. In: Történelmi Szemle, 1993/3–4, 259–277, 261. [TILKOVSKY 1993]

<sup>39</sup> SEEWANN 2012, 186.

<sup>40</sup> Text der Verordnung siehe: BALOGH 2002, 234–236.

<sup>41</sup> Mikó 1944, 455–457.

## 5.2. Scheitern der liberalen Nationalitätenpolitik und Kritik an die Tätigkeit Bleyers

Die oben beschriebene Nationalitätenpolitik samt ihrer liberalen Gesetzgebung war nicht erfolgreich in dem Sinne, dass die Entscheidungen der Friedenskonferenz dadurch nicht beeinflusst werden konnten – die bezüglich der künftigen Grenzen Ungarns bereits im Frühjahr 1919 feststanden und nachher nur geringfügig korrigiert wurden.<sup>42</sup> Am 10. September 1919 wurde der Friedensvertrag von Saint-Germain mit Österreich abgeschlossen, was das Burgenland/Deutsch-Westungarn Österreich zusprach. Am 4. Juni 1920 wurde auch der Friedensvertrag von Trianon unterzeichnet, die die neuen Grenzen des Landes festlegte. Damit wuchs die Kritik an die Nationalitätenpolitik und auch persönlich an Bleyer, dem vorgeworfen wurde, dass er sich als „Minister der Nationalitäten“ positioniert hat, und mehr die Interessen der Minderheiten als die des Landes vertreten hat.<sup>43</sup> Bleyer, der als überzeugte Gegner der Autonomie sich bedingungslos für die Autonomie Deutsch-Westungarns sich aussprach, fühlte sich betrogen und bat am 26. November 1920 um seine Entlassung bei Ministerpräsident Pál Teleki. Sein Wunsch wurde widersprochen mit der Begründung, dass mit italienischer Vermittlung gerade Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich im Gange waren über eine mögliche Volksabstimmung in Westungarn. Ministerpräsident Teleki bat Bleyer in der Regierung zu verbleiben, weil eine Entlassung oder Rücktritt ein schlechtes Licht an Ungarn werfen und damit das Erfolg der Verhandlungen gefährden könnte.<sup>44</sup>

Am 16. Dezember 1920 wurde die Teleki-Regierung neu gebildet, und Bleyer war kein Mitglied mehr der Regierung, Gusztáv Gratz, der Außenminister wurde mit der Leitung des Nationalitätenministeriums beauftragt, György Steuer als Staatssekretär führte die Geschäfte weiter. Es wurde auch später kein Nationalitätenminister mehr ernannt, entweder der Außenminister oder der Ministerpräsident selbst übte seine Rechte aus, nach der für Ungarn erfolgreiche Volksabstimmung von Ödenburg/Sopron und Umgebung am 14-16. Dezember 1921 sollte auch die Organisation des Ministeriums abgewickelt werden, die Abwicklung wurde 1922 abgeschlossen.<sup>45</sup>

Die liberale Epoche der ungarischen Nationalitätenpolitik und die dazu gehörende Gesetzgebung währte nicht lange, die entsprechenden Rechtsnormen waren nur einige Jahre in Kraft und konnten ihre Wirkung nicht entfalten, nach dem Rücktritt von Bleyer war deren Vollzug sowieso nur halbherzig vorangetrieben, die Frage ob je eine ehrliche Absicht zur Durchsetzung dieser Normen bestand, mag hingestellt bleiben.

---

<sup>42</sup> ROMSICS 2007, 86–92.

<sup>43</sup> BELLÉR Béla: *Az ellenforradalom nemzetiségi politikájának kialakulása*. Budapest, 1975, 134. [BELLÉR 1975]

<sup>44</sup> SEEWANN 2012, 187.

<sup>45</sup> BELLÉR 1975, 144–150.

## 6. Die Nationalitätenpolitik nach dem Vertrag von Trianon

### 6.1. Neue Rahmenbedingungen

Nachdem die Erfolglosigkeit der liberaleren Nationalitätenpolitik ersichtlich wurde, begann wieder eine neue Phase, die als eine ernüchterte Nationalitätenpolitik bezeichnet werden kann, und Rückkehr zu den Traditionen der Zeit der Dualismus bedeutete.

Die Rahmenbedingungen waren jedoch ganz andere, zum einen, weil wie oben beschrieben Ungarn zu einem fast reinen Nationalstaat wurde, und die verbliebenen Minderheiten, etwa 550.000 Deutsche und 140.000 Slowaken waren in ihrer Interessenvertretung eher schwach.<sup>46</sup> Zum anderen schuf der Friedensvertrag auch juristisch gesehen eine neue Situation, in dem er Minderheitenrechte völkerrechtlich garantierte und die unter Schutz des neu gegründeten Völkerbundes stellte.<sup>47</sup>

Der Friedensvertrag wurde in Ungarn mit dem Gesetz Nr. 33 von 1921 verkündet und damit Teil der Rechtsordnung, und sicherte in den Artikeln 54-60 den Minderheiten Rechte in dem Sprachgebrauch und in der Schulbildung zu, und schrieb völlige Gleichberechtigung unabhängig von der Nationalität vor.

Fast zwei Jahre später, am 21. Juni 1923 wurde die Verordnung 4800/1923. M.E. erlassen, die wichtigste Rechtsnorm der Minderheitenrechte in der Zwischenkriegszeit, die formal eine Vollzugsverordnung des Friedensvertrages war. Da sie ein Bereich regelte, das früher durch ein Gesetz (Ges. Nr. 44 von 1868) geregelt war, entbrannten heftige Diskussionen unter den Juristen, ob dies mit der Verfassung vereinbar sei. Da aber es Vollzugsverordnung des Friedensvertrages war und zudem § 10 des Gesetzes Nr. 1 von 1920 der Regierung mit einer Ermächtigung diesbezüglich ausstattete, kann die Verordnung formal nicht beanstandet werden.<sup>48</sup> Inhaltlich war es von allen Regelungen, die nach dem ersten Weltkrieg erlassen wurden, am meisten zu dem Nationalitätengesetz von 1868 ähnlich. Es stattete die Minderheiten mit Sprachgebrauchsrechte aus, die Gemeinden und Gebietskörperschaften konnten ihre Amtsgeschäfte zweisprachig führen, wenn 1/5 der Ratsmitglieder es beantragt hatte, die Angehörigen der Minderheiten konnten ihre Eingaben und Anträge an die eigenen Behörden in ihrer Muttersprache einreichen, an fremden Behörden nur, wenn dort 1/5 der Bevölkerung zu dieser Minderheit gehörte, das gleiche galt für die Justiz.<sup>49</sup> Die Verordnung bestätigte die Sprachautonomie der Kirchen – jedoch hatten die autokephalen orthodoxen Kirchen, die davon Gebrauch hätten machen können, kaum mehr Gläubigen in Ungarn. Ein Kernpunkt der Minderheitenrechte war die Schulbildung, die Verordnung ermöglichte Unterricht in der Muttersprache, und verwies dabei auf die Entscheidung der Eltern, die jedoch auch vom Schulträger bestätigt werden musste. Die Vereinsgründung war für die Minderheiten unter den gleichen Bedingungen wie allen anderen erlaubt.

Kurze Zeit später, am 24. August 1923 wurde die Verordnung über das Nationalitätenschulwesen, die Verordnung 110.478/1923. V.K.M. erlassen, die drei Typen der Nationalitätenschulen schuf: Typ „A“ hatte die Minderheitensprache als Unterrichtssprache, Ungarisch war Pflichtfach, Typ „B“ war zweisprachig, im Typ „C“ war Ungarisch die

---

<sup>46</sup> SEIDE 1974, 148.

<sup>47</sup> Näher dazu: GALÁNTAI József: *Trianon és a kisebbségvédelem*. Budapest, 1989.

<sup>48</sup> MIKÓ 1944, 287.

<sup>49</sup> BELLÉR 1963, 648–649.

Unterrichtssprache, die Minderheitensprache wurde nur als ein Lehrfach unterrichtet. Die Entscheidung zwischen den drei Schultypen war in den Orten, wo eine der Minderheiten die Bevölkerungsmehrheit stellte, nach Anhörung der Eltern in Hand der Schulbehörde oder der lokalen Selbstverwaltungskörperschaft, in den Orten wo mindestens 40 zur gleichen Minderheit gehörenden schulpflichtige Kinder gab, entschieden die Eltern bzw. Vormunde der Schulpflichtigen in einer dazu einberufenen Elternkonferenz.<sup>50</sup> Etwa 70% der Volksschulen mit deutschem Minderheitenunterricht wurde von der katholischen Kirche getragen, die sich für den Typ „C“ einsetzte,<sup>51</sup> die vom Staat oder den Gemeinden getragenen Schulen waren fast ausnahmslos Schulen des Typs „C“. So kam es, dass im Schuljahr 1928/1929 48 Schulen des Typs „A“, 98 Schulen des Typs „B“ und 314 Schulen des Typs „C“ unter den Schulen mit deutschem Minderheitenunterricht waren,<sup>52</sup> was wiederum zur Folge hatte, dass die deutsche Sprache wegen der geringen Wochenstundenzahl nicht richtig erlernt werden konnte. Da die meisten Schüler ein deutscher Dialekt als Muttersprache hatten, und Ungarisch oft erst in der Schule gelernt hatten, war das Unterricht wenig effektiv.<sup>53</sup>

## 6.2. Bleyer als Fürsprecher der Ungarndeutschen

Bleyer war von der sich abzeichnenden Neuausrichtung der Nationalitätenpolitik enttäuscht und trat deswegen wie oben beschrieben als Minister zurück. Die weiteren Entwicklungen bestätigten seine Befürchtungen, so begann er, nach Möglichkeiten zu suchen, seine Ziele, vor allem bezüglich des Unterrichtswesens, auf anderen Wegen außerhalb des Staatsapparates zu verwirklichen. Er blieb dem ungarischen Staat aber stets treu, wurde wieder Universitätsprofessor an der Universität Budapest, und ab 1926 bis zu seinem Tode im Jahre 1933 Abgeordnete der Regierungspartei (Einheitspartei) im ungarischen Parlament – gewählt im ungarndeutsch geprägten Wahlbezirk Willand/Villány.<sup>54</sup>

Primeres Ziel Bleyers war nicht die politische Organisation der in Ungarn lebenden Deutschen, die zum überwiegenden Teil im 18. Jahrhundert eingewanderten Donauschwaben waren, sondern die Anhebung des sehr niedrigen Bildungsstandes der Ungarndeutschen. Die meisten von ihnen waren selbständige Bauer, lebten in Dörfern, der Anteil der Akademiker unter ihnen war weit unter dem Landesdurchschnitt.<sup>55</sup>

Als erstes gründete Bleyer eine Wochenzeitung, das „Sonntagsblatt für das deutsche Volk in Ungarn“. Die Zeitung war betont unpolitisch, jedoch von einem christlich-konservativen Weltbild geprägt, richtete sich an die deutsche Dorfbevölkerung.<sup>56</sup> Die Druckkosten

---

<sup>50</sup> BALOGH 2002, 276–279.

<sup>51</sup> LORÁNT TILKOVSKY: *Muttersprachlicher Unterricht in den katholischen Volksschulen der deutschbewohnten Gebiete Ungarns 1919–1944*. In: Ungarn Jahrbuch 22 (1995–1996), 287–300, 292.

<sup>52</sup> SEEWANN 2012, 238–239.

<sup>53</sup> BLEYER JAKAB: *A hatai német kisebbségi kérdésről*. In: Magyar Szemle 1933/8, 72–77, 73–75.

<sup>54</sup> SENZ 2004, 15.

<sup>55</sup> SEEWANN 2012, 236.

<sup>56</sup> HEDWIG SCHWIND: *Jakob Bleyer. Ein Vorkämpfer und Erwecker des ungarländischen Deutschtums*. München, Südostdeutsches Kulturwerk, 1960, 94.



wurden mit – verdeckt erhaltenen – Beihilfen aus Deutschland gedeckt,<sup>57</sup> da die Zahl der Abonnenten betrug etwa 5000, so konnte sich das Blatt nicht selbst tragen. Auch wenn man annimmt, dass nicht nur die Abonnenten, sondern auch die Familienmitglieder das Sonntagsblatt gelesen haben, erreichte es nur ein Bruchteil der mehr als halbe Million deutschsprachigen Bürger des Landes, für die Leser hatte es jedoch auch eine wichtige Ratgeberfunktion, in Rechtsangelegenheiten oder Fragen der Wirtschaft und der Hofführung.<sup>58</sup>

Das zweite wichtige Projekt von Bleyer war die Gründung der ersten landesweiten Organisation der Ungarndeutschen, das von der Verordnung 4800/1923. M.E. gesetzlich erlaubt wurde. So kam es am 15. Juli 1923 zur Gründung des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins (Magyarországi Német Népművelődési Egyesület). Eine Genehmigung der Satzung durch den Innenminister erfolgte jedoch nur ein Jahr später, am 3. August 1924, erst danach konnte der Verein seine Tätigkeit aufnehmen.<sup>59</sup> Grund der Verzögerung war, dass der Innenminister, sowie der Ministerpräsident István Bethlen Jakob Bleyer zu radikal und dem ungarndeutschen Belangen zu sehr verschrieben empfanden. Ansonsten war an der erzkonservativen, streng katholischen Bleyer, der aktiver Teil an der Absetzung der Peidl-Regierung spielte, Minister der Friedrich-, Huszár-, Simonyi-Semadam- und Teleki-Regierungen nicht viel auszusetzen. Als Kompromiss wurde der aus einer deutschen Familie stammende, sich aber als Ungar betrachtende ehemalige Außenminister, Gusztáv Gratz Vorsitzende der Verein, Bleyer war geschäftsführende Vizevorsitzender.<sup>60</sup> Diese Zwischenfallzeit zeigt aber das tiefe Misstrauen der ungarischen politischen Elite den Minderheiten gegenüber – es ist auch nach Zerfall der Donaumonarchie so geblieben, man hatte Angst von der Organisation der Minderheiten, auch wenn es in Ungarn kaum mehr Minderheiten gab und die alles andere als weitreichende Forderungen stellten.

Der Volksbildungsverein war, wie auch der Name zeigt, als Kulturverein gedacht, und war genauso, wie das von Bleyer gegründete und redigierte Sonntagsblatt betont unpolitisch. Es hatte jedoch als erster landesweiter ungarndeutscher Verein auch so eine identitätsstiftende Wirkung. Eine wichtige Tätigkeit des Vereins war die jährliche Herausgabe des Deutschen Volkskalenders, der auch mit Fördermittel aus Deutschland verlegt wurde, und in den Zeiten, wo der Kalender neben dem Bibel in vielen Haushalten vor allem auf dem Lande das einzige Buch war, große Bedeutung hatte.<sup>61</sup>

Die Gründung von Ortsvereine des Volksbildungsvereins – oft Leseverein genannt – erwies sich wegen der ablehnenden Haltung der lokalen und regionalen Verwaltung als schwierig. Hier wirkten auch die alten Reflexen, die Gründung der Ortsgruppen des Volksbildungsvereins wurde mit dem gleichen Argwohn betrachtet, wie die des Bauern-

<sup>57</sup> TILKOVSKY Loránt: *Németország és a magyar nemzetiségpolitika (1924–1929)*. In: Történelmi Szemle, 1980/1, 52–89, 54. [TILKOVSKY 1980]

<sup>58</sup> SEEWANN 2012, 232.

<sup>59</sup> BELLÉR Béla: *Az ellenforradalmi rendszer nemzetiségi politikájának kiépülése (1923–1929)*. In: Századok 1973/3, 644–685, 653–654.

<sup>60</sup> VINCE PÁL: *Kontrahenten oder Weggefährten? Jakob Bleyer und Gustav Gratz an der Spitze des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins*. In: Jakob Bleyer als Volkstumspolitiker. Budapest, 2004. 39–58, 45–46.

<sup>61</sup> EILER Ferenc: *A magyarországi német szervezetek történelempolitikai törekvései és a német kisebbségi sajtó (1921–1944)*. In: Filep Tamás Gusztáv (Hg.): *Ünnep és felejtés. Emlékezet, identitás, politika*. Budapest, 2018, 87–117, 96.

bundes vor dem Ersten Weltkrieg.<sup>62</sup> Im Komitat Pest war die Gründung von Ortsgruppen bis Ende 1925 untersagt, in Baranya ließ der Obergespan, Ferenc Fischer (später unter dem Namen Keresztes-Fischer Innenminister) 1927 alle Ortsvereine auflösen.<sup>63</sup> Im Komitat Tolna war der Verein vor allem im Kreis Völgység stark gehindert worden durch den Stuhlrichter Zoltán Hagymássy.<sup>64</sup> Trotz den erschwerten Umständen entstanden bis 1932 180 Ortsgruppen und der Volksbildungsverein hatte etwa 27.000 Mitglieder. Da in den meisten Familien nur ein Familienmitglied – meistens das Familienoberhaupt – Mitglied war, erreichte die Volksbildungsverein etwa 100.000 Ungarndeutschen, und an den von ihm organisierten Veranstaltungen nahmen auch andere Teil. Wenn man betrachtet, dass es in Ungarn über 300 Ortschaften mit deutscher Bevölkerungsmehrheit gab und die Zahl der deutschen Muttersprachler mehr als eine halbe Million betrug, wurden durch der Volksbildungsverein auch nur etwa ein Viertel der Ungarndeutschen erreicht.<sup>65</sup>

Der Volksbildungsverein und der Sonntagblatt bildeten bis Mitte der 1930-er Jahre die Grundlage der Organisation der deutschen Minderheit in Ungarn, und beide standen unter der Leitung Bleyers, der sowohl von den Ungarndeutschen als auch von außen als Leiter der Ungarndeutschen wahrgenommen wurde. Er wurde diese Rolle auch gerecht, vor allem in Bildungsfragen vertritt er die Interessen der Ungarndeutschen als Parlamentarier, aber auch als Publizist. Er pflegte rege Kontakte nach Deutschland, und erhielt von dort finanzielle Förderung (die von den ungarischen Behörden geheim gehalten wurde), aber weniger politische Unterstützung zu seinen Vorhaben.<sup>66</sup>

Die 1923 erlassene Regelungen und der ein Jahr später genehmigte Volksbildungsverein bildeten die juristischen und institutionellen Rahmen für die Ungarndeutschen im nächsten Jahrzehnt. Wie oben beschrieben, waren sowohl die Verordnungen im Geiste der Nationalitätengesetzgebung der Dualismuszeit entstanden als auch die Einstellung der ungarischen Behörden bei der Durchsetzung der Minderheitenrechte änderte sich kaum, wie das Beispiel der Gründung des Volksbildungsvereins zeigt.

## **7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Wenn man die Nationalitätenpolitik und die Nationalitätengesetzgebung der Jahren 1918-1925 betrachtet kann man feststellen, dass nach den nicht verwirklichten Reformen der Revolutionszeit schrittweise ein Rückkehr zu den alten Reflexen stattfand. Als ersichtlich wurde, dass eine großzügige, liberale Nationalitätenpolitik nicht den gewünschten Erfolg bringt, wurden die als Zugeständnisse verstandenen Rechte der Minderheiten sofort zurückgenommen. 1924 stellte sogar Ministerpräsident Bethlen in einer Parlamentsrede fest, dass die Nationalitätenpolitik wieder auf 1868-er Basis stünde.<sup>67</sup> Das einzig bemerkbare Unterschied war der Abkehr von dem Konzept der einzigen politischen Nation, dies

---

<sup>62</sup> EPPÉL János: *Adalékok a „Bauernbund” történetéhez.*, In: Szita László – Szóts Zoltán (Hg.): *A Völgység két évszázada*. Bonyhád, 1991, 61–68.

<sup>63</sup> SEEWANN 2012, 235.

<sup>64</sup> TML, Völgységi járás főszolgabírája; 1925/3735.

<sup>65</sup> SEEWANN 2012, 237.

<sup>66</sup> Dazu ausführlich: TILKOVSKY 1980, 52–89.

<sup>67</sup> MIKÓ 1944, 285.

war aber in dem fast reinen Nationalstaat, zu dem Ungarn nach dem Friedensvertrag von Trianon wurde, auch nicht nötig.

Die Gesetzgebung verzichtete weitestgehend auf formelle Gesetze, es wurden mit Ausnahme der Verkündung des Friedensvertrages und das Gesetz Nr. 2 von 1924 das die erforderlichen Sprachkenntnisse der Staatsbeamten regelte, nur Verordnungen erlassen. Die sicherten theoretisch weitreichende individuelle Rechte zu, jedoch keine Kollektivrechte, und die Umsetzung der gegebenen Rechte in der Praxis war mehr als problematisch. Im Schulwesen waren sowohl der Staat als auch die Gemeinden und vor allem die katholische Kirche als Schulträger wenig bereit Nationalitätenschulen mit Unterricht tatsächlich in der Nationalitätensprache zu unterhalten. Deutsch wurde zwar unterrichtet, meistens aber nur als Lehrfach.

Die lokale Verwaltung blieb genauso misstrauisch gegenüber der deutschen Minderheit wie es vor dem Ersten Weltkrieg war, sah in allen Anträge oder Organisationsversuche Anzeichen einer „pangermanischen Agitation“.

Es gab jedoch bis zu den 1930-er Jahre kaum Nationalitätenkonflikte in Ungarn, wenn überhaupt dann kleinere Reibungen bezüglich des Schulunterrichtes. Es ist aber nicht weiter verwunderlich, wenn man sich die Tatsache vor den Augen führt, dass nur etwa 10% der Bevölkerung zu einem der Minderheiten gehörte, und außer den Deutschen und Slowaken keine Minderheit mehr als 1% der Bevölkerung stellte. Erst in den 1930-er Jahre war eine Änderung im Verhalten der Ungarndeutschen zu verzeichnen, die mit einem Generationswechsel in der ungarndeutschen Elite einherging, und nach Bleyers Tod im Dezember 1933 in einer Streit um seine Erbe sich manifestierte.<sup>68</sup>

Über den Anfangsjahren der Horthy-Regime ist aber festzuhalten, dass das Fehlen der Nationalitätenkonflikte mit dem Fehlen der Nationalitäten zusammenhing, und die Nationalitätenpolitik und die Nationalitätengesetzgebung nicht auf Neuanfang, sondern auf Kontinuität setzte. Es gab in der Gesetzgebung zwar keine Rechtskontinuität, da der Friedensvertrag da ein Zäsur bedeutete, aber die Ideen hinter den Rechtsnormen und vor allen deren (Nicht)Vollzug folgten eindeutig den Muster der Dualismuszeit.

---

<sup>68</sup> TILKOVSKY 1993, 261.

# LEGAL REFORM IN THE OTTOMAN EMPIRE IN THE NINETEENTH CENTURY

*Fethi GEDIKLI*  
*professor*

*Istanbul University*

## 1. Introduction

Codification of modern Turkey began in the first half of 19<sup>th</sup> Century, actually after a turning point called the Tanzīmāt (Legislation) Era dated 1839 and completed its first step before the foundation of the Turkish Republic in Ankara in 1923. This era has two dimensions of codification. One dimension is to translate and adapt some French statutes into Turkish and gave them the power of statute. These statutes are both relating to the organization of justice and some legal acts.

The second dimension of this era was the establishment of native codes dependant upon sharia law and fermans of Ottoman sultans. The second dimension produced three important codes: The first is Kānūnāme-i Arāzī means Ottoman Land Law. The second is short title Mecelle (Majalla), its full title is Mecelle-i Ahkām-ı Adliye which literally means Code of Rules of Justice. It is a compilation of old sharia rules. The third is the Hukūk-ı Aile Karārnameşi which is the Code of Family Law.<sup>1</sup>

There was another change in the field of the judicial organization. During the 19<sup>th</sup> Century, the Ottoman administration created new courts called *Nizāmiye Mahkemeleri*, in Turkish; these words literally mean regular courts which implied that traditional sharia courts were not regular courts. Most of the powers of the sharia courts were transferred to the newly founded nizāmiyye courts. These nizāmiyye courts organizations were transferred from France and these new courts became essential courts of the Empire. The sharia courts lost their power and were empowered only to solve religious affairs or heritage, foundation, family law, will, alimony affairs. In the traditional Islamic juridical system there were no notary and advocacy institutions but now they were included in the new system. Judges also carried out notary services before, but there was no notary as an independent institution. Advocacy was not a profession, it was only possible to act as a free agent.

There were also new developments in the field of legal education. Until Tanzīmāt Era a judge (in Turkish hākim, qādī, nāib) would graduate from madrasa but now a new law school was established in Istanbul, then in Selanik (Thessaloniki), Konya, Baghdad and Beirut. In the legal education also the example of France was followed. With these developments, new law books and law dictionaries were also prepared.

---

<sup>1</sup> For more information on these indigenous laws, see: Fethi GEDIKLI: *The voyage of civil code of Turkey from Majalla to the Present day, in Le Code Civil, Quarante Ans Apres!* Colloque international, Alger 24&25 Octobre 2016, No: 05/2016, Univesité d'Alger 1 Benyoucef Benkhedda Les Annales, 217–229.

## 2. What were reasons for the need for new codes?

The 19<sup>th</sup> century was very *long* for the Turks. Many political, social, economic and legal changes went down in this century. The Turks lost many territories and populations of their empire. In 1838, the treaty of Customs with Great Britain made Ottoman Empire an excellent bazaar with tiny custom fees. So artisans of Ottoman lost their work-places. Contacts with France and Britain developed. Many Turkish students and intellectuals went to the West to study and many as political migrants as well. These brought new opinions. In 1839, as before mentioned, the Ottoman sultan proclaimed a ferman called *Tanzîmât* i.e. Legislation Edict simply saying that they need new codes. From now on, Muslim and non-Muslim citizens of the empire are equal to each other. Before that time, there were some differences between them. Also this ferman means that the sultan accepts the transfer of some power to the *Meclis-i Vâlâ*, an upper consul. No one can be sentenced to capital punishment without the court's decision and no one can be accused of another person's crime. Crime is personal. This ferman made some regulations related to the collection of taxes and also being recruited to the army.

One of the reasons for the demand for new laws was that Ottoman statesmen wanted to achieve the status of *civilization*. For example, in the Ottoman Reform Edict (*Islâhât Fermanı*) of 1856, betting from civilization is "reforms required by time and civilization and knowledge" ("Ol bâbda vaktin ve gerek âsâr-ı medeniyet ve ma'lumât-ı müktesibenin icâb ettirdiği islâhâtı"). At the same time, Sultan Abdülaziz (reign 1861-1876), in his speech read by the grand vizier at the official opening ceremony of the *Şürâ-yı Devlet* (*Conseil d'État*) in 1868, explicitly said, "If the adequacy of the pre-established procedure and law was at the level of the needs of our country and our people, we should have been at the moment of Europe's most advanced and uniform governments.". So, to reach the European civilised nations, Ottoman statesmen accepted that new regulations should be performed.

During this time, French ambassador Bourée in Istanbul also gave some advises and encouragement for bringing the Ottoman law closer to the French law, the ambassador especially was working to adopt the Napoleon Code by the Ottomans. In fact, Ottoman grand vizier Ali Pasha supporting this opinion sent a letter from the island of Crete to the foreign minister and acting *sadrazam* i.e. prime minister Fuad Pasha, when he was visiting to soothe the revolt against the sultan.<sup>2</sup> European prominent states such as France, Britain and Austria were economically, politically and culturally ahead of the Ottoman. Therefore, Ottoman statesmen saw that reform was necessary for their administration. For a long time, the Ottoman army had been losing wars, reform was already launched in the army, and then it was time for other areas. The non-Muslim population in the Ottoman state also wanted new rights, even those requests extended to achieving independence. The French Revolution had begun to awaken nationalist feelings in them. Meanwhile, Russia was advocating orthodox people in the Ottoman country after the 1774 Küçük Kaynarca Agreement which contracted with Ottomans. With the Industrial Revolution, mass production in Europe increased and struggles to find markets gained importance. Vast Ottoman lands were a lucrative market for these mass products. All of these reasons

---

<sup>2</sup> For the letter sent by Ali Pasha to Fuad Pasha, see. BOA., Y. EE., 91 / 29, 3 Şaban 1284 / 30 November 1867. See for this information Hayrettin Pinar: *Diplomasi ile Siyasetin Birlikteliği: Girit İsyanı ve Âli Paşa, SDÜ Fen Edebiyat Fakültesi Sosyal Bilimler Dergisi*, December 2008, No:18, 3, note 7.

triggered a series of innovation activities in the Ottoman state; reforms in the legal field were also amongst them.

### **3. Codes received from France during the Tanzīmāt Era**

The intensive legislative activity started during the Tanzīmāt Era due to domestic needs and the European influence, which created new institutions. Even mentioning again the laws taken from France is enough to show the extent of the enactment made in this period.

Firstly, I will mention those concerning penal affairs: Military Criminal Law of 1838 (in the original Turkish *Askerî Cezā Kānūnu*), Penal Code of 1858 translated and amended from the French one dated 1810, Law on Prohibition of Extortion of 1855 (in the original Turkish *Men'-i İrtikāb Kānūnnāmesi*), The Criminal Procedure Act of 1879 (in the original Turkish *Usūl-i Muhākemāt-i Cezāiyye Kānūnu*) is a reception of the French Criminal Procedure Law of 1808. Secondly, the Commercial Act of 1850, Maritime Commercial Act of 1863, Regulation of Commercial Procedure of 1861, Ottoman Citizenship Act of 1869, Code of Civil Procedure of 1879 which was based on the French model of 1807, Regular Courts Organization Act of 1879 which were all taken with minor changes from the French legal system.

In the second half of the 19<sup>th</sup> century there were two kinds of courts, two kinds of schools and two kinds of legislation trends in the Ottoman territories. For example, the new courts, *Nizāmiye Mahkemeleri*, were established and it caused a duality in this area. For example, there were also *qādīs* who were continuing their judicial activities.

In the last quarter of the 19<sup>th</sup> century, another development was the adoption a Constitution (*Kānūn-i Esāsī*) by the Ottomans. The sultan accepted the establishment of a parliament, and relinquished some of his powers to the new parliament and in order to regulate general election conditions in 1876. Both Muslim and non-Muslim representatives of the people were members of this parliament. This was called the first constitutional monarchy in Turkish political history. Shortly thereafter, the parliament was vacated due to the 1877-1878 Ottoman-Russian war. The Parliament was reopened in 1908 and continued to work until the Republican era. During this period the powers of the sultan were limited and the powers of the parliament increased.

At the beginning of the 20<sup>th</sup> Century, when the Ottoman Empire was collapsing, a new Turkish state was born in Ankara. It was the present day's Turkish Republic. In 1926, founders of the new Turkish state chose a radical path to make Turkey a part of Europe. The discussions of those days stated that Turkey should change its civilization from Islamic to a European one. I do not know if this is possible or not, but Turkey amongst other things, changed its legal system completely in the first quarter of 20<sup>th</sup> Century. Turkey took a very brave decision to install the civil code of Switzerland. The politicians of the young Turkish Republic abolished the Ottoman civil code briefly called the *Majalla*, and took a very European code. The ongoing battle between liberal (westernized) and conservative politicians since Tanzīmāt Era, now ended with a big triumph on behalf of the liberal politicians. When the First World War was over and the Ottoman Empire was on the side of the looser the Turks' politicians, I may say, also lost their self-reliance. This context also helps us to understand how Turkish politicians and intellectuals rejected the legal system that they applied approximately one thousand years and this law system was a part of their

religion. I think, it was a syndrome of fatigue on the one hand and it was a wish of being a part of European nations on the other.

#### 4. Conclusion

Declaration of the Tanzīmāt Ferman is one of the turning points in Turkish history as well as its Turkish Legal History. With the Tanzīmāt, the Ottoman Empire admitted that the current legal system did not meet the needs of the age and accepted and declared that new laws should be made. Thus, after applying *fiqh* for centuries by accepting the religion of Islam, the state started to take laws from the foreign legal system (Europe) during the Tanzīmāt Era. Attention was paid to ensure that the reception in this period were compatible with their own legal system, and the reception were understood within the limited legislative power that the Ottoman sultan was appointed by the Islamic law. It was also a principle accepted that the law and customs, which constitute a source of Islamic law, would change with the changing of time. (“With the change of time, the change of provisions cannot be denied.”, Majalla, art. 39). It must also be mentioned that the Ottoman statesmen protected the areas of law which are firmly linked to sharia. Here the issue of reception was not considered. They preferred to meet new problems and needs by staying within the Islamic law. However there was a move to not only stay in the Hanafi School but also to accept some norms from other law schools if necessary. Again, when needed, European laws could also be taken into consideration. It is correct to characterize these jurisdictions, both in the judicial organization and in the fields of law, as reform or *islāhāt*. This definition takes into account the radical legal changes made after the Republic. Thus, the reforms during the Republic of Turkey made in the 1920s, aside from seeking to comply with the existing legal system, saw it as a burden to be thrown entirely.<sup>3</sup> With the foundation of the Turkish Republic, hard changes were viewed in family and inheritance law. Before these two spheres of law stemmed from *fiqh* i.e. Islamic law. Because of these two radical amendments, Turkish people showed some signs of resistance to the application of new family and inheritance law. Ninety-four years later it can be said that the transition period ended and that modern civil law was broadly accepted in Turkey.

#### General References

Eugen BUCHER (2000): “*The Position of the Civil Law of Turkey in the Western Civilisation*”. Annales de la Faculte de Droit d’Istanbul, vol. 32, no. 49, pp. 7-23, Istanbul 2000. (see e-text <http://www.journals.istanbul.edu.tr/iaufdi/article/view/1023006139/1023005663>. D.a. 22.10.2016.)

---

<sup>3</sup> Turkey’s legal reforms on a broader assessment are at my following article. There, I tried to state the views of both theorist and practitioner lawyers, the views of politicians and the views of sociologists. See Fethi Gedikli, “Hukuki Düşünce yahut Cumhuriyetin Hukuk Devrimi ‘Bedevilikten Medeniliğe Geçiş’” (Legal Thought or Legal Revolution of the Republic: ‘From Bedouin to Civilization’), in *Cumhuriyetten Günümüze Türk Düşüncesi*, Nobel Yayınları, Ankara 2015, ed. Süleyman Hayri Bolay, Volume 2, 889-945.



- Fethi GEDİKLİ (2016): “*The Voyage of Civil Code of Turkey from Majalla to the Present Day*”, Le Code Civil, Quarante Ans Apres! Colloque international, Alger 24&25 Octobre 2016, No: 05/2016, Univesite d’Alger 1 Benyoucef Benkhedda Les Annales, pp.217-229.
- Fethi GEDİKLİ (2015): “*Hukuki Düşünce yahut Cumhuriyetin Hukuk Devrimi ‘Bedevilikten Medeniliğe Geçiş’*” (Legal Thought or Legal Revolution of the Republic: ‘From Bedouin to Civilization’). In Cumhuriyetten Günümüze Türk Düşüncesi, Nobel Yayınları, Ankara 2015, ed. Süleyman Hayri Bolay, Volume 2, pp. 889-945.
- Mustafa KOÇAK (2010): “*Islam and National Law in Turkey*”. In Sharia Incorporated, ed. Jan Michiel Otto, Leiden University Press, 2010 pp. 231-272.
- K. LIPSTEIN (1956): “*The Reception of Western Law in Turkey*”. Annales de la Faculté de Droit d’Istanbul, No. 6, pp. 11-27
- Esin ÖRÜCÜ (2006): “*A Synthetic and Hyphenated Legal System: The Turkish Experience*”. <http://heinonline.org/HOL/Page?handle=hein.journals/jrnatila1&div=21&gsent=1&collection=journals>. D.a. 22.10.2016.
- Mehmet Tevfik ÖZCAN (2002): “*Modernisation and Civil Law: The Adaptation of the Turkish Civil Code and its Political Aspects*”. Annales de la Faculte de Droit d’Istanbul, vol. 34, no. 51, pp. 147-177.
- Ruth A. MILLER (2000): “*The Ottoman and Islamic Substratum of Turkey’s Swiss Civil Code*”. Journal of Islamic Studies, 11:3 (2000), pp. 335-361, Oxford Centre for Islamic Studies.
- Sıddık Sami ONAR (1955): “*Osmanlı İmparatorluğunda İslam Hukukunun Bir Kısımının Codification’u: Mecelle*”. İÜHFM, 20/1-4, pp. 57-85
- Hayrettin PINAR (2008): “*Diplomasi ile Siyasetin Birlikteliği: Girit İsyanı ve Âlî Paşa*”. SDÜ Fen Edebiyat Fakültesi Sosyal Bilimler Dergisi, December 2008, No:18, pp.1-22.
- Avi RUBIN (2016): “*Modernity as a Code: The Ottoman Empire and the Global Movement of Codification*”. Journal of the Social and Economic History of the Orient, vol. 59, 2016, pp. 828-856.
- Avi RUBIN (2008): “*Ottoman Judicial Change in the Age of Modernity: A Reappraisal*”. History Compass, vol. 6, pp. 1-22.
- Naci ŞENSOY (1956): “*The Reception of Foreign Codes of Criminal Law and Criminal Procedure in Turkey*”. Annales de la Faculté de Droit d’Istanbul, No. 6, pp. 182-185.

# **DIE VERMÖGENSAUSEINANDERSETZUNG DER REPUBLIK PREUSSEN MIT IHREM VORMALS REGIERENDEN KÖNIGSHAUS. ABLAUF UND ERGEBNIS**

**Heinz HOLZHAUER**  
*professor emeritus*

*Universität Münster*

## **1. Die Staatsumwälzung vom Nov. 1918 und die Entscheidung für ‘Recht und Gesetz’**

In der allgemeinen Geschichte gilt das Jahr 1917 als Epochenjahr, in dem durch den Eintritt der USA in den Krieg das Unterliegen der Mittelmächte wahrscheinlich wurde.<sup>1</sup> Für die deutsche Rechtsgeschichte ist das Jahr 1918 entscheidend, in dessen November mit der Staatsumwälzung die Zeiten endeten, in der politische Macht monarchisch ausgeübt wurde. Nicht der Abbau der fürstlichen Macht, aber die Zuordnung des bisher vom regierenden Fürsten administrierten Vermögens war einer der seltenen Momente, wo Rechtshistorikern eine wichtige Aufgabe zufiel; die Art, wie sie diese lösten, hat sich geschichtlich ausgewirkt.

Dass Deutschland 1918 eine Revolution erleben würde, zeichnete sich ab, als der amerikanische Präsident Woodrow Wilson nach entsprechenden Andeutungen schon in seiner Botschaft vom 4. Juli 1918 und dann in seiner Antwort auf die deutsche Friedensbitte im Oktober erkennen ließ, dass es mit dem Kaiser an der Spitze Deutschlands keinen Frieden geben würde. Dabei blieb er und dessen waren sich alle Akteure bewusst, der letzte Kanzler des Kaiserreiches, als er am 9. Nov. seine Macht auf Friedrich Ebert übertrug, Matthias Erzberger, der am 11. Nov. in Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnete und auch Wilhelm II., als er am 29. Nov. endlich offiziell als Deutscher Kaiser und Preußischer König abdankte.<sup>2</sup> Andernfalls wäre Deutschland niedergekämpft worden oder die Kämpfe hätten durch einen Soldatenstreik geendet, den Kieler Matrosen ja schon ausgelöst hatten, als sie am 3. Nov. von der Meuterei in eine Revolution übergingen, die bald Berlin erfasste. Dem Kaiser waren die meisten anderen deutschen Landesherren vorangegangen, so dass, so oder so, Ende November 1918 kein deutscher Monarch mehr auf seinem Thron saß.

Aber das konnte nicht alles gewesen sein. Bis zuletzt war der Monarch mehr als ein Organ des Staates, er war seine Verkörperung. Die Vorstellung, dass das Land unabhängig vom Monarchen der Körper einer gegenüber der natürlichen Person des Monarchen selbständigen juristischen Person sei, begann sich erst um die Mitte des 19. Jh. in der staatsrechtswissenschaftlichen Literatur durchzusetzen.<sup>3</sup> Von Seiten der Monarchen stand

---

<sup>1</sup> Vgl. Daniel SCHÖNPFLUG: Kometenjahre. 2017.

<sup>2</sup> Die am 9. Okt. aus dem belgischen Hauptquartier telefonisch nach Berlin gemeldete Bereitschaft abzusondern und die danach schriftlich übermittelte Erklärung waren noch auf die Kaiserkrone beschränkt gewesen.

<sup>3</sup> In der verfassungsgeschichtlichen Literatur wird dafür immer Wilhelm Ed. ALBRECHT und seine Rezension von Maurenbrechers Staatsrecht in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1837, Bd. 3, 1508 ff. genannt.

dieser emanzipatorischen Entwicklung der im Vormärz aufkommende romantische Neoabsolutismus des Gottesgnadentums und eine geradezu reaktionäre Rückkehr zu patrimonialstaatlichem Denken gegenüber.<sup>4</sup> Und eine dritte Richtung bestimmte die nach 1918 anstehende Auseinandersetzung der republikanischen Staaten mit ihren vormals regierenden Fürsten: die revolutionäre.

Diese wurde weniger von den Matrosen, Soldaten und Arbeitern vorgebracht, denen es um Näherliegendes ging, um Brot und Frieden, aber auch darum, die Verwirklichung dieser Ziele in die eigene Hand zu nehmen (Rätegedanke). Als die Auseinandersetzung mit den Fürsten aktuell wurde, war die Revolution von unten schon abgeebbt. Jetzt waren es theoretisch internationalistische, tatsächlich sowjetisch beeinflusste, z. T. auch gelenkte Ideologen, die das Verhältnis zu den Fürsten revolutionär durch Enteignung bereinigen wollten; in der Parteienlandschaft waren das die gerade damals ineinander übergehenden USPD, Spartakus und KPD. Bereits die durch die Staatsumwälzung gewissermaßen nahe gelegte Verlängerung der revolutionären Lösung genügte, dass die Verantwortlichen der ersten Stunde, nicht nur in Berlin Ebert und Scheidemann, sondern ebenso in München Kurt Eisner, Vorsitzender der dortigen USPD und Leiter der revolutionären bayerischen Regierung, dem eine Lösung nach 'Recht und Gesetz' entgegensetzten. Sie fürchteten das Schlimmste, wenn es des Fürstenvermögens wegen zu Gewalthandlungen gegen die ja schon Entmachteten käme, was mit Sicherheit eine Mehrheit auf die andere Seite treiben würde. Ein Bürgerkrieg aber wäre das herbeigewünschte Ziel der Linksaßen gewesen, hätte mit tödlicher Sicherheit sowjetische Hilfstruppen herangeführt und dagegen die westlichen Alliierten auf den Plan gerufen: der kaum beendete Weltkrieg hätte sich mit teilweise veränderten Allianzen, aber jetzt auf deutschem Boden fortgesetzt.<sup>5</sup>

Diese Befürchtung war keine 'Bolschewismushysterie'<sup>6</sup> oder gar 'Verrat an der Revolution'<sup>7</sup>, sondern umgekehrt ist ihre Leugnung eine 'Dolchstoßlegende von links'.<sup>8</sup> Allerdings war die deutsche im Vergleich mit der französischen und sowjetrussischen nur eine 'halbe' oder 'gebremste' Revolution, wenn damit die soziale Dimension oder die personelle Kontinuität im öffentlichen Dienst angesprochen sein soll, obwohl unter den gegebenen Umständen eine Alternative nur um den Preis eines Chaos denkbar war. Daher hat der in Deutschland eingeschlagene Weg vor der Geschichte nichts Ehrenrühriges.<sup>9</sup>

Ebert war allerdings kein Anhänger von Revolution und mag sogar Sympathie für die monarchische Staatsform – nicht gerade für die Hohenzollern – gehabt haben;<sup>10</sup> wichtig ist, dass er über seine persönliche Einstellung die demokratische Überzeugung stellte,

<sup>4</sup> Stichwort: Karl Ludwig VON HALLER: *Restauration der Satzwissenschaften*. 6 Bde. 1817–1834.

<sup>5</sup> Als Emissär hielt sich Lenins Gefährte Karl Radek in Deutschland auf. Die Bremer Kommunisten erklärten sich "solidarisch mit den russischen Bolschewisten". Die 'Rote Fahne' entstand auf Setz- und Druckmaschinen, die von der KPDSU gestiftet waren, deren Geld die KPD am Leben hielt. Werner MÜLLER: *Die KPD in ihrem ersten Jahr*. In: Alexander Gallus (Hg.): *Die vergessene Revolution*, 2010, 160–186.

<sup>6</sup> So aber Otmar JUNG: *Volksgesetzgebung*. 1990, 701.

<sup>7</sup> So Sebastian HAFFNER: *Die verratene Revolution*. 1968.

<sup>8</sup> So Günter Grass im Bayerischen Rundfunk am 6. Nov. 1969 (Uwe SOUKUP: *Frankfurter Sonntagszeitung* vom 11. Nov. 2018).

<sup>9</sup> "Das weltgeschichtlich bedeutsame Ereignis der Bruderkämpfe des Jahres 1919 war die Fernhaltung des Bolschewismus von dem deutschen Lande." Wilhelm HOEGNER: *Die verratene Republik*. 1958, 36.

<sup>10</sup> Das würde seine Wut darüber erklären, dass Scheidemann am Nachmittag des 9. Nov. unabgesprochen die Republik ausgerufen hat.

dass nur das Volk nach einer Verfassung, die er erfolgreich anstrebte, über die künftige Staatsform zu entscheiden habe. Ein Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Recht und Gesetz dürfte damals, nicht nur bei Ebert, bestanden haben, sonst hätte sich das Ziel einer weitergehenden Revolution nicht auf so relativ wenige beschränkt, soweit es nicht überhaupt erst in der Rückschau vorgebracht worden ist. Der Schwierigkeit, die Gemengelage zwischen regierendem Fürstenhaus und Staat rechtlich zu ordnen, dürften sich aber weder Ebert noch Scheidemann noch Eisner, alle keine Juristen, bewusst gewesen sein. 'Recht und Gesetz' bedeuteten schlechthin die Alternative zu revolutionärer Gewalt. Ob Normen für die Zuordnung bisher fürstlichen Gutes an die Privatpersonen der vormaligen regierenden Familie oder an den Staat in 'Recht und Gesetz' enthalten oder in diesem Rahmen erst zu schaffen seien, solche Differenzierung wird die Politiker, die dem Wagen der Revolution in die Speichen griffen, nicht beschäftigt haben. Der Weg des Rechts konnte der Rechtsweg vor *Gerichte* oder der parlamentarische Prozess einer *Gesetzgebung* sein; im ersten Fall vertraute man den Gerichten, im zweiten auf das demokratische Prinzip, das eine legitimierte Lösung erbrächte; die Formel von 'Recht und Gesetz' ist so weit, dass sogar eine *vergleichsvertragliche* Lösung, die der revolutionären diametral gegenübersteht, darunter passt. Im Verlauf der Ereignisse spielten alle drei Modalitäten von 'Recht und Gesetz' eine Rolle, aber sie spielten naturgemäß weniger zusammen als gegeneinander.

## 2. Die Auseinandersetzung um Liegenschaften

Von Seiten der Hohenzollern sind früh die Gerichte ins Spiel gebracht worden. Ausgelöst hatte das aber der Staat, indem er noch im November 1918 alles vormalige königliche Vermögen, auch die Privatvermögen der Angehörigen des Hauses, beschlagnahmte.<sup>11</sup> Mit einer Freigabe in Einzelfällen war das für die Vermögensverwaltung zuständige Finanzministerium allerdings nicht kleinlich, das zeigen die 59 Güterwagen, die 1920 mit Einrichtungsgegenständen aus dem Berliner Stadtschloss zur Ausstattung von Haus Doorn nach den Niederlanden gingen.<sup>12</sup>

Auf Eigentum gegründete Klagen wurden zuerst im Jahr 1921 von der leopoldinischen Nebenlinie, den beiden skandalösen 'Leopolden' Vater und Sohn, in erster Linie die Herrschaft Flatow-Krojanke eingereicht. Die Verfahren zogen sich wegen untypischer Umstände bis 1923 hin<sup>13</sup> und gingen im Wesentlichen für den Staat verloren.<sup>14</sup> Diese Klagen scheinen von der Vermögensverwaltung des Gesamthauses unter der Leitung des vormaligen Hausministers August zu Eulenburg nicht unterstützt worden zu sein, anders die Klage des Kronprinzen Wilhelm. Dieser hatte sich im November 1918 wie der Kaiser

---

<sup>11</sup> Ob damit einem Unterdrücken von Vermögensbestandteilen von innen oder Angriffen von außen vorgebeugt oder doch eine Verstaatlichung vorbereitet werden sollte, ist unklar (JUNG, wie Fn. 6, 436.); die verschiedenen Beteiligten mögen unterschiedliche Motive gehabt haben.

<sup>12</sup> Der Umfang dieser Freigabe war nicht juristisch, sondern politisch begründet: man wollte unbedingt verhindern, dass Wilhelm II. heim ins Reich käme.

<sup>13</sup> Das preußische Finanzministerium hatte viel Zeit verloren, indem es zunächst auf eine Entmündigung des Vaters wegen Geistesschwäche setzte, damit aber nach 2 Jahren in 2 Instanzen scheiterte. In dieser Zeit hatte das Finanzministerium den aufgeblähten, in die Schweiz versetzten Hofstaat zu unterhalten und Schulden der Verschwender zu bezahlen; zum Ganzen JUNG, wie Fn. 6, 484 ff.

<sup>14</sup> Flatow-Krojanke lag wie die meisten hohenzollerschen Güter östlich der Oder.

nach den Niederlanden abgesetzt und war auf der Insel Wieringen interniert worden, bis ihm Ende 1923 Außenminister Stresemann die Rückkehr nach Deutschland ermöglichte. Als Kronprinz war er Eigentümer des 'Thronlehns Fürstentum Oels', heute in Polen gelegen. Dieses war zwar im November 1918 unter die Beschlagnahme gefallen, aber als Wohnsitz der kronprinzlichen Familie bald wieder freigegeben worden, so dass der Kronprinz 1923 dorthin zurückkehren konnte.<sup>15</sup> Schon seit 1921 lagen Gutachten von Gerhard Anschütz, Martin Wolff, Otto Gierke sowie der Breslauer Juristenfakultät zur Eigentumslage des Krongutes vor, sämtlich gedruckt, daher wohl von hohenzollerscher Seite bestellt. Alle sprachen sich für den Kronprinzen als Eigentümer aus. Weil diese Gutachten und das Urteil des LG Oels, das sich auf sie beruft, der gesamten Vermögensauseinandersetzung die Richtung vorgegeben haben, ist auf den Fall näher einzugehen.

Zur Vorgeschichte des Thronguts gehört, dass Oels ein österreichisches Lehen gewesen, 1742 im Frieden von Breslau preußisch geworden und zuletzt an einen Herzog von Braunschweig ausgegeben war, dessen Haus 1884 mit ihm erlosch. Um der kargen Ausstattung eines preußischen Kronprinzen abzuhelpen, hatte Kaiser Wilhelm I. bereits im Jahr 1876 seinem damals schon 45 Jahre alten Kronprinzen Friedrich die Anwartschaft auf das Thronlehen verliehen; der Erwerb vollendete sich nach dem Tod des Braunschweigers mit Erteilung des Lehnbriefs vom 11. 2. 1885, dies aber nur für die Zeit von Friedrichs Kronprinzenschaft; mit seiner Thronbesteigung stand das Lehn dem nächsten Kronprinzen zu und so weiter. Als Kronprinz Friedrich im Jahr 1888 als Kaiser Friedrich III. den Thron bestieg, wurde folglich sein ältester Sohn Wilhelm der zweite kronprinzliche Lehnbesitzer. Schon 99 Tage später erlag Kaiser Friedrich III. seinem Krebsleiden, sein Kronprinz wurde als Wilhelm II. letzter deutscher Kaiser, das Throngut fiel an dessen ältesten Sohn Wilhelm, den letzten Kronprinzen des Deutschen Reiches. Als solcher besaß er das Throngut 30 Jahre lang und kraft Gerichtsurteils über 1918 hinaus als vererbliches Privateigentum. Es handelte sich nicht um ein 'Gütchen' sondern ein kleines Fürstentum mit der Residenzstadt Oels, einem ansehnlichen Stadtschloss, einem weiteren Schloss, mehreren Dörfern und einem großen Gutsbetrieb mit zahlreichen Vorwerken.

Der Kronprinz klagte vor dem Landgericht Oels auf Feststellung, dass das Throngut nicht dem Staat heimgefallen sei. Mit dem Urteil vom 7. Dez. 1923<sup>16</sup> lag das Gericht auf der Linie sämtlicher 'kaisertreuer Gutachter'<sup>17</sup>, die, um welche Gegenstände es auch ging, die privatrechtliche Schiene fuhren, um das früher im weiten Sinn königliche Vermögen möglichst verlustlos über die Schwelle der Staatsumwälzung hinweg in die "kaiserverloren, die schreckliche Zeit" (Schiller) zu bringen und der vormals königlichen Familie zu erhalten. Für sein privatrechtliches Herangehen stützt sich das Urteil darauf, dass das ALR das Lehn als in Obereigentum des Lehnsherrn und Untereigentum des Lehnsmannesgeteiltes Eigentum konstruiert (1. 18. 13 ff. ALR). Dabei sah das Gericht das Untereigentum als Privateigentum an, ungeachtet der 'Vasall' kein Verfügungsrecht hat und das Eigentum nur Gegenstand der Leistung des Herrn an den ihm dagegen zur Lehnstreue verpflichteten Vasallen ist. Damit enthält das Lehnverhältnis, besonders in der Form des hier vorliegen-

---

<sup>15</sup> Entwurf des Finanzministers für eine Antwort des Ministerpräsidenten auf eine Anfrage der beunruhigten Kronprinzessin. Geheimes Preußisches Staatsarchiv Rep 90 Nr. 236 Nr. I 5693.

<sup>16</sup> Urteil des LG Oels, verkündet am 7. 12. 1923, Aktz. 2 O. 268/23, als Kopie abgelegt in der Akte des Justizministeriums. Geheimes Preußisches Staatsarchiv, Rep 90 Nr. 236.

<sup>17</sup> Heinz HOLZHAUER: 'Kaisertreue Gutachter'. In: FAZ-Einspruch vom 9. 8. 2019.

den Adelslehens aber öffentlich-rechtliche Elemente, wobei das ALR die Dichotomie von privatem und öffentlichem Recht weder begrifflich noch systematisch hervortreten lässt.

Seine ausschließlich privatrechtliche Qualifizierung der Rechtsstellung des Kronprinzen hätte das Landgericht korrekt nur darauf stützen können, dass das republikanische preußische Recht über die Aufhebung der Lehen den Lehnsmann und Untereigentümer zum alleinigen Volleigentümer gemacht hat.<sup>18</sup>

Die Berechtigung des Kronprinzen wies jedoch eine weitere, durch den Wegfall des Obereigentums nicht beseitigte Beschränkung auf: sein Recht sollte mit seiner Thronbesteigung enden. Dass dieses Ende nach Abschaffung der Monarchie, der Niederlegung der Krone durch Kaiser und König Wilhelm II. und die Abdankung des letzten Kronprinzen nicht mehr eintreten konnte, bedeutet dem Landgericht zufolge, dass der Kronprinz lebenslang Eigentümer geworden ist und das Throngut in seinen Nachlass fällt. Dass es 1918 an den Staat gefallen wäre, schließt das Gericht mit einer Auslegung des mutmaßlichen Willens des Königs Wilhelms I. aus: "Sicher lag es nicht im Willen Königs Wilhelm I., zu bestimmen, dass ein berechtigter Lehensinhaber für den Fall eines Aufhörens der Thronfolgereigenschaft infolge Beseitigung der monarchischen Staatsform sein Besitzrecht verlieren solle."<sup>19</sup>

Indessen kennen die einschlägigen Vorschriften des ALR über die Vertragsauslegung (1.5. § 252 ff.) nur eine Auslegung der Erklärung, keine Willensauslegung; ihre ausdrückliche Gleichsetzung mit den Grundsätzen der §§ 133, 157 BGB in dem Urteil ist verfehlt und erscheint willkürlich. Ebenso wenig kann ein mutmaßlicher Wille die Grenze überschreiten, die das ALR der Autonomie des Königs gezogen hat. Nur über sein Privatvermögen, das im ALR eng definiert ist, genoss der König private Verfügungsfreiheit. Das Gut Oels lag in Niederschlesien und war als Kriegsbeute im Frieden von Breslau 1742 an Preußen gekommen. Als Privateigentum betrachtet das ALR aber nur "Güter und Sachen, welche der Landesherr selbst aus eigenen Ersparnissen, oder durch irgend eine andere auch bey Privatpersonen stattfindende Erwerbungsart an sich gebracht hat" (ALR 2. 14. 14). Damit ist ausgeschlossen, dass das Throngut Oels 1742 in das Privatvermögen des preußischen Königs gefallen wäre. Weil das Throngut im Wesentlichen landwirtschaftlicher Natur war, liegt es zudem nahe, das Gut gemäß ALR 2. 1 14 §§ 11 und 12 als Staatseigentum anzusehen. Dass die genannten Bestimmungen nicht etwa nur für die Zukunft gelten sollten, ist daran erkennbar, dass die Normen im Präsens (§ 11) oder im Perfekt (§§ 12, 14) stehen und offensichtlich einen bestehenden Rechtszustand besagen. Jedenfalls verbleibt angesichts dessen, dass königliches Privateigentum ausgeschlossen ist, nur übrig, Krongut anzunehmen, das nach Privatfürstenrecht bei einem Regimewechsel nicht in den Nachlass des Letzten des erlöschenden Hauses fällt; Krongut fällt an den ersten Regenten der folgenden Hauses und kann beim Ende der monarchischen Staatsform wegen der Kontinuität des Staates nur diesem anfallen.

---

<sup>18</sup> Familiengüterverordnung vom 10. 3. 1919 und Gesetz über die Aufhebung der Standesvorrechte und die Aufhebung der Hausvermögen vom 23. 6. 1920 § 25 Abs. 1.

<sup>19</sup> Das Urteil nimmt hier die Frage auf, die in dem Fakultätsgutachten "als die hier ganz allein interessierende" bezeichnet ist: „Würde Kaiser Wilhelm die Frage: Soll das Lehen heimfallen, wenn der Preußische Staat in eine Republik umgewandelt wird und infolgedessen für einen Thronfolger zur Zeit überhaupt kein Raum ist, bejaht oder verneint haben? Es genügt eigentlich, die Frage zu formulieren, um sofort mit voller Sicherheit ein unzweideutiges Nein! als Antwort feststellen zu können.“



Ein weiterer Umstand spricht gegen die vom Landgericht aus den Gutachten übernommene Deutung der Belehnung als Schenkung. Das Throngut Oels war dem ältesten Sohn des Kaisers nicht um seiner Person willen zugekommen, sondern wegen seiner Funktion als künftiges Staatsoberhaupt. Das bedeutet, dass der Erwerb nicht den Rechtsgrund hat, den das Landgericht maßgebend sein ließ. Nach ALR 1. 18. 79 f. erfordert die Belehnung einen Vertrag und einen rechtlichen Titel. Dass dieser eine Schenkung sei, wird auf einen Erlass Wilhelms I. aus dem Jahr 1875 gestützt. Darin bat Wilhelm I. sein Staatsministerium, zu seinem Plan Stellung zu nehmen, wegen des zu erwartenden Heimfalls des Thronlehens seinem ältesten Sohn schon jetzt die Lehnsanwartschaft zu erteilen.<sup>20</sup> Als Motiv nennt der König die „Anerkennung der von Höchstdemselben in den letzten beiden großen Kriegen Mir und dem Staate als Heerführer geleisteten hervorragenden Dienste.“ Dieser eine Freigiebigkeit andeutende Passus fehlt in der von Justizminister Adolph Leonhardt entworfenen Urkunde, weil die Angabe des Motivs, so der Minister an den König, besser in ein die Erteilung begleitendes Notifikationsschreiben passe; der Minister belässt es dabei, dass in dem Erlass die geplante Zuwendung als ‘Dotation’ bezeichnet ist, ein Rechtswort, das in der 2. Hälfte des 19. Jh. speziell für öffentlich-rechtliche Zuwendungen gebräuchlich geworden war.<sup>21</sup> Der Minister dürfte gesehen haben, dass die Zuwendung des Lehens nicht gänzlich uneigennützig war. Solange die Ausstattung des Kronprinzen wie die der anderen Familienmitglieder aus der Kronrente zu finanzieren war, konnte sie nur aus den Mitteln des Königs aufge bessert werden. Ein ‘paragierter’, d.h. mit einer Unterherrschaft ausgestatteter Prinz brauchte insoweit nicht mehr aus der königlichen Zivilliste des Königs ‘apanagiert’ zu werden. Den juristischen Feinsinn, mit dem der liberale Jurist den König vielleicht davor bewahren wollte, die Verschiebung seiner väterlichen Unterhaltspflicht auf den Staat allzu moralisch zu garnieren, kann man nur bewundern.

Im Übrigen könnte das in dem Erlass angedeutete, in den Rechtsakt des Lehnbriefs nicht aufgenommene Motiv einer Remuneration geleisteter Dienste nur im Verhältnis zu dem ersten Empfänger Kronprinz Friedrich gegolten haben.<sup>22</sup> Dieser blieb nur drei Jahre im Genuss des Throngutes, ihm folgte 99 Tage sein ältester Sohn, Kronprinz Wilhelm. Wofür sollte dieser bedankt worden sein? Hatte er doch bis dahin nur ungenügende Schulleistungen erbracht und danach leidenschaftlich Kriegsspielen gelernt, von ‘angeborenen Verdiensten’ (Goethe) ganz zu schweigen. Als er der letzte deutsche Kaiser wurde, machte er das Throngut frei für seinen ältesten Sohn, der beim Tod des Urgroßvaters 6 Jahre alt war und noch keine Gelegenheit gehabt hatte, sich dessen Dank zu verdienen. Für alle auf den Sohn des Lehngäbers folgenden Kronprinzen konnte nur der Rechtsgrund der an die Dauer ihrer Kronprinzenschaft gebundenen Ausstattung maßgebend sein. Wenn auch das großzügige

---

<sup>20</sup> Erlass von 10. 3. 1876. Geheimes Staatsarchiv Rep 90 Nr. 236.

<sup>21</sup> Ursprünglich der lateinische Begriff für Gabe, wird er nach der späten Karriere des Unentgeltlichkeitskriteriums zur lateinischen Übersetzungsgleichung von ‘Schenkungs’, um in der 2. Hälfte des 19. Jh. besonders für öffentliche Zuwendungen gebräuchlich zu werden. So haben die Gutachten zur Kronfideikommissrente (dazu unten S. 97) deren Erhöhungen als Dotation von der privatrechtlich gedeuteten ursprünglichen Rente abgehoben und von der Entschädigungsforderung ausgenommen (dazu unten S. 8).

<sup>22</sup> Wollte man die Begünstigung des Kronprinzen Friedrich darin sehen, dass nicht nur seine Person, sondern mit ihr sein Stamm besser gestellt wäre, würde ein Kronprinz aus einer jüngeren Linie von der Begünstigung ausgeschlossen sein, was zusätzlich gegen die Maßgeblichkeit der Schenkung als Rechtsgrund der Belehnung spricht.



Preußische Adelsgesetzes vom 23. 6. 1920 dem letzten Kronprinzen seinen Titel auf Lebenszeit beließ,<sup>23</sup> war mit dem Verlust der Funktion doch der Rechtsgrund der Ausstattung entfallen.

Gegen die Maßgeblichkeit der Funktion als Kronprinz wendet das Urteil ein, dass die Verfassung des Kaiserreiches kein ‘Amt’ des Kronprinzen kenne. Abgesehen davon, dass selbst dem König ‘von Gottes Gnaden’ keine weltliche Amtsstellung zugeschrieben wurde, nahm in der gelebten Verfassung aller Monarchien der Kronprinzeine besondere Stellung ein. Seine Ausstattung lag immer über derjenigen anderer Agnaten, weil er seinem Alter entsprechend an der Repräsentation des Staates beteiligt war und unter scharfer Beobachtung des In- und Auslandes stand. Gerade der letzte Kronprinz, der bei seiner Abdankung schon im 37. Lebensjahr stand, hatte schon vor 1914 die Rolle einer ‘politischen Persönlichkeit’ gespielt.<sup>24</sup> Die Nennung der Begünstigten als künftige Kronprinzen im Lehnbrief will das Landgericht durch Auslegung korrigieren: ‘Kronprinz’ sei hier nur die misslungene Bezeichnung für die Person des jeweiligen Nachfolgers!

Zivilrechtlich als Schenkung betrachtet, war die befristete Belehnung eine Zweck-schenkung, die mit dem Fortfall des Zwecks – nach der Staatsumwälzung gab es keine Kronprinzen mehr – ihre Grundlage verloren hatte, daher dem Staat lehensrechtlich heimgefallen und als Staatseigentum zu beanspruchen war. Nichts anderes ergibt sich aus der zutreffenden Qualifizierung der Belehnung als Ausstattung des jeweiligen Kronprinzen. In diesem Sinn hatten sich 1921 auch der preußische Finanz- und der Justizminister verständigt und zum gleichen Ergebnis kam der vom Staat erst nach Erlass des landgerichtlichen Urteils zur Unterstützung der Berufung zu Hilfe gerufene Marburger Professor Walter Schücking.<sup>25</sup> Aber das Urteil des LG Oels in der Hand, legte der Bevollmächtigte des Kronprinzen dem Ministerium ein Nachgeben mit dem Hinweis nahe, dass bei der Nähe der Breslauer Fakultät, deren Gutachten im Urteil des Landgerichts als Grundlage genannt ist, zum OLG Breslau dieses doch gleichsam schon ‘mitengagiert’ sei.<sup>26</sup> Das war nicht nur keck, sondern zynisch, aber realistisch. Die vom Staat beim OLG Breslau eingelegte Berufung blieb erfolglos. Das Urteil des OLG vom 9.1.1925 scheint nicht veröffentlicht worden zu sein und ist auch in den Akten nicht aufzufinden,<sup>27</sup> *hony soit qui mal y pense* (in der Langform: *...dieu et mon Droit*).

Wie schockiert man im Ministerium gewesen sein muss, geht daraus hervor, dass auch noch Revision eingelegt, aber dann zurückgenommen wurde.<sup>28</sup> Auf das rechtskräftig gewordene Urteil und die ihm zugrunde liegenden Gutachten gestützt, war die Seite der Hohenzollern auf der Siegerspur.

---

<sup>23</sup> Gesetzessammlung, Seite 367. Die Einschränkung “...sofern sie (die Adelsbezeichnung) nicht dem Ausdruck der durch die Ereignisse des November 1918 beseitigten Landeshoheit dient“ liegt bei einem Prinzen nicht vor.

<sup>24</sup> Paul HERRE, Kronprinz WILHELM, 40.

<sup>25</sup> Im Jahr 1928 wurde Schücking einziger deutscher Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Er stammte aus einer alten Münsterer Gelehrtenfamilie, sein Großvater Levin war der Freund von Annette von Droste-Hülshoff.

<sup>26</sup> JUNG, wie Fn. 6, 496 mit Fn. 275.

<sup>27</sup> In den einschlägigen Ministerialakten findet sich sein Text nicht. Schückings Gutachten erschien 1924 in einer Zeitschrift, eine Kopie davon ist in der Akte des Justizministeriums abgelegt. Preußisches Geheimes Staatsarchiv REP 90 Nr. 236.

<sup>28</sup> JUNG, wie Fn. 6, 496, mit Fn. 278.

Ohne das Urteil des OLG abgewartet zu haben, klagte Wilhelm II. in eigener Sache auf Feststellung seines Eigentums an zwei der Hofkammer-Domäne unterstellten Rittergütern, dem pommerschen Wildenbruch und dem märkische Mittenweida und Skuhlen,<sup>29</sup> ferner an dem zum Kgl. Hausfideikommiß gehörenden Amtsgut Teurow, einem Bestandteil der Herrschaft Wusterhausen. Im ersten Fall erkannt der Staat den Anspruch sogleich an,<sup>30</sup> Teurow ging streitig in der ersten Instanz verloren.<sup>31</sup>

### **3. Die Auseinandersetzung um die Kronfideikommissrente**

In der Auseinandersetzung des Preußischen Staates mit dem vormaligen Königshaus geben beide Seiten ein sehr ungleiches Bild. Zunächst war es nämlich weniger eine Auseinandersetzung des Staates mit dem Königshaus als eine Auseinandersetzung innerhalb des Staates zwischen den politischen Richtungen innerhalb der Koalitionsregierung, in den beteiligten Ministerien, zwischen diesen sowie in und zwischen den Parteien.<sup>32</sup> Das vormalige Königshaus hatte es demgegenüber leichter: Generalbevollmächtigter war niemand anderes als der frühere Hausminister<sup>33</sup> und danach sein Nachfolger an der Spitze einer einheitlich gesonnenen, bürokratisch organisierten Gruppe früherer Hofbeamten. Hier soll nun nicht der Machtkampf der verschiedenen Richtungen chronologisch nachgezeichnet, sondern mehr die Standpunkte systematisch geordnet werden.

Von den drei Wegen friedlicher Auseinandersetzung nach 'Recht und Gesetz' – Gerichte, Gesetz, Vertrag – hatte das Haus Hohenzollern den der Gerichtsverfahren zuerst eingeschlagen; der Erfolg der Klagen um Liegenschaften sollte sich fortsetzen. Kernstück der Auseinandersetzung, das den größten juristischen Aufwand verursachte und die meiste Beachtung in der Öffentlichkeit fand, waren nicht die Liegenschaften, sondern die sog. 'Kronfideikommißrente'. Diese wurde seit 1820 alljährlich aus dem Ertrag der Domänen an den 'Kronfideikommißfonds' gezahlt, ursprünglich in Höhe von 2,5 Millionen Reichthalern, nach dreimaliger Erhöhung zuletzt in Höhe von 17.719.206 Millionen Mark.<sup>34</sup> Begründet worden war diese bald sogenannte 'Rente' durch die gewöhnlich als Staatsschuldenedikt bezeichnete "Verordnung wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens" vom 17. Jan. 1820.<sup>35</sup> Anlass und Hintergrund dieser in der Verfassungsentwicklung

---

<sup>29</sup> JUNG, wie Fn. 6, 497.

<sup>30</sup> Wie Fn. 29.

<sup>31</sup> JUNG, wie Fn. 6, 657. Dass für diese exemplarischen Klagen kleinere Objekte, hier von ca. 1000 bzw. 500 ha, ausgewählt wurden, diene der Kostenersparung, wie auch schon die Klage des Kronprinzen um Oels auf eines der mehreren dazu gehörenden Güter, nämlich das kleine Dominium Rathe, beschränkt war.

<sup>32</sup> Während Auseinandersetzung zwischen Staat und Königshaus im ersten Sinn als Rechtswort die methodische Auflösung einer Rechtsgemeinschaft bezeichnet (§ 730 BGB und öfter), hat das Rechtswort von da im allgemeinen Sprachgebrauch den Sinn einer streitigen Diskussion angenommen, hier innerhalb der staatlichen Seite.

<sup>33</sup> Zuerst August Graf zu Eulenburg, nach seinem Tod Friedrich von Berg, bis 1918 Chef des kaiserlichen Geheimen Zivilkabinetts.

<sup>34</sup> Die Erhöhungen beruhten auf Gesetzen vom 30. 4. 1859, 27. 1. 1868 und 20. 2. 1889.

<sup>35</sup> Preußisch-Deutsche Gesetz-Sammlung 1806–1899 (hg. von Grotefend) I. Bd., 1900, 192, Abschnitt 'III. Garantie'.

der deutschen Monarchien wohl erstmaligen Regelung<sup>36</sup> war die nach der Franzosenzeit und den Befreiungskriegen hohe preußische Staatsschuld, angesichts deren es galt, die Kreditfähigkeit des Staates zu stärken. Solange der König unbeschränkt auf Domänen und Forsten zugreifen konnte, hatten Staatsgläubiger keine feste Haftungsunterlage. Für die Zukunft wurde das Recht des Königs zum Zugriff auf die Erträge der Domänen und Forsten auf den Betrag der jährlichen Kronrente beschränkt. Deren in der Verordnung formulierter Zweck war der Unterhalt der königlichen Familie und die Unterhaltung des königlichen und der prinzipal Hofstaaten sowie aller königlichen Einrichtungen wie Sammlungen, Museen und Theater. Im weiteren Lauf des Jahrhunderts wurde die Kronrente mit der in anderen Staaten eingeführten 'Zivilliste' gleichgesetzt, eine Bezeichnung, gegen die sich König Wilhelm IV. noch gewehrt hat.

Nachdem Anfang 1919 eine 'Kommission für die Auseinandersetzung zwischen Staat und Königshaus' gebildet worden war, lagen schon im Mai fünf Gutachten von Gerhard Anschütz, Max Fleischmann, Otto von Gierke, Walter Schücking und Heinrich Triepel „Über die rechtliche Natur der Kronfideikommissrente“ vor. Bei der Teilidentität der Gutachterriege verwundert es nicht, dass mit der einzigen Ausnahme Schückings vier Gutachter zu dem entsprechenden Ergebnis kamen wie die Gutachter im Streit um das Throngut Oels,<sup>37</sup> nämlich mittels der privatrechtlichen Argumentation dazu, dass die Kronrente in ihrer ursprünglichen Höhe in einem remuneratorischen oder synallagmatischen Verhältnis dazu stehe, dass der König 1820 auf sein Nutzungsrecht an den Domänen verzichtet habe. Nur die im weiteren Verlauf des 19. Jh. vom Landtag bewilligten Erhöhungen seien 'Dotationen' im Sinn der inzwischen auch in anderen deutschen Monarchien begründeten 'Zivilliste' gewesen, die dem besonders im Kaiserreich stetig wachsenden Mittelbedarf Rechnung trugen.

Den Gutachtern ist schon entgegenzuhalten, dass es für ihre Konstruktion an einem Zweipersonenverhältnis fehlt. Zwar unterscheidet bereits das ALR in 2. 14. 11-23 unterschiedliche Komplexe des Staatsvermögens: Eigentum des Staates, des Staatsoberhauptes und Privatvermögen des Königs und der königlichen Familie. Diese Komplexe waren auch in der Verwaltungsorganisation sichtbar getrennt und wurden als Eigentümer im Grundbuch eingetragen.<sup>38</sup> Mag die Idee einer eigenen Rechtspersönlichkeit des Staates neben der des Monarchen in der Staatsphilosophie lange vorgebildet gewesen sein und sich auch die tatsächliche Entwicklung in Preußen seit 1794 darauf hinbewegen, brauchte es noch Jahrzehnte, bis sie sich durchsetzte. Bis dahin blieb der König mit seinen 'beiden Körpern', als Monarch und als 'Privat'-person, einziges Zuordnungssubjekt.<sup>39</sup> Deshalb liegt es außerhalb der juristischen Dogmatik, dem Staat des Jahres 1918 ein Insichgeschäft des Königs aus dem Jahr 1820 entgegenzuhalten.

Die Quellen ergeben ein ganz anderes Bild von der Genese der Kronrente im Jahr 1820 als das eine austauschverträglichen *do ut des*. Preußen dürfte die erste deutsche Monarchie

---

<sup>36</sup> Eine vergleichbare Entwicklung gab es im Königreich Bayern. Hier war in der oktroyierten Verfassungsurkunde von 1818 das gesamte Hausgut der Wittelsbacher verstaatlicht worden. Das durch die Verfassung nötig gewordene Finanzgesetz von 1819 enthielt eine 'Zivilliste' in der die Höhe der dem König jährlich aus der Staatskasse zufließenden Mittel festgelegt war.

<sup>37</sup> Vgl. oben, 4 ff.

<sup>38</sup> Nachweise bei HOLZHAUER: *Der Vorschub des Kronprinzen*. DÖV 2021. Heft 1, Fn. 8.

<sup>39</sup> Ernst KANTOROWICZ: *The King's two Bodies*. Princeton, 1957.

gewesen sein, in der die fürstliche Inanspruchnahme der Domänen und Forsten auf einen bestimmten Betrag beschränkt wurde. Darin den Austausch von Leistungen zu sehen, war eine Erfindung der Gutachter.

Im Jahr 1820 hat Friedrich Wilhelm III. den preußischen König einer Selbstbeschränkung bei Nutzung des Staatseigentums unterworfen, die selbst von seinen neoabsolutistisch gesonnenen Nachfolgern nicht in Frage gestellt wurde, weil sie Teil des monarchischen Staatsrechts geworden war. Übrigens haben schon vorher die preußischen Herrscher ihre Rechte auf Nutzung der Domänen nicht unbegrenzt ausgenutzt, das hätten die den Gläubigern subsidiär entstehenden Stände nicht hingenommen und ein solcher Herrscher hätte seine Kreditfähigkeit ruiniert. Im Jahr 1820 wurde lediglich ein bis dahin unbestimmtes Recht des Königs einer Bestimmung unterworfen, die im Gesetzestext als 'Garantie' bezeichnet ist, aber nicht für den König, sondern für Staatsgläubiger!

Die verfehlte privatrechtliche Qualifizierung der Gutachten würde im Übrigen voraussetzen, dass auch das darangegebene königliche Recht auf Nutzung der Domänen privatrechtlicher Natur gewesen wäre. Hier unterstellten die Gutachter ohne weiteres die patrimoniale Eigentumstheorie für alles, was seit dunkelster Vergangenheit bis 1820 preußisch geworden war: alle Erwerbungen durch Belehnung, Eroberung, Erbgang, Heirat, Kauf oder Tausch sollen herrscherliches Privateigentum geworden und geblieben sein. Wörtlich berufen sich die Gutachter dafür auf die Quellen, die für die Sachzuordnung und darauf gerichtete Rechtsgeschäfte die Begriffe des römischen *ius civile* gebrauchten, das seit dem Aufkommen eines neuzeitlichen *ius publicum* als 'Privatrecht' verstanden wurde. Für die auf das Jahr 1820 gemünzte Theorie ist das deswegen nicht schlüssig, weil es bis in die Neuzeit hinein außer Staatsrecht und Lehnrecht keinen spezifisch öffentlichen Rechtsraum gegeben hat. Für Vorgänge des schuld- und sachenrechtlichen Rechtsverkehrs gab es nur einerlei juristische Bezeichnungen. Aus einem Bewusstsein der darin liegenden Problematik wurde der römische Begriff des *fiscus* für den Staat als Teilnehmer am Rechtsverkehr wieder aufgenommen, der in Preußen sonst auf den militärischen Bereich beschränkt blieb. Den gerade im Preußen der Neuzeit früh anhebenden Prozess der Verstaatlichung der dynastischen Herrschaft,<sup>40</sup> der im Herrscherverständnis schon des Großen Kurfürsten (1640–1688) und dann Friedrichs des Großen zum Ausdruck und 1794 mit dem ALR zum Durchbruch gekommen war, lassen die Gutachter unberücksichtigt. Das ALR mit seiner rigiden Trennung von Staatseigentum, Vermögen des Staatsoberhauptes und Privatvermögen des Königs und der Angehörigen des königlichen Hauses (ALR II. 14. §§ 11–23) scheint für sie nicht zu existieren.

Überhaupt liegt der methodische Fehler der Gutachten darin, dass die sich im Jahr 1918 stellende Rechtsfrage nach gegenwärtigen Eigentumsverhältnissen mit den Normen und Rechtsvorstellungen der Vergangenheit beantwortet werden, als handele es sich um die Zurückverfolgung einer Eigentümerkette nach der historischen Methode für eine Klausurbearbeitung. Richtig ist die Frage jedoch nach dem Verfassungsrecht im letzten Stadium der Monarchie zu beantworten. Die preußische Verfassung war schon vor der ersten Kodifizierung, der oktroyierten Verfassung vom 5. 12. 1848 partiell verschriftlicht,

---

<sup>40</sup> Die rechtsgeschichtlichen Tatsachen ergeben sich aus der gedruckten Darstellung bei Hermann SCHULZE: *Die Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenhäuser*. 3. Bd. 1883, 584–613. Zu ihrer (Be-)Deutung: W. E. J. WEBER: *Dynastiesicherung und Staatsbildung*. In: ders. (Hg.): *Der Fürst. Ideen und Wirklichkeiten in der europäischen Geschichte*, Wien, 1998, 91–136.

besonders im ALR von 1794, das häufig nur als Zivilrechtskodifikation behandelt wird, wo das Gesetzbuch doch einen eigenen Titel “Von den Pflichten des Staates überhaupt“ enthält (2. 13) und im folgenden Titel 14 die grundlegende Scheidung von staatlichem und fürstlichem Vermögen kodifiziert.<sup>41</sup> Das Staatsschuldenedikt von 1820 war seinerzeit das vielleicht wichtigste Einzelgesetz verfassungsrechtlicher Bedeutung.

Es war wohl eine Vorwirkung der Gutachten, dass Finanzminister Adolph Südekum (SPD) am 5. April 1919 vorschlug, die Kronfideikommissrente in ihrer ursprünglichen Höhe von 2,5 Millionen Talern Gold weiterzuzahlen oder kapitalisiert abzulösen, wofür die Kommission – an ihr war der Generalbevollmächtigte des Hauses Hohenzollern beteiligt – 190 Millionen ansetzte.<sup>42</sup> Nach der Staatsumwälzung und nachdem Wilhelm II. die Kaiser- und die Königskrone abgelegt und der Kronprinz abgedankt hatte,<sup>43</sup> war ein solches Entgegenkommen des sozialdemokratischen Ministers gegenüber dem Haus Hohenzollern für die junge Republik eine arge Herausforderung und das wurde nicht nur von Linken so gesehen. Die Schwäche der ‘herrschenden’ Gutachten war im Vergleich mit demjenigen Schückings offensichtlich und der Staatssekretär im Staatsministerium Dr. Eduard Nobis hat in an den Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) gerichteten ‘Bemerkungen vom’ 17. 9. 1919 klar den Gegenstandspunkt eingenommen.<sup>44</sup> Zusammen mit einer verbreiteten politischen Stimmung hat die Kritik dazu geführt, dass der Finanzminister zunächst von der Summe der ‘Entschädigung’ mehrfach Abstriche machte und dann seine Politik eines Vergleichs überhaupt aufgeben musste.<sup>45</sup> Dieses – zeitweise – Scheitern lag nicht am Haus Hohenzollern, das im Fall der Kronrente keine Klage riskierte, sondern daran, dass sich keine Landtagsmehrheit fand.

#### 4. Die gescheiterte Volksgesetzgebung

Die Auseinandersetzung nach ‘Recht und Gesetz’ fand dann doch unter Finanzminister Hermann Höpker Aschoff (DDP) im Jahr 1926 in einem vom Parlament in Gesetzesform gebilligten Vergleichsvertrag ihre Lösung. Dazu wäre es nicht gekommen, wenn es nicht schon vorher immer wieder an das Reich die Forderung nach einer gesetzlichen Lösung gerichtet worden wäre. Nur zu gern hätte der preußische Ministerpräsident die heiße Kartoffel ein paar Türen weitergetragen, von seiner Staatskanzlei in Nr. 63 der Wilhelmsstraße zur Nr. 77, der Reichskanzlei. Das war insofern verständlich, als die Revolution in Berlin sich gegen Wilhelm II. als deutschen Kaiser gerichtet hatte, weniger gegen den Preußischen König. Auch hätte nur das Reich gemäß Art. 153 WRV die vormals regierenden Fürsten – jedenfalls teilweise – enteignen können. Der Ruf nach einer Fürstenenteignung

---

<sup>41</sup> Vgl. oben, 5.

<sup>42</sup> JUNG, wie Fn. 6, 456 f.

<sup>43</sup> Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm, hg. von Karl ROSNER, 1922, 341 ff., 343. Die weiteren Kaisersöhne hatten ihrem Vater “in die Hand versprochen, eine Regentschaft an meiner und des Kronprinzen Stelle nicht zu übernehmen“ (zitiert bei Franz HERRE, Kaiser Wilhelm II., 1993, 336).

<sup>44</sup> JUNG, wie Fn. 6, 464 f.

<sup>45</sup> Kurt Heinig zählt zwischen 1923 und nicht weniger als 6 Vergleichsentwürfe. (Fürstenabfindung? 1926, 12.)

hatte sich auch aus den Mittelparteien erhoben.<sup>46</sup> Es ist aber verständlich, dass sich die Reichsregierung dem versagte. Ihr wäre nur eine reichseinheitliche Regelung möglich gewesen, dafür war aber die Lage in den Ländern zu unterschiedlich. Auch hätte sich der inner- und interministerielle sowie innerparlamentarische Gegensatz zwischen oft monarchisch grundgestimmten Konservativen, überzeugten Republikanern und Kommunisten, der eine preußische Lösung lange verhinderte, für das Reich nur noch verhängnisvoller auswirken können.

Von Anfang an haben die Parteien links von der Mehrheits-SPD alle bis 1918 regierenden Fürstenfamilien entschädigungslos enteignen wollen.<sup>47</sup> Nachdem die Revolution nicht mehr auf der Straße spielte und Deutschland unter den Führern der Mehrheitssozialdemokratie, voran Friedrich Ebert, seit Januar 1919 den Weg zum Verfassungsstaat beschritt, war für die Linke ein Gesetz der einzige Weg, auf dem sie ihr Ziel der Fürstenenteignung verfolgen konnten. Aber gegen die Weimarer Koalition konnte sie allenfalls mit Hilfe von Sympathisanten in den Ministerien und punktuellen Überläufern aus der Mehrheits-SPD die laufende Auseinandersetzung stören, aber das eigene Ziel nicht durchsetzen.

Nachdem sich 1923 die Lage der Bevölkerung infolge der Währungsreform gebessert hatte, war sie 2 Jahre später wieder auf einem Tiefpunkt. Rationalisierungen in der Industrie hatten die Arbeitslosigkeit wieder anwachsen lassen. Noch bestimmender war das verarmte mittlere Bürgertum. Von ihm waren in großem Umfang Kriegsanleihen gezeichnet worden, die in der Inflation zusammenschmolzen und nach der Währungsreform nur ganz geringfügig aufgewertet wurden, während den Sachbesitzern in Industrie, Land- und Forstwirtschaft – und damit dem landbesitzenden Adel – nur relativ geringe Ausgleichleistungen auferlegt worden waren. Als allmählich bekannt wurde, dass die Hohenzollern auch für ihre Inflationsverluste eine gewisse Entschädigung erhalten sollten,<sup>48</sup> verbreitete sich Empörung, in der es der KPD gelang, die SPD für eine gemeinsame Initiative für ein Volksbegehren auf entschädigungslose Fürstenenteignung zu gewinnen.<sup>49</sup> Das Volksbegehren war überwältigend erfolgreich: anstelle der nach Art. 73 WRV erforderlichen 10% = 2 Millionen der Stimmberechtigten unterschrieben 12,5 Millionen. In dem anschließenden Volksentscheid über das entsprechende Gesetz stimmten am 20. Juni 1926 zwar 14,5 Millionen dafür, aber das war bei weitem nicht die erforderliche Mehrheit aller Stimmberechtigten, sondern nur 39,2 %. Dabei gaben nicht Neinstimmen oder Enthaltungen den Ausschlag, sondern eine geringe Wahlbeteiligung.

---

<sup>46</sup> So zuerst ausgerechnet nach der Reichstagswahl vom Juni 1920, bei der die MSPD fast die Hälfte ihrer Sitze einbüßte (JUNG, wie Fn. 6, 476).

<sup>47</sup> Bereits in einer Kabinettsitzung am 30. 11. 1918 sollen die beiden Ko-Justizminister Hofmann (SPD) und Rosenfeld (USPD) einen solchen Antrag gestellt haben (Jung, wie Fn. 6, 438 f.). Nach dem Ausscheiden der USPD forderte Hoffmann als alleiniger Justizminister in der verfassungsgebenden Landesversammlung ein Ausnahmegesetz gegen die Hohenzollern (JUNG, wie Fn. 6, 455).

<sup>48</sup> Und zwar waren Inflationsverluste bei Bestimmung der Entschädigung für die frühere Kronfideikommißrente berücksichtigt worden.

<sup>49</sup> Vom Nov. 1825 datiert der Antrag der KPD auf Volksentscheid, am 2. 2. 126 folgte die SPD. Mit dem Einbringen dieser Anträge in den Landtag zögerte die Regierung im Hinblick auf den im Okt. geschlossenen Vergleich und einen Antrag der DDP vom 23. 11. 1925 (Koch-Weser), der auf eine Ermächtigung des Reiches zu Auseinandersetzungsgesetzen der Länder und inhaltlich auf eine Enteignung gegen Entschädigung gerichtet war. Wortlaut der Gesetzesvorlage von KPD und SPD: RT Drs. 2229 v. 24. 4 1926.



## 5. Gesetzesförmlich genehmigter Vergleichsvertrag

Damit war für Preußen sowohl das Thema einer Enteignung wie überhaupt eine reichsgesetzliche Lösung vom Tisch. Auf dem Tisch lag nur noch der vor dem Beginn der Volksgesetzgebungsverfahren im Jahr 1925 zustande gekommene Vergleich. Dass der so nicht bleiben konnte, war nach dem nie da gewesenen Aufstand der Zivilgesellschaft für eine Fürstenenteignung in den zurückliegenden Wochen beiden Seiten klar: die breite adelsfeindliche Erregung, die 14,5 Millionen Unterschriften für das Volksbegehren, das Votum der SPD sowie die nicht geringe Unterstützung auch aus dem Zentrum und der DDP hatten die Lage verändert. Der Eindruck davon wurde durch das Scheitern des Volksentscheids nicht aufgewogen, weil mindestens Insider wussten, in welchem Maß das Ergebnis der nicht überall streng geheim verlaufenen Wahl durch Boykott und Androhung von Nachteilen durch Arbeitgeber, besonders auf den ostelbischen Gütern, beeinflusst war.<sup>50</sup> Die Nachgiebigkeit des Hauses Hohenzollern dürfte auch dadurch genährt worden sein, dass sich der vormalige Kaiser die erhoffte Rückkehr auf den Thron nicht verbauen wollte. Weil jeder Vergleich der Zustimmung des Landtages bedurfte, zogen beide Seiten insoweit am selben Strang. Daher wurde in erneuten Verhandlungen die Schlösserliste zugunsten des Staates geändert, der erst jetzt unter anderen das Berliner Schloss Bellevue erhielt. Die zur Ablösung der Kronrente und Ausgleich von Inflationsverlusten bestimmte Summe wurde um die Hälfte auf 15 Millionen vermindert.

Die entsprechende Änderung des vom 12. Okt. 1925 stammenden “Vertrag zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses“ wurde am 6. Oktober 1926 vereinbart und das Gesetzeswerk durch Gesetz vom 29. Okt. 1926 vom Landtag gebilligt.<sup>51</sup>

Damit war die Auseinandersetzung des Freistaates Preußen mit seinem vormals regierenden Königshaus im Wesentlichen abgeschlossen. Die Liegenschaften dürften in dem Vertragswerk vollständig erfasst und zugeordnet sein.<sup>52</sup> Von den Mobilien, vor allem Sammlungsobjekte und Kunstwerke, die größtenteils nur durch ihren – veränderlichen – Standort bezeichnet sind, gilt das, wie neuerdings von Georg Friedrich erhobene Ansprüche zeigen.

---

<sup>50</sup> JUNG, wie Fn. 6, 970 ff.

<sup>51</sup> Preußische Gesetzsammlung 1926 Nr. 42, 267–269 und Anlagen.

<sup>52</sup> Das hat das LG Koblenz in seinem Urteil vom 23. 5. 2019 übersehen, wenn es darauf abstellt, dass die Ruine Rheinfels gemäß der Eintragung im Grundbuch zum Kronfideikommissvermögen gehört hat. Denn in § 1 des im Gesetz von 1925, insoweit durch das Gesetz von 1926 genehmigten Vertrags von 1925 sind unter Ziff. VIII die in Anlage D bezeichneten “Güter...aus dem Haus- und Kronfideikommiss“ zwar dem Staat zugeordnet, aber in Anl. D ist die Ruine Rheinfels nicht aufgeführt. Damit übereinstimmend sind in § 2 unter III die “Güter...des Haus- und Kronfideikommisses mit Ausnahme der nach § 1 VIII dieses Vertrags dem Staat fortan verbleibenden Besitzungen“ dem vormals regierenden Königshause zugewiesen. In dem den Vertrag von 1925 abändernde Vertrag von 1926 sind zwar Regelungen §1 VIII und § 2 III angesprochen, darin angeordnete Änderungen betreffen aber nicht die Rheinfels betreffenden Textstücke.



# MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE IN DER WEIMARER REICHsverFASSUNG (1919)

**Bernd KANNOWSKI**  
*Universitätsprofessor*

*Universität Bayreuth*

## 1. Verfassungsgeschichtlicher Kontext

Die Weimarer Republik war ein eigenartiger Staat. Sie war ein Staat voller Widersprüche. Das tritt schon beim ersten Satz ihrer Verfassung deutlich vor Augen: „Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ Man muss sich nicht viel mit Allgemeiner Staatslehre auskennen um zu wissen, dass Reich und Republik Gegensätze sind.

In Weimar ging aber offensichtlich doch irgendwie beides. Der Weimarer Staat konnte nur durch zahlreiche Kompromisse zustande kommen zwischen Kräften, die ursprünglich nie etwas miteinander zu tun haben wollten und sich zum Teil sogar mit Waffen bekämpften. Die zahlreichen Gewaltexzesse und Bluttaten gerade in der Entstehungszeit der Republik sprechen eine deutliche Sprache.<sup>1</sup> Hierin liegt überhaupt der Grund dafür, dass die Verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar tagte. Die Reichshauptstadt Berlin war einfach zu unsicher. Somit gab Gewalt in gewisser Weise der ersten deutschen Republik ihren Namen. Im Gegensatz zu all dieser Brutalität steht, dass die Weimarer Reichsverfassung mit einem umfassenden, in vieler Hinsicht zukunftsweisenden und fortschrittlichen Grundrechtsteil ausgestattet ist. Mit diesem bemerkenswerten Schmelztiegel möchte ich mich im Folgenden beschäftigen.

Um die Weimarer Grundrechte verfassungsgeschichtlich korrekt zu verorten bietet es sich an, einen Blick auf die Zeit davor und danach zu werfen. Das bedeutet zum einen eine Betrachtung der Paulskirchenverfassung von 1849 und zum anderen eine des bis heute geltenden deutschen Grundgesetzes von 1949. Das ist ein Zeitraum vom ziemlich genau 100 Jahren. Die Verfassung des Kaiserreichs von 1871 bleibt dabei aus einem einfachen Grund außen vor: Sie gewährte keine Grundrechte. Wenn sich der Grundrechtsteil der WRV also an etwas Vorherigem orientieren wollte, so mussten das die Grundrechte von 1848 sein.<sup>2</sup> Wie wir sehen werden, war das in der Tat auch so.

Untrennbar verbunden mit der Frage nach Grundrechten ist die Frage nach ihrem Schutz. Dieser ist umso stärker, je schwieriger Grundrechte abänderbar sind und zur Disposition

---

<sup>1</sup> Für einen kurzen Einblick in die vielschichtigen und in ihren Zusammenhängen nicht leicht zu verstehende Unruhen und Ausschreitungen der damaligen Zeit, siehe Werner MASER: *Friedrich Ebert. Der erste deutsche Reichspräsident. Eine politische Biographie*, München 1987, 207. ff. Ausführlich dazu zuletzt Patrick Oliver HEINEMANN: *Rechtsgeschichte der Reichswehr 1918–1933* (Krieg in der Geschichte 105), Paderborn 2018.

<sup>2</sup> Als die Volksbeauftragten forderten, der Verfassungsentwurf von Hugo Preuß müsse Grundrechte enthalten, sagte ihnen der zuständige Beamte, er schreibe die Bürgerrechte „aus der 48er Verfassung ab, soweit sie heute noch passt.“ Das nahmen sie kommentarlos hin (zitiert nach Christoph GUSY: *Die Weimarer Reichsverfassung*, Tübingen 1997 [GUSY 1997], 273; dort ohne Quellenangabe).

des Gesetzgebers stehen. Auch im Hinblick darauf wird ein vergleichender Blick auf die drei genannten deutschen Verfassungen zu werfen sein.

Bei alledem interessiert mich die Frage nach Menschenrechten: In welchem Umfang enthält die WRV solche? Gewährt sie vornehmlich oder gar ausschließlich Rechte für deutsche Staatsbürger oder für alle Menschen unabhängig von ihrer Nationalität? Und wie steht sie schließlich in Bezug auf diesen Punkt im Vergleich zu ihrer Vorgängerin und ihrer Nachfolgerin?

## 2. Die Weimarer Reichsverfassung von 1919

Zunächst ein paar Worte zum historischen Kontext der WRV. Nach der Novemberrevolution von 1918 erhielt der Staatsrechtler und linksliberale Politiker Hugo Preuß (1865–1925) von Reichspräsident Friedrich Ebert den Auftrag zum Entwurf einer Verfassung. Auf ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten versah Preuß seinen Verfassungsentwurf mit Grundrechten, was zu Anfang gar nicht beabsichtigt gewesen war. Schließlich aber arbeitete Preuß sie zu einem umfassenden Katalog aus. Dieser lag der Nationalversammlung dann ab Februar 1919 zur Debatte und Abstimmung vor.<sup>3</sup>

Die Weimarer Reichsverfassung ist ein Versuch, eines Problems Herr zu werden, das sich damals in vielerlei Hinsicht stellte. Es ging – wie bereits gesagt – darum, die Ziele höchst unterschiedlicher oder sogar gegensätzlicher Strömungen unter einen Hut zu bringen. In erster Linie drei sind zu nennen: Der Liberalismus, der auf Eigeninitiative und Individualrechte abzielte, der Sozialismus, dem am Kollektiven gelegen war und schließlich die christliche Seite, die hauptsächlich in Form des politischen Katholizismus Präsenz zeigte.<sup>4</sup> Der Kompromisscharakter mancher Vorschriften der WRV ist deshalb stark ausgeprägt.

## 3. Die Weimarer Grundrechte

Der Grundrechtsteil der Weimarer Reichsverfassung („Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“) besteht aus fünf Abschnitten. Im ersten davon („Die Einzelperson“) finden sich Rechte altliberaler Prägung wie etwa Gleichheit vor dem Gesetz, Redefreiheit und Grundrechte vor Gericht, vor allen Dingen im Strafprozess. Gleichheit für Männer und Frauen war ausdrücklich gewährt, wenn auch nur „grundsätzlich“.<sup>5</sup> Davon war 1848 noch keine Rede gewesen. Anders als in den Grundrechten von 1848 wurde der Adel allerdings nicht abgeschafft. Es fand sich nur das Gebot, Ständeprivilegien ‘aufzuheben‘; direkt aufgehoben hingegen wurden sie nicht, was einen Rückschritt darstellt.<sup>6</sup> Der 1848 statuierte Minderheitenschutz hingegen wurde in ähnlicher Form übernommen.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Dietmar WILLOWEIT: *Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Frankenreich bis zur Wiedervereinigung Deutschlands*, München 2013 [WILLOWEIT 2013], 316f.; Song SEOG-YUN: *Politische Parteien und Verbände in der Verfassungsrechtslehre der Weimarer Republik* (Schriften zur Verfassungsgeschichte 49), Berlin 1996, 61.

<sup>4</sup> Eike WOLGAST: *Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte*, Stuttgart 2009 [WOLGAST 2009], 179.

<sup>5</sup> Art. 109 Abs. 2 WRV.

<sup>6</sup> Art. 109 Abs. 3 WRV – § 137 Paulskirchenverfassung [im Folgenden FRV für Frankfurter Reichsverfassung].

<sup>7</sup> § 188 FRV: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem

Der zweite Abschnitt der WRV („Das Gemeinschaftsleben“) war prinzipiell vollkommen neu. Dort ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe statuiert, ebenso wie eine staatliche Förderung kinderreicher Familien.<sup>8</sup> Schule und Erziehung sollten unter staatlicher Aufsicht stehen.<sup>9</sup> Auch geht es um traditionelle Gemeinschaftsrechte wie die Versammlungsfreiheit.<sup>10</sup> Etwas komplett Neues war, dass auch Frauen das Wahlrecht sowie den Zugang zu öffentlichen Ämtern erhalten.<sup>11</sup> Völlig neu war ebenfalls, dass auch Beamte ein Recht auf Freiheit ihrer politischen Gesinnung eingeräumt bekamen.<sup>12</sup> Die Grundpflichten der Deutschen fallen hingegen mit nur drei Artikeln eher bescheiden aus. So sollen alle Deutschen zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten und zur Zahlung von Steuern verpflichtet sein.<sup>13</sup> Bemerkenswert ist die Erwähnung einer Wehrpflicht.<sup>14</sup> Das nämlich stand in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis zum Versailler Vertrag, der der Verfassung übergeordnet war.<sup>15</sup> Die aufkommenden Konflikte deuteten sich früh an.

Der dritte Abschnitt („Religion und Religionsgemeinschaften“) hat Kompromisscharakter. Es besteht Bekenntnisfreiheit, und das nicht nur für Christen.<sup>16</sup> Dabei ist es ausdrücklich verboten, jemanden zu einer religiösen Eidesform zu zwingen.<sup>17</sup> Andererseits bleiben der Sonntag sowie die staatlich anerkannten Feiertage gesetzlich geschützt.<sup>18</sup> Zwar sollte keine Staatskirche bestehen. Eine vollständige Trennung von Kirche und Staat gab es aber trotzdem nicht. Einen Vorteil erhielten nämlich die beiden großen Kirchen, wenn die Verfassung ihnen die Position von Körperschaften des öffentlichen Rechts zuerkannte.<sup>19</sup> Das hatte durchaus einen nennenswerten praktischen Vorteil. Nur diese beiden großen Kirchen nämlich konnten auf bürgerliche Steuerlisten zugreifen und auf dieser Grundlage Steuern erheben.<sup>20</sup> Kirchensteuern, um deren Einziehung und Verwaltung sich in der Regel die staatlichen Finanzämter zu kümmern hatten, konnten folglich allein von der katholischen und der evangelischen Kirche erhoben werden. Hierin liegt ein klares Zugeständnis an die christlichen Interessenvertreter.<sup>21</sup> Diese Rechtslage hat sich bis heute nicht geändert, gelten doch die entsprechenden Artikel der Weimarer Reichsverfassung nach dem Bonner

---

Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege. – Artikel 113 WRV: Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.“

<sup>8</sup> Art. 119 WRV.

<sup>9</sup> Art. 120 WRV.

<sup>10</sup> Art. 123 WRV.

<sup>11</sup> Art. 125, 128 Abs. 2 WRV.

<sup>12</sup> Art. 130 Abs. 2 WRV.

<sup>13</sup> Art. 132, 134 WRV.

<sup>14</sup> Art. 133 WRV.

<sup>15</sup> Ernst Rudolf HUBER: *Deutsche Verfassungsgeschichte VI*, Stuttgart 1981, 470f.

<sup>16</sup> Art. 135 WRV.

<sup>17</sup> Art. 136 Abs. 4 WRV.

<sup>18</sup> Art. 139 WRV.

<sup>19</sup> Art. 137 Abs. 4 WRV.

<sup>20</sup> Art. 137 Abs. 6 WRV.

<sup>21</sup> MAUNZ – DÜRIG – KORIOH: *Grundgesetzkommentar*, 85. *Ergänzungslieferung* (November 2018), WRV Art. 137 Rn. 95; GUSY 1997, 321.

Grundgesetz bis heute fort.<sup>22</sup> Das galt, so überraschend das sein mag, auch für die Verfassung der DDR von 1949.<sup>23</sup>

Der vierte Abschnitt des Weimarer Grundrechtsteils („Bildung und Schulung“) hatte ebenfalls Kompromisscharakter. Konfessionsschulen und theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten wurden garantiert. In die Errichtungen des Schulwesens allerdings sollten weder die Kirchen noch die Eltern einbezogen sein, wobei die Ausbildung der Lehrer für das gesamte Reich einheitlich geregelt werden sollte. Dabei sollte Chancengleichheit durch freien Zugang zu Bildungseinrichtungen unabhängig von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen oder der Religion bestehen. Auch war eine staatliche Förderung für Bedürftige vorgesehen. Ein Zugeständnis der Verfassung an das katholische Zentrum lag darin, dass auf Antrag konfessionelle Schulen zulässig sein sollten. Dies allerdings war nicht allein als Begünstigung für Religionsgemeinschaften formuliert. Nicht nur religiös geprägte, sondern überhaupt weltanschaulich geprägte Privatschulen jedweder Couleur sollten zulässig sein.

Als Leitlinien der Erziehung in den Schulen sind hehre Ziele genannt, wozu auch die Völkerversöhnung zählte. Dies ist im Hinblick auf die damalige öffentliche Reaktion auf den Versailler Vertrag bemerkenswert und als ein Zugeständnis an die sozialistische Seite zu betrachten. Die Verfassung benennt als Lehrfächer Religion, im Artikel davor aber auch Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht, was an sozialistische Staaten erinnert. Das Nebeneinander grundverschiedener Weltanschauungen kann kaum anschaulicher zum Tragen kommen. Eine Neuheit war der Kulturgüterschutz. Danach standen Kunstdenkmäler unter staatlichem Schutz und die Verhinderung ihres Abwanderns ins Ausland war eine staatliche Aufgabe.

Der fünfte Abschnitt des Weimarer Grundrechtsteils („Das Wirtschaftsleben“) enthält Zugeständnisse an die Sozialdemokratie.<sup>24</sup> Die Leitidee steht ganz am Anfang des Abschnittes: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“<sup>25</sup> Im Folgenden war die Sozialbindung des Eigentums und die Garantie gesunder Wohnung vorgesehen. Enteignungen zur Befriedung von Wohnbedürfnissen sollten möglich sein.<sup>26</sup> Ebenso waren Grundbesitzer verpflichtet, ihren Boden auszunutzen und zu bearbeiten. Ferner durfte der Staat gegen Entschädigung „für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen.“<sup>27</sup> Dabei handelte es sich um Zugeständnisse an die sozialistische Seite.

Die Weimarer Reichsverfassung kennt zwar kein Recht auf Arbeit, wohl aber einen Unterhaltsanspruch für Personen, denen keine „angemessene Arbeitsgelegenheit“ geboten werden kann.<sup>28</sup>

---

<sup>22</sup> Art. 140 GG.

<sup>23</sup> Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, Art. 41, 42, 43, 45.

<sup>24</sup> Gerhard ANSCHÜTZ: *Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919*, Berlin 1933 (ND Darmstadt 1960) [ANSCHÜTZ 1960], 697f.

<sup>25</sup> Art. 151 WRV.

<sup>26</sup> Art. 155 Abs. 2 WRV.

<sup>27</sup> Art. 156 WRV.

<sup>28</sup> Art. 163 Abs. 2 WRV.

Das Arbeitsrecht war in der Weimarer Zeit ein wichtiger Punkt und die Weimarer Epoche ist für die Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland von herausragender Bedeutung.<sup>29</sup> Dies zeigt sich auch in der Forderung nach einem reichseinheitlichen Arbeitsrecht, wie die WRV sie aufstellt. Dazu ist es nicht gekommen.<sup>30</sup> Ein Arbeitsgesetzbuch gibt es in der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht, anders als in der DDR, wo ein solches seit 1978 galt.<sup>31</sup> Hieran ist zu ersehen, dass die Zielsetzungen in der Gesetzgebung eines sozialistischen Staats erkennbar andere sind. Im Weimarer Staat, der den Zielen des Sozialismus aufgeschlossener gegenüberstand als die Bundesrepublik, war ein in der Verfassung vorgesehenes Ziel, ein umfassendes Sozialversicherungssystem zu schaffen.<sup>32</sup> Die wichtigste praktische Umsetzung davon liegt in der Errichtung der Arbeitslosenversicherung im Jahr 1927,<sup>33</sup> die bis heute existiert.

Ein abstrakt-programmatisches Ziel in die Richtung einer sozialistischen Internationale scheint in der Weimarer Reichsverfassung anzuklingen wenn es dort heißt, das Reich sei verpflichtet, für „eine zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter ein[zutreten], die für die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt.“<sup>34</sup> Abschließend finden sich Bestimmungen zur Räteverfassung als Alternative zur bürgerlichen Demokratie sowie über die Bildung eines Reichswirtschaftsrates.<sup>35</sup> In der Praxis hatten diese sozialistischen Forderungen allerdings kaum Bedeutung. Umgesetzt wurde in Weimar kaum etwas davon.<sup>36</sup> Artikel 155 Abs. 2 WRV eröffnet einen Blick in eine andersartige Realität: Fideikommisse seien aufzulösen. In diesem Bereich hatte sich mithin seit dem Aufstellen dieser Forderung im Jahre 1848<sup>37</sup> wenig getan.

#### 4. Vergleich

Vergleichen wir die Weimarer Reichsverfassung mit der Frankfurter Verfassung von 1849 so fällt der Einfluss sozialistischen Gedankenguts auf. Dieser zeigt sich vor allem durch die vielfältigen sozialen Rechte. Ebenso zu nennen ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Schutz von Mutterschaft und unehelichen Kindern. Schulpflicht und

---

<sup>29</sup> Mathias SCHMOECKEL – Matthias MAETSCHKE: *Rechtsgeschichte der Wirtschaft seit dem 19. Jahrhundert*, Tübingen 2016, 377; GUSY 1997, 353.

<sup>30</sup> Zu dem entsprechenden Gesetzgebungsprojekt der Weimarer Zeit und seinem Scheitern im Jahr 1923 Nicole UNERTL: *Walter Kaskel (1882–1928): Grundfragen des Arbeitsrechts zu Beginn des 20. Jahrhunderts* (Rechtsgeschichtliche Studien 82), Hamburg 2018, 19–29.

<sup>31</sup> Arbeitsgesetzbuch der DDR vom 16. Juni 1977 (GBI I S. 185 ff.), in Kraft getreten am 1. Januar 1978.

<sup>32</sup> Art. 161 WRV.

<sup>33</sup> Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, am 7. Juli 1927 vom Reichstag mit einer vor allem für die Weimarer Zeit selten großen Mehrheit (355 von 417 Stimmen) beschlossen (RGBl. I S. 187, in Kraft getreten am 1. Oktober 1927).

<sup>34</sup> Art. 162 WRV. Anderer Auffassung ANSCHÜTZ 1960, 739.

<sup>35</sup> Art. 165 WRV.

<sup>36</sup> Zu nennen ist die Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 (RGBl. S. 858). Ein ordentlicher Reichswirtschaftsrat und Bezirkswirtschaftsräte wurden allerdings nie errichtet.

<sup>37</sup> § 170 Abs. 1 FRV: „Die Familienfideikommisse sind aufzuheben. Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.“

Volksbildungswesen sind kombiniert mit vorgegebenen Erziehungszielen. Neben die Vaterlandsliebe tritt die Völkerverständigung. Natur und Kultur stehen unter dem Schutz der Verfassung. Die darin vorgesehenen staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die Wirtschaft entsprachen den gewandelten Vorstellungen von den Aufgaben des Staates. In Einklang damit steht, dass die althergebrachten Individualrechte durch Gruppen- und Gemeinschaftsrechte Ergänzung fanden, ohne dass die Individualrechte dabei aufgegeben wurden.

Viele Formulierungen der Weimarer Verfassung waren allerdings unverbindlich. Es handelte sich um bloße Ankündigungen oder um Rechte, die nur unter Vorbehalten gewährt waren. Aus diesem Grund wird zuweilen das böse Wort „rechtlich bedeutungslose Programmsätze“ für manche Weimarer Grundrechte verwendet.<sup>38</sup> Darüber hinaus waren diese keineswegs unabänderlich. Eine Hürde für den Gesetzgeber bei Verfassungsänderungen im Sinne einer qualifizierten Mehrheit wie nach der heutigen deutschen Verfassung (Artikel 79 Abs. 2 GG) kannte die Weimarer Reichsverfassung zwar auch. Das allerdings mit dem Unterschied, dass nicht eine Zweidrittelmehrheit unter allen Abgeordneten, sondern nur eine solche unter den anwesenden Abgeordneten erforderlich war („Doppelte Zweidrittelmehrheit“, wie zuvor 1849).<sup>39</sup> Diese Bestimmung sollte bei der Abstimmung über das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 eine fatale Rolle spielen.<sup>40</sup> Eine Art Ewigkeitsgarantie, wie Artikel 79 Abs. 3 des heutigen deutschen Grundgesetzes sie vorsieht, kannte die Weimarer Verfassung hingegen nicht. In Weimar waren die Hürden für die Änderung von Grundrechten mithin deutlich niedriger als heute. Nach dem berühmt-berüchtigten Artikel 48 WRV war zudem im Fall einer Staatskrise eine Art von vorübergehender Diktatur des Reichspräsidenten möglich, wobei wichtige Grundrechte außer gesetzt werden durften. Dies gewann vor allen Dingen in der Spätphase der Weimarer Republik eine größere praktische Bedeutung, als der Weimarer Verfassungsgeber es gehnt oder gewünscht hätte. Die besagte Vorschrift sollte für den Weg der Nationalsozialisten zur Machtübernahme von entscheidender Bedeutung sein.<sup>41</sup>

## 5. Menschenrechte in der Weimarer Reichsverfassung

Wie steht es mit der Frage der Menschenrechte? Im 19. Jahrhundert fanden Grundrechte Aufnahme in nationale Verfassungen. Allerdings standen diese dann nur den jeweiligen Staatsbürgern und gerade nicht allen Menschen zu.<sup>42</sup> So ist es auch in der Paulskirchenverfassung von 1849. Die Überschrift ihres Grundrechteteils lautet: „Die Grundrechte des deutschen Volkes“. Und das ist wörtlich genau so gemeint. Dafür spricht auch der Entstehungshintergrund einer nationalen Einheitsbewegung Deutschlands.<sup>43</sup> Die Schöpfer der

---

<sup>38</sup> WOLGAST 2009, 180.

<sup>39</sup> Art. 76 WRV; § 196 FRV.

<sup>40</sup> Willoweit 2013, 338; Andreas DIETZ: *Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär* (Jus Publicum 210), Tübingen 2011, 311.

<sup>41</sup> WILLOWEIT 2013, 338.

<sup>42</sup> WOLGAST 2009, 116.

<sup>43</sup> Jörg-Detlef KÜHNE: *Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben*, Neuwied – Kriftel – Berlin 1998, 183.

Paulskirchenverfassung bzw. ihres Grundrechtskataloges hatten Staatsbürgerrechte, nicht Menschenrechte („Jedermannsrechte“) vor Augen.<sup>44</sup>

Wie ist das in Weimar? Hier fällt die Antwort anders aus. Zwar erweckt die Überschrift des zweiten Hauptteils („Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“) zunächst den Eindruck, die Weimarer Reichsverfassung enthalte genau wie die Paulskirchenverfassung ausschließlich Staatsbürgerrechte. Allerdings war der 1848 noch im Vordergrund stehende nationale Einheitsgedanke bei Entstehung der Weimarer Reichsverfassung in den Hintergrund gerückt.<sup>45</sup> Das schuf Raum für menschenrechtliche Ansätze, was darin zum Ausdruck kommt, dass zahlreiche Rechte unabhängig von einer deutschen Staatsbürgerschaft gewährt werden.<sup>46</sup> In der Weimarer Reichsverfassung existiert jedenfalls keine Bestimmung wie in der Paulskirchenverfassung, die den persönlichen Schutzbereich der Grundrechte auf Deutsche beschränken würde. So sind zentrale Grundrechte wie das auf die Freiheit der Person oder die Religionsfreiheit in Weimar als Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft formuliert.

In der Gesamtschau ist also festzuhalten, dass die nur auf Deutsche bezugnehmende Überschrift des Weimarer Grundrechtsteils in die Irre führt und letztlich ein falsches Bild ergibt. Die Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung waren zu ihrer Zeit der weitläufigste Katalog von Menschen- und Bürgerrechten, der in irgendeinem Staat der Welt zu finden war. Auch das heutige deutsche Grundgesetz bleibt seinem Anspruch nach dahinter zurück.<sup>47</sup>

Die Weimarer Epoche war eine liberale und leider viel zu kurze Epoche. So schuf die Weimarer Republik auch rechtliche Kategorien für die Aufnahme von Flüchtlingen. 1929 wurde politisches Asyl in Deutschland erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.<sup>48</sup> In Preußen bestand seit 1932 die Verpflichtung, politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren.<sup>49</sup> Das allerdings währte nicht lange. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme wenige Monate später wurde Deutschland asylfeindlich und trieb zu Hunderttausenden Menschen ins Exil.<sup>50</sup> Der Zusammenhang ist klar. Ein menschenunwürdiger Umgang mit Geflüchteten und die Negation eines Asylrechts sind Merkmale von Diktatur und Barbarei.

---

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> ANSCHÜTZ 1960, 511; Adolf LAUFS: *Rechtsentwicklungen in Deutschland*. 6. Auflage, Berlin 2006, 357. Anderer Ansicht Richard THOMA: *Grundrechte und Polizeigewalt*. In: Heinrich Triepel (Hg.): *Verwaltungsrechtliche Abhandlungen*. Festgabe zur Feier des 50-jährigen Bestehens des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, Berlin 1925, 183–223, hier 192 Fn. 7.

<sup>47</sup> WOLGAST 2009, 190.

<sup>48</sup> Deutsches Auslieferungsgesetz vom 23. Dezember 1929, RGBl. 239–244.

<sup>49</sup> Die neue Preußische Polizeiverordnung über die Behandlung der Ausländer (Ausländer-Polizeiverordnung ab 1. Juli 1932), abgedruckt in: L. GUTMANN: *Rechte und Pflichten der Ausländer*, Berlin 1932, 7–22.

<sup>50</sup> Dazu Jochen OLTMER: *Ein deutsches Asylrecht am Ende der Weimarer Republik? Das Auslieferungsasyl in Westeuropa und seine Grenzen*. In: Themenportal Europäische Geschichte, 2017, [www.europa.clío-online.de/essay/id/artikel-4201](http://www.europa.clío-online.de/essay/id/artikel-4201), Zugriff am 16. Dezember 2020.



## "DEN ANDEN JUNI-GRUNDLOV" – CONSTITUTIONAL EVENTS IN DENMARK 100 YEARS AGO

*KÉPES György*  
associate professor

*Eötvös Loránd University, Budapest*

After almost 200 years of royal absolutism, Denmark became a constitutional monarchy in 1848–49.<sup>1</sup> The constitutional charter called *Grundloven* (The Basic Law) was adopted by the constituent assembly of the realm (*grundlovgivende rigsforsamling*) convened by the absolute ruler King Frederick VII (1848–1863) as a response to the “peaceful – indeed, almost amiable” revolutionary events in Copenhagen in March 1848.<sup>2</sup> This convention had an exceptionally wide democratic legitimacy in contemporary Europe, as it was elected in October 1848 by virtue of a royal decree that provided an almost universal suffrage for male citizens of at least 30 years of age.<sup>3</sup> The constitutional charter was signed by the king on the 5<sup>th</sup> of June 1849. Since the end of the 19<sup>th</sup> Century, the anniversary of this signature is known as the Constitution Day in Denmark.

### 1. The “June Constitution” of 1849

The draft that later served as the basis of the first Danish *Grundlov* had already been prepared in June 1848 by *Ditlev Gothard Monrad* (1811–1887),<sup>4</sup> one of the members of the new cabinet appointed by the king in March 1848, referred to as his “responsible government” without any legal basis (according to the absolutistic *Lex Regia* of 1665<sup>5</sup> still in force, and especially in lack of any parliamentary organ, governmental responsibility was completely

---

<sup>1</sup> Concerning the events of transition see e.g. Michael BREGNSBO: *Danmark 1848 – systemskifte og borgerkrig*. In: *Fortid og Nutid*, No. 4 (1998), 251–269.; Steen Bo FRANDSEN: *Denmark 1848. The Victory of Democracy and the Shattering of the Conglomerate State*. In: *Europe in 1848. Revolution and Reform*. Eds.: Dieter Dowe – Heinz-Gerhard Haupt – Dieter Langewiesche – Jonathan Sperber. New York – Oxford, 2001, 289–312.; KÉPES György: *Regeringsform, Grunnlov, Grundlov: Written Constitutions in Scandinavia in the 19<sup>th</sup> Century*. In: *Journal on European History of Law*, Vol. 4, No. 1 (2013), 137–152, 147–148.; Thomas RIIS: *Von Absolutismus zur konstitutionellen Monarchie in Dänemark und den Herzogtümern: März 1848 bis Juni 1849*. In: *Die Entstehung der Verfassungen der dänischen Monarchie (1848–1849)*. Eds.: Sönke Loebert – Okko Meiburg – Thomas Riis. Frankfurt am Main, 2012, 11–24.; Hans VAMMEN: *Die Casino-“Revolution” in Kopenhagen 1848*. In: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, Vol. 123 (1998), 57–90.

<sup>2</sup> Knud J.V. JESPERSEN: *A History of Denmark*. 3<sup>rd</sup> edition. London, 2019, 70.

<sup>3</sup> Peter NANNSTAD: *In the Cradle of a Party System: Voting Patterns and Voting Groups in the Danish Constitutional Convention, 1848–1849*. In: *Scandinavian Political Studies*, Vol. 7., No. 7 (1972), 119–135, 122.

<sup>4</sup> Ole FELDBÆK: *Danmarks historie*. København, 2010, 190.

<sup>5</sup> See: Ernst EKMÁN: *The Danish Royal Law of 1665*. In: *The Journal of Modern History*, Vol. 29., No. 2. (1957), 102–107.

unknown in the Danish monarchy of that time). Monrad intended to create a modern and well-founded constitution, and in order to achieve this he had studied (and then used in his preparatory work as examples of "good practice") the Constitution of the United States of America (1787), the French Declaration of the Rights of Man and of the Citizen (1789), the Norwegian Basic Law of 1814, and the most advanced monarchic constitution of its time, the Belgian Constitution of 1831.<sup>6</sup>

The Danish Constitution of 1849<sup>7</sup> consisted of a short Preamble and eight Articles (often translated to English as "parts") numbered with roman numerals, i.e. from I–VIII. According to § 1 of Article I, Denmark's form of government was defined as a "restricted monarchy",<sup>8</sup> and the royal power as "hereditary" (with contemporary Danish spelling: "*Regjeringsformen er indskrænket-monarkisk. Kongemagten er arvelig*").<sup>9</sup> Article I § 2 declared the concept of division of powers. The legislative power was vested in the king and the newly established parliament called *Rigsdag* (the law making itself was the monopoly of the latter, while the monarch was granted the right of absolute veto: without his signature no law could come into effect).<sup>10</sup>

The executive power was defined as a royal competence, however, similarly to other modern monarchic constitutions (from the French Constitution of 1791 to the above mentioned Belgian Constitution that, in many respects, served as a model for Denmark as well),<sup>11</sup> the king could only exercise it through his cabinet, and the countersignature of a minister was needed for the validity of his resolutions. The countersigning minister assumed this way the responsibility for the decisions from the king who thus could remain irresponsible. The Basic Law also declared the separation of the judiciary from the executive (§ 76), and that the judges were subordinated to the laws only (§ 78). Finally, the fundamental rights were also declared and guaranteed in a detailed manner, including some of the very modern economic and social rights as well.

From the point of view of the subject of this study, the regulation of the legislative body deserves special attention. The name *Rigsdag* was chosen on the proposal of Prime Minister *Adam Wilhelm Moltke* (1785–1864),<sup>12</sup> and it referred to the historical name of the medieval Danish diet that, by the way, had been far from being a significant institution in the constitutional history of the country (Herman Schück calls it a "sporadic royal assembly"

---

<sup>6</sup> Nils HERLITZ: *Elements of Nordic Public Law*. Stockholm, 1969, 34.; G. C. PETERSEN: *D. G. Monrad. Scholar, Statesman, Priest and New Zealand Pioneer*. Levin (N.Z.), 1965, 32.

<sup>7</sup> In German translation see: *Die Entstehung der Verfassungen*, 301–312.; in Danish original (a. o.): *Constitutions of the World from the late 18<sup>th</sup> Century to the Middle of the 19<sup>th</sup> Century. Sources on the Rise of Modern Constitutionalism. Europe: Volume 6*. Ed.: Horst Dippel. München, 2008, 57–64.

<sup>8</sup> JESPERSEN 2019, 71.

<sup>9</sup> *Constitutions of the World*, 57.

<sup>10</sup> Uffe JAKOBSEN – JUSSI KURUNMÄKI: *The Formation of Parliamentarism in the Nordic Countries from the Napoleonic Wars to the First World War*. In: *Parliament and Parliamentarism. A Comparative History of a European Concept*. Eds.: Pasi Ihalainen – Cornelia Ilie – Kari Palonen. New York–Oxford, 2016, 97–114, 103.

<sup>11</sup> Agust Thor ARNÁSON: *The Good State or the Constitutional Innocents of the Nordic Societies*. In: *Constitutionalism: New Challenges. European Law from a Nordic Perspective*. Ed.: Joakim Nergelius. Leiden–Boston, 2008, 155–160, 156–157.

<sup>12</sup> JAKOBSEN–KURUNMÄKI 2016, 100.

in his entry in the encyclopaedia on Medieval Scandinavia).<sup>13</sup> As a compromise between the different political groups involved in the constitutional process, the *Rigsdag* became a bicameral parliament.<sup>14</sup> Its lower house was called *Folketing* (national assembly), while the second chamber received the name *Landsting* that had been the name of the traditional assemblies of the old provinces in the Middle Ages, primarily having judicial functions.

*Folketing* was a completely new designation, highlighting the democratic characteristics of the first chamber. The founding fathers were right to say this, because, at least concerning this house, the Basic Law of 1849 preserved the democratic franchise already applied during the election of the constituent assembly in 1848. By virtue of the new regulation, all irreproachable male citizens could vote for the members of the *Folketing*, who were not less than 30 years of age, except the servants, those who were in receipt of a welfare benefit, legally incapacitated, or did not have a permanent residence for at least one year. These conditions were very liberal in those times: about 14.5 per cent of the population was granted suffrage.<sup>15</sup> The Danish historian Ebbe Kühle calls this regulation “unusually democratic” (*usædvanligt demokratisk*), emphasising that 70 per cent of the Danish men of at least 30 years of age obtained franchise in 1849.<sup>16</sup>

The regulation relating to the upper house (*Landsting*) was less democratic. First of all, according to the provisions of §§ 39 and 41, the *Landsting* elections were indirect: the citizens voted for electors (called *valgmand*, a word with the same etymology as it was used in contemporary Prussia, *Wahlmann*). Secondly, only those male citizens could vote for the *Landsting* who were at least 40 years old, and who complied with one of the tax or net income qualifications, i.e. who were paying at least 200 *rigsdalers* of national or local tax, or who had a yearly net income of at least 1200 *rigsdalers* (§ 40).<sup>17</sup> According to the calculations of Bent Rying, while one-seventh of the Danish population were granted active voting rights for the lower house, only 0.3 per cent of them were eligible for the upper house of the newly established Danish parliament.<sup>18</sup> As in this way the membership of the *Landsting* consisted of the wealthiest groups of the society, the upper house became – in the words of Knud J.V. Jespersen – “a conservative check on the political decision-making process”.<sup>19</sup>

The two houses of the *Rigsdag* had equal powers in legislation, none of them could override the other. Except for the budget bill that, according to § 52 of the Basic Law had to be discussed first in the *Folketing*, any bill could be presented to any of the two chambers. A bill could be passed by the parliament if it was approved by both houses (§ 57). In the event of a disagreement between the *Folketing* and the *Landsting*, a conciliation

<sup>13</sup> Herman SCHÜCK: *Royal Assemblies (Parliaments, Estates)*. In: *Medieval Scandinavia. An Encyclopedia*. Eds.: Philip Pulsiano – Kirsten Wolf. New York, 1993, 544–545, 544.

<sup>14</sup> Peter NANNSTAD: *Das politische System Dänemarks*. In: *Die politischen Systeme Westeuropas*. Ed.: Wolfgang Ismayr. Wiesbaden, 2013, 55–92, 56.

<sup>15</sup> Bent RYING: *Danish in the South and the North. Vol. II. Denmark History*. København, 1988, 278.

<sup>16</sup> Ebbe KÜHLE: *Danmarks historie i et globalt perspektiv*. København, 2008, 173.; NANNSTAD 2013, 56.

<sup>17</sup> Christian FÖRSTER – Josef SCHMID – Nicolas TRICK: *Die nordischen Länder. Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*. Wiesbaden, 2014, 24.

<sup>18</sup> RYING 1988, 278.

<sup>19</sup> JESPERSEN 2019, 71. See also: Tove Lise SCHOU: *Denmark*. In: *Cabinets in Western Europe*. Eds.: Jean Blondel – Ferdinand Müller-Rommel. London, 1997, 192–209, 196.

committee could be established, however, even in this case it was indispensable that both houses should vote and adopt the bill separately. Furthermore, concerning the topic of this study, it is important to mention, that § 30 of the *Grundlov* made it possible for the king (obviously through its cabinet) to issue provisional laws (*foreløbige love*)<sup>20</sup> in periods when the *Rigsdag* had no sessions. However these regulations should not conflict with the Basic Law, and at the first subsequent meeting of the parliament they should be presented to the *Rigsdag* in order to be confirmed.

The evaluation of the Danish Constitution of 1849 is generally positive. Compared to the other constitutional charters of the 1848 revolutionary wave, maybe its speciality is less pronounced, however in a wider comparison with the European constitutions of the middle of the 19<sup>th</sup> century, we may establish that the Danish "constituent fathers"<sup>21</sup> have no reasons for any embarrassment. The Basic Law of the Danish Realm was not just compliant with the spirit of its times, but in many aspects (especially the extension of the suffrage, parliamentary rights, guarantees of the division of powers and fundamental rights) it was ahead of its times.<sup>22</sup> Just to mention some comments from the historiography: Henning K. Friis refers to it as "a very radical one for its time";<sup>23</sup> Knud J.V. Jespersen also describes it as "very democratic" "compared to the constitutions of many other countries";<sup>24</sup> and even the (that-time) Soviet historian Aleksandr Sergeevich Kan calls it in his famous book first published in 1971 on the history of the Nordic countries as "one of the most advanced of its times".<sup>25</sup>

According to the opinion of many historians, the unusually democratic (male) suffrage guaranteed by the Basic Law of 1849 was far from being the result of any revolutionary event, like for example the suffrage of the French revolution of February 1848, the franchise regulation of the German Confederation, or even the low age limit (20 years) expected by the famous Hungarian Act V of 1848 "on the Election of Parliamentary Deputies on the Basis of Popular Representation".<sup>26</sup> The reason of this relatively high level of democracy in Denmark was the obligation of universal (male) military service that was also declared in the Constitution. With the words of Knud J.V. Jespersen, "if the state could use the constitution to oblige its citizens to lay down their lives for their country, then it was not unreasonable to grant them a certain political influence".<sup>27</sup>

---

<sup>20</sup> *Constitutions of the World*, 59.

<sup>21</sup> Founding fathers or literally „fathers of the Constitution” (*forfatningsfædre*) is an accepted name used for the members of the constituent assembly of 1848–49 in Danish historiography. See e.g. Palle SVENSSON: *Var vore forfatningsfædre demokrater?* In: *Temp – tidsskrift for historie*, Vol. 5 (2012), 5–27, 7.

<sup>22</sup> KÜHLE 2008, 173.; Lester B. ORFIELD: *The Growth of Scandinavian Law*. Philadelphia, 1953, 24.; RYING 1988, 278.

<sup>23</sup> Henning K. FRIIS: *Scandinavian Democracy*. In: *Scandinavia, between East and West*. Ed.: Henning K. Friis, Ithaca, 1950, 1–22, 4.

<sup>24</sup> JESPERSEN 2019, 72.

<sup>25</sup> "Июньская конституция была одной из самых прогрессивных в тогдашнем мире". See Aleksandr Sergeevich KAN [КАН, Александр Сергеевич]: *История скандинавских стран (Дания, Норвегия, Швеция)*. [A History of the Scandinavian Countries (Denmark, Norway, Sweden)]. 2<sup>nd</sup> Edition. Москва [Moscow], 1980, 122.

<sup>26</sup> Source of the Hungarian translation of the title of this law: KOMÁROMI László: *Milestones in the History of Direct Democracy in Hungary*. In: *Iustum Aequum Salutare* Vol. 9, No. 4 (2013), 41–57, 43.

<sup>27</sup> JESPERSEN 2019, 72. For a more detailed analysis of this co-relation see: Lars Bo KASPERSEN: *How Denmark Became Democratic: The Impact of Warfare and Military Reforms*. In: *Acta Sociologica*, Vol. 47., No. 1. (2004), 71–89, especially from 84.

## 2. The Schleswig-Holstein conflict, and its effects on the Danish constitutional history

In parallel to the adoption of the Constitution, a shadow was cast by the Schleswig-Holstein conflict in Denmark. The Schleswig-Holsteiners interpreted the change of cabinet in 1848 as an “open declaration of war”,<sup>28</sup> because Moltke’s government made clear that Schleswig (in Danish: *Slesvig*), the whole historical territory of Southern Jutland down to the river Eider (where the frontier between Denmark and the Frankish Empire had been established in 811), would remain together with the Kingdom of Denmark under the same constitutional rules as a unitary state, and only Holstein and Lauenburg would be granted their own separate constitution. Therefore, on 24 March 1848, in less than two days from the appointment of the Moltke-government, the Schleswig-Holsteiners formed a temporary government in Kiel, led by Duke *Christian August of Augustenburg* (1798–1869), the heir to the Danish throne according to the German rules of succession,<sup>29</sup> referring to the “forever separable” union of Schleswig and Holstein.<sup>30</sup>

By this, the first Schleswig-Holstein war broke out, in which the Schleswig separatists were initially supported by Prussia (as the protector of the interests of the German Confederation). It is interesting to cite what Friedrich Engels wrote about this conflict in February 1848, in his essay “Three New Constitutions” published in the *Deutsche-Brüsseler-Zeitung*: “it is too absurd that they [the Schleswig-Holsteiners] should appeal to the police of the German Confederation against a constitution”.<sup>31</sup> Indeed, the Schleswig-Holsteiners were liberals, they followed the same constitutional principles as the Danish liberals in Copenhagen, but they were also nationalists, and this latter sentiment prevailed.

Until the end of April 1848, the Prussian army led by the experienced *Count Friedrich von Wrangel* (1784–1877) did not just drive the Danish troops out of Schleswig, but invaded the Northern part of the Jutland peninsula as well. Seeing this quick and dangerous advancement, Russia declared to take sides with Denmark, and managed to force – with the consent of England and Sweden – an armistice between the parties in July. The clashes started again in April 1849, but the Prussians decided to retreat from the armed conflict. On 9 July 1849, the Danes won a decisive victory at Fredericia, and on 2 July 1850 (also with the help of the Russian Empire) a peace treaty was entered into between Denmark and the German Confederation (the document was signed by Prussia in their own name, and the other on behalf of the Confederation). After some sporadic fights against the Schleswig-

<sup>28</sup> JESPERSEN 2019, 71.

<sup>29</sup> KAN 1980, 121.

<sup>30</sup> The declaration of the “forever inseparable” union derived from the famous “*ewich tosamende ungedelt*” (in later sources: “*up ewig ungedelt*”) clause of the *Freiheitsbrief* of Ribe of 1460. In this document, the newly crowned Danish king, Christian I of Oldenburg undertook to protect and preserve the eternal union of Schleswig and Holstein. For more information see Thomas RÜS: “*Up ewig ungedelt*” – *ein Schlagwort und sein Hintergrund*. In: *Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag*. Eds.: Thomas Stamm-Kuhlmann – Jürgen Elvert – Birgit Aschmann – Jens Hohensee. Stuttgart, 2003, 158–167.

<sup>31</sup> Friedrich ENGELS: *Three New Constitutions*. In: *Marx and Engels Collected Works*. Volume 6: Marx and Engels, 1845–48. Eds.: Eric J. Hobsbawm et. al. Lawrence & Wishart Electric Book, 2010, 540–544, 543.

Holsteiners they were left alone in their fight by their former German allies, the hostilities concluded with the Treaty of London in May 1852.<sup>32</sup>

The treaty restored the integrity of the Danish monarchy that actually meant the maintenance of the *status quo*: Schleswig–Holstein should be given back to the Danish Crown, however with two important restrictions. On the one hand, Holstein (and Lauenburg) should remain members of the German Confederation, while on the other Denmark should undertake not to link Schleswig to itself more than to Holstein, i.e. Schleswig could not be annexed by the Kingdom of Denmark.<sup>33</sup> From a constitutional law point of view, the effect of the Treaty of London was that, while Denmark was already a constitutional monarchy, the old, absolutist constitution remained in force in Schleswig that would be governed as a royal province. Knud J.V. Jespersen emphasises that "this extremely complicated situation would give rise to endless problems which heralded the national catastrophe in 1864".<sup>34</sup>

On 31 July 1853 a new Act of Succession came into effect in Denmark, providing that, for the case of extinction of the male line of the Oldenburg dynasty (ruling since 1448), Prince Christian of Glücksburg would become the heir to the Danish throne. This change resulted in (previously approved by the international powers in the Treaty of London of May 1852), not only the Augustenburgs but the Hesse–Kassel (female) line of the dynasty being circumvented as well.<sup>35</sup> As we have already mentioned, the Augustenburgs would have been the rightful successors to the throne of Denmark by virtue of Salic law of succession recognised in the German states, while the Hesse–Kassel branch (descendants of Christian VIII's sister Princess Louise Charlotte and her husband, Prince William of Hesse–Kassel)<sup>36</sup> would have come according to the Danish rules of succession laid down in the old absolutist constitution, the Royal Law (*Kongeloven*) of 1665. On 30 December 1852 six million Crowns were paid to Duke Christian August of Augustenburg as a compensation for his abdication from the throne.<sup>37</sup>

By virtue of the Treaty of London, it was expressly prohibited to establish a common nation state between Denmark and Schleswig by the extension of the territorial effect of the Basic Law of 1849, as it had originally been planned by the Danish National Liberals in 1848. In the 1850s, the public law links between Denmark and the Duchies somehow had to be regulated. The king already promised in January 1852 that a common constitution would be granted to the Duchies.<sup>38</sup> Based on this promise, a constitutional decree on the "common affairs" of the Danish monarchy was issued in July 1854 (*Forordning om det*

---

<sup>32</sup> JESPERSEN 2019, 71.; in Danish see: <http://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/londontraktaten-8-maj-1852/> (Access date: 01/08/2019)

<sup>33</sup> Claus BJØRN: *Modern Denmark: A Synthesis of Converging Developments*. In: *Scandinavian Journal of History*, Vol. 25., No. 1–2. (2000), 119–130, 120.; Palle LAURING: *A History of the Kingdom of Denmark*. København, 1968, 217.

<sup>34</sup> JESPERSEN 2019, 71.

<sup>35</sup> Carl GOOS – Henrik LARSEN: *Das Staatsrecht des Königreichs Dänemark*. Tübingen, 1913, 5.; LAURING 1968, 217.; Vagn SKOVGAARD-PETERSEN: *Denmark: the Emergence of the Nation State*. In: *The Cambridge History of Scandinavia*. Vol. 2: 1520–1870. Eds.: Erkki I. Kouri – Jens E. Olesen. Cambridge, 2016, 946–961, 955.

<sup>36</sup> GOOS–LARSEN 1913, 3.

<sup>37</sup> GOOS–LARSEN 1913, 5.

<sup>38</sup> GOOS–LARSEN 1913, 4.



*Danske Monarchies Forfatning for dets Fælledsanliggender*).<sup>39</sup> This relatively short (and short-lived) document consisting of 28 paragraphs confirmed the new succession rules, and established an organ called the “Secret Council of the State” (*Gehejme Statsråd*) in order to deal with the common affairs of Denmark, Slesvig, Holstein and Lauenburg. For the supervision of these affairs, a common Council of the Realm (*Rigsråd*)<sup>40</sup> was set up, in the beginning only consisting of members appointed by the king. The Danish kingdom had dominance in the *Rigsråd* because 30 of its 50 members were appointed from Denmark, and the seat of the council was in Copenhagen as well.

On 29 August 1855 a document called “Restriction of the Basic Law of 5 June 1849” (*Indskrænkning af Grundloven af 5te Juni 1849*)<sup>41</sup> listed the internal affairs of Denmark (§ 2) and made clear that all the matters not listed therein should be considered as common affairs of Denmark and the Duchies, and therefore the 1849 Constitution should not apply to them. Finally, the decree of July 1854 was replaced with a German–Danish bilingual “Constitutional Law for the Common Affairs of the Danish Monarchy” on 2 October 1855 (*Forfatningslov for det Danske Monarchies Fælledsanliggender*).<sup>42</sup>

This document preserved the existence of the *Rigsråd*, however in a way that only one quarter of its members (20) were appointed by the king, the remaining three quarters were elected, half of them (30) by the Danish *Rigsdag* (18) and the assemblies of the provinces (5 from Schleswig, 6 from Holstein and 1 from Lauenburg), and the other half (30) by the citizens enfranchised with a quite antidemocratic system of tax and property qualifications (the same criteria as those of eligibility for the *Landsting* set out in the 1849 Constitution) – according to the opinion of Torkel Jansson, practically by no more people than the 6,000 wealthiest citizens.<sup>43</sup> However, it is still worth mentioning that the *Rigsråd* election of 1856 was the first parliamentary election in the world held in line with the principle of proportional representation.<sup>44</sup> The exact system was worked out by the Danish mathematician and Minister of Finance *Carl C.G. Andræ* (1812–1893) mainly on the basis of the methods recommended by *Sir Thomas Hare* (1806–1891).<sup>45</sup>

<sup>39</sup> GOOS–LARSEN 1913, 6.; ORFIELD 1953, 24. In Danish see: <http://thomasthorsen.dk/pol/1854-constitutional-order.php> (Access date: 01/08/2019)

<sup>40</sup> It is interesting to mention that *Rigsråd* was the name of the old aristocratic Council of the Realm abolished in autumn 1660 when the king was declared the absolute and hereditary king of Denmark. Before this system change, the Council of the Realm controlled the affairs of the state together with the monarch; no tax could be imposed and no war could be declared without its approval; and it was the council to establish the conditions of the royal oath, i.e. the legal limitations of the royal power. Obviously, the new *Rigsråd* of Denmark and the Duchies had nothing to do with this old body of the aristocratic constitution of Denmark ruling the country in co-operation with the king between 1536 and 1660.

<sup>41</sup> In Danish see: <http://thomasthorsen.dk/dk-co-lim-1855.html> (Access date: 01/08/2019)

<sup>42</sup> In Danish see: <http://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/helstatsforfatningen-1855-faellesforfatningen/> (Access date: 01/08/2019)

<sup>43</sup> Torkel JANSSON: *The Constitutional Situation*. In: *The Cambridge History of Scandinavia*. Vol. 2: 1520–1870. Eds.: Erkki I. Kouri – Jens E. Olesen. Cambridge, 2016, 907–927, 915.

<sup>44</sup> GOOS–LARSEN 1913, 7. and 75.; ORFIELD 1953, 24.

<sup>45</sup> For a detailed description of this method known as the system of “single transferable vote” (even with a mathematical example on page 76) see: GOOS–LARSEN 1913, 75–76.



The Constitutional Law of 1855 was not acceptable for the German speaking population of the Duchies, mainly because of the unequal distribution of places in the *Rigsråd*.<sup>46</sup> Therefore, the Schleswig–Holsteiners immediately asked the German Confederation for an intervention. At Prussian demand, the application of the common constitution was suspended in Holstein and Lauenburg by a royal patent, however thereafter the negotiations stalled and the conflict remained unresolved. At the beginning of the 1860s, the Danish national liberal movement regained its ground in the Danish politics, and they went back to the old "Eider-Danish" principle, proposing the cession of Holstein and Lauenburg to the German Federation on the one hand, and a full integration of Schleswig (down to the historic border established in 811 between Denmark and the Frankish Empire at river Eider) to the Kingdom of Denmark on the other. This political concept meant a serious threat for the German speaking (southern) part of Schleswig, and at the same time it could be easily interpreted by the great powers as a violation of the Berlin (1850) and London (1852) peace treaties.

Anyway, the leader of the Danish government, *Carl Christian Hall* (1812–1888) presented a proposal for a common constitution to the *Rigsråd* in this "Eider-Danish" spirit in September 1863, and the *Rigsråd* – where Holstein and Lauenburg were not represented because of the suspension of the applicability of the common constitution – adopted the text on 13 November 1863. King Frederick VII died two days later, thus the constitutional bill could not be signed by him.<sup>47</sup> Therefore the signature became the first royal instruction of Christian IX (Christian of Glücksburg, 1863–1906), the new king of Denmark according to the London Protocol.<sup>48</sup> He signed the document called "Basic Law for the Common Affairs of the Kingdom of Denmark and the Duchy of Schleswig" (*Grundlov for Kongeriget Danmarks of Hertugdømmet Slesvigs Fælledsanliggender*)<sup>49</sup> on 18 November 1863, probably being aware that this decision could lead to a repeated war against the Germans, because Denmark had already received a warning from the Prussians that they would consider the adoption of the new common constitution as the breach of the Treaties of Berlin and London.<sup>50</sup>

However, the "November Constitution" (*Novemberforfatningen*) was not an open violation of the prohibition of setting up a unitary state between Denmark and Schleswig. It just linked the constitutional relationships of these two parts of the empire more strongly to each other by the establishment of a new bicameral common parliament still called *Rigsråd*. The lower house (called *Folketing*, similarly to its counterpart in Denmark) consisted of 130 members, 101 of which were elected in Denmark, while 52 of the 83 members of the upper house (called *Landsting*) were elected in Denmark, 13 in Schleswig, and the remaining 18 members were appointed by the king. Anyway, this stronger union between Denmark and Schleswig established by the "November Constitution" became the cause

---

<sup>46</sup> GOOS–LARSEN 1913, 7.; KAN 1980, 124.

<sup>47</sup> LAURING 1968, 222.

<sup>48</sup> KAN 1980, 124.

<sup>49</sup> In Danish see: <http://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/novemberforfatningen-1863/> (Access date: 01/08/2019)

<sup>50</sup> BJØRN 2000, 120.; Kenneth E. MILLER: *Government and Politics in Denmark*. Boston, 1968, 34.; SKOVGAARD-PETERSEN 2016, 956.

of the second Schleswig–Holstein war, leading to the national disaster of 1864 referred to by Knud J.V. Jespersen: the loss of whole Schleswig.

The German Confederation reacted very quickly. On 7 December 1863, within less than one month from the proclamation of the “November Constitution”, the *Bundesversammlung* (the Federal Convention of the German Confederation) decided to enforce its right of intervention in favour of the Holstein and Lauenburg as guaranteed in the London Protocol, and some weeks later German troops arriving from Saxony and Hannover invaded these two territories. Four days later, the two most important German powers, the Kingdom of Prussia and the Austrian Empire of *Francis Joseph* (r. 1848–1916) jointly declared that the army of the Confederation should occupy Schleswig as well, keeping it under German occupation until the withdrawal of the “November Constitution” and the complete restoration of the constitutional conditions to conformity with the London Treaty.

As soon as Denmark had rejected the Austrian–Prussian ultimatum, the Austrian and Prussian troops invaded Schleswig (in February 1864), and then, within less than three months, they occupied the whole peninsula of Jutland, posing a direct threat to the Danish islands as well. Denmark suffered a total military defeat in less than half a year.<sup>51</sup> As a result of this disastrous war, on 30 October 1864, the Danish party had to sign a very unfavourable peace treaty in Vienna, the conditions of which can only be compared to the infamous Peace of Roskilde of 1658 by virtue of which all Danish territories east of Øresund (including Scania) had to be ceded to the Kingdom of Sweden. According to the provisions of the Treaty of Vienna, Denmark not only had to renounce Holstein and the German speaking southern part of Schleswig, but the whole territory of the latter had to be ceded to Austria and Prussia.<sup>52</sup> (According to the almost unbelievable result of a very recent Danish historical research in the Royal Archive, Christian IX was so desperate that he secretly offered Bismarck that Denmark would even join the German Confederation if it could remain in union with the Duchies.)<sup>53</sup>

The new Dano-German border was set at the river Kongeå (in German: *Königsau*), by which the territory of the Kingdom of Denmark became the smallest ever in Danish history, and some 200,000 people of Danish origin and language (mostly in Northern Schleswig) had to continue their lives as Prussian subjects (after the Prussian–Austrian war of 1866, by virtue of the Peace of Prague the Duchies remained under the sole control of Prussia).<sup>54</sup> Moreover, the execution of the Treaty of Vienna made all constitutional changes adopted after 1849 unreasonable, including the “restriction” of the Basic Law of 1849 to the Danish internal affairs, and any kind of “common constitution” between the Kingdom of Denmark and the Duchies (now purely German territories) as well.

---

<sup>51</sup> See: LAURING 1968, 223–231.

<sup>52</sup> BJØRN 2000, 120.; GOOS–LARSEN 1913, 11.; SKOVGAARD–PETERSEN 2016, 956.

<sup>53</sup> See: TOM BUK-SWIENY: *Dommedag Als, 29. juni 1864*. [Doomsday in Als.] København, 2010. A brief summary of the story in Danish: <https://politiken.dk/kultur/art5606634/Hemmeligt-arkiv-Kongen-tilb%C3%B8d-Danmark-til-tyskerne-efter-1864> (Access date: 01/08/2019)

<sup>54</sup> KAN 1980, 125.; SKOVGAARD–PETERSEN 2016, 956.

### 3. The Basic Law of 1866 and the turnaround called "Landsting Parliamentarism"

The *Juni-Grundlov* of 1849 was – again with the words of Knud J.V. Jespersen – “essentially the work of the National Liberals”.<sup>55</sup> However, the “extensive concept of democracy” mirrored in the dimensions of franchise regarding the *Folketing*, was too radical for them as well. Even their prominent leader, Minister of the first Danish “responsible government” *Orla Lehmann* (1810–1870) said once that the political power should be exercised by “the intelligent, the educated and the rich”.<sup>56</sup> On the other hand, the old landowner elite interpreted the wide representation of the *Rigsdag* (and especially of the lower house) as a great political mistake. The humiliating defeat against the Prussians in 1864 resulted in the collapse of the National Liberal government. On 6 November 1865 King Christian IX appointed one of the biggest landowners of the country, Count *Christian Emil Krag-Juel-Vind-Frijs til Frijsenborg* (1817–1896) as the new Prime Minister. The Conservatives remained in power until 1901.<sup>57</sup>

Count Frijs was a clever politician who knew very well how to deal with the representatives of the small farmers, who still had a solid majority in the *Folketing*, thanks to the democratic suffrage. After long discussions with their leader *Jens Andersen Hansen* (1806–1877) he convinced them, among others with the promise of providing them with greater influence in the government, that the Basic Law 1849 should be reinstated after a thorough revision.<sup>58</sup> The relating proposal of the cabinet was ready as soon as 17 November 1865, then adopted by the parliament through the complicated process of amending the constitution as provided by the Basic Law of 1849 itself, and finally signed by Christian IX on 28 July 1866<sup>59</sup> as “the Revised Basic Law of the Danish Realm” (with contemporary Danish spelling: *Danmarks Riges Gjennemsete Grundlov*).<sup>60</sup>

Among other, less important amendments to the original constitution (1849), the most important modification to the Danish constitutional and political system was the transformation of the upper house (*Landsting*) to an aristocratic and “genuinely conservative” body, in line with the political preferences with the landowners. According to the provisions of Chapter IV of the “Revised Constitution”, the reformed *Landsting* still had 66 members (§ 34), but 12 of them were not elected but appointed by the king for a lifetime (*på Livstid*, § 39), similarly to the *Rigsråd* established by the “common constitutions”. One further member was delegated by the assembly of Bornholm, another one by the *Lagting* of the Faroe Islands. And maybe an even more serious change was that 27 of the remaining members (indirectly elected for an eight-year term), altogether the half of the members

---

<sup>55</sup> JESPERSEN 2019, 75.

<sup>56</sup> JESPERSEN 2019, 72.

<sup>57</sup> JESPERSEN 2019, 75–76.

<sup>58</sup> JESPERSEN 2019, 76.

<sup>59</sup> JESPERSEN 2019, 76.

<sup>60</sup> In Danish see: <http://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/den-gennemsete-grundlov-af-1866/> (Access date: 01/08/2019)

not appointed by the king, would be chosen by the largest taxpayers (*Højstbeskattede*) of their constituencies (principle of “virilism”).<sup>61</sup>

As taxation, at least concerning the rural constituencies, was based on the value of the agricultural lands and other real properties, the introduction of these new rules meant that the landowners’ social class was significantly over-represented in the Danish parliament.<sup>62</sup> Jenő Szekeres, a Hungarian author who published a study in 1914 in Hungary on the democratic reform of the Danish constitution already in progress, emphasised that half of the elected members of the upper house, twenty seven *Landsting* members were elected by “no more than twice or three times as many Counts and Barons” (Szekeres refers to this system in the same study as an “unbelievably obscene form of plural franchise”).<sup>63</sup> All in all, by this constitutional revision, the landowners could easily guarantee an unquestionable dominance for themselves in the upper house for the rest of the 19<sup>th</sup> century, and as no law could be enacted without the approval of the second chamber, they could “effectively block any progressive proposals” arriving from the democratically elected lower house.<sup>64</sup> Furthermore, the *Gennemsete Grundlov* reaffirmed the king’s veto as well (§ 24).<sup>65</sup>

Logically, this conservative revision of the June Constitution in 1866 resulted in a complete restructuring of the Danish political scene. While the winners, the landowners remained in power for as much as three and a half decades, the smallholders were rightfully disappointed. None of the promises they had received from Count Frijs came true. Instead of involving them in the reconstruction of Denmark after the horrible defeat in the second Schleswig–Holstein war, the aristocrats rather formed an alliance with the urban National Liberals, and left the farmers completely out of the decision making. As a political reaction, in 1870 the farmers established an opposition party called “The United Left” (*Det Forenede Venstre*, commonly referred to as the Liberals) that won the *Folketing* elections two years later with an absolute majority. However, the government remained unchanged.<sup>66</sup> In 1873 the *Venstre* unsuccessfully urged the king in a memorandum to appoint a government in conformity with the political majority in the lower house as “the chamber based on general suffrage”.<sup>67</sup>

On 11 June 1875, the new leader of the Conservatives, another big landowner, the 50 year old *Jacob Brønnum Scavenius Estrup* (1825–1913) was appointed by the king to the Prime Minister’s position, who remained in office for 19 years.<sup>68</sup> For us Hungarians, Estrup can be easily compared to his contemporary colleague, *Kálmán Tisza* (1830–1902), the leader of the hegemonic government party and Prime Minister of Hungary between 1875 and 1890. In a broader European comparison, he was undoubtedly the Danish equivalent

<sup>61</sup> JESPERSEN 2019, 76.; KÜHLE 2008, 183.; NANNSTAD 2013, 56.; SZEKERES Jenő: *A dán alkotmányreform*. [The Danish constitutional reform.]. In: *Huszadik Század*, No. 1 (1914), 489–498, 491.

<sup>62</sup> FRIIS 1950, 3.; NANNSTAD 2013, 56.; SCHOU 1997, 196.

<sup>63</sup> SZEKERES 1914, 491.

<sup>64</sup> JESPERSEN 2019, 76.

<sup>65</sup> However, it is important to note that the Danish kings have never exercised their veto since 1865. See: ORFIELD 1953, 30.

<sup>66</sup> JESPERSEN 2019, 76.; KÜHLE 2008, 185–186.

<sup>67</sup> JAKOBSEN–KURUNMÄKI 2016, 105. (Referred source: *Rigsdagstidende*, 1872–73, 1853ff.); JESPERSEN 2019, 77.; SKOVGAARD–PETERSEN 2016, 961.

<sup>68</sup> JESPERSEN 2019, 77.; KAN 1980, 138.

of *Otto von Bismarck* (1815–1898),<sup>69</sup> who served as the Prime Minister of Prussia and, since 1871, the first Imperial Chancellor of the second German Empire (and, ironically, in 1890 was granted the title of Duke of Lauenburg, one of the territories acquired from Denmark in 1864).

The *Venstre* tried to block Estrup's government first by refusing to accept the new state budget in the lower house, after the previous one had expired on 1 April 1877. Estrup and King Christian IX responded with the prorogation of the session of the parliament that made constitutionally possible to the government to issue a "provisional law" on the new budget on the basis of § 25 of the Revised Basic Law (as we have mentioned earlier in this study, the government was already allowed to do this by § 30 of the 1849 Constitution as well).<sup>70</sup> After this, the opposition – or with other words, in order to highlight the absurdity of this situation, the party having absolute majority in the lower house – started an obstruction, rejecting any proposal of the government. The Danish parliamentary politics of the whole decade of the 1880s can be characterised by the word obstruction, again somewhat similar to Hungary or Prussia. Notwithstanding the high political tension, Estrup successfully managed the state affairs against the clear political will of the lower house.

Did he have any constitutional basis to behave like this, or was it rather an unconstitutional way of governing, something like a dictatorship? If we do not approach this question based on a modern, 20–21<sup>st</sup> century interpretation of parliamentarism, we may respond that it was not contrary to the norms of the constitution. First, the monarchic constitutions of contemporary Europe defined the government as the king's cabinet. Consequently, the kings were free to decide whom they wanted to appoint as "their" Prime Minister, as a person of royal confidence. On the other hand, it is important to mention that Estrup, thanks to the aristocratic rules related to the *Landsting* elections, had a comfortable majority in the upper house. In May 1873, at the beginning of the political fight between the landowners and the disappointed farmers (now Liberals), *Henning Matzen* (1840–1910), a conservative lawyer had published a series of studies on this topic in the *Dagbladet* under the title *Grundloven og Parlamentarismen* („The Basic Law and the Parliamentarism").<sup>71</sup> Based on Matzen's conclusions, the era of the Estrup-government (and thereafter, until the parliamentary system change in 1901) is called "*Landsting* parliamentarism".<sup>72</sup>

Between 1885 and 1894, Denmark had no budget approved by the parliament at all. However, the provisional laws were not the only weapon Estrup used against the *Venstre*. The other one was the national sentiment. After the defeat of 1864, the threat of the German Empire could be easily used in order to obtain a stronger popular support for the conservative (and nationalist) government. The *Venstre* was aware that an obstruction against the defence of the country would be immediately interpreted (and communicated) by the governing party as something like treason, and so they could even lose their majority in the lower house in the following elections. Therefore, regarding the subject matter of defence works and expenses, they had to suspend the obstruction, at least when these topics

---

<sup>69</sup> JESPERSEN 2019, 77.

<sup>70</sup> KÜHLE 2008, 188.

<sup>71</sup> JAKOBSEN–KURUNMÄKI 2016, 105. For the source in Danish, see: <https://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/henning-matzen-om-grundloven-og-parlamentarismen-maj-1873/> (Access date: 02/08/2019)

<sup>72</sup> BYRON J. NORDSTROM: *Scandinavia since 1500*. Minneapolis, 2000, 215.

were under discussion.<sup>73</sup> (For a contemporary comparison in the 2010s, see the question of migration and the “protection of Europe” as a blatant example, especially in some East European countries.)

#### 4. The *Systemskifte* of 1901: victory of the real parliamentary democracy

It is more than obvious that this kind of manoeuvring, series of games of political tactics and communication can be maintained for some years or decades, but not forever. The use of the legal possibility of governing without such important laws enacted by the parliament as the law on state budget,<sup>74</sup> an instrument originally provided by the constitution in order to handle extraordinary situations for short periods, cannot be interpreted otherwise after so many years than a constitutional abuse.<sup>75</sup> Furthermore, after 1884, the Venstre had sixty-nine seats in the lower house, while the Conservatives only had nineteen,<sup>76</sup> and this fact clearly demonstrated that the popular support behind the opposition remained constant. At the same time, a much more radical political group appeared on the scene as well, the movement of “Socialist Workers” (the predecessors of the Social Democrats), that was ready to use new means in the political struggle like strikes or other mass demonstrations. They also had their seats in the *Folketing*.<sup>77</sup>

In such circumstances, in the beginning of the 1890s, a group of moderate Conservatives began moving in the direction of a political compromise with the moderate wing of the Liberals (*Venstre*). The agreement was done already in March 1894: the Liberals accepted the necessity of state investments especially with regard to the defence of Copenhagen, while the Conservatives (the party called *Højre*, the “Right”, since 1881) agreed to stop using the measure of provisional laws instead of the normal legislation in the parliament,<sup>78</sup> and Estrup had to promise to step down “in favour of a more moderate Conservative whom the Liberals could trust”.<sup>79</sup> This way, *Højre* could keep its position in political power, and that was important for the king as well, who still trusted in them more than in any other political formation.

In 1895, shortly after the above mentioned compromise, a new, reformed liberal party was established by a schoolteacher from West Jutland, *Jens Christian Christensen* (1856–1930).<sup>80</sup> This formation, usually referred to as the *Venstrereformparti* (or simply “the

---

<sup>73</sup> JESPERSEN 2019, 77.

<sup>74</sup> The yearly average of laws enacted by the Parliament fell back from 42 to 30. See: Erik DAMGAARD: *The Function of Parliament in the Danish Political System: Results of Recent Research*. In: Legislative Studies Quarterly, Vol. 5, No. 1 (1980), 101–121, 103.

<sup>75</sup> Nils ANDRÉN: *Five roads to parliamentary democracy*. In: Nordic Democracy. Ideas, Issues, and Institutions in Politics, Economy, Education, Social and Cultural Affairs of Denmark, Finland, Iceland, Norway, and Sweden. Eds.: Erik Allardt – Nils Andrén – Erik J. Friis – Gylfi Gislason – Sten Sparre Nilson – Henry Valen – Franz Went – Folmer Wisti. København, 1981, 44–52, 46.; Peter SKADHAUGE: *Denmark*. In: Journal of the Society of Comparative Legislation. New Series, Vol. 17 (1917), 196–198, 196.

<sup>76</sup> ORFIELD 1953, 27.

<sup>77</sup> JESPERSEN 2019, 79.

<sup>78</sup> NORDSTROM 2000, 216.

<sup>79</sup> JESPERSEN 2019, 78. See also: KÜHLE 2008, 189.; NANNESTAD 2013, 56.

<sup>80</sup> JESPERSEN 2019, 79.



Reform Party”, *Reformpartiet*) won the elections of 1901 with a surprisingly good result, winning 75 seats, while the other faction of the old *Venstre*, the moderate Liberals could only keep 16 mandates. The Social Democratic Workers’ Party (*Det Socialdemokratiske Arbejderparti*) became the third strongest party with 14 mandates, and the Højre received as few as eight seats (out of 114). In this situation the appointment of a Conservative Prime Minister would have been a dangerous step, and Christian IX appeared to be aware of this.

On 24 July 1901, the king finally decided to appoint “the first *Venstre* government in the history of Denmark”.<sup>81</sup> This is the event called *systemsiftet* in Danish historiography: change of system from the aristocratic *Landsting* parliamentarism to a true parliamentary democracy and responsible government, based on the principle of popular representation.<sup>82</sup> According to Uffe Jakobsen and Jussi Kurunmäki, by this victory of „*Folketing* parliamentarism” a bitter political struggle of the *Venstre* of more than two decades, characterised by the slogan of “none above and none next to the *Folketing*”, came to a happy end.<sup>83</sup> Erik Damgaard adds that the modern Danish political system of “inter-party bargaining and coalition formation” also began with this system change.<sup>84</sup> Finally, let us quote the contemporary Hungarian author, Jenő Szekeres as well, who enthusiastically called this event as “the political renaissance of Denmark”.<sup>85</sup>

The appointment of the first (reformed) *Venstre* government was not an easy step for the aging king who still had a general feeling of aversion towards the Liberals. He had absolutely no intention to entrust Christensen to form the cabinet. The man he finally chose was a professor of law and board member of *Det Østasiatiske Kompagni* (The East Asiatic Company), *Johan Henrik Deuntzer* (1845–1918). According to the legend, Christian IX asked Deuntzer if he was a left-winger, who replied after some hesitation: “To some extent, Your Majesty”.<sup>86</sup> Christensen, the real leader of the governing party had been satisfied with the position of Minister for Church Affairs and Education.<sup>87</sup> That is why Byron J. Nordstrom says that *systemsiftet* was completed only when Christensen could finally take over the government: “In 1905 a more genuine parliamentary government was founded when Christensen became Prime Minister. The events of 1901 and 1905 are called ‘the system change’ in Danish political history”.<sup>88</sup>

*Reformpartiet* really proved to be the party of reforms. During their eight years in government, several economic and social reform programs were carried out. One of the most important achievements was the introduction of the progressive taxation of personal income and capital revenues instead of the old property based tax system,<sup>89</sup> but from a constitutional point of view the democratic reform of the municipalities (*kommunalreformen*)

---

<sup>81</sup> JESPERSEN 2019, 79.

<sup>82</sup> ANDRÉN 1981, 46.; Erik DAMGAARD: *Denmark: Experiments in Parliamentary Government*. In: Erik Damgaard: *Parliamentary Change in the Nordic Countries*. Oslo, 1992, 19–51, 24.; JESPERSEN 2019, 79.; NANNSTAD 2013, 56.; ORFIELD 1953, 27.

<sup>83</sup> JAKOBSEN–KURUNMÄKI 2016, 106.

<sup>84</sup> DAMGAARD 1980, 112.

<sup>85</sup> SZEKERES 1914, 490.

<sup>86</sup> JESPERSEN 2019, 80–81.

<sup>87</sup> JESPERSEN 2019, 80.; KÜHLE 2008, 189.

<sup>88</sup> NORDSTROM 2000, 217.

<sup>89</sup> Robert BOHN: *Dänische Geschichte*. München, 2001, 106.



has even greater significance. On 20 April 1908, universal suffrage was introduced in the municipal elections, and women were granted voting rights as well, the first time in Danish history.<sup>90</sup> Another interesting event of the times of the Reform Party was the first motion of no confidence in the history of Denmark that was asked by Prime Minister *Ludvig Holstein-Ledreborg* (1839–1912) against himself and his government on 28 October 1909, leading to his abdication after two months in power.<sup>91</sup>

In the meantime, the Danish party structure also went through a transformation. A group disagreeing with Christensen's compromise policy had already left the Reform Party in 1905, and established a new party called *Det Radikale Venstre* (the "Radical Left", usually referred to in English as the Social Liberals).<sup>92</sup> Five years later, the moderate faction of the old *Venstre*, which had previously collaborated with the Conservatives, joined the Reform Party. This is how the new *Venstre*, that still exists, was formed.<sup>93</sup> Another five years later, already after the constitutional reform of 1915, the old Right (*Højre*) changed its name to *Det Konservative Folkeparti* (The Conservative People's Party).<sup>94</sup> By this, the 20<sup>th</sup> century four-party system of Denmark was ready: KF and *Venstre* on the one side, *Det Radikale Venstre* and the Social Democrats (until 1965 called the Social Democratic Workers) on the other. This party structure remained intact until the first great crisis of the post-war welfare state, the so-called "landslide elections" of 1973.<sup>95</sup>

## 5. The democratic reform of the constitution in 1915

The most important demand of the "old" *Venstre* party after the constitutional amendments of 1866 was the return to the democratism of the original Basic Law of 1849.<sup>96</sup> After the compromise between the moderate Liberals with the Conservatives in 1894, the constitutional thought was embraced by the new, reformed *Venstre*. The party lost its majority in the *Folketing* at the 1909 elections. Thereinafter, the issue was dealt by them again as a matter of priority, especially concerning the need for democratic electoral reform. The leader of their progressive wing, Prime Minister *Klaus Berntsen* (1844–1927) presented a constitutional bill to the lower house in the winter of 1912. The proposal was supported by the Radical Liberals and the Social Democrats as well, but it finally failed, due to the resistance of the *Landsting*.<sup>97</sup>

In 1913, the Radical Liberals won the election and were able to form a government with the support of the Social Democratic party. The new Prime Minister, *Carl Theodor*

---

<sup>90</sup> BOHN 2001, 106.; GOOS-LARSEN 1913, 175. and 177.; ORFIELD 1953, 50.; Birte SIIM – Christina FIIG: *Democratisation of Denmark - the Inclusion of Women in Political Citizenship*. Freia's Tekstserie 66. Aalborg, 2007, 4–5. In Sweden, women had already been enfranchised since 1862 at the municipal elections. See the table of comparison at NORDSTROM 2000, 253.

<sup>91</sup> ORFIELD 1953, 27.

<sup>92</sup> JESPERSEN 2019, 81.

<sup>93</sup> DAMGAARD 1992, 24.

<sup>94</sup> BOHN 2001, 105.; JESPERSEN 2019, 82.; MILLER 1968, 37.

<sup>95</sup> JESPERSEN 2019, 90.

<sup>96</sup> LAURING 1968, 231.

<sup>97</sup> KAN 1980, 155.; SZEKERES 1914, 490.

Zahle (1866–1946), who had already been the leader of the Danish government once in 1909–10, took office setting the democratic reform of the constitution as his most important political aim.<sup>98</sup> Interestingly, by virtue of § 22 of the Revised Basic Law, the king had the option to dissolve only one of the chambers instead of enforcing this right against the whole legislative body. Taking advantage of this rule, Zahle convinced the new king, Christian X (r. 1912–1947), grandson of Christian IX, to only dissolve the upper house. At the new *Landsting* election of 1914, the Conservatives lost their majority in the second chamber.<sup>99</sup> With this important change, the obstacle to the adoption of the democratic reform of the constitution was finally overcome. The new Basic Law was accepted by both houses in 1914, and the king signed it on the Day of the Constitution, 5 June 1915.<sup>100</sup> That is why it is popularly called "*Den Anden Juni-Grundlov*" (the Second June Constitution).<sup>101</sup>

As Nils Arne Sørensen underlines, in contrast to several other European countries going through similar constitutional reforms in the 1910s, in Denmark no causal link between the outbreak of the world war and the democratic political reforms can be observed.<sup>102</sup> Thanks to the clever diplomacy of the Radical Liberals, and especially the qualified career diplomat then serving as Foreign Minister, *Erik J.C. Scavenius* (1877–1962), Denmark could manoeuvre between its two principal economic partners, Germany and England, in such a successful manner that the country could preserve its neutrality until the end of the war.<sup>103</sup> Therefore, the social shock could be avoided. However, in one aspect the war was still a catalyst of the constitutional reform: after the outbreak of the war, the internal political situation became much quieter and more peaceful than it had ever been before.<sup>104</sup> As W. Glyn Jones highlights, in such circumstances "a new willingness to compromise was evident and the Right ceased to block the progress of the constitutional reform in return for certain concessions on voting procedures".<sup>105</sup>

The new *Grundlov* is in many aspects, and also in its structure, almost identical to the original one of 1849. The most important difference between the two constitutions was evidently the regulation of suffrage. According to § 30, the citizens were granted the right to vote irrespective of their gender ("*enhver Mand og Kvinde*").<sup>106</sup> The voting age was also lowered from 30 to 25 years (according to the preliminary rules, this happened in stages, first to 29 only),<sup>107</sup> however the enfranchisement of women (with exactly the same conditions as in the case of men) was the emblematic achievement that has made the new Basic Law of 1915 really famous in Danish (and European) constitutional history. By these

---

<sup>98</sup> Nils Arne SØRENSEN: *Denmark*. In: 1914–1918 Online. International Encyclopedia of the First World War. <https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/denmark> (Access date: 19/07/2019), PDF version, 4.

<sup>99</sup> KAN 1980, 155.

<sup>100</sup> ORFIELD 1953, 25.

<sup>101</sup> See e.g. *Den Store Danske*. [http://denstoredanske.dk/Danmarkshistorien/Klassesamfundet\\_organiseres/Borgfred\\_og\\_klassekamp/Borgfredens\\_resultater/Den\\_anden\\_junigrundlov](http://denstoredanske.dk/Danmarkshistorien/Klassesamfundet_organiseres/Borgfred_og_klassekamp/Borgfredens_resultater/Den_anden_junigrundlov) (Access date: 06/08/2019)

<sup>102</sup> SØRENSEN, 14. and 17.

<sup>103</sup> Bent BLUDNIKOW: *Denmark during the First World War*. In: *Journal of Contemporary History*, Vol. 24., No. 4. (1989), 683–703, 683–684.; Bjørn 2000, 121.

<sup>104</sup> SØRENSEN, 4.

<sup>105</sup> W. Glyn JONES: *Denmark. A Modern History*. London, 1986, 105–106.

<sup>106</sup> FRIIS 1950, 3.; LAURING 1968, 236.; SKADHAUGE 1917, 196.

<sup>107</sup> JONES 1986, 106.; SIIM-FIIG 2007, 7.

changes, the representation of the *Folketing* (and of the *Rigsdag*, altogether) grew from 15 to 40 per cent.<sup>108</sup> As W. Glyn Jones remarks: “The new constitution gave Denmark, true to her predominant democratic sentiments, a much more progressive form of government based on universal suffrage”.<sup>109</sup>

The demand of granting franchise to female citizens was raised in the *Folketing* first by the “old” *Venstre* already in the 1880s, and women’s suffrage was first introduced by the reformed *Venstre* after the *systemsifte* of 1901, in 1907 at the Social Help Board (a self-governing social security authority) elections and, one year later, as we have already mentioned, at the municipal elections as well.<sup>110</sup> In 1905, the Social Democrats proposed a thorough reform of the constitution regarding the parliamentary institutions, including not only the introduction of the universal suffrage for all men and women above 21 years of age, but the abolishment of the upper house as well. This idea was too radical for the two liberal parties, and obviously unacceptable for the Conservatives, however it was good enough to put the necessity of the reform of parliamentary franchise on the agenda.<sup>111</sup> After the establishment of the second Zahle-government in 1913, the compromise of the Social Democrats, Radical Liberals and the Liberals (*Venstre*) was reached, and after a repeated election the new constitution providing women’s suffrage could be finally adopted.<sup>112</sup>

Further to the enfranchisement of women, some other important amendments were made as well in order to strengthen the institutions of parliamentarism. Concerning the electoral system, the principle of proportionality (already applied to the *Rigsråd* in the “common constitution” of 1855 for Denmark and the Duchies) was introduced regarding the Danish parliament. This was demanded by the Conservatives, because they were afraid of losing many of their seats in both houses due the extension of suffrage.<sup>113</sup> Finally, a fully proportional electoral system was introduced in Copenhagen, and 23 supplementary seats were established in order to balance the votes lost in the rural single-seat constituencies.<sup>114</sup>

Furthermore, the fundamental right of the parliament to approve the state budget was considerably strengthened. The sessions of the *Rigsdag* could not be closed before the adoption of the budget bill (§ 19), and the rules concerning the provisional laws (*foreløbige love*) were modified as well. The possibility itself was maintained for such extraordinary cases of necessity when the parliament would not be in session, however, having learned the lesson of the years of *Landsting* parliamentarism (especially 1885–94), by virtue of § 25 of the new Basic Law such provisional laws issued by the government would immediately expire when the *Rigsdag* meets again. Finally, according to the amended provision of § 48, tax could be levied only on the basis of a budget approved by the parliament, i.e. the provisional laws could not serve as the basis of taxation for the government any more (as they had done in the period of the Estrup-government). In Lester B. Orfield’s opinion, the

<sup>108</sup> SIIM–FIIG 2007, 7.

<sup>109</sup> JONES 1986, 106.

<sup>110</sup> For more details, see: SIIM–FIIG 2007, especially 4–6.

<sup>111</sup> SIIM–FIIG 2007, 6.

<sup>112</sup> JONES 1986, 106.; SIIM–FIIG 2007, 6.

<sup>113</sup> NANNSTAD 2013, 56–57.

<sup>114</sup> JONES 1986, 106.; ORFIELD 1953, 25.

meaning of this modification is that finance laws "may not be the subject of provisional laws".<sup>115</sup>

It is important to mention that the second *Juni-Grundlov* modified the rules regarding the composition of the *Landsting* as well. The second chamber of the parliament was not abolished (as proposed by the Social Democrats some years before), but no members appointed by the king remained therein. The upper house was changed to a fully elected legislative body again (as it had originally been, based on the Basic Law of 1849), but with slightly different rules. By virtue of § 36, the number of its members was established in 72, 54 of which were elected by the people invariably through indirect elections.<sup>116</sup> The remaining one-quarter of the members, 18 persons were, instead of being royal appointees, elected by the previous *Landsting*. By this very special rule, a certain continuity could be guaranteed between the "old" (before-elections) and "new" (after-elections) second chamber. This was also a concession to the Conservatives in return for their support of the constitutional bill.<sup>117</sup>

The final, and rather unfortunate change made by the new constitution compared to the old rules was the re-regulation of the procedure of constitutional amendments. According to § 93, the constitution could be amended by two consecutive *Rigsdags* (as it had been before), however, after the confirmation of the constitutional bill by the newly elected parliament, a third step was inserted before the royal signature: a mandatory referendum (*folkeafstemning*). It meant that any amendment to the constitution should be directly approved by the people, and the approval was considered given only if not just the majority of the votes were in favour of the bill, but also at least 45 per cent of the whole population having voting rights (irrespective of their participation at the referendum) voted in its favour.<sup>118</sup> As Peter Nannestad remarks, this rule was again a concession to the Conservatives, in return for their support of the constitutional reform otherwise unfavourable to them.<sup>119</sup>

As already mentioned, the old *Højre* (together with some moderate Liberals) was renamed as *Det Konservative Folkeparti* shortly after the adoption of the Basic Law of 1915, as a direct consequence of the more democratic electoral rules, responding with a symbolic change to the needs of a more popular political campaign, especially focusing on representing the interests of the middle classes instead of the old aristocracy.<sup>120</sup> According to its enacting terms, the new constitution could not enter into effect before one year from the royal signature (i.e. the first on 5 June 1916), but at the request of the Conservative Party, the date was postponed for further two years. Therefore, the second *Juni-Grundlov* could finally enter into force on 21 April 1918. In the meantime, the first referendum of Danish history was held in December 1916, based on a separate law adopted by the parliament some months before. The subject thereof was the sale of the Danish West Indies (*De*

---

<sup>115</sup> ORFIELD 1953, 30.

<sup>116</sup> ORFIELD 1953, 27.

<sup>117</sup> JONES 1986, 106.

<sup>118</sup> JONES 1986, 106.

<sup>119</sup> NANNESTAD 2013, 57.

<sup>120</sup> JONES 1986, 106–107.

*Dansk-Vestindiske Øer*) to the United States. The participation was relatively low (only 37.4% of the electorate), but 64% voted in favour of selling.<sup>121</sup>

## 6. Outlook: Denmark after 1918

The first elections based on the new, democratic franchise, were held on 22 April 1918, because the three-year term of the *Folketing* would have expired in May. The new Basic Law entered into force one day before the *Folketing* election, so that the new electoral rules would be applicable. The two left-wing parties, *Det Radikale Venstre* and the Social Democrats entered into an election pact concerning the rural constituencies, because they were afraid of losing votes because of the proportionality if they had competed alone. The other parties did not conclude any similar agreement. As a result of the elections, the two allied parties got 70 mandates out of 139, which was a very fragile majority. The *Venstre*, having received the most votes, got 45 mandates, while the Conservatives 22.<sup>122</sup> At the end, the Zahle-government remained in office with an external support of the Social Democrats.<sup>123</sup>

The elections of 1918 were the first parliamentary voting in Danish history, where women could exercise their right to vote and to be elected. The electors for the indirect *Landsting* elections were chosen on 30 April, while the *Landsting* elections were held on 11 May 1918.<sup>124</sup> According to the officially published statistical data, by virtue of the new rules of suffrage, there were 585,000 male and 641,000 female voters registered for the elections, altogether cca 1.22 million voters compared to the cca 500,000 voters of the last parliamentary elections in 1915.<sup>125</sup> Three quarters of them, cca 925,000 citizens exercised their rights at the elections – 53% out of them were men and 47% were women. 37 out of the 140 candidates in the capital (26.4%) were women; while in the rural constituencies this proportion was only 4 out of 262 (1.5%).<sup>126</sup> Finally, no more than 3% of the parliamentary seats were won by female candidates.<sup>127</sup> It is interesting to mention that *Nina Bang* (1866–1928), who in 1924 would become the first female minister in Europe (outside the Soviet Union), was elected in 1918 to the *Landsting*.<sup>128</sup>

The third important event of the last year of the First World War was the establishment of a personal union between Iceland and Denmark, replacing the much closer relationship that had been between these two countries before, throughout many centuries. Iceland, this relatively large island in the Atlantic Ocean, was settled by Norwegian Vikings in the 9<sup>th</sup> century, and remained an independent commonwealth until 1262, the end of a six-decade

<sup>121</sup> FELDBÆK 2010, 250.; FÖRSTER–SCHMID–TRICK 2014, 25.; Sven JOCHEM: *Die politischen Systeme Skandinaviens*. Wiesbaden, 2012, 70.; MILLER 1968, 34.

<sup>122</sup> Folketingsvalget 1918. <https://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/folketingsvalget-1918/> (Access date: 06/08/2019)

<sup>123</sup> JONES 1986, 110.

<sup>124</sup> *Rigsdagsvalgene, April–Maj 1918. Med Suppleringsvalg i Tiden 1915–18*. København, 1918, 3.

<sup>125</sup> See *Rigsdagsvalgene*, 23–26.

<sup>126</sup> See *Rigsdagsvalgene*, 29–30. (for voters) and 35–36. (for candidates)

<sup>127</sup> SIIM–FIIG 2007, 7.

<sup>128</sup> Drude DAHLERUP: *Denmark: High Representation of Women without Gender Quotas*. In: *Breaking Male Dominance in Old Democracies*. Eds.: Drude Dahlerup – Monique Leyenaar. Oxford, 2013, 146–171, 151.

long civil war. In 1262, the Icelanders recognised the Norwegian king as their sovereign, and agreed to be taxed by him.<sup>129</sup> However, from 1380, a personal union was formed between Norway and Denmark, which turned into a stronger connection under Danish supremacy in 1450, when the "perpetual union" of these two countries was declared in the Bergen treaty that basically guaranteed the hereditary kingship of the Oldenburgs in Norway (the Norwegian Council of the Realm undertook to choose "the ablest" of Christian I's sons as the next king of Norway).<sup>130</sup>

After 1536, when the Norwegian Council of the Realm was dissolved, the Danish supremacy was changed to a direct Danish rule – according to Paul D. Lockhart, in practice it meant Norway's "incorporation within the Oldenburg state as a mere province".<sup>131</sup> By virtue of these changes the relationship between Norway and Denmark, Iceland became a territory controlled from Copenhagen. When the Danish delegation was negotiating in 1814 in Kiel about the consequences of the defeat of Denmark (as one of Napoleon's allies) in the Napoleonic Wars, one of the negotiators, the West Indies-born *Edmund Bourke* (1761–1821) successfully referred to this fact as a (false) proof of the historical right of Denmark on Iceland (together with two further territories originally belonging to Norway, Greenland and the Faroe Islands).<sup>132</sup> Thus, according to the Kiel peace treaty of January 1814, Iceland, Greenland and the Faroes remained under the control of the Danish absolute monarchy.

In 1831, Iceland was granted by King Frederick VI (r. 1808–1839, as a regent already from 1784) a limited autonomy, similarly to the Danish provinces and the Duchies. The next important step towards the sovereignty of Iceland was the symbolic decision of King Christian VIII (r. 1839–1848) by which the *Alþingi*, the traditional assembly of Iceland was reinstated, however still with consultative and not decisive (and far from legislative) powers, again similarly to the consultative assemblies established by Frederick VI in 1831. In line with Christian VIII's relating decree of 1843, the *Alþingi* had its first session in 1845.<sup>133</sup> The Basic Law of 1849 did not bring any relevant change in the constitutional situation of the country. In 1851 the *Alþingi* rejected the bill introduced by the Danish authority regarding the entry into force of the Danish constitution in Iceland, because the proposal treated Iceland "as a large Danish rural commune".<sup>134</sup>

This conflict between the doctrine of the Danish *helstaten* (composite state) and the Icelandic demand for autonomy was only partially solved in 1874, at the millennium of the traditional year of settlement of Iceland, when a limited constitution was presented (*octroyed*) by Christian IX to the country, called the *Forfatningslov for Islands saerlige Anliggender* ("Constitutional Law for the Special Affairs of Iceland"), and in 1904, when Iceland was

---

<sup>129</sup> ORFIELD 1953, 83.

<sup>130</sup> Oliver AUGE: *Ein Integrationsmodell des Nordens? Das Beispiel der Kalmarer Union*. In: *Fragen der politischen Integration im mittelalterlichen Europa*. Ed.: Werner Maleczek. Ostfildern, 2005, 509–542, 526.

<sup>131</sup> Paul D. LOCKHART: *Frederik II and the Protestant Cause: Denmark's Role in the Wars of Religion*. Leiden–Boston, 2004, 22.

<sup>132</sup> FELDBÆK 2010, 100.

<sup>133</sup> Anna AGNARSDÓTTIR: *Iceland: the Emergence of the Nation State*. In: *The Cambridge History of Scandinavia*. Vol. 2: 1520–1870. Eds.: Erkki I. Kouri – Jens E. Olesen, Cambridge, 2016, 992–1008, 1001.; JANSSON 2016, 916.

<sup>134</sup> Guðmundur HÁLFÐANARSON: *Severing the Ties – Iceland's Journey from a Union with Denmark to a Nation-State*. In: *Scandinavian Journal of History*, Vol. 31., No. 3–4. (2006), 237–254, 244.



granted home rule (an own government responsible for the internal affairs).<sup>135</sup> Both laws provided important self-governing rights, but no constitutional independence. However, at the end of the First World War it became clear that Icelanders would intend to form an independent country, in line with the principle of self-determination of peoples promoted by the victorious powers. Thus, the Danish government had to start negotiations with the Icelandic political leaders in order to find a compromise, based on which a referendum would be held about the independence of the country from Denmark, within the framework of a personal union.

According to the agreement, the common heads of state would be the Danish king, and a special committee would be established in order to deal with common matters, in which both parties would have equal representation. The third important point was that Iceland would be entitled to decide after 25 years on the future of the personal union.<sup>136</sup> On 19 October 1918, the referendum was held in Iceland, and 92.6 per cent of the participants voted in favour of this solution. Consequently, with effect from 1 December, Iceland was granted independence by the Danish parliament by having passed the Act of Union at the end of November 1918.<sup>137</sup> The personal union with Denmark lasted until the Nazi invasion of the latter in 1940, when Iceland unilaterally proclaimed its neutrality. In 1944, when Denmark was still under the occupation of the Third Reich, a referendum on the Icelandic independence was held, and on 17 June 1944 Iceland became an independent republic.

In 1920, a further referendum was held as well, this time in Schleswig, and this time clearly in favour of the interests of Denmark as a neutral country against Germany, one of the major losers of the war. This plebiscite was ordered by the Treaty of Versailles of 28 June 1919. The non-German part of Schleswig was divided to two zones, and the referenda were held separately. On 10 February, the people of Zone I (Northern Schleswig) voted in favour of re-joining Denmark with a considerable majority, by 75,431 votes against 25,329.<sup>138</sup> However, on 14 March, Zone II (the successfully Germanized central part of Schleswig, including the city of Flensburg) voted in favour of staying with Germany.<sup>139</sup> This latter result calmed the euphoric feelings in Denmark, because it meant that Flensburg would remain on the German side, and the border between the two countries would be marked not just far from the river Eider, but also a little north to the historical line of the Viking age fortifications called *Danevirke*.<sup>140</sup>

Because of the result of the second plebiscite, a political scandal broke out. Prime Minister Zahle wanted to respect the outcome of the voting, in line with the provisions of the Treaty of Versailles, but the opposition did not accept this approach, and demanded new elections.<sup>141</sup> In this heated atmosphere, King Christian X decided to take an unexpected measure, and on 29 March 1920 he dismissed the government. This step was manifestly

<sup>135</sup> AGNARSDÓTTIR 2016, 1004–1005.; ARNÁSON 2008, 157.; JANSSON 2016, 916.

<sup>136</sup> JONES 1986, 110.

<sup>137</sup> HÁLFÐANARSON 2006, 247.

<sup>138</sup> LAURING 1968, 238.; ORFIELD 1953, 13. Source of the data: *Afstemningen i Sønderjylland (I og II Zone), 10. februar og 14. marts 1920*. København, 1920.

<sup>139</sup> BJØRN 2000, 121.

<sup>140</sup> LAURING 1968, 224.

<sup>141</sup> BOHN 2001, 108–109.; FELDBÆK 2010, 243.; SCHOU 1997, 197.



contrary to the customs and principles of parliamentarism adopted in 1901.<sup>142</sup> As it happened on Good Friday, the *Folketing* was not in session, and thus a vote of no confidence could not be held, but it is likely that such voting would have been unsuccessful, because the government still enjoyed the support of the Radical Liberals and the Social Democrats, altogether having the majority in the lower house.<sup>143</sup> Because of the date, the political events triggered by the King's decision are called "the Easter Crisis" (*Påskekrisen*) in Danish historiography.<sup>144</sup>

This last attempt of the king in Danish history for an active intervention into the political life, and the appointment of a non-party government provoked desperate protests. Two left-wing parties (the Social Democrats and the newly established Communist Party together) called for a general strike for 6 April 1920, and even a republican demonstration was held in front of the royal residence at the Amalienborg palace.<sup>145</sup> Consequently, the king had to dismiss the *Otto Liebe*-cabinet as well, and a new interim government was appointed by him that had the support of all parliamentary parties, and the date of the new election was fixed for 26 April.<sup>146</sup> According to Peter Nannestad, the Easter Crisis made it clear to everyone that the failure to respect the principle of parliamentarism would create such a deep constitutional crisis that it would even call into question the legitimacy of the monarchy.<sup>147</sup>

The winner of the elections of April 1920 was the *Venstre* that, although having won only one-third of the seats in the *Folketing*, could form a government under the leadership of the well-known and respected political historian *Niels Neergaard* (1854–1936)<sup>148</sup> with the support of the Conservatives the first time since 1913.<sup>149</sup> The two right-wing parties could increase their representation in the lower house altogether by nine mandates (76 instead of 67). The Social Democrats were also successful, remaining the second biggest party in the parliament with their 42 mandates, by 3 mandates more than they had had in the previous *Folketing*. The Radical Liberals were the greatest losers: they could hardly retain the half of their seats in the *Folketing* (17 mandates instead of 31).<sup>150</sup>

Finally, Neergaard's government naturally respected the result of the two plebiscites in Schleswig, and only the northern parts were returned to Denmark. This territorial change made a small revision of the Second June Constitution which was necessary, that already happened in September 1920, confirmed on 6 September at a referendum in line with the relating provisions of § 93 of the Basic Law of 1915 (where almost 97% of the participants

---

<sup>142</sup> JESPERSEN 2019, 79–80.

<sup>143</sup> BOHN 2001, 109.

<sup>144</sup> JESPERSEN 2019, 79.; KÜHLE 2008, 257.; SCHOU 1997, 197.; Alastair H. THOMAS: *Historical Dictionary of Denmark*. London, 2016, 148.

<sup>145</sup> BOHN 2001, 109.; FELDBÆK 2010, 244.; JESPERSEN 2019, 80. and 177.; KÜHLE 2008, 257.; THOMAS 2016, 148.

<sup>146</sup> KÜHLE 2008, 258.

<sup>147</sup> NANNESTAD 2013, 57.

<sup>148</sup> Among other publications, author of the famous book of two volumes on the political history of Denmark in the period between 1848 and 1866. (Niels NEERGAARD: *Under Junigrundloven. En Fremstilling af det danske Folks politiske Historie fra 1848 til 1866. Bind 1–2*. København, 1892–1916)

<sup>149</sup> BOHN 2001, 109.

<sup>150</sup> Source of the data: Folketingsvalget april 1920 at *Danmarkshistorien*. <https://danmarkshistorien.dk/leksikon-og-kilder/vis/materiale/folketingsvalget-april-1920/> (Access date: 07/08/2019)

and 47.5% of the whole population voted in favour of the amendment),<sup>151</sup> and signed by Christian X on 10 September. In the meantime, in April, two further *Folketing* elections were held in 1920, one in July and another in September, but none of them necessitated the resignation of the government (Neergaard kept his office until 1924).

Some of the amendments to the Basic Law were merely technical.<sup>152</sup> In connection with the incorporation of Northern Schleswig (or, from the Danish point of view, Southern Jutland) into Denmark, the maximum number of members of the *Folketing* was increased from 140 to 152, and that of the *Landsting* from 72 to 78. Based on this constitutional authorisation, the parliament adopted a new electoral law establishing the membership of the first chamber in 151 and that of the second chamber in 76.<sup>153</sup> Another technical (but not unimportant) modification was that the word oath (*ed*) was replaced with “solemn promise” (*højtidelig forsikring*) in several articles (§§ 7, 17, 54), thus guaranteeing the freedom of conscience for the non-religious officials.

The position of the parliament against the executive was strengthened with regard to international treaties and in cases of war and peace, providing that the king (with the government) should make such decisions in the future only with the approval of the *Rigsdag*. In return for this, the king was given back the right of amnesty in addition to the right of pardon (as it had been regulated in the original text of § 26 of the Basic Law of 1915). Finally, the clause on the freedom of property (§ 80) was supplemented with an interesting rule providing guarantee against unjust expropriations: if an expropriation law would be adopted, on the initiative of at least one-third of the members of the *Folketing*, new elections should be held, and the expropriation law would enter into force only if confirmed by the new parliament.

The constitutional reform of 1915 became complete with these amendments in 1920. In these eventful years, Denmark fought its battles and made important steps in the direction of an advanced parliamentary democracy. There is still a long way to go, there will be difficulties, but we, the posterity, already know that it will be successful.

---

<sup>151</sup> JOCHEM 2012, 70.; for the precise data see: *Folkeafsteminger. Tal og fakta*. København, 2007, 3.

<sup>152</sup> ORFIELD 1953, 25.

<sup>153</sup> ORFIELD 1953, 26–27.

## DEVELOPMENT OF CRIMINAL LAW IN THE FIRST CZECHOSLOVAK REPUBLIC

**KÉPESSY Imre**  
*assistant lecturer*

*Eötvös Loránd University, Budapest*

On the eve of October 27 and October 28 1918, the bill about the establishment of the independent Czechoslovak State was drafted by Alois Rašín.<sup>1</sup> The proposal, which consisted only of 5 articles, was debated and approved by the Czechoslovak National Committee<sup>2</sup> the following day. Promulgated as Act Nr. 11 of 1918, and often referred to as the Reception Act, this law spoke about the establishment of Czechoslovakia laconically, even the decision on the form of government was postponed.<sup>3</sup>

This law set out the most basic principles of the legal system in its second and third articles. The former stated that all imperial and territorial acts and governmental decrees would remain in force temporarily. Moreover, the later decreed that all authorities, public offices and municipalities should be operating on the basis of the laws that were in effect in the moment of the birth of the state. Therefore, the Austrian legal norms continued to form the basis of the legal system in the “Czech lands” (meaning Bohemia, Moravia and Czech Silesia) while the Hungarian laws and customs played the same role in Slovakia and Carpathian Ruthenia. This was a direct consequence of the constitutional framework that existed in the dual monarchy of Austria-Hungary that entailed the existence of two separate legal systems since both states had complete authority to enact their own laws except for those concerning military and foreign affairs. However, Czech and Slovak legal experts emphasized that these legal norms were not considered Austrian and Hungarian laws. Within the borders of the Czechoslovak State, the legality and the legitimacy of these legal norms were derived from the Reception Act from October 28, 1918. Therefore, they were considered as being Czechoslovak law together with the laws enacted by the National Committee and later by the National Assembly. This situation is described by the Czech and Slovak legal historians as ‘legal dualism’. Despite this it must be emphasized that the Reception Act was tailored to some degree to manage the relations in the Czech lands. The differentiation between imperial and territorial acts was not applicable in the context of

---

<sup>1</sup> Czecheconomist and politician, the first minister of finance of the Czechoslovak Republic. For short biography see: <https://www.britannica.com/biography/Alois-Rasin> Last accessed: 2017. november 23.

<sup>2</sup> In Czech: Národní výbor československý. It was formed in Prague on 13 July 1918. See: Jan KUKLÍK: *Příprava a přijetí prozatímní ústavy* (The Preparation and the Enactment of the Provisional Constitution). In: Jan Zeman, Petr Wawrosz, Jan Bártá, Jan Kuklík, Ferdinand Peroutka, Jan Rychlík, Václav Pavlíček, Karel Malý, Eva Broklová: *Československá ústava 1920: Devadesátletí poté* (The Constitution of the Czechoslovak Republic of 1920: After 90 Years), 77-78. *Ekonomika, právo, politika* (Economics, law, politics)

<sup>3</sup> Ivan LIŠKA: *Unifikácia a recepciapráva v ČSR poroku 1918* (Unification and Reception of Law in the Czechoslovak Republic after 1918). In: *Visegrad Journal for Human Rights*, 2004, 2. sz. 55.

the Hungarian legal system. Moreover, it did not mention the reception of those customs upon which the Hungarian private law was mostly based.

Furthermore, the status of the territory called Hultschiner Ländchen was internationally debated after the first World War. Both the Czechoslovak Republic and the Weimar Republic asserted their claims regarding this region. In the end, this territory joined Czechoslovakia after signing the Treaty of Versailles. There, the German law remained in effect for a short time. Therefore, the rules of three separate legal systems determined the everyday life of the citizens of Czechoslovakia for approximately six months.

Ultimately, the need for a more modern legal system arose in conjunction with a unified legal system. The attempts to realize these goals spanned the entire interwar period. The first steps were taken by the Czechoslovak Government that established a ministry responsible for unification of the legal system and the state administration in 1919.<sup>4</sup> Even though it had a provisional character, it functioned until late 1938. The question arises as to how exactly the various governments wished to meet these goals. First and foremost, the government wished to unify the legal system by enacting new laws and governmental decrees.<sup>5</sup> However, even if the Parliament in Prague enacted more than a thousand laws between 1918 and 1928, these attempts were successful only to a certain degree. For example, the unification in finance and tax law was quite successful. Still, there remained differences in most branches of the law, between the western and eastern territories of the country. The government also initiated the process of codification and installed several codification committees. In criminal law, few attempts were made for enacting a criminal code but none of them was successful until 1950. This also applied to most branches of the law.

The final method for unification was achieved through the judicial practice. This attempt was aimed at the application of the former Austrian legal norms in Slovakia and the Carpathian Ruthenia mostly. These efforts achieved very difficult, since, as I mentioned earlier, the Austrian and Hungarian legal system fundamentally differed in many ways.<sup>6</sup> Still, even if this particular problem could not have been applied to the criminal justice system due to the Beccarian principles of *nullum crimen et nulla poena sine lege*, there were considerable differences between the respective Austrian and Hungarian laws. For example, the Austrian Criminal Code of 1852 and the Hungarian Criminal Code of 1878 regulated the fatal offences quite differently. The Hungarian Code differentiated between murder and manslaughter. The former had to be committed with premeditation while the other required only intent. In the Austrian Code, both of these cases were treated as murder. Still, the term manslaughter was used by the Austrian code. However, it described a criminal offense that equaled to aggravated battery in the Hungarian Code. The punishments were also quite different. The regimes used in the prison system differed too. This, combined with the fact that the principle of legal certainty demanded the foreseeability of one's actions especially in the criminal justice system, made the unification using judicial practice impossible.

---

<sup>4</sup> The official title was the following: Ministry for the Unification of Laws and the Organisation of Public Administration (Ministerstvo pro sjednocení zákonů a organisaces právy). See: 431/1919 Sb.

<sup>5</sup> I have to mention that many government decrees applied only to selected parts of the country.

<sup>6</sup> LIŠKA 2004, 57.

## **1. Attempts of codification between 1920 and 1938**

The idea of enacting a Czechoslovak Criminal Code, was formulated at the very beginning of the formulation of the republic. On March 14 1920, a codification committee was established. A year later, the proposed text of the General Part was published. When comparing it to the Austrian Code of 1852 and the Hungarian Code of 1878, we can see some influences. For example, the proposal followed in both of its parents' footsteps when it retained the trichotomy in the criminal offences.<sup>7</sup> Furthermore, the various regimes of imprisonment were defined as separate punishments just like in the Csemegi Code. However, there were some fundamental differences in the punishments; the most important was the abolishment of death penalty. In the end, four forms of punishments existed: imprisonment in a correctional facility (žalář), imprisonment in a penitentiary (vězení), fine and penal servitude.<sup>8</sup> Regarding the imprisonment in a correctional facility, the proposal stated explicitly that its aim was to emphasize the despicable nature of the criminal act besides the resocialization of the inmate.<sup>9</sup> This led to some controversies amongst the legal experts.<sup>10</sup> It is also worth mentioning that while the term of incarceration ranged between one month and 15 years in correctional facility, and it lasted between 14 days and 15 years in penitentiary, the life sentence was applicable in both instances. If the term of imprisonment lasted more than a year, the more severe form of imprisonment was to be carried out in prison (káznice) while the lenient in penitentiary (věznice). If someone would be sentenced for less than a year, the sentence would be carried out in a county jail in both cases. The inmates had to be secluded in the different regimes and distinguished by their distinctive clothes.<sup>11</sup>

Furthermore, the judges could impose indeterminate prison sentences in some cases. First of all, the perpetrator had to be less than 30 years old. Moreover, the accused's desire to be resocialized had to be assumed. At last, the median of the prescribed scale of penalty should have fallen between 1 and 8 years. The confinement was to be carried out in a reformatory for adults. The actual term of the conviction was determined by the behavior of the inmate but it could not be shorter than the minimum or longer than the maximum duration set by the act for the criminal offence in question.<sup>12</sup>

By 1925, the entirety of the proposal was finalized. It is worth mentioning that the committee essentially created two bills. Just like the Csemegi Code, an act was supposed to regulate the felonies and misdemeanors. The contraventions were to be treated separately. Still, neither of them was enacted by the parliament.

---

<sup>7</sup> Jan Krejčí: Jaroslav FENYK – Dagmar CÍSAŘOVÁ: *Meziválečné trestní právo a vědatrestníopráva v Československu* (Criminal Law and Criminal Science in the interwar Czechoslovakia). In: Karel Malý, Ladislav Soukup (ed.): *Czechoslovakian Law and Legal Science in the interwar period (1918-1938) and their place in Central Europe*. Prague, 2010, Karolinum, 822-825.

<sup>8</sup> See: *Přípravný návrh trestního zákona o zločinech a přečinech a zákonapřestupkového* (Proposal for the Criminal Code of felonies and misdemeanours and the Criminal Code of contraventions). Prague, 1926, Ministry of Justice (In the following: „Proposal”). 42. §. For the full text see: <https://digi.law.muni.cz/handle/digilaw/7991> Last accessed: 2017. november. 23.

<sup>9</sup> Proposal 109. §

<sup>10</sup> Lenka SIMONOVÁ: *O zločinu a bojipročiněmu v československé osnově trestního zákona* (About the felonies and the fight against them in the Proposal of the Czechoslovak Criminal Code). *Právník*, 1927, 230-231.

<sup>11</sup> Proposal 43. § (1) – (3)

<sup>12</sup> Proposal 67. §

Twelve years later, the Ministry of Justice drafted a second bill on the Criminal Code. However, this proposal fundamentally differed from the previous one. First of all, it maintained capital punishment. The death penalty was applicable against the perpetrators of the following crimes: overthrow of the republic, treason, espionage, aggravated arson and public endangerment. Moreover, it could also be used in cases of aggravated murder (when someone killed two or more persons, killed with malice aforethought or malicious motive or with particular cruelty). Furthermore, the murder of the president of the republic, the prime minister or any member of the cabinet or the Parliament, was also punishable by death. Last, but not least, committing murder against relatives also entailed capital punishment.

Regarding the criminal procedure, a proposal was completed by the end of the decade. The basis for the work of the committee was the Austrian code of 1873 which was regarded to be superior compared to the Hungarian code of 1896.<sup>13</sup> However, this bill was not enacted either. In the 1920s, the professional debates stood in the way of codification. By the late 1930s, the historic circumstances made the process of codification almost impossible.

## **2. Criminal laws enacted between 1918 and 1938**

The failed attempts at codification did not mean that the development of criminal law had stopped. In 1919, an act regarding money forgery and stock counterfeiting was enacted. The same year, the Parole and Conditional Sentence Act was passed. The latter of these legal institutions was not regulated by the Austrian Criminal Code. Therefore, the Czech Courts did not have to apply it up until this point. Although this law repealed the provisions of the Amendment act of 1908 that introduced the conditional sentence in Hungarian criminal law; it also (re)introduced and unified these legal institutions in the whole country. In 1921, the freedom of assembly was protected via punitive measures.<sup>14</sup> In 1923, the Republic's Protection Act was enacted that secured both the constitutional status of the country and its republican form of government.<sup>15</sup>

In 1931, a law (re)introduced the minimum-security prison as a form of imprisonment. It was applicable if the perpetrator's resocialization seemed likely and if the crime was not committed with malice aforethought or with malicious motive.<sup>16</sup> Perpetrators, who committed treason, murder, voluntary manslaughter or some severe military offences, were excluded.<sup>17</sup> In such cases, only the other regimes of imprisonment were applicable.

The minimum-security prison had to be carried out in correctional facilities or in county jails. Compared to the other regimes, this form of imprisonment was more lenient. The inmates were separated from all the other convicts. If they proposed, they could be placed in private cells. They could wear their own clothes and they were exempt from compulsory labor. They were not obliged to clean the prison cells. Furthermore, they could take care of

---

<sup>13</sup> Lenka Simonová quotes František KRONBERGER: *K unifikaci trestního řízení* (Regarding the Unification of Criminal Law). *Právník*, 1925, 468.

<sup>14</sup> See: 309/1921 Sb.

<sup>15</sup> See: 50/1923 Sb.

<sup>16</sup> 123/1931 Sb. 1. § (1)

<sup>17</sup> 123/1931 Sb. 1. § (3)

their own meals and they could obtain books and newspapers. They had the right to spend four hours in the open air everyday and were allowed to smoke and to have visitors, if that did not violate the order of the jail. The act also spoke about the disciplinary measures. These inmates could be reprimanded, placed in solitary confinement and also some of their privileges could be withdrawn temporarily.<sup>18</sup>

Just like the Parole Act of 1919, this law also repealed the respective paragraphs of the Csemegi Code on the minimum-security prison. Therefore, all convicts, who had been sentenced for this form of punishment on the basis of the ‘old Hungarian laws’, had to be transferred to other regimes of prison based on the severity of their crimes.<sup>19</sup>

In 1931, another law was enacted that unified the system of juvenile courts in the country. Although this act repealed the rules of the Amendment Act of 1908, we can see some resemblances to its solutions. Whereas it regulated the organization of courts mostly, it also (re)defined the legal definition of juvenile offenders. According to these provisions, any person between the age of fourteen and eighteen years at the time of committing a criminal offense, who was able to recognize the unlawful nature of his or her acts, was considered as a juvenile offender. Regarding their punishment, the judges could choose from three options. They could release the accused with a warning or they could rely on a conditional sentence. If neither of these options was sufficient, the judges could either imprison them or fine them.<sup>20</sup> The act emphasized, that only the juvenile courts had authority in such cases.

In 1934, the Parliament enacted a law that modified and unified some issues regarding the death penalty and life sentence. This act made it possible for the courts to sentence someone to life even in such cases where the committed crime was only punishable by death.<sup>21</sup> Concerning those, who were sentenced to life, this act stated that they could be released on parole only after 30 years.<sup>22</sup> However, this provision was not applicable in cases where the convict received a presidential pardon.<sup>23</sup>

Regarding the criminal procedure, some issues were regulated by the Constitution of 1920, which stated that all the judgements had to be delivered in the name of the republic.<sup>24</sup> Moreover, several acts were enacted that amended both the Austrian and Hungarian Code of Criminal Procedure simultaneously. In 1923, the State Court was established. It had the sole authority to adjudicate cases regarding the protection of the state.<sup>25</sup> A year later, the rules of trial in absentia were established.<sup>26</sup> This type of criminal procedure was previously

---

<sup>18</sup> 123/1931 Sb. 5. § (2) a) – h)

<sup>19</sup> 123/1931 Sb. 9. § (2)

<sup>20</sup> 48/1931 Sb. 5-8. §§

<sup>21</sup> 41/1934 Sb. 1. § (1)

<sup>22</sup> 41/1934 Sb. 2. § (1)

<sup>23</sup> 41/1934 Sb. 2. § (2)

<sup>24</sup> See: 121/1920 Sb. of the Constitution of the Czechoslovak Republic 94–105. §§

<sup>25</sup> See: 51/1923 Sb.

<sup>26</sup> See: 8/1924 Sb.



unregulated by the Hungarian code.<sup>27</sup> In 1928, the lower courts were unified across the whole country.<sup>28</sup>

### 3. The criminal justice system between 1918 and 1938

A code regarding prison administration and prisoner law was not enacted in the interwar period. The basic principles regarding the prison system stemmed from the Austrian and Hungarian Criminal Codes of 1852 and 1878 respectively. Yet, some issues, like the minimum-security prison, were regulated in the enacted laws mentioned above.

Regarding the penal institutions, most of these facilities were inherited from the Austro-Hungarian Monarchy and the absolute majority of them continued to function as such. Only some of them, like the city jails in Ipolyság (Šahy), Aranyosmarót (Zlaté Moravce)<sup>29</sup> and Révkomárom (Komárno) were closed in 1920. Two years later, a new city jail was established in Érsekújvár (Nové Zámky).<sup>30</sup> A judicial complex was opened in Rózsahegy (Ružomberok) in 1932, which also incorporated a penitentiary. It consisted of solitary cells mostly, but some of them were used for congregate confinement.<sup>31</sup> In Besztercebánya (Banská Bystrica), a city jail was opened back in 1898. During the 1920s, its capacity became increasingly constrained and the problems regarding the safety and hygienic conditions became even more apparent. The building was renovated twice in 1929 and 1937.<sup>32</sup> In Pozsony (Bratislava), it was decided in the 1920s that a penitentiary must be built near the planned Judicial Palace. This undertaking was realized between 1934 and 1936. Most of the accused, who were placed in detention, were held here. The architects based their plans on the Pennsylvania system, i. e. Jeremy Bentham's panopticon. It was built in the shape of a cross.<sup>33</sup> The prisons in Illava (Ilava) and Lipótvár (Leopoldov), where the oldest Hungarian prisons were,<sup>34</sup> continued to function as such. In Illava, the intermediary institute based on the Irish system of prison administration has also remained in use.<sup>35</sup> The county jails of Nyitra (Nitra), Kassa (Košice) and Lőcse (Levoča) also continued to exist. It is worth mentioning that most of these prisons form the basis of the Slovak modern day criminal justice system.<sup>36</sup>

---

<sup>27</sup> Ivána BLAHOVA: *Rekodifikacetrestnihopravaproceniho v letech 1948-1950* (The Recodification of the Czechoslovak Criminal Procedure in 1948-1950). Prague, 2017, Auditorium, 21.

<sup>28</sup> Lenka Simonová: Ladislav VOJÁČEK – Karel SCHELLE: *Repetitorium českých právních dějindoroku 1945* (Czechoslovakian Legal Historyuntil 1945 – Repetitorium). Ostrava, 2008, Key Publishing, 189.

<sup>29</sup> See: 590/1920 Sb.

<sup>30</sup> See: 197/1922 Sb.

<sup>31</sup> <http://www.zvjs.sk/index.php?ustav-vykonu-trestu-ruzomberok> (Last accessed: 2016. november 27.)

<sup>32</sup> <http://www.zvjs.sk/index.php?ustav-vykon-vazb-b-bystric> (Last accessed: 2016. november 27.)

<sup>33</sup> <http://www.zvjs.sk/index.php?ustav-vykon-vazby-bratislava> (Last accessed: 2016. november 27.)

<sup>34</sup> See: MEZEY Barna: *A magyar polgári börtönügy kezdetei*. Budapest, 1995, Osiris-Századvég, 78-79.

<sup>35</sup> <http://www.zvjs.sk/index.php?ustav-vykonu-trestu-vazby-Leopol> (Last accessed: 2016. november 27.)

<sup>36</sup> <http://www.zvjs.sk/index.php?ustav-vykon-vazby-levoča> (Last accessed: 2016. november 27.)

# DIE ENTWICKLUNG DES AMTES DES LAIENRICHTERS IN DEN LETZTEN 100 JAHREN

**Kiss Gábor**  
*Richter und Sekretär*

*Erzbischöflichen Offizialat Kalocsa-Kecskemét und Eger (Ungarn)*

## 1. Fragestellung

Die rechtsgeschichtliche Forschung zur Kanonistik widmete den wissenschaftlichen Forschungen zum ersten kirchlichen Gesetzbuch, das mit dem Titel *Codex Iuris Canonici* (CIC) im Jahr 1917 am Gedenktag von Peter und Paul veröffentlicht wurde, in den vergangenen Jahren besondere Aufmerksamkeit.<sup>1</sup>

*Ius sequitur vitam* oder mit anderen Worten *Ius sequitur doctrinam*<sup>2</sup>: dieser alte antike Ausspruch prägt zutreffend das Rechtssystem der katholischen Kirche. Diese Flexibilität des kanonischen Rechts tritt stark in den Vordergrund, wenn wir die Entwicklung der Ekklesiologie und in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Kirchenrechts nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil betrachten. Der ekklesiologische Paradigmenwechsel und die Communio-Theologie waren zwei der wichtigsten Neuheiten des letzten ökumenischen Konzils. „Das Zweite Vatikanische Konzil lässt sich in seiner Lehre über die Kirche von dem biblischen Bildbegriff des Volkes Gottes leiten. Ausdrücklich widmet die Kirchenkonstitution »Lumen gentium« diesem Thema das wichtige zweite Kapitel.“<sup>3</sup> Die Selbstdefinition der katholischen Kirche änderte sich, und daraus folgte eine zwangsläufige Neuinterpretation des Rechtssystems der kirchlichen Gemeinde.

Die Paradigmenwechsel zeigt sich im Kirchenrecht mit der Aufwertung der Rolle der Laien in der katholischen Kirche. „Gläubige sind jene, die durch die Taufe Christus eingegliedert, zum Volke Gottes gemacht und dadurch auf ihre Weise des priesterlichen, prophetischen und königlichen Amtes Christi teilhaft geworden sind, sie sind gemäß ihrer je eigenen Stellung zur Ausübung der Sendung berufen, die Gott der Kirche zur Erfüllung in der Welt anvertraut hat.“<sup>4</sup> Derc. 204. CIC (1983) beinhaltet fast alle wichtigen inhaltlichen Punkte, die die neue Stellung der Christgläubigen bzw. der Laienausmacht: (1) sie erhielten zunächst mit dem Sakramente der Initiation eine positive Definition; sie werden nach dieser Definition nicht als Christen gesehen, die den Ordo nicht erlangt haben, sondern als Christen, die durch die Taufe Christus dem Volke Gottes eingegliedert sind;

---

<sup>1</sup> Vgl. Sabine DEMEL: *Die Idee eines universalen und unabänderlichen Rechts. Das kirchliche Gesetzbuch feiert seinen 100. Geburtstag.* In: Stimmen der Zeit 235 (2017), 395–405.

<sup>2</sup> Vgl. Gerhard NEUDECKER: *Ius sequitur vitam – der Dienst der Kirchengerichte an der Lebendigkeit des Rechts: zugleich ein Beitrag zur Vergleichung des kanonischen und staatlichen Rechtssystems.* Münster, 2013.

<sup>3</sup> Stephan HAERING – Wilhelm REES – Heribert SCHMITZ (Hgg.): *Handbuch des katholischen Kirchenrechts.* Regensburg, 2015 [HkK], 32.

<sup>4</sup> CIC (1983) c. 204.

(2) als Folge der Taufe haben sie auf ihre Weise Anteil am dreifachen Amt Christi (*munus Christi sacerdotalis, prophetici et regalis*); (3) und durch diese unmittelbare Teilhabe an der *Tria-Munera-Christi* sind sie befähigt und berufen den göttliche Sendungsauftrag der Kirche auszuüben.<sup>5</sup>

„Das Zweite Vatikanum hat aber den unmissverständlichen Auftrag erteilt, entsprechend den Konzilsbeschlüssen neue Rechtsnormen zu schaffen und dadurch die konziliaren Aussagen in anwendbares Recht zu transformieren.“<sup>6</sup> Anhand des neuen theologischen Hintergrunds wurde die Rolle der nicht zu Priestern geweihten Laien unter anderem auch in der kirchlichen Gerichtbarkeit aufgewertet.

Dieser Beitrag beabsichtigte einen Überblick über die rechtsgeschichtliche Entwicklung der laikalen richterlichen Tätigkeit in der kirchlichen Gerichtsbarkeit zu geben. Der Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist das erste kodifizierte Gesetzbuch der katholischen Kirche (*Codex Iuris Canonici*, 1917). Danach wird die Notsituation skizziert, die in der personellen Unterbesetzung in den Ämtern der kirchlichen Rechtsprechung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzils bestand, und die die neue Regelung, nämlich das *Motu Proprio Causas Matrimoniales* erst zum Entstehen brachte. In einem dritten Punkt werden die Regelungen des gültigen Kodex der katholischen Kirche und insbesondere der schon erwähnten c. 1421 in den Blick genommen. Zum Schluss wird die relevante Regelung der Instruktion *Dignitas connubi* als *Motu Proprio Mitis Iudex Domus Iesus* kurz näher beleuchtet.

Im Rahmen der einleitenden Bemerkungen ist noch darauf hinzuweisen, dass der kontroverse verfassungsrechtliche Status, den die Tätigkeit des Laienrichters hat, mit der Teilnahme an der Ausübung der kirchlichen Vollmacht durch den Laien eng zusammenhängt.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Klaus LÜDICKE (Hg.): *Münsterischer Kommentar zum Codex Iuris Canonici* (Stand: November 2017). Essen seit 1984 [MKCIC] 204,1–2.

<sup>6</sup> HkK, 73.

<sup>7</sup> Zum rechtstheologischen Hintergrund siehe auch die folgenden Beiträge: Thomas AMANN: *Laien als Träger von Leitungsgewalt?* St. Ottilien, 1996; Anne ASSELIN: *Vingt ans après la promulgation de Code de droit canonique: Qu'en est-il du service des laïcs dans l'Église?* In: *Studia canonica* 38 (2004) 54–109; Jean BEYER: *De natura potestatis regiminis seu iurisdictionis recte in Codice renovato enuntianda.* In: *Periodica* 71 (1982) 93–145; Adriano CELEGHIN: *Sacra potestas: quaestio post conciliaris.* In: *Periodica* 74 (1985) 165–225; Eugenio CORECCO: *Natur und Struktur der 'Sacra potestas' in der kanonischen Doktrin und im neuen CIC.* In: Libero Gerosa, – Ludger Müller (Hgg.): *Ordinatio fidei.* Paderborn–München–Wien–Zürich, 1994, 233–248; Eugenio CORECCO: *Natura e struttura della 'Sacra potestas' nella dottrina e nel nuovo Codice di Diritto Canonico.* In: *Communio* 75 (1984) 24–52; J. CORIDEN: *Lay person and the power of governance.* In: *The Jurist* 59 (1999) 335–347; J. J. CUNEO: *The Power of Jurisdiction. Empowerment for Church Functioning and Mission distinct from Power of Orders.* In: *The Jurist* 39 (1979) 183–219; G. DALLA TORRE: *La collaborazione dei laici alle funzioni sacerdotale, profetica e regale dei ministri sacri.* In: *Monitor Ecclesiasticus* 109 (1984) 140–165; George FELIX: *Canon 129: The participation of Christ's lay-faithful in 'potestas regiminis'.* Pontificia Universitas Urbaniana Facultas Iuris Canonici, Roma, 1993; Kevin GILLESPIE: *Ecclesiastical office and the participation of the lay faithful in the exercise of sacred power. Towards a theological and canonical understanding of the mutual orientation in the sign of Christ.* Roma, 2017; D-M. A. JAEGER: *Animadversiones quaedam de necessitudine inter potestatem ordinis et regiminis iuxta C.I.C. cognitum.* In: *Antonianum* 59 (1984) 628–646; Matthäus KAISER: *Potestas iurisdictionis?* In: Winfried Aymans – Anna Egler – Joseph Listl (Hgg.): *Fides et ius.* Festschrift für Georg May zum 65. Geburtstag, Regensburg, 1991, 81–108; Peter KRÄMER: *Sacra potestas im Zusammenspiel von sakramentaler Weihe und kanonischer Sendung.* In: Winfried Aymans – Karl-Theodor Geringer: *Iuri Canonico Promovendo.* Festschrift für Heribert Schmitz zum 65. Geburtstag, Regensburg, 1994, 23–34; Peter KRÄMER: *Die geistliche Vollmacht.* In: Joseph Listl – Heribert Schmitz (Hgg.): *Grundriß des nachkonziliaren*

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wirkten viele Laien als Notar, Ehebandverteidiger, Rechtsanwalt und Vernehmungsrichter an der kirchlichen Gerichtsbarkeit mit. In diesen Fällen erscheint die Teilnahme an der Ausübung der Leitungsgewalt (vgl. c. 129. § 2) als Teilnahme auf indirekte Weise. Sie tragen mit ihren Aufgaben auf mittelbare Weise zu der Urteilsfällung und der Wahrheitsfindung bei, aber sie nehmen an dem konkreten rechtlichen Akt der Urteilsfällung nicht teil. Jedoch wirken die Richter nach c. 1421 § 2 in der Leitungsvollmacht bzw. in diesem Fall in der Gerichtsvollmacht auf direkte Weise mit. So wird die kollektive Dimension der Urteilsfällung gemäß c. 129. § 2 verwirklicht. Das Richterkollegium ist als Ganzes Rechtssubjekt und muss kollegial handeln (c. 1426 § 1). Als dieses Kollegium besitzt *es potestas iudicialis* (c. 135 § 3). Andererseits sind auch die einzelnen Laienrichter für ihr Richteramt bestellt und damit mit ordentlicher richterlicher Gewalt ausgestattet. Auf diese Weise kann man mit der Hilfe des Laienrichters die Natur der Leitungsgewalt besser verstanden werden.

Dieser kurze prozessrechtsgeschichtliche Abriss berührt jedoch weder die mangelnde Ausprägung von rechtstheologischen Grundsätzen der kirchlichen Gewalt noch die Entwicklung des theologischen Hintergrunds für die Teilnahmemöglichkeiten der Laien an der Sendung der Kirche. Der Verfasser beschränkt sich vielmehr im Folgenden auf die Untersuchung, welche Entwicklungsschritte die personalen Voraussetzungen durchliefen, die für eine Ernennung an den kirchlichen Gerichten durch einen potentiellen Laienrichter erfüllt sein mussten.

## 2. CIC (1917)<sup>8</sup>

Das Amt des Diözesanrichters im CIC (1917) wurde durch die im Gesetzbuch geregelte kirchliche Gewalttheorie bestimmt. Auch im CIC (1917) war der Diözesanbischof der Richter erster Instanz, er konnte seine richterliche Gewalt persönlich oder durch andere ausüben.<sup>9</sup> „Die Oberhirten vollen Rechtes haben ordentliche Gerichtsgewalt für ihren Zu-

---

Kirchenrechts, Regensburg, 1980, 166–173; Elizabeth McDONOUGH: *Laity and the Inner Working of the Church*. In: *The Jurist* 47 (1987) 228–245; Thomas MECKEL: *Konzil und Codex. Zur Hermeneutik des Kirchenrechts am Beispiel der christifideles laici*, Paderborn, 2017; Klaus MÖRSDORF: *De sacra potestate*. In: *Apollinaris* 40 (1967) 41–57; Klaus MÖRSDORF: *Munus regendi et potestas iurisdictionis*. In: *Pontificia commissio codicis iuris canonici recognoscendo: Acta Conventus Internationalis Canonistarum Romae diebus 20–25 mai 1968 celebrati*, Rom, 1970, 199–211; Klaus MÖRSDORF: *Weihegewalt und Hirtengewalt und Abgrenzung und Bezug*. In: Winfried Aymans – Karl-Theodor Geringer – Heribert Schmitz (Hgg.): *Schriften zum Kanonischen Recht*. Paderborn–München–Wien–Zürich, 1989, 171–186; Peter PLATEN: *Die Ausübung kirchlicher Leitungsgewalt durch Laien. Rechtssystematische Überlegungen aus der Perspektive des „Handelns durch andere“*. Essen, 2007; James PROVOST: *The Participation of the Laity in the Governance of the Church*. In: *Studia Canonica* 17 (1983) 417–448; Alfons STICKLER: *De potestatis sacrae natura et origine*. In: *Periodica* 71 (1982) 65–92; Alfons STICKLER: *Origine e natura della sacra potestas*. In: S. Gherro (cur.), *Studi sul primo libro del Codex Iuris Canonici*, Padua, 1993, 73–90.

<sup>8</sup> Zur Geschichte des Laienrichters vor dem CIC (1917) siehe: Peter FRATTIN: *Lay judges in ecclesiastical tribunals*. In: *The Jurist* 28 (1968) 178–180.

<sup>9</sup> CIC (1917) „Can 1572 §1. In unaquaque dioecesi et pro omnibus causis a iure expresse non exceptis, iudex primae instantiae est loci Ordinarius, qui iudiciariam potestatem exercere potest ipse per se, vel per alios, secundum tamen canones qui sequuntur.”

ständigkeitsbereich, der Ortsoberhirt für seine Gebietskörperschaft (Diözese). [...]“<sup>10</sup> In der Gerichtsbarkeit wird der Bischof vertreten durch den Offizial und das Kollegialgericht, das aus den Synodalrichtern unter Vorsitz des Offizials gebildet wird. In einer Diözese kann der Bischof nicht mehr als 12 Diözesanrichter ernennen, die der Kodex *iudicum synodali-um* oder *iudicum pro-synodali-um* nannte.<sup>11</sup> Gemäß des c. 1547 von CIC (1917) muss ein Richter Priester (*presbyter*) sein. Für die Ernennung des Richters gab es daneben noch zwei weitere Kriterien: sie mussten gut beleumundet und bewandert im Recht sein.,,Für Berufung, Abberufung und Amtszeit der Synodalrichter gelten dieselben Bestimmungen wie für Synodalprüfer (cc. 385–388.). Ihre Hauptaufgabe besteht darin, für die kollegial zu behandelnden Gerichtssachen als Mitglieder des bischöflichen Kollegialgerichtes tätig zu sein. Ihre richterliche Gewalt erhalten sie auf dem Wege der Delegation mit der Ernennung seitens des Bischofs. Ihre Dienstzeit beträgt grundsätzlich zehn Jahre und ist daher unabhängig von der Amtszeit des jeweiligen Bischofs; sie endet aber unter Umständen vorzeitig durch den Zusammentritt einer neuen Diözesansynode.“<sup>12</sup>

Die unterentwickelte Rolle, die Laien in Zusammenhang mit der Mitwirkungsmöglichkeit in der kirchlichen Gewalt oder sogar mit den kirchlichen Ämtern zugebilligt wurde und die das erste Gesetzbuch prägte, beruht darauf, dass vor dem Zweiten Vatikanum die Laientheologie praktisch nicht existierte. So fasst *Ulrich Stutz* die Rolle der Laien im CIC (1917) zusammen: „Die katholische Kirche ist die Kirche des Klerus. Selbstverständlich nicht in dem Sinne, dass ihre Heilsarbeit nicht auch, ja sogar – vermögen der fast erdrückend grossen Ueberzahl der Laienschaft – vornehmlich den Laien zugutekäme. Wohl aber in dem, dass nach ihrem Rechte [...] die Laien mehr nur als Schutzgenossen und allein die Kleriker als Vollgenossen erscheinen. Die Laien bilden lediglich das zu leitende und zu lehrende Volk, das gegen gläubige Annahme der von der Kirche gelehrteten Heilswahrheit und durch gehorsame Unterwerfung unter sie ihrer Heilswohlthaten und des nach ihrer Lehre einzig durch sie vermittelten Heils teilhaftig werden soll. Das Recht der katholischen Kirche ist fast ausnahmslos Geistlichkeitsrecht.“<sup>13</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, die Laien konnten gemäß dem kirchlichen Gesetzbuch (1917) nicht als Richter tätig sein, obwohl ein gewisser Anspruch in den Teilkirchen schon existierte.<sup>14</sup>

<sup>10</sup> Eduard EICHMANN – Klaus MÖRSDORF: *Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Iuris Canonici*. Paderborn, 1964 [EICHMANN–MÖRSDORF 1964], 48.

<sup>11</sup> CIC (1917) „Can 1574 §1. In qualibet dioecesi presbyteri probatae vitae et in iure canonico periti, etsi extradioecesani, non plures quam duodecim eligantur ut potestate ab Episcopo delegata in litibus iudicandis partem habeant; quibus nomen esto iudicum synodali-um aut pro-synodali-um, si extra Synodum constituuntur. §2. Quod ad eorum electionem, substitutionem, cessationem aut remotionem a munere attinet, servantur praescripta can. 385–388. §3. Nomine iudicum synodali-um in iure veniunt quoque iudices pro-synodales.

<sup>12</sup> EICHMANN–MÖRSDORF 1964, 52.

<sup>13</sup> Ulrich STUTZ: *Der Geist des Codex iuris canonici*. Stuttgart, 1918, 83.

<sup>14</sup> Vgl. „But the most interesting example, symptomatic of the feeling and mind of the Holy See with regard to the use of lay judges, is to be found in an answer of the S. Congregation of the Council, dated December 14, 1918. My it the Roman Dicastery replied to two questions (dubia) raised by the Bishop of Breslau (now Poland) relative to the formation of the Curia's ecclesiastical tribunal. The dubia were thus formulated: (a) whether, in accordance with a custom one hundred and seventy years old, lay law experts could take part, with a right to a decisive vote, in contentious and matrimonial cases discussed before ecclesiastical courts; (b) whether lay canonical experts could act as auditors or assessors in ecclesiastical cases (save those of a criminal

### 3. Die Voraussetzungen und das MP Causas Matrimoniales

Nach dem ekklesiologischen Paradigmenwechsel und der Neupositionierung der Laien in dernachkonziliaren Ekklesiologiewurde es möglich, die Laien an der Sendung der Kirche in größeren Bereich mitwirken zu lassen. Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist Teilnahme der Laien im Gerichtssystem der katholischen Kirche notwendig geworden, weil sich die Zahl der Ehenichtigkeitsverfahrenin derpostkonziliaren Zeit starkerhöhte. In dieser Situationerhob sich die Frage, wie die gut qualifizierten, abernicht zu Priester geweihtenKanonistInnen an der Aufgabe der Rechtsprechung mitwirken könnten.

Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1965) aber schon vor der Promulgation des neuen Gesetzbuches (1983) entstand eine Situation, in der das theologische Fundament für die Ernennung eines Laienrichters zur Arbeit in der kirchlichen Gerichtsbarkeit bereits grundsätzlich erdacht war, jedoch die kodifikarische Regelung noch fehlte. *Günter Assenmacher* fasste die Voraussetzungen der Bestellung eines Laienrichters in diesem Zeitraum zusammen: „Am 15. März 1968 setzte der damalige Bischof von Münster, *Joseph Höffner*, seine Unterschrift unter ein von *Paul Wesemann* entworfenes Gesuch, das an den Papst die Bitte richtete, mit Rücksicht auf die wachsende Zahl der anhängigen Fälle und die wenigen dafür zur Verfügung stehenden Priester zu erlauben, »si necessitas premit, candidatus vero conditionibus in cc. 1574. 1§ et 1589 § 1 enumeratis correspondet, virum aptum et idoneum nominare ut Auditorem (c. 1580 ss CIC) vel iudicem instructorem, Defensor Vinculi et Promotorem Iustitiae (c. 1586. ss CIC), Assessorem consultem in casibus, ubi iudex unicus sibi duos assessores consulentes adsciscere vult (c. 1575 CIC)«<sup>15</sup>.“<sup>16</sup> Der damalige Pro-Präfekt der Apostolischen Signatur, Kardinal *Dino Staffa* genehmigte die Ernennung von Laienrichtern in der Diözese Münster gemäß dem Gesuch von Bischof Höffner. Aber diesevorgenannte Anforderung war nicht die einzige, die eine solche Genehmigung vom Apostolischen Stuhl erbat. *Soulard* bewertet diesen gerade beschriebenenVorgang von Gesuch und Bewilligung der Ernennung von Laienrichterals ein ‘Vorspiel‘ zur künftigen,den

---

nature) with a right to a consultative vote. The latter dubium had been prompted not only by the then newly promulgated Code of Canon Law, but especially by certain concessions granted by Pius IX allowing at least a restricted and qualified use of lay jurists in ecclesiastical controversies. The answer of the S. Congregation of the Council to the first question was categorical: not only was the custom of admitting laymen as judges cum voto deliberativo to be reprobated, but it could not even be tolerated in the future. Indeed, laymen were considered so incapable of ecclesiastical jurisdiction that »ne illius quidem habendae sunt capaces, sed prorsus incapaces, ac talis incapacitas solum per specialem et extraordinariam Romani Pontificis provisionem in causa particulari auferri potest.« Basing itself on legal principles firmly established in the Decretals, the Congregation went so far as to classify the custom existing in the diocese of Breslau a practice by which disrumpitur nervus ecclesiasticae disciplinae, not a legitimate custom, reiterated the Roman Dicastery, but simply an activity which non aliud mereri nomen nisi abusus.” P. FRATTIN: *Lay judges in ecclesiastical tribunals*. In: *The Jurist* 28 (1968) 180–181.

<sup>15</sup> Paul WESEMANN: *Können Laien kirchliche Richter sein? Analyse der Kommentare zum MP Causas Matrimoniales*. Rom, 1982. (Lizentiatsarbeit, unveröffentlicht)

<sup>16</sup> Günter ASSENMACHER: *Laien als kirchliche Eherichter. Die Situation in den Bistümern der Bundesrepublik Deutschland. Zur Diskussion einer Grundsatzfrage*. In: Klaus Lüdicke – HeinrichMussinghoff – Hugo Schwendenwein (Hgg.): *Iustus Iudex*. Festgabe für Paul Wesemann zum 75. Geburtstag von seinen Freunden und Schülern, Essen, 1990 [ASSENMACHER 1990], 353.



Laienrichter betreffenden kanonischen Gesetzgebung.<sup>17</sup> Meiner Meinung nach tritt gerade hier die Flexibilität des kanonischen Rechts in Erscheinung: eine Notsituation in den Teilkirchen (d. h. der Fachkräftemangel in den kirchlichen Gerichten) ließ eine im kanonischen Recht bestehende 'Anomalie' zu Tage treten und mit der Hilfe der Gesetzgebung der Gesamtkirche (in diesem Fall z. B. *Causas Matrimoniales*) wurde eine Lösung innerhalb der theologisch-ekklesiologischen Möglichkeiten gefunden. Papst Paul VI. promulgierte das MP *Causas Matrimoniales* am 28. März 1971, das den Erlass einiger Normen für eine schnellere Abwicklung der Eheprozesse beinhaltet.

§ 1. des V. Punktes des MP ordnete die Zusammensetzung der Richterkollegium in den Ehenichtigkeitsfällen an: „Für den Fall, dass weder im Diözesangericht, noch, wo ein solches besteht, im Regionalgericht ein Kollegium von drei geistlichen Richtern gebildet werden kann, erhält die Bischofskonferenz die Vollmacht, für das Gericht der ersten und der zweiten Instanz ein Kollegium aus zwei Geistlichen und einem Mann aus dem Laienstand, zu gestatten.“<sup>18</sup> Die der Bischofskonferenz erteilten Erlaubnis zur Ernennung der Laienrichter wurde im § 3 derselben Artikels konkretisiert: „Die Bischofskonferenz kann die oben genannten Vollmachten gemäß ihren eigenen Statuten wahrnehmen, oder durch eine Gruppe von Mitgliedern oder auch durch ein einzelnes Mitglied der Bischofskonferenz, die für diese Aufgabe gewählt werden.“<sup>19</sup> Nach diesem MP konnten die katholischen Bischöfe des jeweiligen Landes prüfen, ob eine Notsituation bestand, die es erforderte, den Dienst von Laienrichtern zu nutzen.

Der Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz – der nach der Promulgation der *Causas matrimoniales* gefasst wurde – traf Anordnungen über die Einzelheiten und die Grenze der Richtertätigkeiten der Laien in den kirchlichen Gerichten in Deutschland. „Sofern in einem Diözesan- oder Metropolitangericht nach dem Urteil des Diözesanbischofs nicht ein Kollegium aus drei Richtern, die Kleriker sind, gebildet werden kann, erteilt die Deutsche Bischofskonferenz gemäß der Ermächtigung in Art. V. § 1 des Motu Proprio Papst Paul VI. *Causas Matrimoniales* vom 28. März 1971 *ad experimentum* für fünf Jahre hiermit die Erlaubnis, das Richterkollegium der 1. oder 2. Instanz – nicht jedoch das der 3. Instanz – für die Behandlung von Ehesachen aus zwei Klerikern und einem männlichen Laien zu bilden. Für die Bestellung eines Laien zum Richter werden dabei vorausgesetzt:

- a) Treue im katholischen Glauben und guter Lebenswandel,
- b) Kenntnis des kanonischen Rechtes,
- c) Erfahrung im Gerichtswesen.

Wo hinreichende Kenntnis des kanonischen Rechtes und Erfahrung im Gerichtswesen nicht eindeutig feststehen, soll der Laie beim kirchlichen Gericht zunächst in anderer Funktion (z. B. als Notar oder Vernehmungsrichter) tätig sein, ehe er zum Richter bestellt wird.“<sup>20</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der große Wert des *Motu proprio* darin zu sehen ist, dass es die Tätigkeit der Laien als Richter erstmals in der Geschichte der Kodifikation

---

<sup>17</sup> Vgl. Ray SOULARD: *La participation des laïcs à l'activité des tribunaux ecclésiastiques*. In: Quaestiones de Motu Proprio „Causas Matrimoniales“. Studia Universitatis S. Thomae in Urbe, Rom, 1976, 67–76.

<sup>18</sup> *Nachkonziliare Dokumentation – im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. Band 39. Kirchliches Prozessrecht. Sammlung neuer Erlasse, lateinisch und deutscher Text.* Trier, 1976, 33–45

<sup>19</sup> Ibid.

<sup>20</sup> ASSENMACHER 1990, 354–355.



des modernen Kirchenrechts gestattete. Jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass das *MP* noch mehrere Einschränkungen beinhaltete, die alle theologischen Grundlagen vermissen ließen: der Gesetzgeber schränkte die richterliche Tätigkeit ein und erlaubte sie nur für Männer und nur für die erste und zweite Instanz der Gerichtsbarkeit für Ehenichtigkeitsfälle. Vermutlich muss man diese Begrenzungen auf die vorsichtige Zurückhaltung des Gesetzgebers zurückführen.

#### **4. Die Laienrichter in dem CIC (1983)**

Seit der Promulgation des gültigen CIC der katholischen Kirche wurde jedes kirchliche Amt an dem im Gesetzbuch aufgestellten Regelungen gemessen.<sup>21</sup> *Judith Hahn* beschäftigte sich ausführlich mit dem Richteramt in ihrer Habilitationsarbeit und sie führt die rechtlich maßgeblichen Eigenschaften eines Diözesanrichters gemäß CIC (1983) wie folgt auf: „Alle Ämter an den Diözesangerichten werden vom Diözesanbischof durch Ernennung besetzt. In Bezug auf den Offizial und die Vizeoffiziale ist festgehalten, dass sie Priester sein, einen guten Ruf haben und, abweichend von c. 1573 § 4 CIC/1917, nicht mehr nur mindestens im Recht bewandert, ‘*periti*’, sondern Doktoren oder wenigstens Lizentiaten des kanonischen Rechtes sein müssen; ferner hat ihr Alter mindestens dreißig Jahre zu betragen (vgl. c. 1420 § 4; Art. 42 § 1 DC). Diözesanrichter müssen nach geltendem Recht Kleriker sein, das heißt mindestens die Diakonenweihe empfangen haben (vgl. c. 1421 § 1; Art. 43 § 1 DC). [...] Neben der regulären Berücksichtigung von Diakonen im geltenden c. 1421 § 1, die dem Klerikerbegriff unterfallen, können heute mit Erlaubnis der Bischofskonferenz [...] auch Laiinnen und Laien zu Diözesanrichterinnen und – Richtern ernannt werden (vgl. c. 1421 § 2; Art. 43 § 2 DC). Im Ostkirchenrecht wird diese Entscheidung für die jeweiligen Kirchen eigenen Rechts getroffen (vgl. c. 1087 § 2 CCEO). [...] Einsatzort der Laiinnen und Laien ist das Kollegialgericht: Von den drei beziehungsweise fünf zur Bildung eines Kollegialgerichts herangezogenen Richterinnen und Richtern darf eine Position laikal besetzt werden [...]“.<sup>22</sup>

Zwei beachtenswerte Veränderungen sind zwischen dem *MP Causas matrimoniales* und dem CIC (1983) wahrnehmbar. „Gegenüber dem *MP CausMatr* ist 1421 insoweit fortgeschrieben, als der zum Richter bestellte Laie eine Frau oder ein Mann sein kann; die Eingrenzung des Kollegialgerichts, dem ein Laie angehört, auf die erste und zweite Instanz des Ehenichtigkeitsverfahrens gefallen ist.“<sup>23</sup> Jedoch formulierte der Gesetzgeber zwei Voraussetzungen für die Bestellung eines Laienrichters: einerseits die ‘Notwendigkeit’, andererseits die Erlaubnis der Bischofskonferenz.

Obwohl das Gesetzbuch (1983) den Weg für die laikale richterliche Teilnahme in den Streit- und Strafverfahren frei machte, schließendie *Normae de gravioribus delictis Congregatione pro Doctrina Fidei reservatis* (21. Mai 2010) die Laien als Richter, Kirchenanwalt, Notar und Anwalt bei der diözesangerichtlichen Behandlungen sogenannter *delicta graviora* aus.<sup>24</sup> „Auch bei den anderen Gerichten können für die in diesen Normen

---

<sup>21</sup> MKCIC 1421, 1.

<sup>22</sup> Judith HAHN: *Das kirchliche Richteramt. Rechtsgestalt, Theorie und Theologie*. Essen, 2017, 392–393.

<sup>23</sup> MKCIC 1421, 1.

<sup>24</sup> Vgl. MKCIC 1421, 9.

behandelten Fälle nur Priester die Ämter des Richters, Kirchenanwalts, Notars und Anwalts gültig ausüben.”<sup>25</sup>

### 5.1. Die Erlaubnis der Bischofskonferenz

Die erste Voraussetzung zur Eröffnung des Wegs zur Bestellung eines Laienrichters in einer Nationalkirche ist das Vorliegen der Erlaubnis der Bischofskonferenz. Das *MP Causas matrimoniales* beinhaltet schon die Anforderung, dass ein notwendiger Beschluss der Bischofskonferenz über die Ernennungsmöglichkeit der Laien vorliegen müsse. Wie Theisen bemerkte, „Die Kodex-Reform-Kommission hat den Sinn einer Erlaubnisgewährung durch die Bischofskonferenz darin gesehen, eine möglichst einheitliche Verfahrensweise in deren Bereich sicherzustellen.“<sup>26</sup>

Daraus kann gefolgert werden, dass die Zulassung der Bischofskonferenz als eine generelle Voraussetzung zu bewerten ist, wonach der Diözesanbischof die Notwendigkeit des Einsatzes der im Kirchenrecht gebildeten Laien als Richter in seinem Bistum nach seinem Ermessen bestimmen kann.<sup>27</sup>

Nach der Promulgation des CIC im Jahr 1983 erteilten die Bischofskonferenzen in vielen Ländern ein dem c. 1421. § 2 CIC (1983) entsprechende Erlaubnis:<sup>28</sup> Deutschland<sup>29</sup> (1985), Österreich<sup>30</sup> (1984), Schweiz<sup>31</sup> (1985) England und Wales<sup>32</sup> (1985), Mexiko<sup>33</sup> (1985),

---

<sup>25</sup> *Normae de delictis Congregationi pro Doctrina Fidei reservatis seu Normae de delictis contra fidem necnon de gravioribus delictis*, 21. Mai 2010. In: AAS 102 (2010) 419–434. [http://www.vatican.va/resources/resources\\_norme\\_ge.html](http://www.vatican.va/resources/resources_norme_ge.html) (10. März 2020)

<sup>26</sup> Karl Heinrich THEISEN: *Die Laien als kirchliche Richter*. h. n., 2006, 69.

<sup>27</sup> Ángel MARZOA – Jorge MIRAS – Rafael RODRÍGUEZ-OCAÑA (ed.): *Exegetical commentary on the code of canon law. Volume IV/1*. Montreal–Canada–Chicago, 2004, 733.

<sup>28</sup> Vgl. José MARTÍN DE AGAR (cur.): *Legislazione delle Conferenze Episcopali al C.I.C.* Milano, 2009.; Klaus LÜDICKE – Ronny JENKINS: *Dignitas Connubii. Norm and Commentary*. Washington DC, 2005, 90.

<sup>29</sup> „zu c. 1421. § 2: Auch Laien können als Richter bestellt werden.“ Berliner Bischofskonferenz, Beschluß, 1985. In: Archiv für katholisches Kirchenrecht 154 (1985) 536–538.

<sup>30</sup> „Die Österreichische Bischofskonferenz gibt die Erlaubnis, daß Laien als Richter bestellt werden, von denen einer bei der Bildung eines Kollegialgerichtes herangezogen werden kann, soweit eine Notwendigkeit dazu besteht.“ In: Amtsblatt der Österreichischen Bischofskonferenz 1 (1984) Nr. 14.

<sup>31</sup> „Die Schweizer Bischofskonferenz gibt die Erlaubnis, das Laien als Richter bestellt werden können.“ In: Archiv für katholisches Kirchenrecht 154 (1985) 544.

<sup>32</sup> „2. The Bishops’s Conference of England and Wales, in accordance with canon 1421 § 2, hereby permits suitably qualified faithful, other than clerics to be appointed Diocesan Judges in England and Wales.“ In: *Ius Ecclesiae* 1 (1989) 361.

<sup>33</sup> „Can. 1421,2: La Conferencia Episcopal faculta a los Obispos Diocesanos que sufram escasez de sacerdotes para que puedan nombrar jueces laicos, y que, uno de éstos, pueda formar parte del tribunal colegiado.“ Ibid. 372.

Italien<sup>34</sup> (1983), Kanada<sup>35</sup> (1984), Indien<sup>36</sup> (1993), Irland<sup>37</sup> (1987-1988), Nigeria<sup>38</sup> (1986), Inter-territorial Catholic Bishops' Conference of The Gambia and Sierra Leone,<sup>39</sup> USA<sup>40</sup> (1991), Philippinen<sup>41</sup> (1987), Neuseeland, Australien, Schottland, Republik Südafrika und Ungarn (2006 und 2009). Jedoch gibt es auch Beispiele dafür, dass eine Bischofskonferenz eine Bewilligung als nicht notwendig deklarierte, wie es durch die Bischofskonferenz in Spanien im Jahr 1984 geschah.<sup>42</sup>

## 5.2. Die 'Notwendigkeit'

Zunächst ist daher zu prüfen, was der Begriff der 'Notwendigkeit' (*necessitas*) für die kirchliche Gerichtsbarkeit eigentlich bedeutet. Der Begriff der Notwendigkeit hat eine alltägliche Bedeutung (etwas für unerlässlich halten, so dass es vorhanden sein muss, damit ein bestimmtes Ergebnis erreicht werden kann) und natürlich eine kanonistische Fachbe-

---

<sup>34</sup> „É concessa la facoltà di assumere dei tribunali ecclesiastici un laico con le funzioni di giudice per la formazione del Collegio purché sia un possesso dei requisiti voluti dalla normativa canonica”. In: (cur.) Ufficio nazionale per i problemi giuridici della Conferenza Episcopale Italiana, Delibere e decreti della Conferenza Episcopale Italiana, Milano, 2006, 158.

<sup>35</sup> „In accordance with the prescriptions of c. 1421, § 2, the Canadian Conference of Catholic Bishops hereby decrees that where it is opportune to do so, laypersons who have the necessary qualifications as outlined in the law, may be appointed judges in Church courts, to be part of a collegial tribunal.” Canadian Conference of Catholic Bishops. In: Official Document 517, 1984. 08. 30.

<sup>36</sup> „The CCBI permits local Ordinaries to appoint competent laypersons as judges as per the norms contained in c. 1421.” Ernest CAPAROSS – Michel THÉRIAULT – Jean THORN (ed.): *Code of Canon Law Annotated*. Montréal, 1993, 1356.

<sup>37</sup> „In accordance with the prescription of c. 1421, § 2, the Irish Episcopal Conference hereby decrees that laypersons, duly qualified and experienced, may be appointed judges in ecclesiastical tribunals in this country.” Intercom, 18 (1987–1988) 13.

<sup>38</sup> The Catholic Bishops' Conference of Nigeria fully accepts this legislation where the necessity suggests”. In: Particular Complementary Norms to the Revised Code, Lagos, 1989, 46.

<sup>39</sup> „The Conference permits the appointment of lay judges in tribunals of the first instance. Lay judges who are appointed must be competent and of good repute. A lay judge however may serve only as one associate judge in the formation of a panel of three judges”. In: Inter-Territorial Catholic Bishops' Conference 3 (1986) 7.

<sup>40</sup> „In accord with the prescriptions of c. 1421, § 2, the National Conference of Catholic Bishops authorizes the diocesan bishops to appoint laypersons as judges to serve as one member of a collegiate tribunal when necessary”. In: National Conference of Catholic Bishops, Complementary Norms, Washington DC, 1991.

<sup>41</sup> „1. The diocesan bishops may recommend laypersons to the Catholic Bishops' Conference of the Philippines to be appointed judges in the ecclesiastical courts, provided that they are Catholics of unimpaired reputation and have a doctorate, or at least, a licentiate in canon law.

2. Whenever there is a real need to appoint judges, whether laypersons or clerics, who lack the academic qualifications mentioned in c. 1421, § 3, the diocesan bishop must have recourse to the Supreme Tribunal of the Apostolic Signatura in order to ask for the needed dispensation.

3. Laypersons, however, cannot sit as judges in cases against clerics, or in cases concerning the declaration or imposition of interdict or excommunication”. In: FLORENCIO TESTERA (ed.): *Canon Law Digest of the Philippine Catholic Church. A Text and Commentary*. Manila, 1987, 70–71.

<sup>42</sup> Conferencia Episcopal Española, Decreto, 1983. XI. 26: Boletín de la Conferencia Episcopal Española 1, 1984, 99.

deutung. Obwohl der CIC den Begriff der *necessitas* 46-mal beinhaltet,<sup>43</sup> weist er jedoch keine allgemeine Bedeutung dieses Begriffs für alle kanonistischen Situationen auf.

Die Fachliteratur charakterisiert die Situation, die 'die Notwendigkeit' begründen kann, als eine langfristig und permanente Unmöglichkeit, ein Richterkollegium nur aus Kleriker zu bilden. „Even when a bishop has obtained the bishops' conference permission and the lay judges have been legitimately appointed in a stable way, the lay judges may be entrusted cases only when there is a real need in the diocese, although this would not appear to refer to each specific case, but to situations which could affect the diocese for extended periods of time. Consequently, if there is no justification for entrusting cases to lay judges, it is preferable that the bishop entrust cases to clerical judges.“

Ein anderer Standpunkt verbindet das Kriterium der 'Notwendigkeit' mit dem allgemeinen Priestermangel: „Il requisito di necessità è ampio se si tiene conto delle qualità e competenze tecniche, oltre che dei titoli che si esigono per l'ufficio di giudice diocesano, non sempre reperibili nei chierici.“<sup>44</sup>

Außer den oben genannten Aspekten sollte man den Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Grundrecht aller Getauften (vorwiegend das Recht auf Rechtsschutz, c. 221<sup>45</sup>) und der Wirksamkeit der Offizialaten besondere Aufmerksamkeit widmen. Wenn die schnelle, zugängliche und wirksame Verteidigung der Rechte und Pflichten der Gläubigen in Gefahr komme, kann wohl mit vollem Recht über eine 'Notwendigkeit' in der Gerichtsbarkeit der Teilkirche gesprochen werden.

## 6. Instruktion „*Dignitas connubii*“

22 Jahre nach der Promulgation von CIC (1983) ist die Reform der kirchlichen Eheprozesse für die Praxis wieder unabdingbar geworden. Die Instruktion des Päpstlichen Rats für die Gesetzestexte mit dem Titel *Dignitas connubii* „ist mit dem Ziel erarbeitet und veröffentlicht worden, daß sie den Richtern und anderen Mitarbeitern der kirchlichen Gerichte eine Hilfe sei, denen der heilige Dienst, Ehenichtigkeitssachen zu führen anvertraut ist. Daher bleiben die prozessualen Gesetze des *Codex Iuris Canonici* zur Nichtigkeitserklärung der Ehe in ihrer vollen Geltung, auf die man sich bei der Auslegung der Instruktion immer stützen muß.“<sup>46</sup>

Die Instruktion stellte keine neue Regelung zum rechtlichen Stand des Laienrichters in Aussicht. In seinem Artikel 43, § 4 wurde jedoch eine Empfehlung ausgesprochen, die sich auf die Berufserfahrung als Voraussetzung der Ernennung eines Laien zum Diözesanrichter bezieht: „Es wird auch empfohlen, dass niemand zum Richter ernannt wird, es sei denn, er übe für eine entsprechende Zeit ein anderes Amt am Gericht aus.“<sup>47</sup> Wie Klaus Lüdike in seinem Kommentar zur Instruktion bemerkt: „Ähnlich wie in Art. 42 § 2 für

<sup>43</sup> Xavier OCHOA: *Index verborum ac locutionum Codicis Iuris Canonici*. Città del Vaticano, 1984, 290.

<sup>44</sup> Manuel Jesús Arroba CONDE: *Diritto processuale canonico*. Roma, 2012, 207–208.

<sup>45</sup> c. 221. § 1 CIC (1983): „Den Gläubigen steht es zu, ihre Rechte, die sie in der Kirche besitzen, rechtmäßig geltend zu machen und sie nach Maßgabe des Rechts vor der zuständigen kirchlichen Behörde zu verteidigen.“

<sup>46</sup> [http://www.vatican.va/roman\\_curia/pontifical\\_councils/intrptxt/documents/rc\\_pc\\_intrptxt\\_doc\\_20050125\\_dignitas-connubii\\_ge.html](http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/intrptxt/documents/rc_pc_intrptxt_doc_20050125_dignitas-connubii_ge.html) (03. 03. 2020)

<sup>47</sup> DC Art. 43. § 4

den Judizialvikar und die stellvertretenden Judizialvikare wird in Art. 43 § 4 geraten, nur solche Personen zu Richtern zu bestellen, die eine gewisse Zeit andere Funktionen an einem kirchlichen Gericht ausgeübt haben. In der Tat ist es für eine effektive Arbeit des Richters hilfreich, wenn er sich zuvor in die Fragestellung und den Ablauf kirchlicher Ehenichtigkeitsprozesse eingearbeitet hat.”<sup>48</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Gesetzgeber in der Instruktion *Dignitas connubii* noch sehr stark auf die fachliche Kompetenz als Voraussetzung zur Bestellung eines Richters abhob.

## 7. Die neueste Reform des M. P. Mitis Iudex Dominus Iesus

Wenn man den letzten Reformschritt des Amtes des Laienrichters betrachten möchte, muss man einen Blick auf die Änderungen in den kanonischen Regelungen zum Eheverfahren werfen. „Mit dem Motu Proprio »Mitis Iudex Dominus Iesus« (MIDI) hat Papst Franziskus das kirchlichen Ehenichtigkeitsverfahren mit Wirkung vom 8. Dezember 2015 grundlegend reformiert.“<sup>49</sup> Nach der Promulgation der päpstlichen Gesetze wurden zahlreiche Publikationen<sup>50</sup> und Kommentare<sup>51</sup> veröffentlicht, die entweder die Neuheiten der *Motu Proprio* analysieren wollten oder die eventuelle Wirkungen auf unser Gerichtssystem zu prognostizieren suchten.

In diesem Artikel kann dieser weite Themenkomplex nicht im Ganzen aufgegriffen werden, sondern es soll nur c. 1673. 3§ des MP betrachtet werden: „Die Ehenichtigkeitsverfahren sind einem Kollegium von drei Richtern vorbehalten. Diesem muss ein Richter, der Kleriker ist, vorstehen, die übrigen Richter können auch Laien sein.“<sup>52</sup>

Gemäß dem päpstlichen Gesetz ist für das Ehenichtigkeitsverfahren weiterhin ein Kollegialgericht aus drei Richtern zuständig. Diese Norm kann man auch in dem derzeit gültigen c. 1425. 1§ 1 finden. Eine besonders auffallende Rechtsänderung betrifft jedoch die Zusammensetzung des Richterkollegiums. Danach hat „Die Novellierung des Eheprozeßrechts von 2015 [...] sogar die Möglichkeit geschaffen, daß das Richterkollegium in Ehenichtigkeitssachen aus nur einem Kleriker (auch Diakon) und zwei Laien besteht (c. 1673 § 3 CIC).“<sup>53</sup> Damit ist zunächst die Gültigkeit der Voraussetzungen (c. 1421. § 2 CIC) der Bestellung eines Laienrichters nach dem MIDI ist zu prüfen.

---

<sup>48</sup> Klaus LÜDICKE: „*Dignitas connubii*“. *Die Eheprozeßordnung der katholischen Kirche*. Essen, 2005, 60.

<sup>49</sup> Martin ZUMBÜLT: *Änderungen im Ehenichtigkeitsprozess durch das MP Mitis Iudex Dominus Iesus*. In: *Kirche und Recht* 22 (2016/2) 93.

<sup>50</sup> Joaquín Alberto NIEVA GARCÍA: *Reforma del proceso canónico para la declaración de nulidad del matrimonio y pastoral de los fieles divorciados vueltos a casar*. Madrid, 2015.

<sup>51</sup> Kurt MARTENS: *Justice and Mercy Have Met. Pope Francis and the Reform of the Marriage Nullity Process*. Washington DC, 2017; Ernest CAPARROS: *La réforme opérée par le m.p. Mitis Iudex: commentaires et documentation. Actes d'un colloque organisé par la LUMSA Université et la Consociatio Internationalis Studio Iuris Canonici Promovendo, Rome, 30 novembre 2015*. Québec, 2016.

<sup>52</sup> [https://w2.vatican.va/content/francesco/de/motu\\_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio\\_20150815\\_mitis-iudex-dominus-iesus.html](https://w2.vatican.va/content/francesco/de/motu_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio_20150815_mitis-iudex-dominus-iesus.html) (05.04.2018.)

<sup>53</sup> Ludger MÜLLER: *Das kirchliche Ehenichtigkeitsverfahren nach der Reform von 2015*. Paderborn, 2017 [MÜLLER 2017], 20–21; vgl. William DANIEL: *An Analysis of Pope Francis' 2015 Reform of the General Legislation Governing Causes of Nullity of Marriage*. In: *The Jurist* 75/2 (2015) 548–550.

## 7.1. Die Erlaubnis der Bischofskonferenz

Die Mehrheit der Fachliteratur vertritt die Ansicht, dass die Erlaubnis einer Bischofskonferenz weiterhin eine Voraussetzung für eine erlaubte Ernennung eines Laienrichters darstellt. Gerade weil gemäß c. 1673 § 3 nicht ausdrücklich vorgesehen ist, dass eine Erlaubnis der Bischofskonferenz zur Bestellung eines nicht zum Priester geweihten Laien zum Richter vorliegen muss, bleibt die Anforderung, dass eine Genehmigung der einzelnen Bischofskonferenz vorliegen muss, weiterhin in Geltung. *Martin Zumbült* summierte seine Ansicht in der Frage so: „M. E. enthält can. 1421 § 2 zwei Regelungen, zum einen die Frage, ob Laien im Kollegialgericht mitwirken können, zum anderen wie viele Laien in einem Kollegialgericht vertreten sein können. Zur Frage nach dem Ob der Beteiligung äußert sich can. 1673 § 3 n. F. nicht, er setzt es schon voraus, so dass dafür die Regelung aus can. 1421 § 2 einschlägig bleibt.“<sup>54</sup> *Markus Walser* bestätigt einen ähnlichen Standpunkt, wenn er das Reskript von Papst Franziskus vom 07. Dezember 2015 darstellt, dem zufolge die Gesetze der Reform des Eheprozessrechts alle entgegenstehenden bisher geltenden Gesetze und Normen aufheben.<sup>55</sup> *Ludger Müller* vertritt ebenfalls die Meinung, dass weiter davon auszugehen ist, dass die Erlaubnis der betroffenen Bischofskonferenz vorliegen müsse.<sup>56</sup>

Auch *John Beal* hält die erwähnte Zulassung durch die Bischofskonferenz weiterhin für nötig: „Although the new norm does not change the requirement of canon 1421 §3 that the prior permission of the episcopal conference is required for a bishop to appoint lay people as judges.“<sup>57</sup>

Jedoch vertritt *Klaus Lüdicke* die Ansicht, dass die Bestellung von Laien zum Richteramt nach dem *Mitis Iudex Dominus Iesus* weder die Zustimmung der Bischofskonferenz, noch eine Notwendigkeit der Bestellung voraussetzt.<sup>58</sup> Eine gleichlautende Ansicht wurde durch *Morán Bustos* vertreten, wobei er bereits die Übertragung des Amts des Vorsitzenden in einem Kollegialgericht durch Laienrichter für möglich erachtet: „La participación de los laicos como jueces: la norma del can. 1673 § 3 supera las limitaciones del can. 1421 § 2, de modo que ya no se requiere para proceder a nombrar a un juez laico ni que se verifique una situación de necesidad, ni tampoco el permiso de la conferencia episcopal; superada la discusión teológico-jurídica sobre la vinculación de la *potestas iurisdictionis* con el sacramento del orden, lo que se hace es consagrar el principio de igualdad entre laicos y clérigos en lo que se refiere al ejercicio del ministerio de juez; esta norma, en la medida en que amplía el espectro de quienes pueden ejercitar la función de juez en la Iglesia, contribuirá a facilitar la configuración de los turnos, lo que repercutirá en un tratamiento más ágil de las causas, que podría haber sido aún mayor si se hubiera permitido a los laicos

<sup>54</sup> Martin ZUMBÜLT: *Änderungen im Ehenichtigkeitsprozess durch das MP: Mitis Iudex Dominus Iesus*. In: Kirche und Recht 22 (2016/1) 99.

<sup>55</sup> Markus WALSER: *Fragen zum Motu proprio „Mitis Iudex Dominus Iesus“*. In: Christoph Ohly – Wilhelm Rees – Libero Gerosa (Hgg.): *Theologia Iuris Canonici. Festschrift für Ludger Müller zur Vollendung des 65. Lebensjahres*. Berlin, 2017, 687–697.

<sup>56</sup> MÜLLER 2017, 20–21.

<sup>57</sup> John BEAL: *Mitis Iudex Canonis 1671–1682, 1688–1691. A Commentary*. In: Jurist 75 (2015) 467–538, 481.

<sup>58</sup> MKCIC 1673,6.

ser también presidentes del turno: si es normal que puedan ser mayoría en un tribunal, no veo por qué no podrían ser también presidentes del colegio.”<sup>59</sup>

Auch meiner Meinung nach ist nach der obenstehenden Argumentation das *Motu proprio* so auszulegen, dass die Diözesanbischöfe ohne Erlaubnis der Bischofskonferenz Laien zu Richtern ernennen dürfen. Jedoch muss beachtet werden, dass diese Regelung nur die Ehenichtigkeitsverfahren betrifft.

## 7.2. Eine Notsituation in den kirchlichen Gerichten

Auch die Voraussetzung der ‘Notwendigkeit’ im Sinne des c. 1421. § 2 spaltet die Fachliteratur. „Die Beteiligung von Laien am Richterkollegium in Ehenichtigkeitsachen ist weiterhin an die sachliche Voraussetzung einer ‘Notwendigkeit’ hierzu und an die Erlaubnis der Bischofskonferenz gebunden“ – so Ludger Müller.<sup>60</sup>

Eine gegenteilige Position wurde bei anderen VerfasserInnen<sup>61</sup> vertreten, die das Vorhandensein einer ‘Notwendigkeit’ zur Bestellung des Laienrichters nicht für unabdingbar halten. Luis Navarro formulierte seinen Standpunkt wie folgt: „Non si indica che dopo la riforma in tutti i collegi ci debbano essere due giudici laici, ma si dà una possibilità lasciata alla discrezione del Moderatore del Tribunale, senza alcun intervento della Conferenza Episcopale e senza che vi sia una particolare necessità oltre a quella di trovare persone idonee per comporre il tribunale e consentire sentenze giuste e tempestive, a differenza di quanto prevede il can. 1421 CIC.“ Raúl Román Sánchez verteidigt ebenso diesen Standpunkt: „A partir del M. Pr. de 2015, para los procesos de nulidad matrimonial ya no se exige el requisito, hasta ahora necesario, previo e ineludible de que la Conferencia Episcopal conceda el permiso para incorporar a los laicos como jueces en el proceso de nulidad de matrimonio, algo ya puesto en práctica por numerosísimas Conferencias Episcopales desde hace décadas.”<sup>62</sup>

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die Mehrheit der kanonistischen Literatur die Meinung vertritt, dass eine ‘Notwendigkeit’ zur Bestellung des Laienrichters in den Ehenichtigkeitsverfahren nach 2015 schon keine *sine qua non* Voraussetzungen darstelle. Jedoch regelt das *Motu proprio* nur die Eheverfahren der katholischen Kirche, deswegen gibt es die Möglichkeit der Errichtung eines Kollegialgerichts mit einem Kleriker und zwei Laien nur eingeschränkt für Ehenichtigkeitsachen,<sup>63</sup> was im *MP Causas matrimoniales* Art. 5. § 1. geregelt wurde.

---

<sup>59</sup> Carlos Manuel Morán BUSTOS: *Retos de la reforma procesal de la nulidad del matrimonio*. In: *Ius Canonum* 56 (2016) 25–26.

<sup>60</sup> MÜLLER 2017, 21.

<sup>61</sup> Vgl. Martin ZUMBÜLT: *Änderungen im Ehenichtigkeitsprozess durch das MP: Mitis Iudex Dominus Iesus*. In: *Kirche und Recht* 22 (2016/1) 99.

<sup>62</sup> Raúl Román SÁNCHEZ: *Juez único, jueces laicos y asesores en el motu proprio «Mitis Iudex Dominus Iesus»*. In: *Revista Española de Derecho Canónico* 75 (2018) 235–272, 258–259.

<sup>63</sup> Vgl. MÜLLER 2017, 21.



### 7.3. Die Ergebnisse der Reform von MP Mitis Iudex Dominus Iesus

Nach diesen Überlegungen möchte ich noch kurz auf die Frage eingehen, wie viele Laienrichter an einem Kollegium mitwirken dürfen. Das *MP* ermöglichte es, dass nicht nur ein Laie als Richter tätig sein kann sondern auch, dass die zwei weiteren Richter neben dem Klerikervorsitzenden Laien sein können. Selbst in dieser Verteilung ist die *lex generalis* des CIC c. 129 verwirklicht: „Bei der Ausübung dieser Gewalt können Laien nach Maßgabe des Rechtes mitwirken.“ Bei dieser Mitwirkung verwirklicht sich in den eigenen Voten der Richter und im gemeinsamen Urteil das Kollegium als Ganzes.<sup>64</sup>

Außer den oben genannten Aspekten werden die eventuell sich ergebenden Änderungen und Auswirkungen in den Strukturen der kirchlichen Gerichte vorwiegend für das deutsche Sprachgebiet bei Klaus Lüdicke thematisiert: „Für die Mitarbeiter-Struktur an unseren Offizialaten wird die Neuregelung erhebliche Folgen haben können, wenn es bisher Engpässe vor allem bei den Klerikern gegeben hat. Es wird einen Offizial geben müssen, der Priester ist, und es wird für jeden Gerichtshof einen Priester oder Diakon geben müssen, der den Vorsitz führt. Natürlich kann es auch künftig Gerichtshöfe aus drei Klerikern geben oder aus zwei Klerikern und einem Laien. Aber nach Wegfall der vielen Dekretverfahren, mit denen manche Offizialate als Berufungsgerichte beschäftigt waren, wird die Arbeit neu zu verteilen sein. Die Laien haben in der Regel Dienstverträge mit der Diözese und können nicht gekündigt werden. Ob sie andere Dienste im Bistum übernehmen können, hängt von ihrem Dienstvertrag ab, der normalerweise ihr Tätigkeitsfeld definiert. Die Kleriker, deren Dienstverhältnis nicht vertraglich begründet ist, sondern unter dem Gehorsamsversprechen gegenüber dem Bischof als Dienstherrn steht, können leichter mit anderen Aufgaben betraut werden. Für das Bild der kirchlichen Gerichte nach außen könnte eine solche Schwerpunktverlagerung positiv sein.“<sup>65</sup>

Obwohl der Streit über die Möglichkeit der laikalen Tätigkeit als Einzelrichter oder als Vorsitzender des Kollegialgericht ein spannungsreiches Forschungsfeld der Kanonistik ist, beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit diesen Fragestellungen nicht, weil bei diesen Untersuchungen der verfassungsrechtliche und vollmachtstheoretische Hintergrund im Vordergrund steht.<sup>66</sup>

### Fazit

Das Amt des Laienrichters weist einen hohen Anteil am kirchlichen Verfahrensrecht auf, in dem sich im letzten Jahrhundert aufgrund der verfassungsrechtlichen Entwicklungen vermutlich die größten prozessrechtlichen Auseinandersetzungen und Änderungen vollzogen haben. Jedoch muss stark betont werden, dass diese Möglichkeit für hochqualifizierte Juristen im Laienstand gar nicht immer so selbstverständlich war wie unserer heutigen

---

<sup>64</sup> Vgl. Thomas AMANN: *Laien als Träger von Leitungsgewalt? Eine Untersuchung aufgrund des Codex Iuris Canonici*. St. Ottilien, 1996, 13–18.

<sup>65</sup> Klaus LÜDICKE: *Die Reform des kirchlichen Ehenichtigkeitsprozesses. Inhalt und Bedeutung*. In: *De processibus matrimonialibus*, Band 23 (2016) 159–160.

<sup>66</sup> Ángel MARZOA – Jorge MIRAS – Rafael RODRÍGUEZ-OCAÑA (ed.): *Exegetical commentary on the code of canon law. Volume IV/1*. Montreal–Canada–Chicago, 2004, 734.

Gerichtssystem, weswegen diese Studie die moderne prozessrechtliche Entwicklungsgeschichte des Laienrichters nachzuzeichnen suchte.

*Synopsis der Entwicklung des Laienrichters im kanonischen Recht*

	geschlechtliche Voraussetzung	berufliche Voraussetzungen der Bestellung	kirchenrechtliche Voraussetzungen zur Bestellung		richterliche Tätigkeitsbereich	mögliche Zahl der LaienrichterInnen in einem Kollegialgericht
CIC (1917)			-			
MP Causas matrimoniales (1971)	nur für Männer	(Anforderungen der Erlaubnisse der einzelnen Bischofskonferenzen)	Unmöglichkeit der Bildung eines Kollegiums von drei geistlichen Richtern und die Erlaubnis Bischofskonferenz		nur im Ehenichtigkeitsfällen in erster und zweiter Instanz	ein in einem Richterkollegium
CIC (1983)	<del>nur für Männer</del> <b>für beide Geschlechter</b>	<del>untadelhafte Lebenswandel</del> <b>und</b> <del>Doktorat oder wenigstens Lizentiat im kanonischen Recht</del>	<del>Unmöglichkeit der Bildung eines Kollegiums von drei geistlichen Richtern</del> <b>Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz</b>		<del>nur im Ehenichtigkeitsfällen in erster und zweiter Instanz</del> <b>in allen kirchlichen Prozessen in allen Instanzen</b>	ein in einem Richterkollegium
Instruktion Dignitas conubii (2002)	<b>für beide Geschlechter</b>	untadelhafte Lebenswandel und Doktorat oder wenigstens Lizentiat im kanonischen Recht, <b>gerichtliche Erfahrungen</b>	<b>Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz</b>		<b>in allen kirchlichen Prozessen in allen Instanzen</b>	ein aus drei Richter
MP Mitis Iudex Dominus Iesus (2015)	<b>für beide Geschlechter</b>	untadelhafte Lebenswandel und Doktorat oder wenigstens Lizentiat im kanonischen Recht, gerichtliche Erfahrungen	in nicht Ehenichtigkeitsverfahren	Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz	in allen kirchlichen Prozessen in allen Instanzen	ein aus drei Richter
			in Ehenichtigkeitsverfahren	Notwendigkeit und die Erlaubnis Bischofskonferenz ?	nur in Ehenichtigkeitsverfahren in allen Instanzen	<b>ein</b> zwei aus drei Richter

„CONFESSOR SEMPER ASTITIT“  
BEICHTE UND BEICHTGEHEIMNIS VOR DEM  
HINTERGRUND DES LANGEN 19. JAHRHUNDERTS

*Claudia LYDORF*  
*PhD Studentin*

*Universität Szeged*  
*Saarland/Deutschland*

## 1. Einleitung

Anfang Dezember 2018 widmete sich die Konferenz ‘CENTENARIA – 1918. A hosszú 19. század vége – 1918: Das Ende des langen 19. Jahrhunderts’ in Szeged zwei bedeutenden Ereignissen des langen 19. Jahrhunderts: dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 und dem Inkrafttreten des Codex Iuris Canonici im Jahr 1917. Bei dem Gedenken an diese beiden Ereignisse steht in der Schnittmenge dieser beiden Aspekte der Militärseelsorger, dessen Bedeutung durch seinen festen Platz zum einen in der populären Kultur als auch in der Forschung dokumentiert wird.

Die Briefe und Tagebücher von Militärseelsorgern des Ersten Weltkriegs werden von der Forschung als wertvolle Quelle ausgewertet. Hierbei findet durch die Geistlichen selbst auch die von ihnen abgenommenen Beichten<sup>1</sup> Erwähnung. So sei Hans-Josef Wollasch zitiert, der das Kriegstagebuch des katholischen Feldgeistlichen Benedict Kreutz herausgegeben hat und in dessen Einleitung erörtert: „Unablässig gesucht war der Beichtvater. Die Abnahme der Einzelbeichte für Mannschaften die in Stellung abrückten oder zur Auffrischung zurückkamen, für Verwundete in den Lazaretten oder Zivilinternierte im Gefängnis kostete ein gewaltiges Pensum nicht nur an Zeit, sondern vor allem an seelischer und körperlicher Kraft. Es gab Tage an denen 200, 300, 450 Mann zum Beichten anstanden [...]“, wobei auch zu beachten ist, dass die Teilnahme am Gottesdienst als Truppenbefehl angeordnet werden konnte und dann Diensthandlung war, wobei aber der Empfang der Sakramente<sup>2</sup> jedem freigestellt war und somit freie Entscheidung des Einzelnen blieb.<sup>3</sup>

Allerdings zeigen die Quellen auch Unterschiede: Im preußischen Heer wurden (jedenfalls im Bereich der evangelischen Militärseelsorge) die Einheiten zum Gottesdienst befohlen; er galt als ‘Dienst’. Für die bayerischen Einheiten des preußischen Heeres traf das

---

<sup>1</sup> Georg BIER: *Richterliche Lossprechung für in rechter Weise disponierte Gläubige. Das Bußsakrament in der neuesten kirchlichen Rechtsgeschichte*. In: Sabine Demel – Michael Pfleger (Hgg.): *Sakrament der Barmherzigkeit: Welche Chancen hat die Beichte*, Freiburg im Breisgau, 2017 [BIER 2017], 38–63, hier: 38 Fn. 1 zur Abgrenzung zwischen Beichte und Ablass.

<sup>2</sup> Zur Entwicklung der Lehre über die Sakramente vgl. die knappe Skizze in: Manfred EDER: *Kirchengeschichte. 2000 Jahre im Überblick*. Düsseldorf, 2008 [EDER 2008], 45.

<sup>3</sup> Hans-Josef WOLLASCH: *Militärseelsorge im Ersten Weltkrieg. Das Kriegstagebuch des katholischen Feldgeistlichen Benedict Kreutz*. Mainz, 1987, XXXII, LXXVII; Monika MADER (Hg.): *Hinter den Fronten Galiziens. Feldkaplan Karl Gögele und sein Verwundetenspital. Aufzeichnungen 1914–1915*. Bozen, 2016.

nicht zu bzw. hing von den jeweiligen Kommandeuren ab.<sup>4</sup> So hat es zum Beispiel auch für die katholische Seelsorge der 3. Bayerischen Infanterie-Division kein entsprechendes Reglement gegeben, wobei auch die Schwierigkeit bestand, dass katholische Gottesdienste sehr zahlreich angeboten, so dass ein entsprechender Befehl kaum durchsetzbar gewesen wäre. Doch gab es nach allzu schwachem Besuchen der Messe gelegentlich Abmahnungen durch die Feldgeistlichen und in deren Folge Aufforderungen von Seiten der befehlshabenden Offiziere an die Soldaten, die Gottesdienste wieder verstärkt zu besuchen.<sup>5</sup>

Die nahe Todeserwartung, der sich viele Soldaten des Ersten Weltkriegs permanent ausgesetzt sahen, machte dabei nicht nur den Gottesdienst, sondern auch die Beichte zu einem wichtigen Aspekt des Lebens der Soldaten. Dabei war es im Zusammenhang mit der Beichte seit den Anfängen der Kirche eine viel problematisierte Frage, welche Auswirkungen die Sünde auf das Verhältnis zwischen Kirche und Sünder sowie für die Heilsaussichten des Verstorbenen vor Gott hat.<sup>6</sup> Die Katholische Kirche geht dabei nicht *per se* davon aus, dass ein Mensch wegen schwerer Sünde *eo ipso* der Verdammnis anheimfällt. Sondern sie weist ihm im Gegenteil auf den Weg der Katharsis, der den Gläubigen über Reue, Beichte und Genugtuung wieder zur heiligmachenden Gnade führt. Nur die Gläubigen, die entweder ganz an Gott zweifelten oder aber es an der Reue als inneren Vorgang der Buße für ihre Sünden fehlen ließ, konnten die Vergebung ihrer Sünden nicht erlangen.<sup>7</sup>

## 2. Entwicklung des Beichtgeheimnisses und Zusammenhang zur Buße der Gläubigen

Das Beichtgeheimnis entwickelte sich erst im Zusammenhang mit der Evolution der Beichte. Die Beichte ist dabei unverändert seit ihrer Entstehung der äußerlich sichtbare Vorgang der Reue geblieben. Zunächst war sie eine öffentliche Beichte.<sup>8</sup>

Die Entwicklung der Bußliturgie setzt im 3. Jahrhundert ein. Vor der Konstantinischen Wende trat der Gläubige, der eine schwere Sünde begangen hatte, trat im Bußgewand vor die Gemeinde und legte ein öffentliches Sündenbekenntnis ab und bat die Gemeinde, um ihre Fürbitte und seine Wiederaufnahme in die Gemeinschaft (*Exhomologese*). Der Sünder wurde daraufhin, je nach Schwere seiner Sünde, vom Gottesdienst ausgeschlossen (Exkommunikationsbuße) und ihm wurde eine Zeit der Buße auferlegt, in der er weitere Auflagen, wie Fasten und Beten, zu erfüllen hatte. Nachdem er die Bußzeit mit den ihm

---

<sup>4</sup> Martin SCHIAN: *Die deutsche evangelische Kirche im Weltkriege, Bd. 1: Die Arbeit der evangelischen Kirche im Felde*. Berlin, 1921, 181 ff.

<sup>5</sup> Zitiert aus: Carl Werner MÜLLER: „Verzicht auf Revanche“. *Das Kriegstagebuch 1914/18 des Divisionspfarrers der Landauer Garnison Dr. Anton Foohs*. Speyer, 2010, 8 Fn. 12.

<sup>6</sup> EDER 2008, 48.

<sup>7</sup> Dietz-Rüdiger MOSER: *Die Tannhäuser-Legende. Eine Studie über Intentionalität und Rezeption katechetischer Volkserzählungen zum Buß-Sakrament*. Berlin, 1977, 27.

<sup>8</sup> Ausführlich: Gerhard RAUSCHEN: *Eucharistie und Bußsakrament in den ersten sechs Jahrhunderten der Kirche*. Freiburg im Breisgau, 1910; P. A. KIRSCH: *Zur Geschichte der katholischen Beichte*. Würzburg, 1902; Cyrille VOGEL: *Le pécheur et la penitence auch moyen âge*. Paris, 1969; Weiterführend auch: *Buße, Bußsakrament und Bußpraxis*. hg. von Erich Eifel, München, 1975; Hans-Peter ARENDT: *Bußsakrament und Einzelbeichte. Die tridentinischen Lehraussagen über das Sündenbekenntnis und ihre Verbindlichkeit für die Reform des Bußsakraments*. Freiburg im Breisgau u. a., 1980.

aufgelegten Auflagen absolviert hatte, wurde er wieder in die Gemeinde aufgenommen (Rekonziliation), was in einem ersten Stadium durch die Gemeinde selbst erfolgte, ab dem 3. Jahrhundert aber durch Handauflegung des Bischofs vollzogen wurde<sup>9</sup>. Dieser zeitweise Ausschluss von der Teilnahme an der Kommunion, die für die Betroffenen eine sozial schwer zumutbare Demütigung und Benachteiligung in der Gesellschaft bedeutete, geriet im Laufe des 4. Jahrhunderts in die Krise, da sich sowohl die Struktur der Gemeinden änderte als auch der Zustand der Kirche in die Kritik geriet. Dies hatte einen starken Rückgang der öffentlichen Buße zur Folge, obwohl sich die Bischöfe weiterhin um die Einhaltung der Buße bemühten. Die Buße konnte durch verschiedenen Entwicklungen als Bestandteil der Liturgie erhalten werden, indem z. B. eine verkürzte und auf die vorösterliche Fastenzeit konzentrierte Bußzeit praktiziert wurde. Im Osten trat schon im 4./5. Jahrhundert die private Form der seelsorgerisch orientierten Buße stärker als im Westen neben die von einem speziellen Bußpriester begleitete öffentliche Form, wobei bereits *Clemens Alexandrinus* und *Origenes* betont hatten, dass der entscheidende Aspekt der Buße die innere Wandlung und damit die Heilung der Sündhaftigkeit wäre.<sup>10</sup>

Die Konstantinische Wende wirkte sich auch auf die weitere Entwicklung von Beichte und Beichtgeheimnis aus: Das Interesse des Staates, jeden seiner Bürger in die Reichs- und Staatsreligion einzubinden, war nicht damit vereinbar, dass der bekennende Sünder mittels der Exkommunikation über lange Zeiträume aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen wurde. Damit stellte der Schritt hin zu Staatsreligion auch einen Faktor dar, der die Entwicklung der Beichte hin zum nichtöffentlichen Sündenbekenntnis förderte.<sup>11</sup>

Gleichzeitig zeigte sich die große Schwäche, die die öffentliche Beichte mit sich brachte: sowohl persönliche Scham als auch die Furcht vor den weltlichen Konsequenzen des öffentlichen Sündenbekenntnisses, insbesondere die Furcht vor Strafverfolgung, waren wichtige Gründe für die Gläubigen nicht zu beichten. Die öffentlichen Beichten vor der Gemeinde in der Frühzeit waren daher wohl auch in der Regel sehr allgemein gehalten, während das Bekenntnis der einzelnen konkreten Sünden durch den Gläubigen wohl in einem Einzelgespräch mit dem Bischof bzw. dem Priester erfolgte. Vor dem Hintergrund, dass Bischöfe und Priester, dass in den Einzelgesprächen gehörte Sündenbekenntnis, öffentlich machten und/oder das so erlangte Wissen auch zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzten, handelte es dennoch um ein drängendes Problem.<sup>12</sup> In einem Hirtenbrief äußerte *Papst Leo I.* daher auch bereits im Jahre 459,<sup>13</sup> dass die Beichte unabhängig von den oben genannten Beweggründen der Scham und der Furcht vor Konsequenzen jedem Gläubigen offen stehen müsse, da ihm sonst die Buße und die Wiederversöhnung mit Gott verschlossen sei. Er verbot, dass Gläubige zu einem ausführlichen Bekenntnis ihrer Sünden in der Öffentlichkeit gedrängt werden und dass die einem Geistlichen gegenüber offenbarten Sünden öffentlich verlesen werden. Dadurch sollte der Sünder zunächst vor der weltlichen Strafverfolgung zu schützen.

<sup>9</sup> EDER 2008, 48; Weiterführend mit Nachweis weiterer Literatur: Henning Freiherr von SODEN: *Confessio zwischen Beichte und Geständnis. Eine dogmengeschichtliche Betrachtung über die Entwicklung des Schuldbekenntnisses vom römischen Recht bis zum IV. Lateranum*. Bonn, 2010 [SODEN 2010], 49 ff.

<sup>10</sup> Wolf-Dieter HAUSCHILD: *Lehrbuch der Kirchen- und Dogmengeschichte, Band I: Alte Kirche und Mittelalter*. München, 2011 [HAUSCHILD 2011], 98 und 100.

<sup>11</sup> EDER 2008, 48.

<sup>12</sup> SODEN 2010, Fn. 159 auf S. 49 f. mit Verweis auf: Leo I., Ep. 168, 2 (Pf. 54, Spalte 1210f.).

<sup>13</sup> Georg HOFFMANN: *Das Beichtgeheimnis*. Kiel, 1965, 12 sowie Fn. 8 auf S. 27.

Es handelt sich bei denen durch Leo I. ausgesprochenen Verboten weder um eine Abkehr von der öffentlichen Beichte und Buße noch um einen ersten Schritt hin zum Schutz des Sündenbekenntnisses durch das Beichtgeheimnis.<sup>14</sup> Hier zeigt sich aber bereits, welcher Gedanke die Geburt des Beichtgeheimnisses zur Folge hatte: Auch ein nicht öffentliches Sündenbekenntnis schützt dem Beichtenden nur dann, wenn der Beichtvater den Inhalt der Beichte wiedergeben darf.

In einer Übergangszeit zwischen dem 8. bis zum 13. Jahrhundert wird die öffentliche Buße nach und nach durch die geheime/private Beichte ersetzt.<sup>15</sup> Im 8./9. Jahrhundert kam der Reglementierung der Buße große Bedeutung zu. Neben der alten Form der öffentlichen Gemeindebuße hatte sich im Gefolge der Mission die Privatbuße/Beichte stark verbreitet. Und zwar auch deshalb, weil sie als ein individueller Akt grundsätzlich öfter wiederholbar und weniger ehrenrührig als die vorhergehende Exkommunikationsbuße war. Das Hauptaugenmerk richtete sich nun auf die Bußleistung und die Sündenvergebung, über die der Geistliche im persönlichen Gespräch mit dem Sünder entschied. Insofern kam ihr auch eine erzieherische und pädagogische Funktion zu, die bei der daneben weiterbestehenden öffentlichen Buße ganz hinter deren Strafcharakter zurücktrat. Die individuelle Buße hatte gegenüber der öffentlichen Buße den Vorteil, dass sie häufiger praktiziert werden und auch die kleineren Sünden erfassen konnte. In diesem Zusammenhang entstanden sowohl für die öffentliche Gemeindebuße als auch für die Privatbuße formale Regelwerke in Form der Bußbücher, in dem die Bußleistungen und die für Sünden aufzuerlegenden Strafen durch Bußbücher klassifiziert wurden, weshalb auch von der sogenannten Tarifbuße gesprochen wird.<sup>16</sup> Die Bußbücher sollten dabei den Priestern eine Anleitung zur Beurteilung der Sünden und zur Festsetzung der Satisfaktionsleistungen geben. Zugleich entwickelte sich ein System, durch das es dem Sünder möglich gemacht wurde, sich von der Buße loszukaufen bzw. die Buße umzuwandeln. Seit dem 8. Jh. kam zudem die Möglichkeit auf, Bußleistungen in Stellvertretung durch andere erbringen zu lassen.<sup>17</sup>

Die (Privat-)Buße gilt für die Zeit des Frühmittelalter neben dem Besuch des Gottesdienstes die wichtigste Form des kirchlichen Lebens.<sup>18</sup> Die Zweigleisigkeit der öffentlichen und der privaten Beichte und Buße bestand bis ins 12. Jahrhundert, wobei die Missionsarbeit des irischschottischen und angelsächsischen Mönchtums für die Privatbuße erhebliches Bedeutung hatte. Die Zweigleisigkeit der Bußformen blieb dabei jedoch auch deshalb erhalten, weil die Kirche insbesondere der karolingischen Zeit mittels des Kirchenrechts oder alternativ den Kapitularien verhindern wollte, dass es zu Verhängung von willkürlich-subjektiv bestimmten Tarifbußen kam. Die Geistlichen sollten sich vielmehr insgesamt an den altkirchlichen Bußkanones orientierten. Generell wurde die öffentliche Buße wohl

<sup>14</sup> SODEN 2010, Fn. 159 auf S. 49 f.

<sup>15</sup> Ein Beispiel für die Auseinandersetzung mit dieser Frage in der genannten Zeitspanne: Friedrich NEUMANN: *Freidanks Auffassung der Sakramente*. In: Nachrichten von der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. Philologisch-Historische Klasse 1930 (Heft 3 und 4), 363–380.

<sup>16</sup> Vgl. zu den Bußbüchern u. a.: Hermann Josef SCHMITZ: *Die Bußbücher und die Bußdisciplin der Kirche*. Mainz, 1883; Raymund KOTTJE: *Die Bussbücher Halitgars von Cambrai und des Hrabanus Maurus*. Berlin – New York, 1980.

<sup>17</sup> HAUSCHILD 2011, Band 1, 387.

<sup>18</sup> Ebd., 386.



eher für schwere öffentliche Sünden mit harten Strafen praktiziert, während die Privatbuße für geheime Sünden vorbehalten blieb.<sup>19</sup>

### 3. Bedeutung und Rolle des Geistlichen als Beichtvater im Mittelalter

Allerdings finden sich auch in späteren Jahrhunderten ausführlich wiedergegebene Beichten, bei denen aber im Einzelnen immer zu berücksichtigen ist, dass sich die Beichtenden sowohl der Öffentlichkeit ihrer Bekenntnisse als auch der damit verbundenen Konsequenzen sehr bewusst sind.<sup>20</sup> In diesem Zusammenhang ist auch an die *Narratio de morte Ottonis quatuor imperatoris* zu denken, die durch Abt Friedrich von Walkenried, dem Beichtvater Kaiser Ottos IV.,<sup>21</sup> verfasst wurde und in der die öffentliche Beichte des Kaisers auf seinem Sterbebett im Mai 1218 als Bestandteil des Sterberituals des mittelalterlichen Herrschers ausführlich wiedergegeben wird.<sup>22</sup>

Die Quelle konzentriert sich in ihrer Darstellung ganz auf die Bemühungen Kaiser Ottos IV. aus der Exkommunikation gelöst zu werden: Dazu legt der Kaiser vor drei Geistlichen die Beichte ab und erhält deshalb von ihnen die Sterbesakramente, die Absolution und eine nicht überlieferte *forma absolutionis*,<sup>23</sup> die an die durch Geistliche ab Mitte des 13. Jh. ausgegebenen sog. Beichtzettel (*schedula confessionis*, *bilette*) denken lässt, mittels derer Beichte und Absolution bescheinigt wurden.<sup>24</sup>

Die ausführlich wiedergegebene und dabei auch als ein Instrument politischer Herrschaft fungierende Beichte Ottos IV. vor Abt Friedrich von Walkenried umfasst in der *Narratio* 43 Zeilen.<sup>25</sup> Aufschlussreich sind zusätzlich die Details, die der Verfasser der *Narratio* über die Tätigkeiten und das Verhalten des Abtes als Beichtvater in seine Schilderung einfließen lässt. So wird eingangs beschrieben, wie der Abt von Walkenried, nachdem er von der Erkrankung des Kaisers erfahren hatte, diesem Äpfel und Wein sendet sowie umgekehrt aufgefordert wird, Otto sofort aufzusuchen, da der Kaiser von Friedrich von Walkenried die Absolution empfangen will. Nur weil sich der Abt verspätet, spendet Propst Goswin von St. Burchard in Halberstadt dem Kaiser die Absolution vor dem Abt:

„*Feria III. abbas de Valkenrede audiens eum de fluxu laborare, misit ei poma et vinum rubeum, et remandavit ei, ut sequenti die omni necessitate postposita ad eum accederet, intendebat ab ipso absolvi, [...], sed quia abbas tardabat, [...], vocavit quemdam praepositum sanctimonialium ordinis*

<sup>19</sup> Ebd., 387.

<sup>20</sup> Vgl. u. a. folgende Quellenedition: Ulrich BRUCHHOLD (Hg.): *Deutschsprachige Beichten im 13. und 14. Jahrhundert (Münchner Texte und Untersuchungen zur deutschen Literatur des Mittelalters 138)*. Berlin, 2010.

<sup>21</sup> Bernd Ulrich HUCKER: *Kaiser Otto IV. (Schriften der Monumenta Germaniae Historica 34)*. Hannover, 1990 [Hucker 1990], 261 und 435.

<sup>22</sup> Edmond MARTÉNE – Ursin DURAND (Hg.): *Narratio de morte Ottonis IV. imperatoris*. In: *Thesaurus novus anecdotorum complectens chronica varia*, Bd. 3, o. O., 1717 (ND New York, 1968) [Narratio1717], Sp. 1373–1378.

<sup>23</sup> Ebd., Sp. 1374 Z. 26–32; Sp. 1374 Z. 42 bis Sp. 1375 Z. 62; Sp. 1378 Z. 23–30.

<sup>24</sup> Reinhold SEBOTT: *Beichtzettel*. In: *Lexikon des Mittelalters* 1 (1980), Sp. 1819.

<sup>25</sup> *Narratio* 1717, Sp. 1375 Z. 5–48: *Deinde ordinato [...], rogabat ut omnes diligenter eum audirent taliter pro se allegantem: [...], quam abbas in remissionem omnium peccatorum suorum [...] ei secundo dedit[...]*.

*Cisterciensis, S. Bulcardi de Habunstat, [...], absolutionem recepit: qui et eum oleo unxit et eucharistiam statim tradidit.*<sup>26</sup>

Weiter wird geschildert, dass zur Vorbereitung anderer geistlicher Handlungen der Abt zwei Audienzen beim Kaiser hat und zudem noch den Auftrag erhält, sofort nach seiner Ankunft auf der Harzburg, wohl am 17. Mai 1218, nach Goslar aufzubrechen und von dort am nächsten Morgen mit den Reliquien der Apostel Simon Zelotes und Judas Thaddäus zurückzukehren:

*„Quem videns imperator, tarditionis suae moram arguens, dixit ei ut castrum Goslariam quod in vicino est intraret, [...], summo mane ad eum reverteretur. Rediens mane abbas ad ipsum intravit. Quem imperator, saluto eo, et multum exhilaratus et confortatus de ipsius adventu...“*<sup>27</sup>

*„[...] dixit ei ut castrum Goslariam quod in vicino est intraret, et sequenti die [...], summo mane ad eum reverteretur. [...] Praeterea, domine abba, in absolutione mea iuravi super reliquias Simonis et Judae, quos de Goslaria afferri mihi praeceperam [...]“*<sup>28</sup>

Am Ende der Narratio wird ausdrücklich betont, dass Ottos Beichtvater während aller beschriebener Vorgänge immer anwesend gewesen sei (*„confessori [...] semper astitit“*<sup>29</sup>), so wie es ein guter Seelsorger tun sollte.<sup>30</sup>

Da die Intention der Narratio insbesondere darin lag, die päpstliche Approbation für die durch den Bischof von Hildesheim vorgenommene Lösung Ottos aus der über ihn verhängten Exkommunikation zu erlangen, erlaubt die in der Narratio wiedergegebene Beichte keine Rückschlüsse auf eine tatsächlich abgelegte Beichte des Kaisers. Die Schilderung der Narratio zeigt aber, wie durch ein Zusammenspiel von geheimen und öffentlichen Konsultationen des Gläubigen mit seinem Geistlichen gezielt politische Zwecke verfolgt werden konnten. Otto IV. legt seine Beichte vor dem Abt nach der Schilderung der Narratio zunächst in einer von ihm bestimmten und daher begrenzten Öffentlichkeit ab, indem bis auf einen engen Kreis an Vertrauten, darunter auch seine Ehefrau, alle anderen im Sterbezimmer anwesenden für die Zeit der Beichte aus dem Raum geschickt werden. Dieses Vorgehen passt auch dazu, dass eine öffentliche Beichte bei den schweren Verfehlungen, die Otto gegenüber der Kirche eingestand und die bereits seine Exkommunikation nach sich gezogen hatten, üblich war. Die Verschriftlichung in der Narratio und die anschließende Verbreitung dieses Berichts machen die Beichte Ottos sodann gezielt einem größeren Personenkreis gegenüber öffentlich. Im Rahmen dieser für die Öffentlichkeit bestimmten Beichte nimmt der Kaiser aber auch Bezug auf eine frühere geheim gehaltene Unterredung mit einem Geistlichen. Laut Narratio berichtet Otto IV. in seiner Beichte gegenüber Abt Friedrich von Walkenried, dass er anlässlich seiner Kaiserkrönung im Jahr 1209 in einer nicht öffentlichen Unterredung mit dem Bischof von Cambrai heimlich das Kreuzzugsgelübde abgelegt habe, um seine Dankbarkeit gegenüber Gott für die empfangene Herr-

<sup>26</sup> Ebd., Sp. 1374 Z. 19–32.

<sup>27</sup> Ebd., Sp. 1374 Z. 33–40.

<sup>28</sup> Ebd., Sp. 1373 Z. 21–23, Z. 35–37 und Sp. 1375 Z. 23–25.

<sup>29</sup> Ebd., Sp. 1378 Z. 34f.

<sup>30</sup> HUCKER 1990, 261 und 435.

schwerwürde zum Ausdruck zu bringen. Nach diesem Eingeständnis lässt sich der Kaiser das Kreuz, das ihm durch den Bischof von Cambrai bei seinem Gelübde von 1209 überreicht worden war, von seiner Ehefrau abnehmen, nur um es im Anschluss an seine Beichte ein zweites Mal durch Friedrich von Walkenried zu empfangen und zwar nun nicht mehr nur als Zeichen für sein Kreuzzugsvorhaben, sondern als Zeichen der Vergebung all seiner Sünden: „*Tunc imperatrix ei solvit crucem de collo, quam abbas in remissionem omnium peccatorum suorum ei secundario dedit, [...]*“<sup>31</sup>

Die Schilderungen der Narratio zeigt hier zweierlei: zum einen konnte ein gut beratener Herrscher das Wechselspiel zwischen öffentlicher und geheimer Beratung und Inszenierung nicht nur im weltlichen Bereich nutzen, sondern auch gezielt entscheiden, wann er seelsorgerische Handlungen heimlich in Anspruch nahm und wann diese umgehend oder sogar noch wie hier im Fall eines heimlichen Kreuzzugsgelübdes nachträglich öffentlich inszeniert wurden. Zum anderen tritt die herausgehobene Stellung deutlich hervor, die dem Beichtvater im Zusammenhang mit der Beichte und der Sterbebegleitung des Herrschers zukam und welche vielfältige Aufgaben, in diesem besonderen Fall sogar die Abfassung eines ausführlichen Berichts über die Vorkommnisse, damit in der Zeit um 1200 verbunden sein konnten.

#### 4. Bedeutung des IV. Laterankonzils für Beichte und Beichtgeheimnis

Die entscheidende Wende für Beichte und Beichtgeheimnis brachte die durch das IV. Laterankonzil im Jahr 1215 initiierte Pflicht zur jährlichen Beichte verbunden mit der Pflicht zur Aufzählung aller Einzelsünden (und zum jährlichen Empfang der heiligen Kommunion) für jeden Gläubigen vor seinem zuständigen Priester (Ohrenbeichte), die ihren Ausdruck dann auch später im CIC 1917 in can. 906 findet: „*Omnis utriusque sexus fidelis, postquam ad annos discretionis, idest ad suum rationis, pervenerit, tenetur omnia peccata sua saltem semel in anno fideliter confiteri.*“ Nach dieser Bestimmung korrespondiert mit der Pflicht der Gläubigen, die Beichte abzulegen, ebenso die Pflicht des Seelsorgers die Beichte zu hören. Geistliche haben einem Gläubigen die Beichte so oft abzunehmen, wie die Beichtkinder dies vernünftigerweise fordern.<sup>32</sup> Zugleich wurde auch der Bruch des Beichtgeheimnisses mit Strafandrohung belegt. Canon 21 des IV. Laterankonzils lautet:<sup>33</sup>

„*De confessione facienda et non revelanda a sacerdote et saltem in pascha communicando.*

*Omnis utriusque sexus fidelis postquam ad annos discretionis pervenerit omnia sua solus peccata confiteatur fideliter saltem semel in anno proprio sacerdoti et iniunctam sibi pœnitentiam studeat pro viribus adimplere suscipiens reverenter ad minus in pascha eucharistiæ sacramentum nisi forte de consilio proprii sacerdotis ob aliquam rationabilem causam ad tempus*

---

<sup>31</sup> Ebd., Sp. 1375 Z. 45–48.

<sup>32</sup> Eduard EICHMANN: *Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Iuris Canonici für Studierende*. Paderborn, 1923 [EICHMANN 1923], 286.

<sup>33</sup> Alfons AUER: *Beichtgeheimnis*. In: *Lexikon für Theologie und Kirche* II. 2, Freiburg im Breisgau, 1958, Sp. 128 ff.; Bertrand KURTSCHIED: *Das Beichtsiegel in seiner geschichtlichen Entwicklung*. Freiburg im Breisgau, 1912 [KURTSCHIED 1912], 165.

*ab eius perceptione duxerit abstinendum. Alioquin et vivens ab ingressu Ecclesiæ arceatur et moriens christiana careat sepultura. Unde hoc salutare statutum frequenter in ecclesiis publicetur ne quisquam ignorantiae cæcitate velamen excusationis assumat.*

*Si quis autem alieno sacerdoti voluerit iusta de causa sua confiteri peccata licentiam prius postulet et obtineat a proprio sacerdote cum aliter ille ipsum non possit solvere vel ligare. Sacerdos autem sit discretus et cautus ut more periti medici superinfundat vinum et oleum vulneribus sauciati diligenter inquirens et peccatoris circumstantias et peccati per quas prudenter intelligat quale illi consilium debeat exhibere et cuiusmodi remedium adhibere diversis experimentis utendo ad sanandum ægrotum. Caveat autem omnino ne verbo vel signo vel alio quovis modo prodatur aliquatenus peccatorem sed si prudentiori consilio indigerit illud absque ulla expressione personæ caute requiratur quoniam qui peccatum in pœnitentiali iudicio sibi detectum præsumperit revelare non solum a sacerdotali officio deponendum decernimus verum etiam ad agendam perpetuam pœnitentiam in arctum monasterium detrudendum.*”<sup>34</sup>

Canon 21 ist der Ausgangspunkt für die Entwicklung des Beichtgeheimnisses als Vertrauensgrundlage für die Seelsorge als Ganzes: „Die Verstärkung pastoraler Betreuung drückte sich signifikant in der Beichtpraxis aus, deren disziplinär-dogmatische Basis die tridentische Vorschrift regelmäßiger Beichtpflicht und genauer, vollständiger Benennung aller Sünden bildete. Zum Symbol konfessioneller Unterscheidung wurde nun der Beichtstuhl, der eine geschlossene Form und eine separate deutliche Aufstellung im Kirchengebäude erhielt. Unter dem Einfluss der Jesuiten entwickelte sich eine intensive Form der Seelsorge, die durch Gewissens- und Sittenkontrolle die Bindung an die Institution Kirche verstärkte und – ebenso wie die Predigt und Katechismusunterricht – die katholischen Normen im Volk verankerte.“<sup>35</sup>

## **5. Bedeutung und Rolle des Geistlichen als Beichtvater im I. Weltkrieg und Regelung des Beichtgeheimnisses im Corpus Iuris Canonici 1917**

Das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Gläubigen und ihrem Beichtvater, das seinen Ursprung im Beichtgeheimnis hat, lässt sich auch mit einem kurzen Rückblick auf die Situation der Feldgeistlichen im 1. Weltkrieg als höchst eindrücklich und wirkungsvoll beschreiben: „1916 wurde den einzelnen Militärbefehlshabern vom Kriegsministerium frei gestellt, im Rahmen eines Notbefehls, wo die katholischen Feldgeistlichen nicht ausreichten, den katholischen Soldaten an Sonn- und Feiertagen zu erlauben, Messen von Geistlichen feindlicher Staaten aufzusuchen, sofern keine militärischen Rücksichten dem entgegenstanden. Allerdings war es den Soldaten ausdrücklich verboten zu beichten, um

---

<sup>34</sup> *Conciliorum Oecumenicorum Decreta, curantibus Josepho Alberigo et aliis.* 3. Auflage. Bologna 1973, 227–271; *Edition der Konzilsbeschlüsse lateinisch/deutsch.* In: Josef Wohlmuth (Hg.): *Dekrete der ökumenischen Konzilien.* Band 2: Konzilien des Mittelalters. Paderborn u. a., 2000, 227–271.

<sup>35</sup> HAUSCHILD 2011, Band 1, 511.

Beeinflussung und Ausfragen zu verhindern. Es sollte dadurch auch verhindert werden, dass ein Vertrauensverhältnis zwischen den deutschen Soldaten und den ausländischen Klerikern entstehen könnte, da man bei letztgenannten nicht nachweisbar durchweg die ihm von der Kirche gebotene politische Enthaltung annehmen könne.“<sup>36</sup>

Die Erfordernisse des Ersten Weltkrieges wirkten aber auch auf die Ausübung der Beicht- und Bußpraxis zurück. So war den Militärgeistlichen unter anderem die Befugnis übertragen worden, Soldaten auch ohne vorhergehendes Sündenbekenntnis zu absolvieren. Dies geschah durch eine allgemeine Formel, die mehr in Richtung einer gemeinsamen, gleichzeitigen Lossprechung mehrere Personen deutete, wie sie eigentlich nur die Generalabsolution kennt, wobei die Generalabsolution allerdings in ihrer normalen Ausprägung ein Sündenbekenntnis voraussetzt.<sup>37</sup>

Aber auch noch auf andere Weise hat das Verhältnis zwischen dem Gläubigen und seinem Beichtvater Spuren hinterlassen und zwar hat es Eingang in eine Volkslegende gefunden, die ihrer heute bekanntesten Form als Tannhäuser-Legende bezeichnet wird.<sup>38</sup> Im Rahmen der Legende wird ein Gläubiger, der die Beichte vor dem Papst abgelegt hat, von diesem zunächst im Anschluss an die Beichte abgewiesen und erhält die erstrebte Absolution erst, nachdem er Reue und Bußleistung erbracht hat. Dabei diene die Legende der Veranschaulichung des kirchlichen Jurisdiktionsrechts mit den Stufen, die zur Vergebung der Sünden führen: Reue (*contritio*), der Gang zum zuständigen Beichtiger, die Beichte (*confessio*) selbst und schließlich die Genugtuung durch Bußwerke (*satisfactio*), die eigentlich – wie die Legende zeigt – vor Empfang der Absolution erfolgen sollte, wobei es aber bereits im Mittelalter gängige Praxis war, das Sündenbekenntnis als *actus paenitentiae* zu sehen und die Absolution vor Ableistung der Genugtuung durch die auferlegten Bußwerke zu erteilen.<sup>39</sup> Dabei war die Vergebung bestimmter Sünden dem Apostolischen Stuhl vorbehalten, so auch die direkte Verletzung des Beichtgeheimnisses,<sup>40</sup> wie sich aus can. 1553 des CIC 1917 ergibt:

„§ 1. *Ecclesia iure proprio et exclusivo cognoscit:  
I De causis quae respiciunt res spirituales et spiritualibus adnexas;*

<sup>36</sup> Generalquartiermeister an Armee-Ober-Kommando 7, II e Nr. 45255, Großes Hauptquartier 6. Sept. 2018, mit Zitierung des Erlasses M 7519/16 C 4 des Kriegsministeriums vom 16. Dez. 2016 (Beilage des Berichts Mohler an Erzb. Ord. Freiburg, Mannheim, 27. Dez 2018, im EA Freiburg, Gen. 35/15), übernommen nach: Hans-Josef WOLLASCH: *Militärseelsorge im Ersten Weltkrieg. Das Kriegstagebuch des katholischen Feldgeistlichen Benedict Kreutz*. Mainz, 1987, LXXXVII.

<sup>37</sup> BIER 2017, 38–63, hier: 58 mit Verweis auf Sacra Congregatio Consistorialis, Dekret vom 22.2.1919, in: AAS 11 (1919), 74–75, hier: 74 Nr. 1.

<sup>38</sup> Dietz-Rüdiger MOSER: *Die Tannhäuser-Legende. Eine Studie über Intentionalität und Rezeption katechetischer Volkserzählungen zum Buß-Sakrament*. Berlin, 1977 [MOSER 1977], 15 und 49; Nikolai Petrowitsch ANDREJEV: *Die Legende von den zwei Erzsündern (Folklore Fellows' Communications 54)*. Helsinki, 1924; Kaarle Leopold KROHN: *Übersicht über einige Resultate der Märchenforschung (Folklore Fellows' Communications 96)*. Helsinki, 1931, 107–111.

<sup>39</sup> Hans Erich FEINE: *Kirchliche Rechtsgeschichte – Die katholische Kirche*. Köln – Wien, 1972, 429; Cyrille VOGEL: *Buße – Übergang zu der Privatbuße (Beichte), das Bußsakrament*. In: *Lexikon des Mittelalters* 1 (1980), Sp. 1135. [VOGEL 1980]

<sup>40</sup> MOSER 1977, 17 mit Verweis auf Johannes BRINKTRINE: *Die Lehre von den heiligen Sakramenten der katholischen Kirche, Band II: Buße, Krankensalbung*. Ordo und Ehe, Paderborn, 1963, 100–102.

*2 De violatione legum ecclesiasticarum deque omnibus in quibus inest ratio peccati, quod attinet ad culpae definitionem et poenarum ecclesiasticarum irrogationem;*

*3 De omnibus causis sive contentiosis sive criminalibus quae respiciunt personas privilegio fori gaudentes ad normam can. 120, 614, 680.*

*§ 2. In causis in quibus tum Ecclesia tum civilis potestas aequae competentes sunt, quaeque dicuntur mixti fori, est locus praeventioni. “*

Nach dem ersten wirksamen Schutz des Beichtgeheimnisses durch das IV. Laterankonzil und der Einreihung des Bußsakraments in die Siebenzahl der Sakramente in der Mitte des 12. Jahrhunderts wurden dennoch bis ins 17. Jahrhundert hinein Ausnahmen von der Pflicht zur Verschwiegenheit des Geistlichen zugelassen und ein Bruch des Beichtgeheimnisses in diesen Fällen nicht angenommen.<sup>41</sup> 1682 wurde jedoch durch das Heilige Offizium klargestellt, dass die Offenbarung des durch die Beichte erlangten Wissens seitens des Geistlichen zum Nachteil des Gläubigen unter allen Umständen verboten sei.<sup>42</sup> Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich zum Beichtgeheimnis in der Kanonistik kurz vor Erlass des CIC 1917 folgender von Georg Bier beschriebener Konsens herausgebildet:

„[Das Beichtgeheimnis] erstreckt sich auf sämtliche Mitteilungen des Pönitenten anlässlich seiner Beichte, auch wenn diese unvollständig oder ungültig ist; es darf weder direkt noch indirekt verletzt werden, nicht einmal, wenn es um das Leben des Beichtvaters ginge; es besteht außerhalb der Beichte auch gegenüber dem Pönitenten; es bindet auch über deren Tod hinaus. Außerdem hatte sich die Auffassung durchgesetzt, das Beichtgeheimnis beruhe auf dem Naturrecht und bzw. oder auf positiv-göttlichem Recht.“<sup>43</sup>

Im Corpus Iuris Canonici 1917 wurde der Schutz des Beichtgeheimnisses durch die folgenden beiden Bestimmungen geregelt:

Can. 889

*„§ 1. Sacramento sigillum inviolabile est; quare caveat diligenter confessarius ne verbo aut signo aut alio quovis modo et quavis de causa prodatur aliquatenus peccatorem.*

*§ 2. Obligatione servandi sacramentale sigillum tenentur quoque interpres aliique omnes ad quos notitia confessionis quoquo modo pervenerit. “*

Can. 890

*„§ 1. Omnino prohibitus est confessario usus scientiae ex confessione acquisitae cum gravamine poenitentis, excluso etiam quovis revelationis periculo.*

*§ 2. Tam superiores pro tempore existentes, quam confessarii qui postea superiores fuerint renuntiati, notitia quam de peccatis in confessione habuerint, ad exteriorem gubernationem nullo modo uti possunt. “*

---

<sup>41</sup> BIER 2017, 38–63, hier: 50; Siehe zu den zunächst anerkannten Ausnahmefällen: KURTSCHIED 1912, 71–120; VOGEL 1980.

<sup>42</sup> BIER 2017, 38–63, hier: 51 mit Verweis auf: Heiliges Offizium, Dekret vom 18.11.1682 (DH 2195).

<sup>43</sup> BIER 2017, 38–63, hier: 51.



Die aus dem Schutz des Beichtgeheimnisses resultierende Rechtsfolge im kanonischen Recht ist es danach, dass das Beichtgeheimnis die Beichtväter unfähig macht, Zeugnis über die ihnen in der Beichte geoffenbarten Tatsachen abzulegen: vgl. can. 1757 § 3 n. 2:

„*Ut incapaces:*

*n. 2: sacerdotes quod attinet ad ea omnia quae ipsis ex confessione sacramentali innotuerunt, etsi a vinculo sigilli soluti sint; imo audita a quovis et quoquo modo occasione confessionis ne ut indicium quidem veritatis recipi possunt.*“<sup>44</sup>

Unter Schutz steht nach den Bestimmungen des CIC 1917 der gesamte Inhalt der Beichte, d. h. nicht nur die Sünden selbst, sondern auch jede weitere Erkenntnis, die sich aus dem in der Beichte Gesagten ergibt. Das Beichtgeheimnis schützt damit nicht bloß vor ‘Geheimnisverrat’, sondern es schützt vielmehr davor, dass dem Gläubigen irgendein Nachteil daraus entsteht, dass er in der Beichte Informationen und Wissen preisgegeben hat. Der Bruch des Beichtgeheimnisses wird im CIC 1917 in can. 2369 unter Strafe gestellt. Die Verletzung des Beichtgeheimnisses wird dabei vor allem als Beichtverrat gesehen und gilt als eines der schwersten Delikte des Geistlichen im kanonischen Recht.<sup>45</sup>

Can. 2369

„§ 1. *Confessarium, qui sigillum sacramentale directe violare praesumpserit, manet excommunicatio specialissimo modo Sedi Apostolicae reservata; qui vero indirecte tantum, obnoxius est poenis, de quibus in can. 2368 § 1.*  
§ 2. *Quicumque praescriptum can. 899, § 2 temere violaverit, pro reatus gravitate plectatur salutari poena, quae potest esse etiam excommunicatio.*“

Can 2368

„§ 1. *Qui sollicitationis crimen de quo in can. 904, commiserit, suspendatur a celebratione Missae et ab audiendis sacramentalibus confessionibus vel etiam pro delicti gravitate inhabilis ad ipsas excipiendas declaretur, privetur omnibus beneficiis, dignitatibus, voce activa et passiva, et inhabilis ad ea omnia declaretur, et in casibus gravioribus degradationi quoque subiiciatur.*“

Für die Verletzung des Beichtgeheimnisses genügt jede direkte oder indirekte Handlung des Geistlichen, also auch ein Mienenspiel, aus der sich die gebeichteten Sünden und/oder der Sünder ergibt. Für den subjektiven Tatbestand muss Vorsatz vorliegen. Die Strafe ist sowohl für eine direkte wie eine indirekte Verletzung die Exkommunikation. Auch bei der Beichte beigezogene Personen, wie Dolmetscher, können gem. can. 2229 das Beichtgeheimnis verletzen, wenn sie vorsätzlich handeln. Die Strafe für die beigezogenen Personen wird nach der Schwere ihres Vergehens zugemessen und kann auch in ihrem Fall bis zur Exkommunikation reichen.<sup>46</sup>

Can. 2229

„§ 1. *A nullis latae sententiae poenis ignorantia affectata sive legis sive solius poenae excusat, licet lex verba de quibus in § 2 contineat.*

---

<sup>44</sup> EICHMANN 1923, 286.

<sup>45</sup> Ebd., 708.

<sup>46</sup> Ebd., 708.



§ 2. *Si lex habeat verba: praesumpserit, ausus fuerit, scienter, studiose, temerarie, consulto egerit aliave similia quae plenam cognitionem ac deliberationem exigunt, quaelibet imputabilitatis imminutio sive ex parte intellectus sive ex parte voluntatis eximit a poenis latae sententiae.*

§ 3. *Si lex verba illa non habeat:*

1 *Ignorantia legis aut etiam solius poenae, si fuerit crassa vel supina, a nulla poena latae sententiae eximit; si non fuerit crassa vel supina, excusat a medicinalibus, non autem a vindicativis latae sententiae poenis;*

2 *Ebrietas, omissio debitaе diligentiae, mentis debilitas, impetus passionis, si, non obstante imputabilitatis deminutione, actio sit adhuc graviter culpabilis, a poenis latae sententiae non excusant;*

3 *Metus gravis, si delictum vergat in contemptum fidei aut ecclesiasticae auctoritatis vel in publicum animarum damnum, a poenis latae sententiae nullatenus eximit.*

§ 4. *Licet reus censuris latae sententiae ad normam § 3, n. 1 non teneatur, id tamen non impedit quominus, si res ferat, congrua alia poena vel poenitentia affici queat.*“

Die Frage, wer tauglicher Täter des can. 2369 sein kann, spielt dabei in der Praxis eine untergeordnete Rolle: Aufgrund der Schwere der Tat ist es keine Voraussetzung, dass derjenige Geistliche oder Laie, der eine aus Sicht des Gläubigen verbindliche Beichte abgenommen hat und hinterher nicht die nach dem kanonischen Recht geforderte Verschwiegenheit wahrt, eine Beichtvollmacht beim Hören der Beichte besessen hat.

Die juristische Begründung für den Schutz des Beichtgeheimnisses ist eine dreifache und leitet sich aus den folgenden Quellen ab:

Zum Ersten entspringt der Schutz dem göttlichen Recht, dass die Integrität des Bußsakraments fordert. Zum Zweiten lässt sich das Erfordernis des Beichtgeheimnisses zu schützen aus dem kanonischen Recht selbst herleiten, so aus den oben schon erwähnten Bestimmungen des IV. Laterankonzils, aus dem *Corpus Iuris Canonici* und weiteren Rechtsakten. Als Dritte Wurzel des Schutzes ist nach Auffassung des Naturrechts von der Entstehung eines stillschweigend zwischen Gläubigen und Beichtvater geschlossenen Quasivertrags auszugehen, dessen Gegenstand ist, dass der Geistliche, das ihm in der Beichte mitgeteilte Wissen unter keinen Umständen preisgeben wird.<sup>47</sup>

Fraglich ist, ob die Entbindung vom Beichtgeheimnis durch das Beichtkind die Tatbestandsmäßigkeit, *quasi* wie bei der Heilbehandlung durch den Arzt im Rahmen der Strafbestimmungen über die Körperverletzung, entfallen lässt. Diese Frage wird kontrovers diskutiert. Ihre Beantwortung hängt davon ab, welches Schutzgut man vorrangig geschützt sieht: die Mindermeinung stellt auf den Schutz des Beichtkindes ab. Nach dieser Auffassung kann der Beichtvater keinen ‘Verrat’ an dem Beichtkind begehen, wenn es auf das Beichtgeheimnis verzichtet hat, wonach dann ein ausdrücklich vom Beichtgeheimnis entbundener Geistlicher keinen Verstoß gegen can. 2369 beginge. Rechtlich gesehen wird hier vornehmlich auf das Naturrecht und somit darauf abgestellt, dass bei der Abnahme der Beichte stillschweigend ein Quasivertrag dahingehend entstehe, dass der Beichtvater über

---

<sup>47</sup> Georg HOFFMANN: *Das Beichtgeheimnis*. Kiel, 1965, 10.

das in der Beichte gehörte Stillschweigen bewahren wird. Dieses Einverständnis kann das Beichtkind daher auch jederzeit wieder widerrufen.<sup>48</sup>

Die herrschende Auffassung stellt neben der Ehre des Beichtkinds zusätzlich auch auf die Würde und die Wirksamkeit des Bußsakraments als göttliches Recht ab.<sup>49</sup> Daher kann eine Einwilligung des Beichtkinds die Tatbestandsmäßigkeit nicht entfallen lassen. Nach dieser Ansicht ist das Beichtgeheimnis aufgrund göttlichen Rechts begründet und daher unverletzlich.<sup>50</sup> Auch der Verzicht des Beichtkinds auf die Wahrung des Beichtsiegels kann daher den Beichtvater nicht von der Verschwiegenheit entbinden, sondern der Schutz der Integrität des von Gott selbst eingesetzten Sakraments der Buße macht die Einwilligung in die Weitergabe der offenbarten Informationen unerheblich.<sup>51</sup>

## 6. Schutz des Beichtgeheimnisses im geltenden weltlichen Recht

Aufgrund der Bedeutung, die der Schutz des Beichtgeheimnisses im kanonischen Recht, aber auch im Leben der Gläubigen hat, stellt sich die Frage, ob auch das weltliche Recht den Schutz des Beichtgeheimnisses gewährleistet. Auch heute spielt das Beichtgeheimnis noch eine bedeutende Rolle im deutschen Recht: zum einen bestehen Verträge zwischen den Bundesländern mit dem Heiligen Stuhl, in denen ausdrücklich die Wahrung des Beichtgeheimnisses (neben den Grundrechten Glaubensfreiheit, Berufsausübungsfreiheit, höchstpersönlicher Lebensbereich) garantiert wird. Zum anderen spielt der Schutz des Beichtgeheimnisses eine wichtige Rolle im Prozessrecht.<sup>52</sup>

Dabei wird das Beichtgeheimnis in der Strafprozessordnung durch § 53 Abs. 1 Nr. 1 StPO geschützt. Der Paragraph räumt dem Geistlichen ein Zeugnisverweigerungsrecht ein bzgl. aller Informationen, die er anlässlich der Beichte erfahren hat.<sup>53</sup> Hier wird auch im Vergleich mit der Entwicklung des Zeugnisverweigerungsrechts für weitere Berufsgruppen, die einer besonders vertrauensgünstigen Tätigkeit nachgehen und daher einer

---

<sup>48</sup> Ebd., 10.

<sup>49</sup> KURTSCHIED 1912, u.a. 85 ff., 133, 154, 165 sowie 180.

<sup>50</sup> So auch die Auffassung von EICHMANN 1923, 286.

<sup>51</sup> Ebd., 286; BIER 2017, 38–63, hier: 51.

<sup>52</sup> Vgl. beispielhaft Art. 9 des Vertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und der Freien und Hansestadt Hamburg aus dem Jahr 2006: „Seelsorger- und Beichtgeheimnis Die Freie und Hansestadt Hamburg respektiert das Seelsorgergeheimnis. Geistliche, ihre Gehilfen und die Personen, die zur Vorbereitung auf den Beruf an der berufsmäßigen Tätigkeit teilnehmen, sind in Verfahren, die dem Landesrecht unterliegen, berechtigt, ihr Zeugnis über dasjenige zu verweigern, was ihnen in der Beichte oder in ihrer seelsorgerlichen Tätigkeit anvertraut worden oder bekannt geworden ist. Das Beichtgeheimnis wird gewährleistet.“

<sup>53</sup> Camilla BERTHEAU – Alexander IGNOR: *Kommentierung zu § 53 StPO*. In: Ewald Löwe – Werner Rosenberg: Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, Berlin – Boston, 27. Auflage, 2018, führen unter § 53 Rn. 14 zum Umfang des Zeugnisverweigerungsrechts allgemein aus: „Das Zeugnisverweigerungsrecht des Berufsgeheimnisträgers nach § 53 erstreckt sich nicht, wie das nach § 52, ohne weiteres auf alles, was der Zeuge über den Beschuldigten weiß, sondern nur auf Tatsachen, die ihm bei der Berufsausübung anvertraut oder bekanntgeworden sind. Es umfasst jedoch auch eigene Tätigkeiten oder Äußerungen des Zeugnisverweigerungsberechtigten, wenn Angaben darüber Rückschlüsse auf geschützte Tatsachen zulassen (näher Rn. 17). Anlass für die Erlangung des Wissens muss allerdings immer die berufliche Beziehung zu dem Geheimnisträger sein. Die Mitteilung an den Berufsträger bzw. dessen Kenntnisnahme muss in dessen Berufsausübung fallen oder wenigstens mit ihr zusammenhängen.“

Verschwiegenheitspflicht unterliegen, deutlich, dass das Beichtgeheimnis eine besondere Stellung einnimmt. Ein Zeugnisverweigerungsrecht für den Rechtsanwalt und den Arzt, wie es heute § 53 StPO normiert,<sup>54</sup> kannte das weltliche Recht während der Epoche des Mittelalters nicht, alleine Geistliche konnten die Aussage unter Berufung auf das kirchenrechtlich geschützte Beichtgeheimnis verweigern.<sup>55</sup> Die heutigen Berufsheimnisträger haben damit ihre besonderen Rechte im Prozessrecht der Vorbildfunktion zu verdanken, die die Kirche durch den strengen Schutz des Beichtgeheimnisses einnahm.

Der Schutz der Verschwiegenheit des Rechtsanwalts entwickelte sich im Vergleich nur langsam und allmählich: Die frühesten Quellen, in denen die Pflicht der Anwälte, keine Informationen zum Schaden ihrer Mandanten preiszugeben, die sie während der Ausübung der Mandatsgeschäfte erlangt hatten, zum Ausdruck kommt finden sich im 15. und 16. Jahrhundert, so unter anderem in den Jahren 1495 und 1555 in den Reichskammergerichtsordnungen. In ihnen wurden die am Reichskammergericht zugelassenen Anwälte verpflichtet, Geheimhaltung der ihnen während der Amtsausübung bekannt gewordenen Tatsachen zu schwören. Im 16. und 17. Jahrhundert setzte sich die anwaltliche Schweigepflicht auch im Rahmen des übernommenen römisch-kanonischen Prozesses auf den unteren Ebenen der Gerichtsbarkeit durch.<sup>56</sup> Erst wesentlich später folgten auch Gesetze, die eine Verletzung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht mit Strafe belegten. Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 stellte zunächst in diesem Zusammenhang nur auf die Verletzung der Schweigepflicht durch medizinisches Personal ab, aber rund 90 Jahre später war es der § 300 des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund von 1870 und der gleichlautende § 300 des Reichstrafgesetzbuchs von 1871, die auch ausdrücklich den Rechtsanwalt sowie den Strafverteidiger zu den Geheimnisträgern zählten, deren Geheimnisverrat mit Strafe belegt wurde und die den Anwalt damit dem Arzt und dem Geistlichen in dieser Beziehung gleichstellten:

„Rechtsanwälte, Advokaten, Notare, Vertheidiger in Strafsachen, Aerzte, Wundärzte, Hebammen, Apotheker, sowie die Gehülften dieser Personen werden, wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes an

---

<sup>54</sup> Der Wortlaut von § 53 StPO Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsheimnisträger lautet:

(1) Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt

1. Geistliche über das, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Seelsorger anvertraut worden oder bekanntgeworden ist;
2. Verteidiger des Beschuldigten über das, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekanntgeworden ist;
3. Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte, Ärzte, Zahnärzte, Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, Apotheker und Hebammen über das, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekanntgeworden ist;

<sup>55</sup> Barbara KARITZKY: *Die Geschichte der Zeugnisverweigerungsrechte: ihre Entwicklung aus den Zeugen-Ausschlüssen und Privilegien des älteren Rechts*. Düsseldorf, 1959, hier: 41.

<sup>56</sup> Robert MAGNUS: *Das Anwaltsprivileg und sein zivilprozessualer Schutz: eine rechtsvergleichende Analyse des deutschen, französischen und englischen Rechts (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 238)*. Tübingen, 2010 [MAGNUS 2010], hier: 17 mit Hinweis auf Adolf FRIEDLÄNDER – Max FRIEDLÄNDER: *Kommentar zur Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1872*. 3. Auflage. München, 1930, § 28 Exkurs I Rn. 9; Adolf WEISLER: *Geschichte der Rechtsanwaltschaft*. 2012, 127; Fritz SAUER: *Das Berufsgeheimnis und sein strafrechtlicher Schutz (Strafrechtliche Abhandlungen 123)*. Breslau, 1910, 14 f.

vertraut sind, mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.<sup>57</sup>

Hierbei fällt auf, dass das Delikt als Antragsdelikt gestaltet war und die Strafandrohung für die Verletzung der Verschwiegenheitspflicht der Strafandrohung in § 155 des Preußischen StGB von 1851 entspricht, wobei diese Bestimmung den Anwalt noch nicht ausdrücklich als Geheimnisträger erwähnt:

„Medizinalpersonen und deren Gehülfen, sowie alle Personen, welche unbefugterweise Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen Kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes anvertraut sind, werden mit Geldbuße bis zu 500 Thalern oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“<sup>58</sup>

In § 52 der Strafprozeßordnung in der Fassung vom 1. Februar 1877 ist ein Zeugnisverweigerungsrecht für den Anwalt festgeschrieben:

„Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt:

1. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist;
2. Verteidiger des Beschuldigten in Ansehung desjenigen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist;
3. Rechtsanwälte und Aerzte in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung ihres Berufs anvertraut ist.

Die unter Nr. 2, 3 bezeichneten Personen dürfen das Zeugniß nicht verweigern, wenn sie von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind.“<sup>59</sup>

Eine ausdrückliche Regelung eines Zeugnisverweigerungsrechts für den im Zivilprozess als Zeuge berufenen Rechtsanwalt erfolgte zuerst in der Bürgerlichen Prozessordnung für das Königreich Hannover von 1848.<sup>60</sup> Hier wird § 251 Abs. 1 Nr. 2 der Allgemeinen bürgerlichen Prozessordnung für das Königreich Hannover vom 8. November 1850 wiedergegeben:

„[...] das Zeugnis kann jedoch verweigert werden:

2) wenn der Zeuge dadurch eine amtliche Verpflichtung zur Verschwiegenheit verletzen würde, sofern er nicht von seiner Dienstbehörde zum Zeugnis ermächtigt ist. Diese Ermächtigung soll, falls nicht besondere erhebliche Bedenken entgegenstehen, nicht versagt werden. .... Ohne Rücksicht auf eine solche Ermächtigung ist aber ein Geistlicher zur Mittheilung dessen, was ihm unter der geistlichen Amtsverschwiegenheit anvertraut ist, nicht verpflichtet. Ebenso können Anwälte und Rechtsbeistände – imgleichen die unter ihrer Leitung arbeitenden Rechtscandidaten, ihr Zeugniß über das, was sie als solche wahrgenommen oder worin sie als solche gehandelt haben, verweigern; [...]“<sup>61</sup>

---

<sup>57</sup> Für das RStGB vgl.: Deutsches Reichsgesetzblatt vom 14. Juni 1871, Band 1871, Nr. 24, 127–205; für das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes vgl.: Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes Band 1870 vom 8. Juli 1870, Nr. 16, 197–273.

<sup>58</sup> Zitiert nach: MAGNUS 2010, hier: 17 Fn. 47.

<sup>59</sup> Deutsches Reichsgesetzblatt vom 26. Februar 1877, Band 1877, Nr. 8, 253–346.

<sup>60</sup> MAGNUS 2010, hier: 18.

<sup>61</sup> [https://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10554562\\_00001.html](https://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10554562_00001.html), zuletzt abgerufen am 28.04.2019.

Auch die überwiegende Meinung im Schrifttum der Zeit sprach sich dafür aus, den Anwalt im Zivilprozess nicht als Zeugen zuzulassen, da er insofern dem Geistlichen gleichzustellen sei.<sup>62</sup> Für den Zivilprozess wurde erstmals das Zeugnisverweigerungsrecht des Anwalts in § 348 Civilprozessordnung festgeschrieben,<sup>63</sup> der sich fast unverändert auch noch im heutigen § 383 ZPO wiederfindet.<sup>64</sup> Ausdrücklich halten sowohl § 348 CPO als auch § 383 ZPO für den Geistlichen und den Rechtsanwalt fest, dass die Vernehmung solche Tatsachen außen vor zu lassen habe, die nur dann vom zeugnisverweigerungsberechtigten Zeugen dargelegt werden können, wenn er dafür das Beicht- bzw. Amtsgeheimnis bricht:<sup>65</sup> „Vernehmung [...], auch wenn das Zeugnis nicht verweigert wird, auf Tatsachen nicht zu richten, in Ansehung welcher erhellt, dass ohne Verletzung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit ein Zeugnis nicht abgelegt werden kann.“

Jüngst erfolgte wiederum eine Anpassung der Rechtslage für den Schutz der Berufsgeheimnissträger, indem § 160a StPO eingeführt wurde:

„(1) Eine Ermittlungsmaßnahme, die sich gegen eine in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 oder Nummer 4 genannte Person, einen Rechtsanwalt oder einen Kammerrechtsbeistand richtet und voraussichtlich Erkenntnisse erbringen würde, über die diese das Zeugnis verweigern dürfte, ist unzulässig. Dennoch erlangte Erkenntnisse dürfen nicht verwendet werden. Aufzeichnungen hierüber sind unverzüglich zu löschen. [...]

(2) Soweit durch eine Ermittlungsmaßnahme eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 3b oder Nr. 5 genannte Person betroffen wäre und dadurch voraussichtlich Erkenntnisse erlangt würden, über die diese Person das Zeugnis verweigern dürfte, ist dies im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit besonders zu berücksichtigen; betrifft das Verfahren keine Straftat von erheblicher Bedeutung, ist in der Regel nicht von einem Überwiegen des Strafverfolgungsinteresses auszugehen. Soweit geboten, ist die Maßnahme zu unterlassen oder, soweit dies nach der Art der Maßnahme möglich ist, zu beschränken. Für die

---

<sup>62</sup> MAGNUS 2010, hier: 18 mit weiterführenden Hinweisen.

<sup>63</sup> § 348 Civilprozessordnung (Deutsches Reichsgesetzblatt vom 19. Februar 1877, Band 1877 Nr. 6, 83–123): Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: [...]

4. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei der Ausübung der Seelsorge anvertraut ist;

5. Personen, welchen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes Thatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist, in Betreff der Thatsachen, auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht.

Die Vernehmung der Nr. 4, 5 bezeichneten Personen ist, auch wenn das Zeugniß nicht verweigert wird, auf Thatsachen nicht zu richten, in Ansehung welcher erhellt, daß ohne Verletzung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit ein Zeugniß nicht abgelegt werden kann.

<sup>64</sup> § 383 Abs. 1 ZPO Zeugnisverweigerung aus persönlichen Gründen

Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: [...]

4. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei der Ausübung der Seelsorge anvertraut ist; [...]

6. Personen, denen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch ihre Natur oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist, in Betreff der Tatsachen, auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht.

<sup>65</sup> § 383 Abs. 3 ZPO: „Die Vernehmung der unter Nummern 4 bis 6 bezeichneten Personen ist, auch wenn das Zeugnis nicht verweigert wird, auf Tatsachen nicht zu richten, in Ansehung welcher erhellt, dass ohne Verletzung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit ein Zeugnis nicht abgelegt werden kann.“

§ 348 Satz 2 CPO: „Die Vernehmung der Nr. 4, 5 bezeichneten Personen ist, auch wenn das Zeugniß nicht verweigert wird, auf Thatsachen nicht zu richten, in Ansehung welcher erhellt, daß ohne Verletzung der Verpflichtung zur Verschwiegenheit ein Zeugniß nicht abgelegt werden kann.“

Verwertung von Erkenntnissen zu Beweis Zwecken gilt Satz 1 entsprechend. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände.

(3) [...]

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass die zeugnisverweigerungsberechtigte Person an der Tat oder an einer Datenhehlerei, Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei beteiligt ist. Ist die Tat nur auf Antrag oder nur mit Ermächtigung verfolgbar, ist Satz 1 in den Fällen des § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 anzuwenden, sobald und soweit der Strafantrag gestellt oder die Ermächtigung erteilt ist.“

Der Gesetzgeber verfolgte mit dem Erlass dieser Norm das Ziel, den durch § 53 StPO geschützten Berufsgeheimnissen über das bereits geregelte Zeugnisverweigerungsrecht und die damit korrespondierenden Beschlagnahmeverbote nach § 97 StPO hinaus auch hinsichtlich der Sonderregelungen für den ‘großen Lauschangriff’ in § 100d Abs. 5 StPO besonderen Schutz zu gewähren. Allerdings nimmt er dabei eine Abstufung zwischen den einzelnen Berufsgeheimnisträgern vor. So sind Maßnahmen gegenüber Geistlichen, Verteidigern (zunächst hingegen nicht allgemein Rechtsanwälten) und Abgeordneten absolut unzulässig, soweit dabei mit der Erlangung von Kenntnissen zu rechnen wäre, die dem Zeugnisverweigerungsrecht unterliegen und solange wie die Berufsgeheimnisträger nicht selbst kriminell verstrickt sind. Gleichwohl erlangte Erkenntnisse dürfen in keinem Fall verwendet. Dahingegen ist das Interesse an der Wahrung des Berufsgeheimnisses bei den anderen von § 53 genannten Personen nur im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung besonders zu berücksichtigen. Der Grund für diese Differenzierung ist in der vom Gesetzgeber hervorgehobenen besonderen verfassungsrechtlichen Stellung dieser Berufsgeheimnisträger zu sehen. Die Differenzierung zwischen Anwalt und Strafverteidiger beruht daher auf der Erwägung, dass dem Gespräch mit dem Strafverteidiger im Hinblick auf die fundamentale rechtsstaatliche Bedeutung der Verteidigungsrechte „eine wichtige Funktion zur Wahrung der Menschenwürde zukomme.“

Weiterhin sei das Gespräch mit dem Geistlichen als Seelsorger „dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen, der dem staatlichen Zugriff schlechthin entzogen ist“ und daher ebenfalls unbedingt zu schützen.<sup>66</sup> Die in der Ursprungsfassung der Norm zunächst vorgenommene Unterscheidung zwischen Rechtsanwalt und Strafverteidiger wurde aufgehoben und zwar, weil die Differenzierung zwischen absolut und relativ geschützten Vertrauensverhältnissen insgesamt in die Kritik geriet und gefordert wurde, dass auch der Rechtsanwalt in den absoluten Schutz mit einbezogen würde. Begründet wurde diese Änderung vom Gesetzgeber damit, dass auch dem Rechtsanwalt als unabhängiges Organ der Rechtspflege eine herausgehobene Stellung zukomme und in der Praxis eine Trennung zwischen der Tätigkeit als Strafverteidiger und sonstiger anwaltlicher Tätigkeit zu überwindbaren Abgrenzungsschwierigkeiten führen würde<sup>67</sup>.

Auch die katholische Kirche ist sich im Zusammenhang mit dem Beichtgeheimnis der Gefahren bewusst, die die modernen Möglichkeiten der Technik und der Kommunikation für die Wahrung des Beichtgeheimnisses bilden. So hat die Glaubenskongregation in den von ihr am 21. Mai 2010 erlassenen Normen zu Delikten bei denen sich schwer gegen

---

<sup>66</sup> Volker ERB: *Kommentierung zu § 160a StPO*. In: Ewald Löwe – Werner Rosenberg: Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz. Berlin–Boston, 27. Auflage, 2018, § 160a Rn. 1.

<sup>67</sup> Ebd., § 160a Rn. 2.



den Glauben und die Sitten verfehlt wird, die durch den Einsatz moderner Technik möglich werdenden besonderen Formen der Verletzung des Beichtgeheimnisses speziell in Art. 4 Abs. 2 aufgegriffen und sich die Zuständigkeit für die Ahndung eines solchen Verstoßes vorbehalten.<sup>68</sup> „§ 2. Unbeschadet der Vorschrift von § 1, 5 ist der Kongregation für die Glaubenslehre auch die schwerwiegendere Straftat vorbehalten, die darin besteht, die vom Beichtvater oder vom Pönitenten in einer echten oder vorgetäuschten sakramentalen Beichte gesagten Dinge mit irgendeinem technischen Hilfsmittel aufzunehmen oder in übler Absicht durch die sozialen Kommunikationsmittel zu verbreiten. Wer diese Straftat begeht, soll je nach Schwere des Verbrechens bestraft werden, im Fall eines Klerikers die Entlassung oder Absetzung nicht ausgeschlossen.“

Aber nicht nur die Veränderungen auf dem Gebiet der Technik, auch die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt haben dazu geführt, dass der Schutz des Beichtgeheimnisses des Geistlichen nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 StPO Gegenstand der jüngeren Rechtsprechung war und zwar sowohl der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als auch der des Bundesverfassungsgerichts.

## **7. Abschluss mit Ausblick auf die aktuelle Rechtsprechung zum Beichtgeheimnis**

So hatte der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 15. April 2010 (4 StR 650/09, juris) zu entscheiden, ob das Landgericht als Vorinstanz zwei Angehörigen der Glaubensgemeinschaft der Yeziden ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 StPO zu Recht zugiebilligt hatte, weil diese im Prozess geltend gemacht hatten, Geistliche ihrer Glaubensgemeinschaft zu sein und in dieser Eigenschaft an einem Gespräch mit den Angeklagten teilgenommen zu haben. Der Bundesgerichtshof entschied, dass der Begriff des Geistlichen in der StPO nicht auf die Angehörigen der staatlich anerkannten und öffentlich-rechtlich verfassten Religionsgemeinschaften beschränkt werden dürfe, was sich insbesondere daraus herleite, dass das Gespräch mit dem Seelsorger als Teil des Kernbereichs privater Lebensgestaltung sowie der Glaubens- und Religions- und Berufsfreiheit des Zeugen zu schützen sei.<sup>69</sup> Im konkreten Fall sah der Bundesgerichtshof jedoch eine unzulässige Berufung der Zeugen auf eine mögliche Verschwiegenheitspflicht kraft ihrer Stellung als Seelsorger. Das zwischen den Zeugen und dem Angeklagten geführte Gespräch über einen Konflikt mit dem späteren Tatopfer war nach Ansicht des Gerichts jedoch keine religiös geprägte Zuwendung oder geistliche Begleitung im Interesse des seelischen Wohls der Angeklagten, so dass das Landgericht nach Auffassung des Bundesgerichtshofs hier nicht von einem Zeugnisverweigerungsrecht hätte ausgehen dürfen.<sup>70</sup>

In vergleichbarer Weise äußerte sich das Bundesverfassungsgericht zu den Rechtsfragen, die es im Rahmen seines Nichtannahmebeschlusses vom 25. Januar 2007 (2 BvR

---

<sup>68</sup> Normae de delictis Congregationi pro Doctrina Fidei reservatis seu Normae de delictis contra fidem necnon de gravioribus delictis vom 21. Mai 2010, AAS 102 (2010) 419-430.

<sup>69</sup> Urteil des Bundesgerichtshofs vom 15. April 2010 (4 StR 650/09, NSTZ 2010, S. 646–649), hier zitiert nach juris: Rn. 12, 16–19.

<sup>70</sup> Ebd., Rn. 29–32.



26/07) zum Zeugnisverweigerungsrecht des Seelsorgers im Strafverfahren erörterte.<sup>71</sup> Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts steht einem katholischen Gefängnisseelsorger kein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StPO hinsichtlich eines nichtseelsorgerischen Teils eines Gesprächs mit einem Untersuchungshäftling zu. Insbesondere sah das Gericht darin keine Verletzung der Glaubens- oder der Berufsfreiheit der Gesprächspartner. Zugleich äußerte es sich auch zur Frage, inwiefern die Anordnung einer Beugehaft zur Erzwingung der Zeugenaussage des Geistlichen verhältnismäßig sei.

Der Verfassungsbeschwerde lag dabei folgender Ausgangsfall zu Grunde: In der Hauptverhandlung eines Strafprozesses wurde der spätere Beschwerdeführer als Zeuge vernommen. Dieser ist ein nicht zum Priester geweihter, katholischer Gemeindereferent und hauptamtlich als Seelsorger in einer Haftanstalt tätig. Während seiner Vernehmung als Zeuge lehnte der spätere Beschwerdeführer es ab, die Frage zu beantworten, ob er für den Angeklagten im Internet Adressen von Versicherungen recherchiert habe, wobei er sich auf sein Zeugnisverweigerungsrecht als Seelsorger berief. Daraufhin ordnete das Strafgericht Beugehaft zur Erzwingung der Aussage an. Hiergegen wandte sich der Beschwerdeführer mit der Verfassungsbeschwerde.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich zunächst mit dem Umfang des Zeugnisverweigerungsrechts des Geistlichen befasst und nochmals hervorgehoben, dass von dessen Zeugnisverweigerungsrecht alle Tatsachen umfasst werden, die dem Geistlichen in seiner Eigenschaft als Seelsorger anvertraut oder bekanntgeworden sind. Hierzu zähle nicht nur das, was in einem Beichtgespräch mitgeteilt wurde, sondern auch alles, was in Ausübung der seelsorgerischen Tätigkeit erfahren oder wahrgenommen wurde. Allerdings falle das Wissen, das der Geistliche in ausschließlich karitativer, fürsorglicher, erzieherischer oder verwaltender Tätigkeit, oder auch nur bei Gelegenheit der Ausübung seines Berufs erlangt hat, nicht in den Schutzbereich des Zeugnisverweigerungsrechts nach § 53 stoff.<sup>72</sup> Gleichzeitig betont das Bundesverfassungsgericht, dass sich dann, wenn sich seelsorgliche und profane Tätigkeiten nicht trennen lassen, dem Zeugen ein Zeugnisverweigerungsrecht zuzusprechen ist.<sup>73</sup> Entscheidend dafür, ob ein Zeugnisverweigerungsrecht bestehe, bleibe aber die objektive Sachlage und nicht die subjektive Sicht der Beteiligten, wobei die pflichtgemäße Prüfung und Entscheidung des Geistlichen in Grenz- und Zweifelsfällen maßgeblich bleibe und das Gericht dieser auch in der Regel folgen werde.<sup>74</sup>

Im konkreten Fall hat das Bundesverfassungsgericht die Verhängung der Beugehaft nicht beanstandet. Zum einen begründet das Gericht dies damit, dass die Frage nach den für den Angeklagten möglicherweise getätigten Internetrecherchen, nicht auf das Erlangen von Kenntnissen über ein seelsorgerisches Gespräch abziele, sondern vielmehr eine Tätigkeit zum Gegenstand habe, die durch den Beschwerdeführer nur außerhalb eines solchen Gesprächs habe durchgeführt werden können. Auch die Berufsausübungsfreiheit des Beschwerdeführers stehe dem nicht entgegen: zwar könne durch die Zeugenaussage des Beschwerdeführers sein Vertrauensverhältnis zu dem betroffenen und anderen Ge-

---

<sup>71</sup> Nichtannahmebeschluss des BVerfG vom 25. Januar 2007 (2 BvR 26/07, NJW 2007, 1865–1869).

<sup>72</sup> Ebd., hier zitiert nach juris, Rn. 21 f.

<sup>73</sup> Ebd., hier zitiert nach juris, Rn. 14.

<sup>74</sup> Anmerkung von Ulrich Seelemann, in: ZevKR 52 (2007), 227–228; Henning RADTKE: *Der Schutz des Beicht- und Seelsorgegeheimnisses*. In: ZevKR 52 (2007), 617–649; Heinrich de WALL: *Der Schutz des Seelsorgegeheimnisses (nicht nur) im Strafverfahren*. In: NJW 2007, 1856–1859.

fangen und damit auch die Wahrnehmung der seelsorgerischen Aufgaben durch den Beschwerdeführer beeinträchtigt werden. Jedoch überwiegen hier im konkreten Fall die Belange der Strafrechtspflege das Interesse des Beschwerdeführers an der Vermeidung einer Beeinträchtigung der seelsorgerischen Vertrauensstellung. In diesem Zusammenhang wirft das Gericht auch die Frage auf, ob der Gefangene in der konkreten Gesprächssituation tatsächlich ein Vertrauen darauf aufbauen konnte, dass der Beschwerdeführer als Seelsorger Stillschweigen über die Unterredung wahrt und verneint dies für den konkreten Fall, da der Gefangene habe erkennen können, dass sein Gespräch und die darin geäußerte Bitte nach der Internetrecherche keinen Zusammenhang zur seelsorgerischen Betreuung durch den Geistlichen haben konnte sowie sogar potentiell strafbares Verhalten zum Gegenstand hatte. Zudem ist nach Ansicht des Gerichts bei der Bewertung, ob eine Zeugenaussage durch den Seelsorger eine mögliche Vertrauenseinbuße nach sich zieht, weiter zu berücksichtigen, dass der Beschwerdeführer im konkreten Fall sein entsprechendes Wissen nicht eigenmächtig dem Strafgericht offenbaren würde, sondern vielmehr aufgrund der ihm obliegenden Zeugenpflicht, die zudem mit Zwangsmitteln durchgesetzt worden sei.<sup>75</sup>

Auch wenn in den beiden letztgenannten Entscheidungen der obersten deutschen Gerichte eine Zurückdrängung des Schutzes des Beichtgeheimnis in Form des strafprozessrechtlichen Zeugnisverweigerungsrechts auf den Kernbereich der Seelsorge betrachtet werden kann – eine Tendenz von deutschen Behörden und Gerichten, die auch von Rechtsanwälten für ihre durch die Strafprozessordnung geschützten besonderen Rechte, z. B. was die Beschlagnahme von Akten und Unterlagen angeht,<sup>76</sup> jüngst ebenfalls beobachtet werden musste –, sind die vorgenannten Gerichtsentscheidungen doch auch Ausdruck davon, dass trotz dem nach der Blüte der Bußsakramente im 19. Jahrhundert derzeit zu verzeichnenden starken Rückgang in der Buß- und Beichtpraxis der gläubigen Katholiken, das Beichtgeheimnis und auch Fragen, die das Verhältnis zwischen Seelsorger und Gläubigen betreffen, weiterhin wichtige und lebendige Bestandteile des geltenden kanonischen und weltlichen Rechts sind und bleiben werden.

---

<sup>75</sup> Nichtannahmebeschluss des BVerfG vom 25. Januar 2007 (2 BvR 26/07, NJW 2007, 1865–1869), hier zitiert nach juris, insbesondere Rn. 23 ff. sowie Rn. 26–29.

<sup>76</sup> <https://www.lto.de/recht/juristen/b/bverfg-2bvr140517-kein-anwaltsprivileg-interne-untersuchungen-jones-day-volkswagen/>, zuletzt abgerufen am 29.4.2019

## CZECHOSLOVAK HISTORY AFTER 1918 A FEW REMARKS ON THE NEW DEFINED CONCEPT

*Miroslav Lysý*  
*associate professor*

*Comenius University in Bratislava*

The creation of the Czechoslovak state at the very end of the 1<sup>st</sup> world war has been presented as a result of national liberation. Liberation from repressive regime (or regimes) of Austria-Hungary, “prison of nations”. Czechoslovakia served as an example of a liberated national state in contrast with national oppression within a multinational Empire, where one nation ruled over another. The obvious paradox is that Czechoslovakia represented not an example of such a national state, even if we would consider the Czechoslovak nation as a social and legal reality. New created states within the Versailles system in central Europe were from the national point of view – as already pointed out by Czech historian Jan Rychlík – copies of Austria-Hungary with a vast minority population. Real national states were on the other hand nationally compact Austria and Hungary within their post-world war 1<sup>st</sup> borders. Both states were, however, unsatisfied with it. While in Austria, there were present claims for unification with Germany in national state (banned in peace treaties), for Hungary the restoration of historical borders (or at least revision of Trianon peace treaty) remained as a goal of international policy.<sup>1</sup>

The approach of Hungary to the Versailles system and fear from the German unification (connected with the question of the Sudet Germans in Bohemia and Moravia) remained a permanent threat for the new-born Czechoslovak state and a challenge for its unity, based on the fiction of common Czechoslovak nation, created by the Czechs and the Slovaks. It was the Czechoslovak nation, that as a subject of international law achieved state sovereignty through the institution of self-determination. Therefore, the concept of czechoslovakism had not only its cultural aspects, pretended for example in the fictional unity of Czechoslovak language, but also in international and constitutional law.

Before we analyse the concept of national liberation supported by academic institutions, let's not forget, that the concept of national liberation was claimed during the 20<sup>th</sup> century several times. In 1938, new autocratic regimes in Prague and Bratislava defined themselves as an opposite of Masaryk's or Beneš's Czechoslovakia and especially the regime of Hlinka's Slovak Peoples Party which used every opportunity to present itself as a tool of the Slovak nation, that liberated it from the “danger” of czechoslovakism. The subsequent regimes, since the Slovak National Uprising (1944) and definitively since the end of the World war II through its political representatives claimed itself as saviours of the nation from the fascist dictatorship. Idea of class or people's liberation was also used in 1948, 1968, or 1989. Thus, the 20<sup>th</sup> century was not only panoptic of instability of regimes and state units. Every single regime also tried to achieve its legitimacy by opposing its predecessor, as a

---

<sup>1</sup> Jan RYCHLÍK: *Češi a Slováci ve 20. století. Česko-slovenské vztahy 1914–1945*. Bratislava, 1997, 60.

thesis and antithesis. The 20<sup>th</sup> century became the period of revolutions, regime changes from democracy to far right and far left dictatorship, all in the name of the freedom.

Antetype of national liberation was founded and revealed during the 1<sup>st</sup> Czechoslovak republic. Although the idea of national freedom was adapted from the 19<sup>th</sup> century, the year 1918 became much more dramatic due to the fall of the Monarchy. National liberation on the side of the “Czechoslovaks” contrasted with the humiliation of the Germans and Hungarians. Using historical arguments, for Czechoslovakia it was of large importance to introduce its own version of history. Its part was naturally the prehistory of the Czechoslovak nation.

The development of Czechoslovak history started especially at the newly founded Comenius University in Bratislava (1919).<sup>2</sup> Since 1921, education at its faculties started and new inaugurated professor of Czechoslovak history (established as a new scientific branch) Václav Chaloupecký (1882–1851), who came from Bohemia with the task to educate first professional generation of historians in Slovakia, immediately started to work on the substance of Czechoslovak history.<sup>3</sup> His importance is without any question in consideration of the fact, that there were no professional Slovak historians before 1918, only Hungarian authors and Slovak semi-laic scholars with restricted audience and undeveloped methods.

Therefore, if Chaloupecký’s work had enormous effect on historical science in Slovakia, his legacy was (and still is) shadowed with his czechoslovakism. This had been criticised not only after 1938, but also during 1<sup>st</sup> republic period, with (relevant) remark, that the concept of Czechoslovak history is artificial construct existing thanks to the institutional support only.<sup>4</sup> It is true, that the term Czechoslovak history has not been used before 1918, but it is also important to remind, that also the term Slovak history was used rarely, as Slovak historians concentrated more on interpretation corrections after Hungarian colleagues. They were authors of Hungarian history from Slovak point of view.<sup>5</sup> On the other hand, it is not correct to take the czechoslovakism for a creation of Czechoslovak state, if we consider, that the idea of language and national unity between Slovaks and Czechs was present also before 1918 and many authors in 19<sup>th</sup> century preferred Czech language, even if they later accepted Ľudovít Štúr’s codified variant.<sup>6</sup> Slovak criticism on czechoslovakism also does not deliberate one very important fact: the creation of modern Czech nation. It was created not only in the historical borders of Kingdom of Bohemia and there was at least the ambition to unify creating nation in Bohemia and Moravia. Lot of job on this project

---

<sup>2</sup> “Czechoslovak state university” was founded by Act no. 375/1919.

<sup>3</sup> On beginnings of his career, see Milan DUCHÁČEK: *Václav Chaloupecký. Hledání československých dějin*. Praha, 2014, 131–134.

<sup>4</sup> D. RAPANT: *Československé dejiny. Problémy a metody*. In: *Od pravěku k dnešku, Sborník prací z dějin československých*, K 60. narozeninám Jos. Pekaře. II. Praha, 1930, 531–533.

<sup>5</sup> See for example the Introduction of Záborský’s History of Hungary. J. ZÁBORSKÝ: *Dejiny kráľovstva uhorského od počiatku do časov Žigmundových*. Bratislava, 2012, 3. From works of F. Sasínek we could at least mention his short work with his reaction on the opinion, that Slovaks were descents of the Czechs arriving to northern Hungary in 15<sup>th</sup> century. Fr. V. SASÍNEK: *Slováci v Uhorsku*. Turčiansky Sv. Martin, 1905, 3. With reflection to terminology of various languages, it is important to mention, that Slovak language, in comparison with Hungarian or English, distinguish between terms Magyar (Maďar) and Hungarian (Uhor). While the first one refers to ethnic, or language understanding, the second one includes people at the territory of pre-Trianon Hungarian kingdom.

<sup>6</sup> More Czech and Slovak authors formulated their statements for example here: *Hlasové o potřebě jednoty spisovného jazyka pro Čechy, Moravany a Slováky* (= *Spisů musejních číslo XXII*). W Praze, 1846.

made after all historian and politician František Palacký, who such a concept applied in his most famous work History of Czech nation in Bohemia and Moravia. Let's also mention that he belonged to a group of important personalities of Czech national movement with roots in Moravia.

It was no surprise, that the Czech nation did not intend to be closed within historical borders of the Kingdom of Bohemia. Similar process was also typical for national movements of Germans, Italians or Poles. Therefore, it is too trivial to consider czechoslovakism as the artificial construct only, as it was one of many possibilities of historical development in central Europe. This development did not lead to the unification of Czechs and Slovaks, but at least led to the creation of Czechoslovak state, existing in various forms more than seven decades. The state thanks to which Slovaks finished the process of their national forming.

Although using of the Czech language in Slovakia was frequent, it did not mean also the creation of common national consciousness, that would lead to a common nation. Therefore, let's go back to Václav Chaloupecký and to his attempt to create the construct of Czechoslovak history. In age of 38 he started to work on this in his seminary in Bratislava and this project remained his most important work for next 20 years.

But how can you create Czechoslovak history before 1918 without Czechoslovak state? This question looks like trivial one, but Chaloupecký and his colleagues had to fight with this problem. Natural clue was of course Great Moravia, where "Czechoslovak nation" was united in one state. But what comes next? Chaloupecký tried to find an answer in the history of Czech-Hungarian relations, where such uniters were to be found, as activities and impacts of Moravian and Czech prince Břetislav I (1035–1055). Inspiring were also military campaigns of Přemysl Otakar II (1253–1278). This Czech king meaningfully influenced the history of Bratislava, what supported the imagination of Chaloupecký, who moved to the city with his family, provided here an apartment and profession and simultaneously he included himself in intellectual and bureaucratic Czechoslovak (mostly Czech) community. These scopes, as well as reality of interwar Bratislava with its German, Hungarian and Jewish population forced Chaloupecký to re-think Slavic pre-history of the town. It is not coincidence, that he considered Břetislav I to be the founder of Bratislava, who was also the founder of Moravian town of Břeclav.<sup>7</sup> Chaloupecký's conclusions were formulated on the base of very uncertain and even in his period criticised hypothesis. Despite this, he extended his conclusions about Břetislav's Bratislava.

Thus, Chaloupecký could start to build one of pillars of Czechoslovak history. Besides this, he observed, how familiar was territory of Slovakia to Czech medieval historian Cosmas (at the turn of 11<sup>th</sup> and 12<sup>th</sup> century). He was not only an expert for Slovak toponymy, but he also recorded the Zoborian tale of prince Svätopluk.<sup>8</sup> Thus, ancient Slovak story of the end of domestic monarchs was revealed<sup>9</sup> and in wider relations he presented an image of subjected Slovak people unsatisfied with Hungarian domination, that had to be patrolled by

---

<sup>7</sup> V. CHALOUPECKÝ: *K nejstarším dějinám Bratislavy*. In: Sborník Filozofickej fakulty University Komenského v Bratislave, 1922, roč. 1, č. 9, 219–220. V. CHALOUPECKÝ: *Staré Slovensko*. V Bratislavě, 1923, 256. V. CHALOUPECKÝ: *O jménu Bratislavy*. In: Bratislava. Časopis Učené společnosti Šafaříkovy, 1927, roč. 1, 320–325.

<sup>8</sup> *Cosmae Pragensis Chronica Boemorum I XIV. Monumenta germaniae historica, Scriptores rerum Germanicarum Nova series*. Ed. B. Bretholz. Berolini, 1923, 32–33.

<sup>9</sup> V. CHALOUPECKÝ: *Kosmas a Slovensko*. In: Český časopis historický, 1924, roč. 30, 374–376.

Hungarians, Pechenegs, Siculs and Germans.<sup>10</sup> Foreign exponents were also Saint Svorad and Saint Benedict and in Chaloupecký's eyes it was no coincidence that they were heroes of the first Hungarian legend (and in this way they were not Slovak saints).

Therefore, Chaloupecký was not surprised, that the Slovaks did not defend the country from the Czech invasions, as he concluded for years of 1042 or 1109.<sup>11</sup> His remarks were based on hypothesis, that the territory of Nitra region was under the power of Přemyslides until the reign of prince Boleslav II (967/972–999) and after his death the “period of disorder” came and the land became occupied by the Hungarians.

That meant, that “national unity” was a very powerful idea in the 11<sup>th</sup> century. Therefore, Břetislav with his very active eastern policy could be basis for Chaloupecký's Czechoslovak history, thanks to his putative attempt to recreate Great Moravia and unify the nation.

Chaloupecký's construction of the Nitra region was based on Cosmas's northern Hungary topography and the Chronicle of Anonym. The region was bordered with the territory of western Slovakia and it finished, where inaccessible forests stopped Břetislav from entering the territory east of Esztergom and the Gran river. The Slovak territory and its incorporation into the Hungarian state was the reason why Břetislav made the system of principalities in Moravia, that in result led to struggles (without any conceptual background) between Moravian and Bohemian Přemyslides.<sup>12</sup> It is apparent here, how Chaloupecký appreciated the visions imputed to Břetislav. Successors of the Bohemian prince could not be the personalities attempting to regain the territory of Slovakia. This is the reason, why Chaloupecký described Břetislav as the author of the national unification idea, that could not be fulfilled in his period and that perhaps was continued by Přemysl Otakar II in the 13<sup>th</sup> century.<sup>13</sup>

It is apparent from Chaloupecký's text how he distinguished a dichotomy between foreign and innate: Czechs and Slovaks (Czechoslovak nation) was a historical entity, whose part remained for centuries in the foreign Hungarian state. For Chaloupecký, the Czechoslovak nation was an objective reality. He did not need to approve its existence. Chaloupecký's Czechoslovak nation existed irrespective of the consciousness of its subjects.

In order to create a more consistent construct, Chaloupecký tried to separate Slovaks from Hungarian history. This is the most important turning point in the historiography of Slovakia. Despite how Slovak historians in 19<sup>th</sup> century tried to diversify from Hungarian or German historians. They simply wrote about the history of Hungary, where they tried to find a place for Slovaks or the Slovak nation. Finally, many of them considered Hungary as their own fatherland. Czechoslovak historians did not have such ambitions after 1918. The Czechoslovak historians did not have to correct the statements of their Hungarian colleagues in order to create a Slovak concept of the history of Hungary. On the contrary: they tried to separate the Slovak history from the Hungarian one.

This raises the question as to whether this was the beginning of today's animosity towards Hungarian history in Slovakia? It is possible that Chaloupecký and his colleagues significantly supported it. The price for the construction of Czechoslovak state unity was abandoning of Hungary and the creation of the idea that Slovakia as a part of Hungarian

---

<sup>10</sup> V. CHALOUPECKÝ: *Sv. Svorád*. In: Průdy, 1922, roč. 6, č. 9–10, 552–553.

<sup>11</sup> CHALOUPECKÝ 1922, 552–553.

<sup>12</sup> V. CHALOUPECKÝ: *Staré Slovensko*, 39–41, 70.

<sup>13</sup> V. CHALOUPECKÝ: *Staré Slovensko*, 40.



history was an unnatural anomaly. It is remarkable, that this concept was opposed by pre-Trianon supporters of the Hungarian national state idea in Slovakia, but also supporters of Slovak autonomy in the interwar Slovak opposition parties.

Suspicious that the supporters of autonomy with their anti-Czechoslovak position served Hungarian interests which were frequent and in some cases justified (at least in the person of Vojtech/Béla Tuka). Therefore, it is quite interesting that even when with the end of the 1<sup>st</sup> Czechoslovak republic, Chaloupecký's concept of Czechoslovak history was refused, the narrative of "Hungarian anomaly" was not abandoned. The Slovak state and its regime historians chose for their national concept the Great Moravia, transformed into a Slovak interpretation and "national liberation" was simply moved from 28<sup>th</sup> October 1918 to 14<sup>th</sup> March 1939. The "Hungarian anomaly" remained.

It is really interesting, that the official historiography did not create a new historical concept, it only used and modified Chaloupecký's one. It remains a hypothetical question as to why, but for example, the author of the first synthesis of Slovak history František Hrušovský<sup>14</sup> was an ideologist, not a researcher (he was also member of parliament during the autocratic regime of 1938 – 1945).

The concept of national liberation from 1918 (and in variation 1938/1939) had interesting consequences in Slovakia. It is, for example, almost impossible to take an official stance to the Czechoslovak and Hungarian past. Both of these state units have no place in the Preamble of the Slovak constitution or Declaration of the Independence. Both texts come from 1992 and the authors obviously fulfilled their need to present their timely activities at the pinnacle of Slovak history. Thus, they referred to the Great Moravia and the heritage of Saint Cyril and Saint Methodius and tried their best to describe, the essence of the Slovak history over a thousand years as a continuous struggle for achieving national independence. The authors of these texts failed to mention that when Ľudovít Štúr's generation of the 19<sup>th</sup> century national movement formulated its political program, its statement was that they would try to wake up the Slovak nation from a "dream lasting centuries".<sup>15</sup> This is obviously in contrary with the "struggle", formulated in the constitution of 1992. Therefore, both texts are not only historically incorrect, but they are not able to link up with political thinking of the 19<sup>th</sup> century national movement.

As we can see, even though it is centuries since the end of the historical Hungary and a quarter century after the end of Czechoslovakia, Slovaks were not able to claim their part of these historical units. In recent times, at least something was changed a little in relation to Czechoslovakia. Historical Hungary, however, became the Cinderella of Slovak history, what pauperized Slovak cultural potential, in respect to state traditions and historical consciousness as such. It is therefore probably high time to abandon the concept of national liberation and move forward.

---

<sup>14</sup> F. HRUŠOVSKÝ: *Slovenské dejiny*. Turčiansky sv. Martin, 1940.

<sup>15</sup> Žjadosťi slovenskjego národa. In M. DOHNÁNY: *História povstaňja slovenskjego z roku 1848 I*. V Skalici, 1850, 57.



# CONFINIA EIN VERSUCH ZUR BERICHTIGUNG DER TRIANONER- GRENZE IN DER SZEGEDINER GRENZZONE

*MARJANUCZ László*  
*Universitätsprofessor*

*Universität Szeged*

Die im Trianoner Vertrag bestimmte Grenzlinie war von Rechts wegen noch nicht definitiv. Die territorialen Änderungen führten – neben den Folgen in der Verwaltung – auch zu konkreten lokalen Modifikationen, z. B. wie die Sache mit den durch die neue Grenze geteilten Gemeinden. Wo die Grenze genau verlaufen wird, hing von der Arbeit der Kommission für Grenzbezeichnung ab.<sup>1</sup> Es könnte geländegestaltungsmäßige, verkehrsmäßige oder wirtschaftliche Umstände gegeben haben, welche die Grenze gegenseitigen Überlegungen entsprechend, und aufgrund der darauffolgenden Einigung geringfügig hätten modifizieren können.<sup>2</sup>

Der sogenannte Millerand<sup>3</sup>-Brief weckte noch Hoffnung, weil er eine geringfügige Revision der Trianoner Grenze in Aussicht stellte. Im Falle der an Ort und Stelle durchgeführten Untersuchung räumte er der Kommission für Delimitation ein, die im Vertrag bestimmte Grenze an gewissen Orten zu versetzen. Es hätte der Fall sein können, in dem die Kommission zu dem Schluss kommt, dass die Bestimmungen des Vertrages irgendwo als ungerecht erscheint. In diesem Fall hat sie die Möglichkeit, dem Rat des Bundes der Nationen einen Bericht darüber zu erstatten.<sup>4</sup> Wegen ihrer außerordentlich schweren Lage hat die Stadt zu Szeged dem amtierenden Ministerpräsidenten, Pál Teleki im Jahr 1920 eine Eingabe zwecks Weiterleitung vorgelegt. Darin ging es um Fragen der „die Stadt interessierenden Grenzberichtigungen“. Es war nicht nur ein Brief, sondern eine ausführliche Eingabe über die völlig neue Nachkriegslage, eine systematische Darstellung der, das Fortbestehen der Stadt unmöglich machenden Faktoren. Unser Aufsatz beschäftigt sich mit der Schilderung und Analyse dieser Eingabe.<sup>5</sup> Die Frage, die von uns beantwortet werden soll, lautet: welche Argumente sind dem Antrag zu entnehmen, die die Berichtigung begründen?

---

<sup>1</sup> Magyar Nemzeti Levéltár Csongrád Megyei Levéltára Szeged (MNL-CSML) Szeged város Polgármesteri Hivatalának iratai 1920–1935. Trianoni határ. IV. B.1407. m. 1.

<sup>2</sup> A déli országhatár kitűzése. Vassel Károly honvéd tábornok, magyar határbiztos bizalmas jellegű beszámolója. 1924. Nagykanizsán. Kézirat, MNL–CSML Szeged város Polgármesteri Hivatalának iratai 1920–1935. Trianoni határ. IV. B.1407. m. 1.

<sup>3</sup> Alexandre Millerand, 1920 franciaországi Miniszterelnök; als Präsident der Friedenskonferenz zu Versailles unterzeichnete er am 6. Mai 1920 den nach ihm benannten Brief (dem Trianoner Vertrag beigeschlossene „Begleitbrief“).

<sup>4</sup> SUBA János: *Magyarország trianoni határának kitűzése*. In: Rubicon, 2014/6, 3.

<sup>5</sup> MNL–CSML Szeged Város polgármesteri iratok. Szeged szabad királyi város föltérjesztése nagyméltóságú gróf Teleki Pál miniszterelnök úrhoz a Szegedet érdeklő határkiigazítási kérdésekben. IV. 1920. dec. 20.

Der Vertrag von Neuilly hat Ungarn Gebiete im Süden von Szeged auf den beiden Seite der Theiß entrissen, die über Jahrhunderte hinweg zur unmittelbaren wirtschaftlichen und kulturellen Region der zweitgrößten Stadt des Landes gehört haben. Wegen der Abgliederung verloren diese abgetrennten Gebiete einerseits ihren naturgemäßen Anziehungspunkt, andererseits geriet auch Szeged in eine kritische Lage. Es handelte sich nämlich um die Existenzmöglichkeiten der Stadt, da die ganze Südprovinz für Szeged als Grundlage der Wirtschaft galt. Auch das Gebiet der Südprovinz wurde durch die Theiß in zwei Teile gespalten, und deshalb sollte die Grenzmodifikation auf den beiden Ufern des Flusses vorgenommen werden. Dem kann noch hinzugefügt werden, dass die Modifizierung nicht nur hinsichtlich der Szegediner und ungarischen Interessen notwendig gewesen wären, sondern auch in Anbetracht der wiederzuvereinigenden Gebiete, und zwar vor allem aus ethnographischen und kulturellen Gründen. Dieses Territorium wurde nach der Befreiung von der Türkenherrschaft neu besiedelt, und die sich dort herausgebildete Gesellschaft hat sich ohne Rücksicht auf Religion oder ethnische Herkunft zu einer westlichen Kulturgemeinschaft entwickelt, die sich in wesentlichen Merkmalen von der benachbarten osmanischen Zivilisation unterschied. Unmittelbar nach der Beendigung des ersten Weltkrieges drohte in Augen der Zeitgenossen bereits die Zerstückelung der tausendjährigen Natur- und Verwaltungseinheit der Gegend. Das Vorgehen der rumänisch-serbischen Besatzungstruppen ließ keinen Zweifel daran aufkommen, wozu die Besatzer tendieren. Der Trianoner Vertrag hat nur das durch die Besatzung herausgebildete territoriale *Fait Accompli* verankert. Dabei dachte man daran, dass die von den Nachbarstaaten beanspruchten Gebiete kaum mit Altrumänien und Altserbien zusammenfügbar wären. In den gefährdeten Gebieten (wie z. B. in Szeged) befürchtete man sogar, von einer Kultur höheren Standes in eine niedrigeren Ranges zu sinken. Das heißt: das zerrissene Gebiet sieht dem Siechen und Untergang entgegen. Innerhalb der Kartensammlung des Szegediner Archivs ist das originale Exemplar des Trianoner Vertrages, mit den Kartenentwürfen, in denen die Delimitation der Südgrenze Ungarns eingezeichnet sind, aufzufinden.<sup>6</sup> In dem Material der Sektion 'E' können wir den Grenzverlauf zwischen dem Komitat Csongrád und (dem jugoslawischen) Bácska gut nachvollziehen.<sup>7</sup>

Die dem Text zu entnehmende allgemeine Beschreibung zeichnet diesen Grenzabschnitt folgendermaßen auf. Die Grenze verläuft durch die sich zwischen Donau-Theiß erstreckende Ebene, durchschneidet das morastige Tal der Kígyós, bevor auf das Gelände der fruchtbaren Acker gelangt, welche dann bis an die Gemarkung der Stadt Szabadka reichen. Von da an erstreckt sie sich auf dem Sand bis zum zügellosen Bach Körös, dem sie in südwestlicher Richtung folgt, bis sie die Gemarkung der Gemeinde Horgos nördlich erreicht. Dann wendet sie sich nach Osten, wo sie durch fruchtbare Gebiete führt und zur Theiß gelangt.

Die Logik der Kartenzeichnung lag darin, dass die Zeichnung der gegebenen Fläche nicht nur die Grenzränder beider Seiten enthält, sondern auch die Verwaltungsumgebung, die sich entsprechend der Grenzverschiebung auch verändert hat. Die ungarische und die neue Seite wurden einander gegenübergestellt, und die Komitate, Kreise und Kommunen

<sup>6</sup> MNL-CSML Szeged város Polgármesteri Hivatalának iratai 1920-1935. Trianoni határ. IV. B.1407. m. 1. Traité de Trianon 4. Juin 1920. Frontiere entre la Hongrie et le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes, De la Section E, De la Section F.

<sup>7</sup> Trianoni térképek. Section E, Általános leírás.

ihren gegenwärtigen Namen nach geschrieben. Die neue Situation schildert das Ortsregister für die Strecke E.<sup>8</sup>

Alte Bezeichnungen	Kreise	Gegenwärtige Bezeichnungen
Zombor		Sombor
Szabadka (Maria Theresiopel)		Subotica
Zenta		Senta
Béreg		Breg
Pusztas Raszina		Pustara Rastina
Gákova		Gakovo
Rigyica		Rigyica
Katymár		Kacmar
Bácsmadaras		Madaras
Alsó Csikéria		Dolnja Cikeria
Felső Kelebia		Gornja Kelebia
Kígyós Folyás		Kígyós

Ähnlich wichtig ist das Material der Sektion F, weil ihr die Delimitationsarbeit über den in Ungarn verbleibenden Komitatsrest Torontál, und dem von den Serben einverleibenden Bácska angehört.<sup>9</sup> Demgemäß verläuft die Grenze folgendermaßen. Auf dieser Strecke verläuft die Grenze im Flussbett der Alttheiß, und setzt sich dann 18 km südlich der Stadt Szeged dem eigentlichen Verlauf der Theiß fort. Danach wendet sie sich nach Osten, und führt auf fruchtbarem und abwechselndem Terrain bis zur rumänischen Grenze.

Die neue Ortsübersicht ist in der Aufstellung der zusammenfassenden Beschreibung zu lesen.

Gemäß des Index für Abschnitt F:

Alte Bezeichnungen	Kreise	Gegenwärtige Bezeichnungen
Zenta		Senta
Török Kanizsa		Nova Kaniza
	Gemeinden	
Gyála		Gjala
Óbéb		Stari Beb
Ókeresztúr		Krstur

---

<sup>8</sup> Trianoni térképek. Section E, Általános leírás.

<sup>9</sup> Trianoni térképek. Section F, Általános leírás. Carte d'ensemble No. 1, chemises No. 1–12.

Im Falle eines Abweichens zwischen dem Text und den Daten der Mappen waren die Daten der Mappen maßgebend.<sup>10</sup>

## **1. Beweisgründe des Szegediner Munizipiums**

Nach dem Überblick der in Trianon bestimmten südlichen Grenzlinien stellen wir diesen jetzt die von der wegen ihrer geographischen Lage stark betroffenen Seite (Stadt Szeged) zur Grenzkorrektur vorgeschlagenen Linien entgegen.

Ausgangspunkt,<sup>11</sup> wie der Neuillyer Vertrag die neue Grenze in dem Donau-Theiß-Zwischenstromland entschieden hat. Sie verläuft von Kunbaja nach Süden, und durchschneidet die Linie Szabadka – Bácsalmás bei Bahnstation Csikéria in östlicher Richtung. Die Linie Szabadka – Halas verläuft 3 km südlich der Station Kelebia. Die nächste Strecke setzt bei Horgos und ihrer Station an, und wendet sich Röske – Szentmihálytelek zu, von da dann verläuft sie sich nach Süden. In südöstlicher Richtung erreicht sie die Alttheiß und folgt der Mittellinie des Altwassers bis zur lebendigen Theiß. Hier fängt der Torontaler Grenzabschnitt an, der von dem Zusammenfluss der Alt- und lebendigen Theiß entlang des Mittelstroms des Flusses etwa bis 5 km flussaufwärts führt, von da verläuft er zwischen Gyála und Ószentiván sowie Óbéba und Kübekháza bis zum Maroser Punkt, der sich 3,5 km flussaufwärts der Brücke der Makó-Szeged Eisenbahnlinie befindet.

Wenn wir einen Blick auf die physische, politische, ethnographische oder Verwaltungskarte werfen, wird es offenbar, dass jene Linien, die, die ungarisch-jugoslawischen Gebiete in Bácska und die jugoslawisch-rumänisch-ungarischen Gebiete im nördlichen Torontál voneinander getrennt haben, sämtlichen Erfordernissen einer natürlichen Grenze entbehren. Gemeindegrenzen, Grundbesitztümer wurden gespalten, wirtschaftliche Beziehungen zerrissen, und hinsichtlich Verwaltung sowie Wasserwirtschaft wurde eine unmögliche Lage hervorgerufen. Infolgedessen wäre es nötig gewesen, seine natürliche Grenze zu bestimmen, die sich aus geographischen Verhältnissen ergibt, und Rücksicht auch auf die ethnographischen, wirtschaftlichen sowie Verwaltungsgesichtspunkte nimmt. Im Komitat Bácsbodrog stellt der Franz-Kanal diese Linie dar, und als dessen Fortsetzung gilt in Torontál der Bega-Kanal. Die sich nördlich dieser Linie erstreckenden Gebiete bilden Ober-Bácska bzw. den Theiß-Maros-Winkel. Hier lebten Ungarn, Deutsche in überwiegender Mehrheit, und andere, mit ihnen mitfühlende Nationalitäten, die sich weder Jugoslawien, noch Rumänien anschließen wollten. Sowohl in Ober-Bácska, als auch in dem Torontáler Flußwinkel waren  $\frac{3}{4}$  der Grundbesitztümer in ungarischer und deutscher Hand, die Latifundien völlig. In den Torontáler Teilen, in den Gemeinden Károlyliget (Charleville), Seultour und Szent Hubert lebten die Nachfahren der aus Elsass-Lothringen eingewanderten und hier angesiedelten Franzosen, mehrere Tausend Einwohner, die schon dem Gedanken abgeneigt waren, ihre unter der Obhut des ungarischen Staates genossene Kultur höheren Ranges mit den minderwertigen balkanischen Verhältnissen zu vertauschen.

---

<sup>10</sup> Trianoni térképek. Section F, Általános leírás.

<sup>11</sup> Szeged Titkos Levéltára. Trianoni Békeszerződés II. rész. Magyarország határai 27. cikk. Térképmelléletek a „Traité de Trianon 4. Juin 1920. Frontière entre la Hongrie et le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes” gyűjtemény E és F állagában.

„Wenn dieses Gebiet wieder an Ungarn zurückgegliedert wird – argumentierte die Stadt – wird auch die Frage des Hochwasserschutzes und der Oberflächenwasserregulierung einheitlich in dieser, eminent durch Landwirtschaft geprägten Gegend einheitlich gehandhabt.“ Diese Ansicht fürchtete die nahe Zukunft, in der die am meisten elementarste Schutztätigkeit von Abkommen zwischen zwei oder drei Ländern abhängig gemacht wird. Als dies auf dem einheitlich verwalteten Überschwemmungsgebiet noch auf gleiche Weise reguliert war, ging das noch mit wirksameren Methoden und einer Kostenersparnis einher. In der nachtürkischen Zeit hat die große zivilisatorische Landschaftsumformung der Fläche gerade auf dem Gebiet der Wasserregulierung und des Hochwasserschutzes stattgefunden. Die Entwässerung des sumpfigen Bodens in Temesch und Torontál gehörte damals den größten zivilisatorischen Eingriffen Europas. 1920 dachte man, dass in dem vorgeschlagenen Fall auch die Sicherheit von Szeged gelöst werden könnte. Im Leben der Stadt hat die Flut von 1879 eine entscheidende Rolle gespielt. Eine neue Zeitrechnung hat begonnen, als die Unterstützung ganz Europas Szeged aus dem Wellengrab gehoben hat.

Die zu modifizierende Grenze hätte auch – die Erfahrungen vor Augen haltend – die Verpflegung, Industrie und den Handel Szegeds garantieren können, da die Zwistigkeiten und Unannehmlichkeiten der drei, aneinandergrenzenden Staaten, hätten eliminiert werden können. Deshalb konnte man der durchgeführten Absicht, das heißt den validierten Grenzen entnehmen, dass die Nachbarn eben die Lebensunfähigkeit Ungarns gewollt haben. Sollte aber diese Lösung – denken die Antragsteller weiter – oder die andere, das nämlich der oberen Teile in Bácska und Banat eine Autonomie unter dem Namen „Republik Bánát“ erhielten, worum die Siedler aus Elsass-Lothringen übrigens flehend bitten, nicht durchsetzbar sein, wird als endgültige Entscheidung die folgende Grenzlinie vorgeschlagen.

Diese Ausführung entsprach den oben besprochenen Ansprüchen. In Komitat Bácsbodrog folgt die modifizierende Grenzlinie demnach der Stadtgrenze von Szabadka von ihrem westlichsten Punkt in östlicher Richtung bis zu dem Punkt, wo sie sich nach Süden schlängelt. Von da verläuft sie neben der Szabadka-Verbász Eisenbahnlinie in Höhe der Vojnics-Logis bis zu Csikér-Bach vorwärts, von hier verläuft sie dann in der Ebene des Bachverlaufs weiter nach Süden. Sie durchschneidet die Gemarkung von Zenta, um ab hier bis zum Ende der Gemarkung folgend zwischen Zenta und Arad die Theiß zu erreichen. Im Komitat Torontál verläuft die Linie ab der Einmündung des Aranka-Baches in die Theiß an der Seeebene bis Óbesenyő, von dort erreicht sie dann den Maros östlich von Szerbesanád. Dieses Vorhaben aus dem Jahre 1920 hatte das Ziel die Ausführbarkeit einer natürlichen Grenze mit stichhaltigen Argumenten zu belegen.<sup>12</sup>

Als weiteres Argument wurde der militärisch-polizeiliche Gesichtspunkt vorgebracht. Im Falle der natürlichen Grenze gäbe es kaum Schutzbedürftige Völker. Es ist soweit klar, dass diese Form der Grenze allen drei betroffenen Ländern die gleichen Vorteile bietet, und auch die Zwistigkeiten sowie die erheblichen Kosten des Grenzschutzes ausschaltet. Unter dem Theiß-Maros-Zusammenfluss liegt Szeged, die zweitgrößte Stadt Ungarns. Zur Zeit des Einreichens des Antrags betrug sich die Zahl der Einwohner 150 000. Im Vergleich zu der Zahl von 1910 (125 000) war das ein Anstieg von 25.000. Die Zunahme ergab sich aus der Anzahl der aus den besetzten Gebieten nach Szeged geflohenen Ungarn. Eine solche, im Hinblick auf die Einwohner gewachsene Stadt brauchte natürlich auch einen größeren Versorgungsbezirk, um sich versorgen zu können. Dieser Versorgungsbezirk der Stadt

---

<sup>12</sup> Siehe dazu ausführlicher ROMSICS Ignác: *A magyar határok kérdése a békekonzferencián*. In: Rubicon, 2014/6.

erstreckte sich in der Vorkriegszeit auf den ganzen nördlichen Teil der Komitate Bács-Bodrog und Torontál. Darüber hinaus ist noch eine ausgedehntere Handelszone in Bácska bis Szabadka und Ada-Mohol zu unterscheiden. In Torontál hätte diese Zone an der, sich in drei Richtungen verzweigende Eisenbahnlinie bei Szőreg bis etwa Padé, Nagykikinda und Perjámos gewesen sein können. Da sich der Wirkungsradius des Handelsverkehrs innerhalb des Szegeder-Kreises bis hierher erstreckt hat.

Fast ihren ganzen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Tieren, tierischen Produkten, sowie an alltäglichen Marktartikeln deckte die Stadt hier ab. Gleichzeitig bekleidete die Stadt – nicht in geringem Maß vermöge ihrer glücklichen Lage – die Stelle einer Transitstation für Waren, die aus der Südprovinz nach Norden strebten und nach Absatzmärkten suchten. Der Wasserweg der Theiß und die sich in alle Richtungen verzweigenden Eisenbahnlinien machten Szeged zu einem bedeutsamen Handelszentrum, über das die überschüssigen Erzeugnisse der Südprovinz jenseits der Theiß und ins Oberland, aber insbesondere nach Budapest gelangten. Aus den Dörfern nördlich von Szeged haben nur die unmittelbaren Nachbarn einen kleinen Teil ihres Lebensmittelüberschusses in die Stadt gebracht, weil der Überschuss an Erzeugnissen und Tieren größtenteils nach Budapest, als größten Absatzmarkt transportiert wurde.

Man kann sich vorstellen, wie es zur Zeit der Besatzung, und in der Periode der Grenzbestimmung gewesen sein konnte. Seit dem Einmarsch der Serben und Rumänen in Torontál und Bácska geriet die Verpflegung von Szeged in die kritischste Lage, da wegen der Eroberer nichts aus dem Süden zu beschaffen war. Dieser Gesichtspunkt bewegte den Obersten Militärrat dazu, die Wiedervereinigung der 9 Gemeinden dieser Region mit Ungarn doch anzuordnen. Das konnte aber höchstens ein Schönheitspfälsterchen sein, weil die Verpflegungskapazität dieser 9, einst Kleinhäusler-Siedlungen zur Deckung des Verbrauches Szeged nicht ausreichte. Das Schicksal des Kleinhäuslerdorfes Kübekháza ist von symbolischem Wert. Trianon hat das Dorf erst Jugoslawien angeschlossen, dann im Jahre 1921 wieder an Ungarn zurückgegliedert. Die Serben haben nicht viel für die Lebensfähigkeit der Siedlung gegeben, deshalb verzichteten sie darauf. In dem Szegediner Einzugsgebiet wurde seine Wirtschaft nach dem Wandel auf den Pflanzen- und Viehzucht umgestellt und damit setzte seine Entwicklung ein.<sup>13</sup>

Aber, in dem Moment des Auftauchens der erwähnten negativen Folge war man in dem Stadtmunizipium der Ansicht, das Problem nur durch Ausdehnung der Grenze in Richtung Bácság und Bácska lösen können. Wenn nicht, dann wird Szeged einer stetigen Krise ausgesetzt sein. Die Stadt konnte nämlich keinen Ersatz der ausbleibenden Lebensmittellieferungen dieser Gebiete aus anderer Richtung finden. Diese Behauptung kann auch mit agrarwissenschaftlichen Gründen belegt werden. Stellen wir uns eine über Baja, Szabadka und Szeged verlaufende Linie vor, deren Fortsetzung bis zum Maros vorrückt. Nördlich dieser Linie liegen überwiegend sandige, südlich davon zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung geeignete lehmige Ackerböden. Die Versorgung Szegeds mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen beruhte immer auf dem mittleren und südlichen Teil von Bácska, sowie dem Komitat Torontál. Der nördliche Teil dieses auf dem Donau-Theiß-Zwischenstromland fallenden Bezirks wurde erst in den letzten Jahrzehnten einer wirtschaftlichen Kultivation unterzogen, im Laufe dieser die Fläche mit Weinreben und Wald bepflanzt

<sup>13</sup> GYÉMÁNT Richárd: *A történelmi Torontál vármegye népesedéstörténete*. In: Acta Jur. et Pol. Szeged, Publicationes Doctorandorum Juridicorum (4), 2004 (GYÉMÁNT 2004), 243, 252.

wurde. Das Ziel war, den Sand zu binden, deshalb spielte es auch bei der Verpflegung der Stadt kaum eine Rolle.

Aufgrund der oben dargestellten Verhältnisse erschien die Wiedervereinigung der nördlichen Teile von Bácska und Torontál mit Ungarn in den Augen der Zeitgenossen nur als Notbehelf, das ist so eindeutig und einzusehen, dass die Verhältnisse das Entreißen auch ohne gesonderte Diskussion als sinnlos zeigen.<sup>14</sup> Dazu kommen noch die Interessen. Die Antragschrift unterstreicht, dass die Rückgliederung nicht nur im Szegediner und ungarischen Interesse liegt, sondern auch im Interesse der ländlichen Bevölkerung, denn die Landwirtschaft und Viehzucht dieser Gegend blühte dadurch auf, dass es hier, in ihrer unmittelbaren Nähe einen großen aufsaugenden Markt gab, wo man seine Produkte leicht absetzen konnte. Unter diesen Einflüssen hat sich in südlicher Richtung um Szeged, in einer Ausdehnung von 40–60 km eine sehr intensive Kultur entwickelt, die sich auf das Niveau der westlichen Gartenkultur empor gekämpft hat. Der Fortbestand dieser Kultur in der Gegend könnte nur durch den Szegediner Markt garantiert werden. Sobald dieser für die Tiefebene verloren geht, setzt unausweichlich der Verfall, der Rückgang ein, wie sich seit der Besatzung bereits in immer größerem Maße gezeigt hat.

Was die Getreideerzeugung anbelangte, war das schon 1920 vorauszusehen, dass die weggerissenen Gebiete der großen Mühlen zu Szeged entbehren werden. Das Gleiche gilt für die Industriepflanzen (Hanf und Flachs). Der größte und schnellste Rückgang lässt sich in der Mohrenhirseproduktion beobachten, da sie die größten abnehmenden Niederlassungen und Fabriken verloren. Diese Betriebe waren diejenigen Hersteller, die die Produzenten gelenkt haben. Ebenso wird es mit der Einverleibung der Gebiete durch die Nachbarn auch bei der Viehzucht zu Rückfällen kommen, weil die Bevölkerung die zur erfolgreichen und entwicklungsfähigen Tierhaltung nötige einheitliche Lenkung verliert. Sie lag in der Monarchie in der Hand des Staates, was die Viehzucht nach einheitlichen Prinzipien ermöglicht hat. Verloren gingen auch der führende Sachverstand und das auf die Blutauffrischung wartende Material.

Die Antragschrift enthält noch andere, vornehmlich wirtschaftliche und kulturelle Argumente zur Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit der Grenzberichtigung, wir sind doch nur auf die wichtigsten Faktoren eingegangen, die mit übertragener Wirkung auf das ganze Friedenswerk deutlich belegen, mit welchem Maß an mangelnder Vorbereitung, doch mit beispielloser Gewissenlosigkeit die Sieger eine Nation aufs Kreuz zu legen beabsichtigten.

## **2. Tätigkeit der Grenzkommission**

Als 1922 eine Entente-Kommission zur Ausführung der Delimitation am Bácskaer und Torontáler Abschnitt in Szeged eingetroffen war, wurde das von der Bevölkerung mit stiller Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen. Nicht so vom Munizipium!

Szeged hat am 12. November 1922 – nicht zuletzt unter Berufung auf die Überlegungen von 1920 – einen Aufruf in Sachen „nachahmenswertes Verfahren gegenüber der durch die feindseligen Mächte entsandten Forschungskommission“ an sämtliche städtische und Komitatsmunizipien gerichtet. Darin hat man darum gebeten, in der Sache Stellung zu nehmen und demgemäß zu verfahren. Obwohl der Friedensvertrag vorschreibt – so der

---

<sup>14</sup> BLÁZOVICH László (szerk.): *Magyar Várostartörténeti Atlasz* 3. Szeged, 2014. Szeged határa 1890-ben.



Aufruf –, Ungarn habe die Arbeit der Entente zu unterstützen, wollte man der Regel kaum nachkommen. Das Szegediner Munizipium stellte fest: „Die Entente hält sich nicht als Gutfreund in diesem gequälten Land auf, sie zieht von Stadt zu Stadt, aber nicht als Mitleid für uns empfindende Seite, die bereit ist uns Beistand beim Wiederaufrichten zu leisten, sondern als Beauftragten der Sieger mit dem Mandat, die uns noch verbliebenen geringen Werte zu nehmen und zu vernichten, die wir auch während der großen Prüfung der patriotischen Empfindung gerettet haben.“

Die Entente hatte vor, auch in Szeged eine derartige Arbeit zu verrichten. Wie soll sich aber die Bevölkerung Szeged zu diesem Werk verhalten? Laut Aufruf: „Wir wären keine Ungarn, wahren Patrioten, wenn wir die Forschungskommission nicht ihrer Arbeit entsprechend empfangen würden.“ Die Beherbergung ist die Pflicht der Stadt, aber es gibt kein positives internationales Gesetz, das die Stadt zur Verpflegung verpflichten würde. Der Abgeordnete Imre Tóth, der den Aufruf vorgelegt hat, schlug vor: das Munizipium möge aussprechen, dass es sich der Zusammenarbeit mit der Entente verschließe. Das Selbe soll auch dem Publikum zu Szeged empfohlen werden. Die Verpflegung der Kommission mit Nahrungsmittel, oder auch die Zusammenarbeit mit ihr gilt als unpatriotische Tat, die den vergeltenden Auftritt der Gesellschaft billigermaßen hervorrufen würde. Das Munizipium von Szeged war also der Ansicht, der Entente das vertragsmäßige Minimum zu gewähren, vor der darüber hinausgehenden Gastfreundschaft warnt es den Senat und die Gesellschaft aber. Das ist einfach nicht vorzuschreiben, wie auch die Freude über die Tätigkeit der Grenzbestimmung, und das Verwöhnen der ‘Grenzforscher’ keine vertragsmäßigen Pflichten sind.<sup>15</sup>

Auf das Verhalten des besetzenden Militärs der Nachfolgestaate während der Festsetzung der ungarischen Südgrenze, wirft der vertrauliche Bericht des ungarischen Grenzkommissärs ein Licht.<sup>16</sup> Nach der Unterzeichnung des Trianoner Vertrags begann die Arbeit der Internationalen Kommission für Delimitation. Die uns interessierende Festlegung der Südgrenze wurde im Mai 1922 abgeschlossen. Das war eigentlich die Ausführung der politischen Grenzordnung, der die geologische Vermessung, und die Kartierung des Schauplatzes bis Mitte Juli 1924 folgte.<sup>17</sup> Der Vertrauliche Bericht, der der Forschung zur Verfügung steht, enthält einzelne Fälle von ungarischen Versuchen den Übeln des Vertrages abzuweichen.<sup>18</sup> Diese sind winzige Details dessen, wie die Serben und Rumänen die von der Entente im Trianoner Vertrag gegenüber Ungarn eingegangenen Verpflichtungen überlistet haben. Wir werden nur auf die Vorfälle eingehen, die die Torontáler Region und das Wendgebiet betreffen.

Der eine Fall war die Platzierung des ungarisch-rumänisch-serbischen Dreiergrenzpunktes.<sup>19</sup> Laut dem Trianoner Vertrag liegt dieser Dreifachpunkt an der Grenze von Kiszombor und Porgány. Dessen Verschiebung an eine andere Stelle berührt nach Auffassung der Entente die Fundamente des Friedensvertrags. Vergebens hat der Rat der Boschafter Protest eingelegt, die Rumänen und Serben haben ihre gemeinsame Grenze dennoch verändert.

<sup>15</sup> MNL-CSML CSAT Alispáni Hivatal iratai 618/1923.

<sup>16</sup> A déli országhatár kitűzése. Vassel Károly honvéd tábornok, magyar határbiztos bizalmas jellegű beszámolója. 1924. Nagykanizsán, 27

<sup>17</sup> VASSEL Károly, *Határelaborátum* (VASSEL Károly), 16.

<sup>18</sup> VASSEL Károly, 4.

<sup>19</sup> VASSEL Károly, 5.

Demzufolge haben sie auch den Dreierpunkt verrückt. Sie haben den Rat der Botschafter sogar veranlasst das Mitwirken Ungarns bei der gegen den Vertrag verstoßenden Änderung zu bewirken. Das war eine willkürliche Grenzänderung der Nachfolgestaaten, worüber sich die Alliierten einfach hinweggesetzt haben. Die Rumänen haben der Internationalen Kommission für Grenzbestimmung einfach untersagt, die den Dreiergrenzpunkt andeutende Säule an der vertragsmäßigen Stelle errichte. Porgány, dessen Bevölkerung sehr zuversichtlich war, musste letzten Endes eine große Enttäuschung hinnehmen, weil das Dorf nicht mit Ungarn wiedervereinigt wurde. Die Ereignisse von Porgány waren umso bedauerlicher, weil die Gemeinde nicht weit von Szeged (dem Bezirkszentrum) liegt, und zur Zeit der Grenzziehung ausschließlich von Ungarn bewohnt wurde. Die Internationale Kommission für Grenzfestsetzung hatte mit Rücksicht auf diese ethnische Beschaffenheit beabsichtigt, das Dorf bei Ungarn zu belassen. Um das zu verhindern, hat die rumänische Außenpolitik eingegriffen und erreicht, Porgány, als strategisches Grenzgut für sich zu erlangen. Die Alliierten haben nachgegeben.<sup>20</sup> Der Vorfall war gleichzeitig charakteristisch für das geschickte Benehmen der Rumänen und die Voreingenommenheit der Entente gegenüber seinem Kriegspartner.

Die ausschließlich von Ungarn bewohnten Gemeinden Rábé und Magyarmajdány hatten auch die Chance in Ungarn zu verbleiben, aber die Serben haben sie ins Garn gelockt. Beide Siedlungen waren der Zipfel des Banats, und befinden sich heute auf der serbischen Seite der Dreiergrenze. Wie sind die ins Garn gegangen? So, dass ihre ungarischen Einwohner das Dorf in fremde Hand gelangen ließen. Diese zwei Dörfer standen in der besagten Zeit nämlich unter serbischer Besatzung, und die Serben haben ihre lokale Macht geschickt ausgenutzt. Die Besitzer haben jedem 8 Joch Ackererde zugesagt, der vor der Internationalen Kommission behauptet, dass er früher nicht nach Szeged, sondern nach Nagyikinda graviert ist.<sup>21</sup> Damit hätte das wirtschaftliche und kulturelle Gewicht und der Bezirksstatus Szegeds angezweifelt werden können. Die betroffene Bevölkerung dürfte gedacht haben: wir stehen vor dem gelobten Land, und hat sich gegen Szeged ausgesprochen. Wie es dann immer die Praxis zu sein pflegte, das sich gut anlassende Versprechen blieb nur ein Versprechen.

In Torontál ist 1922 nur eine Siedlung, Térvár, zurückgelangt, hier ist die Trianoner Grenze also verändert worden. Von den Vorschlägen des Munizipiums zu Szeged ist eigentlich nichts erfüllt worden. Die Rückkehr Térvár kann vor allem als Reugeld betrachtet werden, was mehr als nichts ist, deren Botschaft aber ist: die alten-neuen Nachbarn zeigten gar keine Neigung auch nur einer Ungerechtigkeit abzuweichen, was die Alliierten im Rahmen gegenseitiges Aushandelns übrigens ermöglicht haben. Serbien und Rumänien waren entschlossen den militärischen Sieg bis zu äußersten Maß auszunutzen.

Der andere Fall ist im Wendgebiet passiert.<sup>22</sup> Dieses, sich in Transdanubien befindende Gebiet liegt im südwestlichen Teil der Komitate Vas und Zala. Der Rat der Botschafter hat dieses Gebiet an Ungarn zurückgeurteilt. Die Serben haben aber die friedliche Übergabe der Wendegend unter Bezugnahme auf jugoslawische Interessen einfach verweigert. Obwohl Pasic, serbischer Ministerpräsident den Millerand-Brief 1920 noch für bestandskräftig anerkannte, stellte er dies zwei Jahre später aber in Abrede. Beide Vorfälle weisen darauf

---

<sup>20</sup> GYÉMÁNT 2004, 259. Torontál megye térképe.

<sup>21</sup> Uo. 261, 21. lj.

<sup>22</sup> VASSEL Károly, 6.

hin, dass die Alliierten die Vertragsbrüche duldeten. Die Serben und Rumänen durften alles tun, was sie wollten.

Der letzte Akt, die Grenztrennung in drei Richtungen war für Ungarn gleichzeitig erniedrigend und tragikomisch. Mangels entsprechenden technischen Fachpersonals auf Seiten der Serben und Rumänen war die internationale Kommission auf die Hilfe der ungarischen Vermesser-Kenntnisse angewiesen. Der Raub der ungarischen Gebiete verwirklichte sich zwar mit Teilnahme serbischer Ingenieuren, doch unter ungarischer technischer Führung, da ein einheitliches und verwendbares grundbeschreibendes Reglement nur in Ungarn zur Verfügung stand, was der hochentwickelten Vermessungswissenschaft zu verdanken war.

Es gehört zur Nachgeschichte der Eingabe und der Delimitation des Szegediner Grenzgebietes, dass die Übergabe (von der Kommission) und Übernahme (von den Seiten Ungarn und Serbien) der durch das Munizipium betroffene neuen Landesgrenzlinie am 16. Juni 1924 (4 Jahre nach der Entscheidung darüber) stattgefunden hat. Die darüber angefertigten Protokolle und Kartenzeichnungen wurden auf Anordnung des Bürgermeisters zu Szeged zum Zweck der Aufbewahrung in dem Geheimen Stadtarchiv untergebracht. Die Unterbringung selbst begann erst am 21. Februar 1925, da die, die Ergebnisse darstellenden Zeichnungen und Urkunden der Arbeit der Ungarisch – Jugoslawischen Kommission für Grenzfestsetzung erst am 8. Oktober 1924 zugesendet worden sind. Die Sache wurde dem Senat der Stadt, Oberarchivar Sz. Szigethy Vilmos, sowie durch ihn denjenigen Amtsträgern mitgeteilt, die mit der Aufbewahrung je eines Schlüssels des Geheimarchivschranks beauftragt worden sind.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> Magyar Nemzeti Levéltár Csongrád Megyei Levéltára Szeged (MNL-CSML) Szeged város Polgármesteri Hivatalának iratai 1920–1935. Trianoni határ. IV. B.1407. m. 1. 8899/1924 eln. sz.

# RELATION BETWEEN THE LIBER EXTRA AND THE CODEX IURIS CANONICI (1917) IN THE LIGHT OF CANONICAL SOURCE AND SCIENCE HISTORY\*

SZUROMI Szabolcs Anzelm, O.Praem.

professor

*Pázmány Péter Catholic University, Budapest*

## 1. Introduction

Canon law, as a system of the Church's disciplinary rules that directs Christ's faithful (*christifideles*) "to divine worship, peace, and preserving Christian justice, at last to reach the eternal happiness" (i.e. Francis Xavier Schmalzgrueber S. J.<sup>1</sup>), may for this reason actually be considered as "sacred law" (*ius sacrum*), since its norms promote, directly or indirectly, the sanctification of the individual persons. If we contrast this with the norms regulating the common life of the human society (*ius civile*), then we may call it in a broad sense divine law (*ius divinum*), or law bound to the divine law, because a canonical law has a special bond to the divine law (i.e. Ioannes Paolus Lancelotti<sup>2</sup>). On the one hand, numerous positive ecclesiastical laws merely formulate the divine law, the force of which no hierarchical level is able to dispense with. Alternatively, even in relation to merely ecclesiastical laws, it must be noted that these have a singular bond with divine law as the means of the observance and application of its contents.<sup>3</sup> These meanings were crystallized during the Church's life, first in the customary law of administering the sacraments and proclaiming the Gospel, and then in written form. The entire canonical system is one,

---

\* This article was written at the *Universidad de Las Palmas de Gran Canaria*, in the *Cambridge University Library* (UK) and in the *International Canon Law History Research Center* (Budapest), with generous support of the *Instituto de Derecho Europeo Clásico* (IDEC).

<sup>1</sup> G. MICHIELS: *Normae generales iuris canonici*. I. Lublin 1929. 11.

<sup>2</sup> *Leges omnes, ac iura omnia in dirigendis humanis actionibus ad bene, beateque vivendum, non aliter se habent, quam habenae, frena, et calcaria ad incitandos, et moderandos gressus, et cursus equorum: unde cum lex iubet alieno abstinere, ab iniuria temperare, neminem denique hominem laedere, contrafacientibusque poenas addit, nobis ac cupiditatibus nostris quasi frena quaedam iniicir, et habens praemit, flagellisque coercet. Cum vero honesta iubet, atque ad ea praemiis nos allicit, naturae humanae ad bonitatem stimulos addit, et calcaria subditur demum cum quaedam benigne indulgere, permittit, vel tolerat, habenas laxat. Sed tamen tam cohibendo, quam incitando, quam etiam indulgendo ad unicum tantum, ac certum finem genus humanum dirigit, nempe ad bene, beateque vivendum (...).* J. P. LANCELOTTI: *Institutiones Iuris Canonici, quibus ius pontificium singulari methodo*. Coloniae 1609. 1050.

<sup>3</sup> Cf. ERDŐ P.: *Metodo e storia del diritto nel quadro delle scienze sacre*. In: E. De León – N. Álvarez de las Asturias (a cura di): *La cultura giuridico-canonica Medioevale* premesse per un dialogo ecumenico (Pontificia Università della Santa Croce, Monografie giuridiche 22), Milano 2003. 3–22, especially 15–16. J. C. M. ERRÁZURIZ: *Lo studio della storia nella metodologia canonistica: la rilevanza della nozione di diritto*. In: E. DE LEÓN – N. ÁLVAREZ DE LAS ASTURIAS: (a cura di), *La cultura giuridico-canonica Medioevale*. 109–121, especially 114.

united logical structure – if you like: a pyramid –, gradually built on the doctrine of the Church, in order to protect that, in close connection to natural law (*ius naturale*) which statement is enlightened well by Zenon Grocholewski.<sup>4</sup> Over the centuries several methods have arisen in order to interpret, to instruct and to apply those canonical norms which were gradually composed. It was already true before the appearance of the university teaching system, for example at the cathedral schools of Europe. In the golden age of universities, from the mid-12<sup>th</sup> century it was based on the *Decretum Gratiani* (1140).<sup>5</sup> While the use of the knowledge of canon law science was diffused widely in daily ecclesiastical practice, canon law instruction was strengthened at the level of cathedral and university teaching.<sup>6</sup> At the same time the use of some canonical handbooks also became essential for day-to-day parish work.<sup>7</sup> This is the turning point in the canon law science when the synthesis of the formal sources and collections stimulated a clear methodical system which became the basis not only for teaching, but it caused a new – well organized – technique for composing the new canon law – decretal – collections i.e. *Liber Extra* (1234). This new decretal collection has theoretically changed the traditional structure of the instruction and administration of canon law, because of its promulgation by Pope Gregory IX (1227–1241). From this particular time only the various glossal interpretations could take place around the text, but the contextual enlargement could not be a possibility any more. Nevertheless, the composition and promulgation of *Liber Extra* cannot be interpreted as ‘codification’.<sup>8</sup>

## **2. The *Liber Extra* and its structure**

Before St. Raymund of Peñafort composed his decretal collection, ordered by Pope Gregory IX, for 1234 – known *Liber Extra* or *Decretales Gregorii IX* – already compiled his (incomplete) canonical work as professor of Bologna, under the title: *Summa Iuris Canonici*. Within this earlier work he had already crystallized his own system and structural characteristics. The known form of this *Summa* can be dated from 1221.<sup>9</sup> Raymund – as a trained professor who explained canon law, commenting on the *Decretum Gratiani* and also the *Compilationes antiquae* at the University of Bologna – used a comprehensive and well-

---

<sup>4</sup> Z. GROCHOLEWSKI: *La legge naturale nella dottrina della Chiesa*. Roma 2008. 41–49.

<sup>5</sup> With detailed bibliography, cf. J. M. VIEJO-XIMÉNEZ: *Decreto de Graciano*. In J. Otaduy – A. Viana – J. Sedano (dir.): *Diccionario General de Derecho Canónico*, II. Pamplona 2012. 954–972.

<sup>6</sup> C. H. HASKINS: *The Renaissance of the Twelfth Century*. Cambridge Mass.-London 1993. 212–222.

<sup>7</sup> SZUROMI SZ. A.: *Medieval Canon Law, Sources and Theory* (Bibliotheca Instituti Postgradualis Iuris Canonici Universitatis Catholicae de Petro Pázmány nominatae III/12). Budapest 2009. 100.

<sup>8</sup> A. M. STICKLER: *Historia iuris canonici latini* (Institutiones academicae. Historia fontium I). Roma 1950. 367; cf. M. BERTRAM: *Die Dekretalen Gregors IX. Kompilation oder Kodifikation?* In: Longo, C. (a cura di), *Magister Raimundus: atti del convegno per il IV centenario della canonizzazione di San Raimondo de Penyafort*: 1601-2001. Roma 2003. 61–86.

<sup>9</sup> First modern edition: J. RIUS SERRA (ed.): *Sancti Raymundi de Penyafort Opera omnia, I: San Raymundo de Penyafort, Summa iuris*. Barcelona 1945; cf. S. KUTTNER: *The Barcelona edition of St. Raymond's first treatise of canon law*. In *Seminar* 1 (1950) 52–67, especially 54, 56–67. A new modern edition by X. OCHOA – A. Díez (ed.): *Summa de iure canonico* (Universa Bibliotheca Iuris I-A). Roma 1975; cf. S. KUTTNER: *On the method of editing medieval authors*. In: *The Jurist* 37 (1977) 385–386. A. GARCÍA Y GARCÍA: *La canonística ibérica (1150-1250) en la investigación reciente*. In: *Bulletin of Medieval Canon Law* 11 (1981) 44.

structured system to summarize the canonical material, distributed into the following seven parts: I) *Varie species et differentie iuris*; II) *De ministris canonum, differentiis et officiis eorum*; III) *De ordine iudiciario*; IV) *De contractibus et rebus tam ecclesiarum quam clericorum*; V) *De criminibus et penis*; VI) *De sacramentis*; VII) *De processione spiritus sancti*. Even in the light of these themes it is quite clear that the contemporary university instruction placed specific stress on explaining the judgment of charges against clerics, as well as the minute presentation of sacramental discipline, or on exposition of the basic norms of the ecclesiastical trial (i.e. the material object, the active subject, the form, the passive subject, and the formal object). Regarding this *Summa* and also on the composition of *Liber Extra*, José Miguel Viejo Ximénez recently published a precise analysis in 2017.<sup>10</sup>

If we turn our attention to the structure and contents of the *Liber Extra*<sup>11</sup>, we can find St. Raymund's clear categories and concept within the new decretal collection as in the above mentioned *Summa*. We do not know too much about the process of its composition, but it was promulgated by Gregory IX's Bull *Rex Pacificus* on September 5<sup>th</sup> 1234.<sup>12</sup> The collection is distributed into five books, containing titles (*titulus*) and chapters (*capitulum*). Book I (*Liber Primus*) incorporates forty-three titles (from *De summa trinitate et fide catholica* to *De arbitris*)<sup>13</sup>; Book II (*Liber Secundus*) thirty titles (from *De iudiciis* to *De confirmatione utili vel inutiles*)<sup>14</sup>; Book III (*Liber Tertius*) fifty titles (from *De vita et honestate clericorum* to *Ne clerici vel monachi saecularibus negotiis se immisceant*)<sup>15</sup>; Book IV (*Liber Quartus*) twenty-one titles (from *De sponsalibus et matrimoniis* to *De secundis nuptiis*)<sup>16</sup>; and Book V (*Liber Quintus*) forty-one titles (from *De accusationibus, inquisitionibus et denunciationibus* to *De regulis iuris*)<sup>17</sup>. The entire material covers 1965 chapters.<sup>18</sup> This structure had a substantial impact upon the further decretal collections (i.e. a *Liber Sextus* – promulgated by Pope Boniface VIII [1294–1303] in 1298<sup>19</sup> –, *Clementinae* – promulgated by Pope John XXII [1316–1334] in 1317<sup>20</sup> –, *Extravagantes Ioannis XXII* [1325/1500]<sup>21</sup>, and the *Extravagantes Communes* [1500/1503]<sup>22</sup>) which together with the *Decretum Gratiani*

<sup>10</sup> J. M. VIEJO-XIMÉNEZ: *Raymund of Penyafort Decretalist*. In: *Folia Theologica et Canonica* VI (28/20) [2017] 119–147, especially 121–123, 126–129.

<sup>11</sup> Cf. M. BERTRAM: *Decretales de Gregorio IX*. In: J. Otaduy – A. Viana – J. Sedano (dir.): *Diccionario General de Derecho Canónico*, II. 916–923.

<sup>12</sup> GREGORIUS IX, Bulla, *Rex Pacificus*: L. AUVRAY (ed.): *Les registres de Grégoire IX*. Paris 1896. I, num 208; cf. FRIEDBERG, Ae. (ed.): *Corpus iuris canonici*, II. Lipsiae 1888 (repr. Graz 1955) [hereafter: FRIEDBERG II] 1–4.

<sup>13</sup> FRIEDBERG II. 5–238.

<sup>14</sup> FRIEDBERG II. 239–418.

<sup>15</sup> FRIEDBERG II. 419–660.

<sup>16</sup> FRIEDBERG II. 661–732.

<sup>17</sup> FRIEDBERG II. 733–928.

<sup>18</sup> Book I: capp. 439; Book II: capp. 418; Book III: capp. 499; Book IV: capp. 165; Book V: capp. 444.

<sup>19</sup> FRIEDBERG II. 937–1124.

<sup>20</sup> FRIEDBERG II. 1133–1200.

<sup>21</sup> FRIEDBERG II. 1205–1236.

<sup>22</sup> FRIEDBERG II. 1239–1312.

and the *Liber Extra* constitute a canon law ‘corpus’, published in printed form at the first time in Rome in 1582. It has been called *Corpus iuris canonici* since 1671.<sup>23</sup>

After the Council of Trient (1545–1563) the above mentioned material was supplemented with the decisions of the general council. This ‘corpus’ together with further papal and curial legislation, caused serious and difficult situation for those canonists who liked to apply the Church’s norms to specific canonical cases.<sup>24</sup> There were already several ways for interpretation – beside the ‘Glossa Ordinaria’, attached to every single decretal collection of the *Corpus* – which was developed in several different scientific centers (i.e. universities) of canon law between 1545 and 1773.<sup>25</sup> This period has crystallized the most significant principles and methods of canon law science.<sup>26</sup> Among the initiatives we can find the institutional method (*institutiones iuris canonici*)<sup>27</sup> and its most important theoretician: Ioannes Paulus Lancelotti (†1590).<sup>28</sup> He systematically treated the material of the *Corpus Iuris Canonici*, and arranged it into four books within his own work<sup>29</sup>: persons (*De personis*), things (*De rebus*), processes (*De iudiciis*), and penal cases (*De delictis*).<sup>30</sup> The authority of the canonical sources and their critical systematization, applying the institutional method in theory, then implement it – through different forms – into the praxis, gradually reached that appropriate contents, structure, method, and interpretational technique which improved the canon law science. This clear method defined the structure of the auxiliary books to the *Corpus* (e.g., the work of Zegerus Bernardus Van Espen [†1728]<sup>31</sup>, or much later Franz Xavier Wernz [†1914]<sup>32</sup>) which not only support the application of a concrete canonical source, but had a substantial impact upon the first codification as well.<sup>33</sup>

<sup>23</sup> J. SEDANO: *Dal Corpus Iuris Canonici al primo Codex Iuris Canonici: Continuità e discontinuità nella tradizione giuridica della Chiesa latina*. In: *Folia Theologica et Canonica* IV (26/18) [2015] 215–238.

<sup>24</sup> C. FANTAPPIÈ: *Chiesa romana e modernità giuridica, I: L’edificazione del sistema canonistico (1563–1903)*. Milano 2008. 41–44.

<sup>25</sup> In detailed cf. SZUROMI SZ. A.: *A kánonjogtudomány legjelentősebb szerzői és munkái 1545 és 1773 között*. In: I. BOROS (ed.): *Keresztény megújulási mozgalmak (1500–1800)*, Budapest 2019. 9–18.

<sup>26</sup> ERDŐ P.: *Storia della scienza del diritto canonico. Una introduzione*. Roma 1999. 142–143, 146, 149–150, 154.

<sup>27</sup> C. FANTAPPIÈ: *Institutiones iuris canonici*. In: J. Otaduy – A. Viana – J. Sedano (dir.): *Diccionario General de Derecho Canónico*, IV. 635–636.

<sup>28</sup> J. MIÑAMBRES: *Lancelotti, Giovanni Paolo*. In: J. Otaduy – A. Viana – J. Sedano (dir.): *Diccionario General de Derecho Canónico*, IV. 970–971.

<sup>29</sup> J. P. LANCELOTTI: *Institutiones Iuris Canonici, quibus ius pontificium singulari methodo*. Coloniae 1609.

<sup>30</sup> Cf. L. SINISI: *Nascita e affermazione di un nuovo genere letterario. La fortuna delle Institutiones iuris canonici di Giovanni Paolo Lancelotti*. In *Rivista di storia del diritto italiano* 77 (2004) 53–95.

<sup>31</sup> Z. B. VAN ESPEN: *Iuris ecclesiastici universi, I–III*. Venetiis 1759. About his work cf. ERDŐ P.: *Storia della scienza del diritto canonico*, 149.

<sup>32</sup> F. X. WERNZ: *Ius Decretalium ad usum praelectionum in scholis textus canonici sive iuris decretalium, I–VI*. Romae 1905–1913.

<sup>33</sup> SZUROMI SZ. A.: *A kánonjogtudomány legjelentősebb szerzői és munkái 1545 és 1773 között*. 18.



### 3. Codification and its relation to the *Corpus Iuris Canonici*

As Pietro Card. Gasparri had explained in his introduction, to the Pius-Benedict Code, the reason for the canonical codification was similar to the civil codifications from 1804.<sup>34</sup> Due to the numerous canonical norms from different times and circumstances, it was difficult to define the right source with the correct interpretation based upon the many parallel regulations. This was due in part to the several alterations within the texts on the similar cases. This had made it increasingly difficult to establish the appropriate canonically conclusion of the process. There were still many loopholes and misinterpretations within the canonical system too. The mentioned problems were listed accurately by Alfonse M. Stickler: “*multitudo legum*”, “*inordinatio legum*”, “*forma legum*”, “*incertitudo legum*”, “*inutilitas legum*”, and “*lacunae legum*”.<sup>35</sup> Based on the above mentioned reasons Pope Pius X (1903–1914) convoked the Cardinals who had office in Rome in 1904 to find out their opinion on his new Motu Proprio which was under preparation at that time. This document had been promulgated on March 19<sup>th</sup> 1904 with the introductory words: *Arduum sane munus*.<sup>36</sup> The Motu Proprio expressed the order of the Holy Father to collect the entire material of the universal canonical corpus, and to structuralize it into a clear organized system.<sup>37</sup> Promoting this extensive work, the Holy Father had established a Pontifical Commission of cardinals, attaching to that a ministerial team of consultors as experts (*Collegium Collaboratorum*).<sup>38</sup> The pope appointed Pietro Gasparri as the beginning secretary of the Commission, then – from 1907 – he continued his office as the head of the Commission.<sup>39</sup> Considering the professional opinions of consultors, the Commission had concluded on the real contents of the codified law, which – based on their decision – should be as precise as possible for the entire universal canonical legal system. In order to reach this goal it was necessary to elaborate upon all of the canonical texts which were in force from the material of the *Corpus Iuris Canonici*, from the disciplinary regulations of the *Council of Trent* (1545–1563), from the official papal legislative acts; moreover those disciplinary statements, decrees, instructions, notes, etc. which had been issued through the activity of the Sacred Congregations and the Curial Tribunals of the Apostolic Holy See; but in the same time omitting those canonical regulations which had been already re-regulated, derogated or overruled. This collected and cleansed canonical material was intended to be a basis for a hierarchical and thematically unified text of the Code of Canon Law, distributed into canons, and within them paragraphs, or even numbers.<sup>40</sup> Pope Pius X made clear that the codification is not a creation of a new

<sup>34</sup> A. M. STICKLER: *Historia iuris canonici latini* (Institutiones academicae. Historia fontium I). Roma 1950. 380–383.

<sup>35</sup> A. M. STICKLER: *Historia iuris canonici latini*. 371–376.

<sup>36</sup> ASS 26 (1904) 549–550.

<sup>37</sup> In detailed cf. E. BAURA – N. Álvarez de las ASTURIAS – Th. SOL (a cura di): *La codificazione e il diritto nella Chiesa*. (Pontificia Università della Santa Croce, Monografie Giuridiche 46). Milano 2017. 35–70.

<sup>38</sup> In detailed cf. Ph. MAROTO: *Institutiones iuris canonici*. Madrid 1918. 117.

<sup>39</sup> V. VAN HOVE: *Prolegomena* (Commentarium Lovaniense in Codicem Iuris Canonici I/I). Romae 1928. 336–339.

<sup>40</sup> Cf. J. LLOBELL – E. DE LEÓN – J. NAVARRETE: *Il libro “De processibus” nella codificazione del 1917. Studi e documenti. I. Cenni storici sulla codificazione “De iudiciis in genere” il processo contenzioso ordinario e sommario, il processo di nullità del matrimonio* (Pontificia Università della Santa Croce. Monografie Giuridiche 15). Milano 1999. It was well-proved that the most significant part of this enormous work had been done by Justinian Serédi OSB, cf. SZUROMI Sz. A.: *Justinian Serédi OSB’s Personal Contribution in the Codification of*

law, but preserves the old law by transformation to that general level which is applicable for any variation of cases of law.<sup>41</sup> The distributional technique of the classic canonical auxiliary handbooks had a strong influence on the preparatory method, particularly Franz Xavier Wernz's outstanding – above mentioned – contemporary work on canon law and its structure, thematic, method and dealing with original sources.<sup>42</sup> If we compare Wernz's work's structure and thematic with the later promulgated *Codex iuris canonici*'s structure, it unambiguously recognized the close similarity, in particular regarding the arrangement of parts, titles and subtitles.<sup>43</sup> It is evident therefore, that through the structure, thematic, etc. not only the contents of the *Corpus iuris canonici*, but indirectly its collections' classical structure had an essential influence on the *Codex iuris canonici* (1917), i.e. *De personis*, *De rebus*, *De iudiciis*, *De delictis*. We would like to emphasize here that this basic structure was rooted in the method of St. Raymund of Peñafort and in the *Liber Extra* which structure defined the further decretal collections.

The *Codex* therefore distributed into five books, which are the following: I) *Normae generales*; II) *De personis*; III) *De rebus*; IV) *De processibus*; V) *De delictis et poenis*. The 'General Norms' (*Normae generales*) categorizes under independent titles the meaning of Church laws (*De legibus ecclesiae*), customary law (*De consuetudine*), time (*De temporis supputatione*), rescripts (*De rescriptis*), privileges (*De privilegiis*) and the definition of dispensations (*De dispensationibus*). Book II deals in separated unit with clerics (*De clericis: in genere; in specie*), religious members (*De religiosis*) and with laymen (*De laicis*). The things which take place in Book III involve the sacraments (*De Sacramentis*), sacred places and times (*De locis et temporis sacris*), acts of Divine cult (*De cultu divino*), the Magisterium of the Church (*De magisterio ecclesiastico*), benefice and not collegial juridical persons of the Church (*De beneficiis aliisque institutis ecclesiasticis non collegialibus*), moreover the temporary goods of the Church (*De bonis Ecclesiae temporalibus*). Book IV – was dedicated to the canonical processes – contains the static and dynamic part of process law (*De iudiciis*), then the beatification and canonization process (*De causis beatificationis Servorum Dei et canonisationis Beatorum*), finally the process of nullity and the application of sanctions (*De modo procedendi in nonnullis expediendis negotiis vel sanctionibus poenalibus applicandis*). The last book of the Code lists those sins which realize delicts (*De delictis*), sins (*De poenis*) and the single delicts together with their sanctions (*De poenis in singula delicta*). The entire Code contains 2414 canons and their original sources are listed in the edition of 1918 of the *Codex Iuris Canonici* (1917).<sup>44</sup>

---

the *CIC* (1917). In: J. Miñambres (a cura di): *Diritto Canonico e Culture Giuridiche nel Centenario del Codex Iuris Canonici del 1917* (Atti del XVI Congresso Internazionale della Consociatio Internationalis Studio Iuris Canonici Promovendo, Roma 4-7 ottobre 2017). Roma 2019. 911–918.

<sup>41</sup> R. EPP – C. LEFEBVRE – R. METZ: *Le droit et les institutions de l'Église catholique latine de la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle à 1978. Sources et institutions* (Histoire du Droit et des Institutions de l'Église en Occident XVI). Paris 1981. 217–241.

<sup>42</sup> F. X. WERNZ: *Ius Decretalium ad usum praelectionum in scholis textus canonici sive iuris decretalium, I–VI*. Romae 1905–1913.

<sup>43</sup> Cf. SZUROMI SZ. A.: *Széri József (1884–1945)*. In: Hamza G. – Siklósi I. (ed.): *Magyar Jogtudósok* (Bibliotheca Iuridica. Publicationes Cathedrarum LV), V. Budapest 2015. 132–141, especially 137.

<sup>44</sup> Cf. X. OCHOA – D. ANDRÉS (ed.): *Leges Ecclesiae post Codicem iuris canonici editae, VII*. Romae 1994.

#### 4. Conclusion: The effect of *Liber Extra* on the *Codex Iuris Canonici* (1917)

As mentioned above, the journey from the early canonical legislation to the *Decretum Gratiani*, then from the *Liber Extra* to the *Corpus Iuris Canonici* is a long and complicated development of the science of canon law. The mentioned auxiliary books which have kept the essential structure and method of the decretal collections while explained the canonical regulations influenced the process, method, technique and structure of the first codification, ordered by Pope Pius X. Nevertheless, not only this theoretical or technical correlation can be found between the first promulgated collection of the *Corpus iuris canonici* and the *Codex Iuris Canonici* (1917), but also an indispensable textual bond. If we take a glance at the footnotes of the *Codex*, which lists the original textual sources of the single canons we can have a clear overview of those fields and themes which basically were built upon the contents of the *Liber Extra*. These themes are the following: *De legibus ecclesiasticis*; *De consuetudine*; *De rescriptis*; *De privilegiis*; *De dispensationibus*; *De personis* (finishing with the question of consanguinity (Cann. 87–97); *De clericis in genere* (only Can. 108 § 1); *De iuribus et privilegiis clericorum* (particularly Cann. 120–123); *De officiis ecclesiasticis*; *De potestate ordinaria et delegata*; *De suprema potestate deque iis qui eiusdem sunt ecclesiastico iure participes* (especially on the Roman Pontiff, the general council, patriarchs, primates, and metropolitans); *De Episcopis*; *De Synodo diocesana* (only the first canon: Can. 356); *De Capitulis canonicorum*; *De vicariis foraneis*; *Parochus* (the introduction: Can. 460 § 1); *De religionum regimine*; *De locis et temporibus sacris*; *De bonis Ecclesiae temporalibus* (only the introductory text: Can. 1499 § 1); *De iudiciis in genere*; *De foro competenti*; *De natura delicti eiusque divisione*; *De poenis in genere*; *De excommunication*; *De interdicto*; *De suspension*; *De delictis contra fidem et unitatem Ecclesiae*. It is quite clear therefore, that those questions which received frequent new – more precise – definitions for various circumstances between the mid-12<sup>th</sup> century and the first part of the 13<sup>th</sup> century, among the sources to the *Codex* (1917) we can find at the first place the reference to the *Liber Extra*. However, if more precise definitions appeared in the other decretal collections of the *Corpus*, these were used by the later source. It is particularly true regarding those themes which were expansively described by the Council of Trient (e.g., sacraments, education for priesthood, etc.), or by some curial legislations, but even by detailed legislation of Pope Benedict XIV (1740–1758).<sup>45</sup> The structural, methodological and even textual bond between the *Liber Extra* and the *Codex Iuris Canonici* (1917) expresses convincingly the continuity of the canonical legislation from the beginning.<sup>46</sup> It clearly demonstrates the unbroken requirement that the Church's activity should be bound closely to Christ's Person and teaching, moreover to the Apostolic Tradition, which external representation is the Church's institutional unity in doctrine and discipline.

<sup>45</sup> Cf. SZUROMI Sz. A.: *The effect of Pope Benedict XIV's canonical works on the ecclesiastical process law*. In: *Folia Theologica et Canonica* IV (26/18) [2015] 191–200.

<sup>46</sup> S. KUTTNER: *Harmony from Dissonance. An Interpretation of Medieval Canon Law*. In: S. Kuttner (ed.): *The History of Ideas and Doctrines of Canon Law in the Middle Ages* (Collected Studies Series CS 113), Hampshire 1992. I/1–16, especially I/5; cf. SZUROMI Sz. A.: *Interpretation of the Church's discipline without the former sources?* In: *Folia Theologica et Canonica* IV (26/18) [2015] 253–266, especially 265–266.

## CIRCUMSTANCES OF THE CREATION OF CODEX IURIS CANONICI (1917)

*VÖLGYESI Levente*  
associate professor

*Eötvös Loránd University, Budapest*

The organizational structure, the operational principles as well as the, dicasterial character of the Holy See have always been the starting point for European rulers: a representation of the Roman imperial knowledge on state structure and view of law. Taking into consideration the expansion of Christianity within the borders of the Roman Empire, the dogma system and the institutions of the Roman law had a tremendous – however, not exclusive – impact on its legal development. The connection between canon law and Roman law proved to be mutually productive. During this time the codification of Iustinianus, the Roman law was considered to be Christian law.<sup>1</sup> The first book of the *Codex repetitiae praelectionis* issued in 534 was concerned with the legal environment of the Church.<sup>2</sup>

Following the disbandment of the unified Roman Empire, the Church attempted to preserve the achievements of the imperial tradition. The church endeavored to do this by “rescuing” the elements of the imperial tradition which were scattered all over the world in various legal systems. The aim was be ready for the era of a new major empire, when centralization and stability may be an opportunity for spreading a unified legal approach.<sup>3</sup>

Despite these preparations, Roman achievements were respected and incorporated by conquerors.

1. The edict containing 154 chapters promulgated by the Ostrogoth king, I. (Great) Theodoric in 500 in Rome obliged both Romans and Goths; its personal effects were still in power on the gothic population at the time of Emperor Iustinianus.<sup>4</sup>
2. The legal code issued by the Burgundian king Gundobad obliged the Romans living in Burgundy (however, only for a short period of time, as the codex which was introduced in 517 was soon ousted from usage by the Visigoth codex after the Frank conquest in 534).
3. The *Lex Romana Visigothorum* introduced by the Visigoth king II. Alarik in 506 already includes verbatim the original Roman measures that served as its source. Thus, among the sources one may find the Codex Theodosianus, C. Gregorianus, C. Hermogenianus as well as the sentences of Paulus and Gaius.

---

<sup>1</sup> HAMZA Gábor: *Gondolatok az állam és az egyház(ak) kapcsolatának alakulásáról – történeti áttekintés*. In: Magyar Tudomány (ed. Elek, László) 2012/6, 653–659.

<sup>2</sup> W. W. BUCKLAND: *A text-book of Roman Law from Augustus to Justinian*. Cambridge, 1921, 47.

<sup>3</sup> J. S. Taylor CAMERON: *Roman Law in the Middle Ages*. In: *Judical Review* (vol. X.), 1898, 446.

<sup>4</sup> James MUIRHEAD: *Historical Introduction to the private law of Rome*. Edinburgh, 1886, 399–401.

The need for recognition and collection of the incurred legal material was also prevalent in the East. Excellent examples include the Basilika consisting of 60 books from the time of Emperor VI. Leo as well as the Hexabiblos, a book of 6 volumes compiled by 1345 by Harmenopulos, the judge of the city of Thessaloniki.<sup>5</sup>

The Collectio Dionysiana (between 500–523), the monumental work of Dionysius Exiguus (a monk probably of Scythian origin) was born at the time of the Migration Period inside the workshop of the Anicius family which aimed at conserving and stimulating scientific life. The opus evoked such high respect that it was named *codex canonum*, *corpus canonum*. During the Carolingian Renaissance, Pope I. Hadrian contributed substantially – however, not exclusively – to the efforts of the Frank king and later emperor Charlemagne to create a uniform legal system by preparing and presenting the Collectio Dionysio-Hadriana (774). This era ushered in a need for a uniform and exclusive legal material. This is particularly emphasised by the fact that even its deficiencies were sought to be substituted by the assembly of the Collectio Hadriano-Hispana (Collectio Dionysio-Hadriana + Collectio Hispana) and the Collectio Dacheriana (Collectio Dionysio-Hadriana + Collectio Hispana systematica).<sup>6</sup>

Concurrently with the consolidation of the Holy Roman Empire, the need for scholasticism initiated the installation of university professorships and consequently, the systematization of legal science. The civil and ecclesiastical law showed parallel, competing development; this noble competition facilitated the exacting cultivation of both the civil and canon law.<sup>7</sup>

The results of the 12<sup>th</sup> century are well-known. The text of the Digesta (found around 1080) catalyzed the development of the *ius civile*. In parallel with this (and also due to its scientific impulse), the Decretum Gratiani was born, placing the university education of canon law on new ground. Peter of Benevento compilation sought the exquisite and precise recognition of the law (compilatio tertia, 1210). The first authentic compilation of canon law revealed itself in legal history. In the issue of the Liber Sextus in 1298, such an opus was born. We can consider this event as being a prototype regarding the construction of civil law books of the modern era (or at least, can definitely be considered as their spiritual antecedent).<sup>8</sup>

Thus, the terminologies of *Corpus Iuris Civilis* and *Corpus Iuris Canonici* side by side constituted the backbone of the common European legal material, which is well exemplified by the university title of *doctor iuris utriusque*.

With the fading of the Middle Ages' world view, the secular powers and the Church were both faced with multiple challenges posed by the Modern Era. Concurrently with the spreading of absolutism, the state power gained an abstract character. Such a centralization, therefore, required the birth of uniform legal materials. In each case, the Roman Law

---

<sup>5</sup> Charles Sumner LOBINGIER: *Continuity of Roman Law in the East*. In: Tulane Law Review (vol. IV.) 1930, 367–369.

<sup>6</sup> Alfonso M. STICKLER: *La norma Canonica nel primo millennio della Chiesa*. In: Ius Canonicum (vol. 16.), 1976, 26.

<sup>7</sup> Che CARMICHAEL – W. P. EVERSLEY: *Roman Law and School of Bologna*. In: The Law Magazine and Law Review, 1889, 88–95.

<sup>8</sup> Danuta M. GORECKI – Arnold WAJENBERG: *Canon Law: History and a proposed classification scheme*. In: Law Library Journal (vol. 75.), 1982, 381–402.

embodied ideas that could be referred to before the court. The vulgar and local customary laws, however, produced the differentiated versions of all these, even inside a single state. Thus, by the 18<sup>th</sup>–19<sup>th</sup> centuries a growing need for codification emerged. In this case, one could positively define it as codification activity, as it was directed towards the unification and development of the vulgar law originating from the divergent modifications of the Roman Law.<sup>9</sup>

A refreshing example is Greece after the liberation from the Turkish power, overruling the Roman legal material derived from the Byzantium only by the civil code of 1946.<sup>10</sup>

The concept of *ius civile* changed markedly over the centuries. In many places it is exclusively understood in the narrow sense as the civil law. In any case, codifications of the civil law (let this phrase be used in any sense and let the content of the law material be anything, accordingly) created the codices of the nation-states with uniform approaches by the 19<sup>th</sup> century.<sup>11</sup>

If we approach the question from the perspective of legal sociology, a law may entirely prevail only if it is cognoscible by the addressees; otherwise the good standing can hardly be expected. In the same way, the need also exists on the subjects' side to recognize their rights and obligations: the legal certainty (and from their perspective, the psychic sense of security) can prevail only if the borders set by the law – that do not simply restrain but also appoint the security zone and make the good standing comfortable – are clear to them.<sup>12</sup>

The canon law of the 19<sup>th</sup> century could not in the least correspond to this. One had to be a prepared legal historian to safely know the operative law. From the 16<sup>th</sup> century, the organizational structure of the Roman Curia became increasingly complex and the volume of the legal publications also multiplied. It is true that the bullariums, the *Acta Sanctae Sedis* (from 1865)<sup>13</sup> and the compilations from certain congregations, offices and curial courts gave some base, but the accurate overview of these materials needed serious preparedness and plenty of time. Increasingly complaints came from the bishops' side that the overview of the operative law became encumbered – in certain cases it was almost unfeasible. The 1<sup>st</sup> Vatican Council had to close its session speedily and unexpectedly due to the stormy and tragic historic necessities, therefore the question of the need for codification could not be placed on the agenda.

Considering the civil codification activities in Europe as well as estimating the prevailing circumstances, Pope St. Pius X. (1903–1914) issued his *motu proprio Arduum sane munus* in 19 March 1904, initiating the codification activities on the ecclesiastical law.<sup>14</sup> The task was indeed enormous as not only a law suitable for the usage in a smaller political unit of a continent must have been created, but such regulations must have been established for the universal Church, suitable for the evocation of the desired legal effect in each and

---

<sup>9</sup> Guy Carleton LEE: *Historical Jurisprudence. An introduction of the Systematic Study of the Development of Law*. New York – London, 1900, 399–440.

<sup>10</sup> Christina DELIYANNI-DIMITRAKON: *The Greek Civil Code*. In: *Revue Hellénique de Droit International* (vol. 65.), 2012. 418.

<sup>11</sup> H. KRABBE: *The modern idea of the State*. London – New York, 1922, 3–11.

<sup>12</sup> Lon FULLER: *Az erkölcs, ami lehetővé teszi a jogot*. In: Takács Péter (ed.): *Joguralom és jogállam*. Budapest, 1995, 111–115.

<sup>13</sup> Walter KASPER (ed.): *Lexikon für Theologie und Kirche I*. Freiburg, 1993, 116.

<sup>14</sup> Constant van de WIEL: *History of Canon Law*. Louvain, 1991, 168.



every corner of the World. Again, the special character of the task is demonstrated by the fact that not a single branch of the law, but rather each universal ecclesiastical canon had to be incorporated into one codex in a complex manner. Also, this had to be done with the consideration of almost two thousand years of ecclesiastical traditions and by featuring the legal materials and the good practice that was operative at the time of the codification.

Two persons took over the codification activities in a providentially manner: Cardinal Pietro Gasparri (from 1907) and Justinian Serédi, a Benedictine monk and later prince primate of Hungary.

Pietro Gasparri was born in 1852. He was educated in the Apollinare university of Rome and became the doctor of both laws and theology. He was ordained a priest in 1877. He became the prefect of the Apostolic Signatura and worked later as a teacher of the law of the Propaganda Fide collegium. In 1880, Pope XIII. Leo sent him to Paris to the newly founded canon law department of the Institut Catholique. He worked as a teacher in Paris for 18 years; meanwhile he became the leader of the committee that was responsible for the investigation of the validity of the Anglican bishop-ordinations. The Pope appointed him as a titular archbishop in 1898, and he worked as an apostolic delegate in Peru, Bolivia and Ecuador. He moved to Rome in 1901 as the secretary of the Congregation of Extraordinary Matters. From 1904, he led the codification activities of the CIC. He became a cardinal in 1907 and worked as the Secretary of State from 1914. He was the one who signed the Lateran Contract from the Vatican's side in 1929. From 1930 to his death in 1934 he led a sequestered life.<sup>15</sup>

Justinian György Serédi OSB was born in 1884, as the 10th child of a poor Hungarian family. Following his older brother, he requested his admittance to the Benedictine order in 1901. From 1904 he studied in Rome, in the St. Anselm University, where he obtained a doctorate in 1908 in theology. In the same year, he was ordained a priest and took his solemn vow. With a short interruption he operated as a member of the codification committee of the CIC from 1908, as well as a teacher of canon law from 1910 at the St. Anselm University.<sup>16</sup>

His previous professor in canon law, Pierre Bastien, a Belgian law professional worked besides Gasparri as a consultant. He recommended the young talent for the works with the CIC.<sup>17</sup> Serédi did a heroic work: he researched the original sources for each and every canons. Thus, he finally attached 26.000 references (based on 10.500 sources) to the finished codex. From 1915, Serédi lived in the Vatican, therefore he could meet with Pope Benedict XV. (1914–1922) and Cardinal-Secretary of State Gasparri on a daily basis.<sup>18</sup>

The complete work consisted of 2414 canons; among them, only 854 was new. The aforementioned 10.500 sources formed the basis of 1560 canons; among them, 3304 sources were from Corpus Iuris Canonici, 293 from decrees of ecumenical councils, 704 from papal decretals, 5751 from the decrees of the Roman Curia (congregations, offices, courts) and 454 sources were from liturgical books.<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> Francesco Maria TALIANI: *Vita del Cardinale Pietro Gasparri, Segretario di Stato e povero prete*. Milan, 1938.

<sup>16</sup> HEGYI Márton: *Megemlékezés Serédi Jusztinián bíboros hercegprímásról*. In: Katolikus Szemle 1. 1950, 44–45.

<sup>17</sup> ERDŐ Péter: *Magyar kánonjogászok az egyetemes egyház történetében*. In: Magyar Egyháztörténeti Vázlatok 2006/1–2, 9.

<sup>18</sup> BÁNK József: *De Justiniano Card. Serédi*. In: Monitor Ecclesiasticus (vol. 81.) 1956, 463–481.

<sup>19</sup> Winfried AYMANS: *Die Quellen des kanonischen Rechtes in der Kodifikation von 1917*. In: Ius Canonicum (vol. XV.) no. 29., 1975, 79–95.



The introduction of the CIC and the references praise the activity of Justinian Serédi. The results of this enormous work were the source publications in nine books between 1923 and 1939 called briefly “Fontes”, publishing all texts, except the *Corpus Iuris Canonici* and the decrees of the Council of Trent.<sup>20</sup>

The operations of the CIC were conducted in three committees.

- 1.) The body of consultors: their duty was the elaboration of the canon schemes.
- 2.) Collaboratores (collaborators): In this phase, the Curia waited for the opinion of the diocesan bishops, metropolitans and universities.
- 3.) Codificators: this was a committee of sixteen cardinals. Under papal supervision, they followed with attention the activities of the previous two committees and reviewed their results.

In his work, Pietro Gasparri was the president of the consultory body and the relator of the codificational committee.<sup>21</sup>

The operations starting in 1904 were essentially finished by 1914. Between 1914 and 1916, the opinions of the bishops of the Church, the committee of cardinals and those who had right the to discuss during a council were expected.<sup>22</sup>

The Codex was finally promulgated by the apostolic constitution *Providentissima Mater Ecclesia* from Pope Benedict XV. at Pentecost of 1918 (19. May), which is a very short time with reference to the *vacatio legis*. However, this also shows well the thoroughness of the completed work, the respect for the tradition and the personal presence of the wide commenting circle.<sup>23</sup>

The Codex is divided into five books:

1. General rules
2. Persons
3. Things
4. Litigation
5. Penal law<sup>24</sup>

By this, it follows the traditional institutional system by Gaius: *de personis, de rebus, de actionibus*.<sup>25</sup>

As it was formulated by Ioannes Paulus Lancelottus in his poem at 1563:<sup>26</sup>

- *Personas non prima docet, resque secunda,*
- *Tertia dat iudices, crimina quarta premit.*<sup>27</sup>

---

<sup>20</sup> WIEL 1991, 169.

<sup>21</sup> Agustín MOTILLA: *La idea de la codificación en el proceso de formación del Codex de 1917*. In: *Ius Canonicum* (vol. XXVIII.) no. 55., 1988, 681–720.

<sup>22</sup> SZÁNTÓ Antal: *Az új egyházi törvénykönyv keletkezése*. In: *Religio* 2., 1928, 150.

<sup>23</sup> *Codex Iuris Canonici*. Kenedy & Sons, 1918. XXXIX – XLII.

<sup>24</sup> SZUROMI Szabolcs Anselm: *Kanonjogtudomány és kodifikáció*. In: *Iustum, Aequum, Salutare* IV. 2008/2, 83–92.

<sup>25</sup> BÁNK József: *Kánoni jog I*. Budapest, 1960, 82.

<sup>26</sup> KOVÁCS Ferencz: *Egyetemes és részszerű egyházjog alaptanai*. Debrecen – Nyíregyháza, 1870, 24.

<sup>27</sup> WIEL 1991, 170.

With respect to its construction, all five books followed similar inner division. Progressing from the major to the minor units, each book was divided into parts, the parts to sections, the sections to titles, the titles to chapters, the chapters to articles, the articles to canons and the canons to paragraphs.<sup>28</sup>

The Codex Iuris Canonici is OFFICIAL as it originates from the ecclesiastical legislative power.

It is also AUTHENTIC, as there is no room for textual criticism against the text of the law.

It is UNIFORM, as there exists only one single law book (*fons unicus*).

It is UNIVERSAL, as it binds the whole Church, with only a few exceptions, such as the liturgical law and the discipline of the oriental churches.

It is EXCLUSIVE, as only those parts remained in force from the old law that the Codex mentions explicitly or in its content. Exceptions to this are the: oriental law, liturgical law, concordats, certain privileges and acquired rights, certain consuetudinary norms.<sup>29</sup>

Between the frames of the present introductory short paper one may feel that the borders of a serious work became outlined. These works – as milestones of the scientific thoroughness and exactness – bear lessons and evoke high respect both in the legal profession as well as in the general public.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> liber>pars>sectio>titulus>caput>articulus>canon>paragraphus

<sup>29</sup> BÁNK 1960, 230.

<sup>30</sup> SZÁNTÓ 1928, 155.

## LECTIONES IURIDICAE

Sorozatszerkesztő:  
Balogh Elemér egyetemi tanár

1. *Az Alkotmánybíróság és a rendes bíróságok – 20 év tapasztalatai.* Szeged, 2011.
2. *Kérdőív az alkotmányozásról.* Szeged, 2011.
3. *A szerződés interdiszciplináris megközelítésben.* Szeged, 2012.
4. *Az államok nemzetközi jogi felelőssége – tíz év után. In memoriam Nagy Károly (1932–2001).* Szeged, 2013.
5. *A jó állam aspektusai, perspektívái. Az önkormányzatok változó gazdasági, jogi környezete.* Szeged, 2012.
6. *Das neue ungarische Grundgesetz.* Szeged, 2012.
7. *Opuscula Szegediensia 5. A Munkajogi és Szociális Jogi Doktoranduszok és Pályakezdő Oktatók ötödik konferenciája.* Szeged, 2013.
8. *Az alapjogvédelem nemzeti, nemzetközi és jogösszehasonlító aspektusai.* Szeged, 2013.
9. *A mi Alapvetésünk. A Szegedi Tudományegyetem Állam – és Jogtudományi Kara alkotmányjogi tudományos diákkörének tanulmányai az Alaptörvény Alapvetéséhez.* Szeged, 2014.
10. *Geistiges Eigentum und Urheberrecht aus der historischen Perspektive.* Szeged, 2013.
11. *Opuscula Szegediensia 6. A Munkajogi és Szociális Jogi Doktoranduszok és Pályakezdő Oktatók hatodik konferenciája.* Szeged, 2014.
12. *Jogvédelmi kaleidoszkóp. A jogvédelem elmúlt öt éve (2009–2014) Magyarországon.* Szeged, 2015.
13. *Fundamental Rights in Austria and Hungary. Research Seminar.* Szeged, 2015.
14. *A történeti alkotmánytól az Alaptörvényig.* Szeged, 2015.
15. *Jogalkotás és kodifikátorok. Vladár Gábor emlékülés.* Szeged, 2016.
16. *Alapjogok diákszemmel. A Szegedi Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Kara alkotmányjogi tudományos diákkörének tanulmányai egyes alapjogok magyar és nemzetközi vonatkozásairól.* Szeged, 2016.
17. *Húsz év mérlegen. Közbeszerzésünk múltja, jelene és jövője.* Szeged, 2017.
18. *A modern állam 21. századi közjogi kihívásai. Az állami funkciók változásai az európai integrációban.* Szeged, 2017.
19. *Recent Challenges of Public Administration. Papers Presented at the Conference of ‘Contemporary Issues of Public Administration’.* Szeged, 2017.
20. *Recent Challenges of Public Administration 2. Papers Presented at the Conference of ‘2nd Contemporary Issues of Public Administration’.* Szeged, 2018
21. *Válási mediáció a gyerekek szempontjából.* Szeged, 2018.
22. *Gazdasági tendenciák és jogi kihívások a 21. században.* Szeged, 2018.
23. *Recent Challenges of Public Administration 3. Papers Presented at the Conference of ‘3rd Contemporary Issues of Public Administration’.* Szeged, 2019.
24. *Kádár Noémi: A közjegyző szerepe az Európai Unió belüli követelésbehajtásban.* Szeged, 2019.
25. *Gazdasági tendenciák és jogi kihívások a 21. században, 2.* Szeged, 2020.

26. Juhász Krisztina: *A szabálytalan migráció elleni uniós fellépés közép- és hosszú távú intézkedései az Európai Migrációs Stratégia alapján*. Szeged, 2020.
27. Centenaria. *Ende des langen 19. Jahrhunderts. The End of the Long 19<sup>th</sup> Century*. Szeged, 2020.



Szegedi Tudományegyetem  
Állam- és Jogtudományi Kar

weboldal: [www.juris.u-szeged.hu](http://www.juris.u-szeged.hu)

e-mail: [jik@juris.u-szeged.hu](mailto:jik@juris.u-szeged.hu)